





B Heim 1, 1.

18724  

---

Jep.







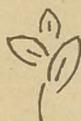
J. Cairns

100  
10

# Erlebtes und Erstrebtes

Lebenserinnerungen  
von <sup>[August]</sup>  
Generalleutnant Keim

47  
1-659778



*B Keim 1, 1.*

1925

Ernst Lefsch Verlag / Hannover



335.13(4)

25. 804.



## Z u m G e l e i t

Dieses Buch ist geschrieben auf Wunsch meiner Kinder und nahe-  
stehender Freunde. Sie sind der Ansicht, daß mein „Erlebtes“ wie mein  
„Erstrebtes“ als Beiträge zur Zeitgeschichte Wert besitzen. Jedenfalls war  
mir Gelegenheit geboten, genaue persönliche Einblicke zu gewinnen in  
militärische, hauptsächlich aber in politische Vorgänge in bewegter Zeit.  
Davon dürften besonders Zeugnis ablegen die Abschnitte „Zum Reichs-  
kanzler kommandiert“, „Im Präsidium des Deutschen Flottenvereins“,  
„Der Deutsche Wehrverein“ und „Belgien“.

Ein trotz hohen Alters immerhin noch zuverlässiges Gedächtnis sowie  
Quellenstücke in Form von Briefen, amtlichen Äußerungen, Zeitungs-  
artikeln, Berichten über Vorstandssitzungen der oben genannten Verbände,  
endlich eine ausgedehnte rednerische Tätigkeit ergaben zuverlässige Unter-  
lagen für die Niederschrift. Wenn ich über Personen urteile, so geschieht  
dies ohne jede Voreingenommenheit, aber allerdings auch ohne Rückhalt,  
wenn es galt, unheilvolles, das Vaterland schädigendes Wirken der Be-  
treffenden festzustellen. Gleiches gilt von politischen Parteien. Vaterland  
und gute Sache sind für mich aber stets gleichbedeutend gewesen.

Warum ich es für zweckmäßig halte, politische Geschehnisse mit Gegen-  
wärtigem in Verbindung zu bringen, habe ich am Schlusse des Buches  
kurz ausgeführt.

J u g e n h e i m a. d. W., am Sedantage 1924.

K e i m .



## 1. Abschnitt

### Familie. Jugend. Soldat. Kleinstaatliches. Der Krieg 1866. Neue politische und militärische Verhältnisse.

Meine Lebensanschauung war von frühester Jugend an durch die militärischen Überlieferungen des Familienkreises beeinflusst, der fast ausschließlich Offiziere umfaßte. Das ergibt sich aus der Geschichte der Familie, wie sie im 32. Bande „Deutsches Geschlechterbuch“ niedergelegt ist.\*) Dort beginnt sie mit dem in Kusel (Rheinpfalz) 1680 geborenen Johann Friedrich Keim, dessen beide Söhne in landgräfllich Hessen-Darmstädtische Militärdienste traten. Der ältere starb als Oberst und Kommandeur des Leib-Garde-Grenadier-Regiments in Pirmasens ohne Nachkommen. Der jüngere, Ludwig, geboren 1720, ist der Stammvater der Familienzweige, die wir — beinahe ausnahmslos — im hessischen, nassauischen, österreichischen und seit 1872 im preussischen Heeresdienst vorfinden. Es sind ihrer dreiundzwanzig, von denen zwei vor dem Feinde blieben und zwölf verwundet wurden. Acht schmückte das Eiserne Kreuz, darunter vier E. K. I, sechs der höchste hessische Orden, der Ludwigsorden, beziehungsweise das „Kriegsehrenzeichen in Eisen“, dessen Verleihung im Weltkriege nur in Ausnahmefällen erfolgte.

Die Sippe zählte ihrem Ursprunge nach, wie überhaupt eine größere Anzahl althessischer Offizierfamilien, zu den „Pirmasenzern“, wie im Volksmunde das Leib-Garde-Grenadier-Regiment hieß, das in Pirmasens garnisonierte. Dieses Regiment, eine Schöpfung Landgraf Ludwig IX, bestand aus ungewöhnlich großen, vortrefflich einexerzierten Leuten, ähnlich wie die Riesengarde Friedrich Wilhelm I. in Potsdam. Es galt als eine Muster-

\*) Hessisches Geschlechterbuch, 1. Band S. 203/24.

truppe, und zahlreiche fremde Offiziere kamen nach Pirmasens, um den Exerzierübungen des Regiments beizuwohnen, die der Landgraf persönlich leitete.

Mein Großvater Keim stand ebenso wie vier Brüder in der Zeit von 1792–1815 zwölf Jahre im Felde, wurde dreimal verwundet und nahm infolge einer im Treffen bei Straßburg am 26. Juni 1815 erhaltenen schweren Wunde als Major seinen Abschied. Er hatte 1808–1812 in Spanien im Regiment „Groß- und Erbprinz“ gefochten, das zu dem auf Geheiß Napoleons dorthin entsandten Kontingent der Rheinbundsfürsten gehörte. Spanische Erde deckt 13 Offiziere und über 1000 Mann dieses Regiments.

Mein Vater, Georg Keim, gehörte dem Regiment „Groß- und Erbprinz“ als Offizier an, trat aber dann zum Zivildienst über.

Auch von mütterlicher Seite besaß ich Soldatenblut, da meine Mutter die Tochter des Obersten Gerlach, Kommandeur des Leibregiments, war. Er hieß im Kameradenkreis der „wilde Gerlach“ wegen seiner tollkühnen Tapferkeit in den Feldzügen 1806/07, 1809, 1812, 1813/15. Zweimal schwer verwundet, erschoss er 1813 einen französischen Offizier im Duell, der sich ungünstig über die Deutschen geäußert hatte. Das führt mich zu einer Bemerkung über den Einfluß französischer Gewalt Herrschaft, besonders in Süd- und Mitteldeutschland, die man später als die Zeit von Deutschlands tiefster Erniedrigung ansprach. Sicher lag eine solche vor in der Tatsache, daß damals für französische Eroberungs- und Ruhmgier viele Tausende deutscher Männer Blut und Leben opfern mußten.\*) Auch darin, daß diese Opfer meistens in Kriegen gegen Deutsche gebracht wurden unter Zustimmung deutscher Fürsten, wenn auch unter dem Drucke Napoleons als Protektor des Rheinbundes. Leider gab es in jener Zeit nur einen einzigen deutschen Fürsten, — Herzog Wilhelm von Braunschweig —, der lieber Krone und Land preisgab, als sich der Tyrannei des Korsen zu fügen. Aber die Wahrheit heißt festzustellen, daß trotzdem der Name des Schlachtenkaisers einen großen militärischen Zauber ausübte, auch auf die hessischen Offiziere und Mannschaften, die unter ihm siegreiche Schlachten geschlagen.

---

\*) So verloren allein die 4 hessischen Bataillone, die am Feldzuge gegen Rußland 1812 teilnahmen, 57 tote Offiziere und mindestens vier Fünftel ihrer Ausrüststärke.

In dem Zimmer manches alten Offiziers hing neben dem Bilde des Großherzogs dasjenige Napoleons, aber auch das vom alten Friedrich! Es ist die Zwiespältigkeit des deutschen Wesens, die da zum Ausdruck kam. Die Mannesstreue gegenüber dem Landesherrn, der nun einmal den Fahnen des Franzosenkaisers folgen mußte, die Hinneigung zum Fremden und wiederum der Schwertgeist, der dem deutschen Volke innewohnt, seitdem wir seine Geschichte kennen. Im übrigen waren jene Männer, die mit Stolz von Aspern, Wagram, von Meyna de la Talavera, Ocana und Badajoz — bei der Verteidigung dieser Festung im Frühjahr 1811 wurde das Regiment „Groß- und Erbprinz“ nach heldenmütigem Widerstande nahezu aufgerieben — von Smolensk und Krasnoi erzählten, ihrem innersten Wesen nach von echt deutscher Gesinnung. Davon zeugt u. a. die Ablehnung der St. Helena-Medaille, die Napoleon III. zum Andenken an Napoleon I. 1858 gestiftet hatte, durch die alten hessischen Offiziere und Soldaten, denen sie „amtlich“ angeboten wurde.

Vom Herbst 1858 an besuchte ich das Gymnasium in Darmstadt, um es 1862 als siebzehnjähriger Abiturient zu verlassen. Die übliche humanistische Richtung, die den Hauptwert auf die alten Sprachen legte, herrschte auch hier vor. Selbst im Geschichtsunterricht lag der Ton nicht auf vertiefter vaterländischer Anschauungsweise, zumal die neuere deutsche Geschichte nur stiefmütterlich behandelt wurde. Die Regierungszeit der deutschen Kaiser und überhaupt das Mittelalter fanden eingehendere Berücksichtigung, nachdem wir in der griechischen und römischen Geschichte sattelfest geworden, aber von den Befreiungskriegen erfuhren wir wenig. Sie gaben — zumal ja in ihnen Preußen die Hauptrolle spielte und die hessischen Truppen bis zum Winter 1813 gegen dieses gekämpft hatten — keine „pädagogische“ Veranlassung, den deutschen Gedanken wie deutsche Begeisterung zu pflegen. Es war das nicht Schuld der Lehrer, die als meistens gut deutsch gesinnte Männer „nebenbei“ nationale Töne anzuschlagen wußten, sondern es lag im politischen System, das in den süddeutschen Staaten herrschte und auf das Schulwesen bürokratisch abfärbte. Auch im Großherzogtum Hessen, wo Minister v. Dalwigk noch immer eine Art versteckter Rheinbundspolitik trieb und die Regierung ganz unter österreichischem Einfluß stand, was gleichbedeutend war mit einem gewissen Antagonismus gegen Preußen.

Es ist überhaupt eine absonderliche Erscheinung in der deutschen Geschichte, daß protestantische Fürsten vielfach nicht nur persönlich, sondern auch politisch dem katholischen Oesterreich zuneigten — selbst als es keine deutschen Kaiser mehr aus Habsburger Geschlecht gab — und damit ausgesprochene politische Abneigung gegen Preußen verbanden. Namentlich in Hessen erschien das um so auffallender, als Landgraf Ludwig IX. ein begeisterter Anhänger Friedrichs des Großen war — unter dem er noch mit Auszeichnung als General während der ersten beiden Schlesienschen Kriege gefochten —; ebenso seine Gemahlin, die sogenannte „große Landgräfin“, der Friedrich der Große im Herrngarten zu Darmstadt einen Grabstein errichten ließ mit der Aufschrift: „Femina sexu, ingenio Vir“. Die zweite Gemahlin Friedrich Wilhelm II. von Preußen stammt aus Hessen-Darmstädtischem Hause, war also Stammutter der späteren Hohenzollern. Königin Luise, Enkelin der großen Landgräfin, genoss ihre Erziehung am Hofe in Darmstadt. Die Gemahlin des Prinzen Karl, des präsumtiven Nachfolgers des Großherzogs Ludwig III., entstammte dem preussischen Königshause, und ihre beiden Söhne dienten in der preussischen Garde. Dagegen gehörte der jüngste Bruder des Großherzogs, Prinz Alexander, zuerst der russischen Armee, dann als General dem K. K. Heere an, in dem er 1859 mit großer Auszeichnung gefochten.

Ohne Zweifel herrschte die österreichische Richtung, aber nicht nur beim hessischen Hofe, sondern auch in den Kreisen des Hochadels — von den Hienburg, Solms, Erbach dienten Mitglieder im K. K. Heere —, der Offizier- und Beamtenfamilien, deren Söhne mit Vorliebe in Kaiserliche Dienste traten.\*) Dagegen ist mir aus jener Zeit nur ein einziger Fall bekannt, daß der Sohn eines höheren Beamten nach Preußen ging, was ein gewisses Aufsehen erregte.

Ich war am 1. Oktober 1862 in das 4. Infanterie-Regiment (Prinz Karl) als Kadett eingetreten, wie man die Offizieraspiranten nannte. Großvater und Vater hatten in diesem Regiment gestanden, außerdem sieben meines Namens. Die Enge der staatlichen Verhältnisse brachte es mit sich, daß nicht nur die politischen, sondern auch die militärischen Anschauungen

---

\*) Ein Keim fiel 1815 als österreichischer Stabsoffizier, ein anderer starb 1900 als österreichischer Major. Ein Neffe meines Vaters fiel 1866 in der Schlacht von Custozza.

eine rot-weiße Färbung (die Landesfarben) aufwiesen. Mit Recht stolz auf die kriegerischen Leistungen der Vorfahren — schon Tacitus bezeichnet die Chatten als einen der tapfersten deutschen Volksstämme —, fehlte doch die lebendige Fühlung mit dem Geiste wie mit den Einrichtungen einer großen Armee, wie sie in dem benachbarten Preußen vorbildlich vertreten waren, namentlich seit der Regierung König Wilhelm I. Man dachte aber bezeichnenderweise gar nicht daran, in dem nahen Frankfurt, nicht einmal in dem hessischen Mainz, Besichtigungen, Vorstellungen und Übungen der dort garnisonierenden preussischen Truppen beizuwohnen. Selbst nicht bei den „befreundeten“ österreichischen Regimentern. Im Gegensatz zu diesem Mangel auf dem Gebiete praktischer Truppenkenntnis stand die hohe wissenschaftliche Schulung des Offizierkorps. Die Kadetten mußten drei Jahre hindurch im Winter sechs Monate die Kriegsschule in Darmstadt besuchen, um dann ein recht schwieriges Offizierexamen abzulegen. Um darzutun, welcher Unterschied jedoch zwischen Theorie und Praxis in technisch-taktischer Beziehung bestand, sei folgendes erwähnt: Der anerkannt bedeutendste unter den damaligen Ballistikern auf dem Gebiete der Handfeuerwaffen war der hessische Major v. Ploennies. Er hatte u. a. schon vor 1866 die Überlegenheit des Zündnadelgewehrs gegenüber dem Vorderlader in einer Schrift überzeugend nachgewiesen. Das wurde uns auch in der Kriegsschule nicht vorenthalten, zumal der Lehrer in der Waffenlehre ein begeisterter Anhänger der Anschauungen des Majors v. Ploennies war. Es konnte jedoch nicht verhindern, daß im Examen das Thema gestellt wurde: „Aufzählung der 10 Nachteile des Zündnadelgewehrs.“ Solches forderte die Rücksicht auf „berechtigete Eigentümlichkeiten“ und auch der Gedanke, das Vertrauen auf den Vorderlader, den die hessischen Truppen führten, nicht zu erschüttern. Im blutigen Gefecht bei Fronhofen am 13. Juli 1866 wurde jedoch das Fazit dahin gezogen, daß wir in kurzer Zeit bei den wiederholten Infanterieangriffen 36 Offiziere, 546 Mann an Toten und Verwundeten verloren, während die Gesamteinbuße auf preussischer Seite nur 1 Offizier und 67 Mann betrug!

In der Kriegsschule lernten wir auch, daß das gezogene preussische Hinterladergeschütz dem österreichischen Feldgeschütz überlegen sei. Trotzdem führte nur die eine Hälfte der hessischen Artillerie das preussische, die andere dagegen das österreichische Modell. So war aus „politischen“ Gründen

die „Parität“ und Rücksichtnahme auf die beiden deutschen Vormächte selbst bei der Artillerieausrüstung gewahrt.

Wir lernten in der Befestigungslehre alle Systeme gründlich kennen und waren theoretisch beinahe reif zu Festungsbaumeistern. Aber in der hessischen Stadt Mainz, in der als Bundesfestung preussische und österreichische Truppen lagen, gab es keinen hessischen Festungsingenieur.

Das dürfte aber alles an der Tatsache nichts ändern, daß die hessischen Offiziere — sie mußten als Leutnants noch höhere wissenschaftliche Vorträge auf der Kriegsschule besuchen — wohl als die mit am besten wissenschaftlich ausgebildeten unter den deutschen Kontingenten gelten konnten. Auch Feldmarschall Moltke wußte das zu würdigen, denn er erklärte seiner Zeit die in Darmstadt erscheinende „Allgemeine Militärzeitung“, die meistens hessische Offiziere als Mitarbeiter aufwies, für ein besonders gediegenes militärwissenschaftliches Organ und empfahl ihre regelmäßige Lektüre eindringlich den Offizieren des Generalstabes.

Der Gegensatz zwischen einer mehr theoretisch-wissenschaftlichen Auffassung vom Wesen des Krieges als praktischer möglichst kriegsmäßiger Ausbildung der Truppen kam auch in den Exerziervorschriften zum Ausdruck. Ein 1862 eingeführtes Exerzierreglement für die Infanterie trug auf Grund einseitiger Verwertung der Kriegserfahrungen des Feldzuges 1859 der sogenannten Stoßtaktik in Massenformationen Rechnung, weil angeblich die Franzosen durch Überrennen der mit einem besseren Gewehr ausgerüsteten Österreicher ihre Erfolge erzielt hätten. Man übersah aber hierbei, daß diese Taktik ohne wirksame Feuervorbereitung dem Hinterlader gegenüber versagen würde, eine taktische Mißachtung, die auch den hessischen Truppen im Ernstfalle eine blutige Niederlage bereiten sollte.

Herbstübungen fanden zwar in jedem Jahre statt, aber stets in der Umgebung von Darmstadt. Eigentlich war es ein Gefechts-exerzieren mit genau verteilten Rollen. Man wußte schon durch Generationen hindurch, wie diese oder jene Stellung zu verteidigen oder anzugreifen war. In kleinerem Maßstabe konnte man auch erleben, daß bei Felddienstübungen ein kundiger Bauer dem Feldwachhabenden erklärte: „Herr Leutnant, der Doppelposten X steht falsch; er muß hier an diesem Kirschbaum seinen

Platz haben. So ist es schon immer gewesen.“ Es fehlte auch die Erziehung zum selbstständigen Handeln, und nichts verträgt weniger die Schablone als der Krieg. Die Kavallerie war gut beritten, aber nur zum Gefecht ausgebildet; von einer gründlichen Ausbildung im Felddienst, also vor allem im Aufklärungsdienst, war keine Rede. Die Feldartillerie stand — abgesehen von ihrer ungleichmäßigen Geschühausrüstung — in jeder Beziehung auf der Höhe. Ebenso die wenn auch nur kleine Pioniertruppe.

Der Generalquartiermeisterstab (Generalstab) bestand als besondere Behörde für sich, ohne nähere Fühlung mit den Truppenteilen. Er sah wie in allen kleineren Staaten seine Hauptaufgabe während der 5 Jahrzehnte, die der napoleonischen Kriegsperiode gefolgt waren, in der topographischen Aufnahme des Landes sowie der Herstellung von Generalstabskarten. Die Leistungen des hessischen Generalstabes standen in dieser Hinsicht auf einer sehr hohen Stufe, und es gewährt dem „Kenner“ noch heute einen gewissen Genuß, diese bis in das Kleinste musterhaft ausgeführten Karten im Maßstabe 1 : 25 000 zu betrachten.

Die Hessische Armeedivision gehörte als 3. Division zum VIII. deutschen Bundes-Armee-korps (Württemberg, Baden, Großherzogtum Hessen), das aber seit 1840 nicht mehr zusammengezogen worden war. Die Armeedivision setzte sich zusammen aus 2 Brigaden zu je 2 Infanterie-Regimentern, 1 Scharfschützenbataillon, einer Reiterbrigade mit 2 Reiter-Regimentern (Garde Cheveaur legers und Leib Cheveaur legers), dem Artilleriekorps mit fünf Feldbatterien und einer Belagerungsbatterie, einer Pionierkompagnie mit Brückenzug.

Die Armeedivision hatte zuletzt 1848 und 1849 in Baden überall mit Auszeichnung gefochten und genoss — wie auch v. Sybel in seiner „Begründung des Deutschen Reiches“ hervorhebt — überall den Ruf einer ausgezeichneten Truppe.

Die politischen Verhältnisse in Deutschland spitzten sich im Frühjahr 1866 zu und ließen den Gegensatz zwischen Preußen und Osterreich immer deutlicher hervortreten. Daß sich der Bundestag im Falle kriegerischer Ereignisse auf österreichische Seite stellen würde, galt als selbstverständlich; und so stimmte auch Hessen-Darmstadt in der entscheidenden Bundestags-

sigung am 14. Juni 1866 dem Beschluß der Bundesexekution gegen Preußen zu, ebenso wie Osterreich, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Kurhessen, Nassau. Damit wurde der Bruderkrieg unvermeidlich.

Schon am 16. Mai war die Mobilmachung der Division angeordnet worden, die glatt verlief. Das VIII. Bundes-Armee-korps trat unter dem Befehl des Prinzen Alexander von Hessen, den am 16. Juni der Bundestag in Frankfurt ersuchte, den Schutz dieser Stadt zu übernehmen, da sie durch den Einmarsch preussischer Truppen bedroht erschien. Noch an demselben Tage rückte mein Regiment dort ein und schob Vorposten bis nördlich Frankfurt vor. Die „Freie Stadt“ bereitete jedoch den zu ihrem Schutze herbeigeeilten Truppen einen wenig gastlichen Empfang und brachte sie in leerstehenden, von Schmutz starrenden Kasernen unter, so daß die Mannschaften sich weigerten, die Betten zu benutzen. Es gab eine kleine Revolte, die ihren Abschluß mit Einquartierung in Bürgerhäusern fand. Ich habe diesen Vorgang erwähnt als kennzeichnend für den „Opfermut“ einer Stadt, die sich besonders preußenfeindlich gebärdet hatte.

In den nächsten Tagen war auch das VIII. Armeekorps — zu dem noch als 4. Division eine Osterreichische und die Herzoglich Nassauische Brigade hinzutrat — in und bei Frankfurt versammelt. Um die „großdeutsche“ Richtung der Exekutionstruppen auch äußerlich in die Erscheinung treten zu lassen, erhielten sie schwarz-rot-goldene Armbinden. Den älteren Offizieren, die noch 1849 gegen die Revolutionäre gekämpft hatten, deren Wahrzeichen in den gleichen Farben bestanden, wollte allerdings diese Trikolore nicht recht einleuchten. Jedenfalls war es ein eigenartiges Schauspiel, als vor dem Englischen Hofe die Gemahlin des Prinzen Alexander von Hessen schwarz-rot-goldene Armbinden verteilen half.

Ende Juni begann der Vormarsch nach Oberhessen, bei dem die Hessische Division die Vorhut bildete. Sie kam bis in die Nähe von Fulda, wo feindliche Truppen gemeldet waren, trat aber dann am 6. Juli den Rückmarsch an auf die Nachricht vom Ausgang der Schlacht von Königgrätz. Dieser Rückmarsch des VIII. Korps entsprach allerdings nicht den Wei-

lungen des Oberbefehlshabers der Südwestdeutschen Truppen, des Prinzen Karl v. Bayern, der nach den für die Bayern ungünstigen Gefechten bei Dernbach und Kissingen auf Würzburg zurückgewichen war und nun das Heranziehen des VIII. Armeekorps befohl. Prinz Alexander aber beschloß „von dieser Vereinigung abzusehen und den Rückmarsch auf Frankfurt richten zu sollen. Dort glaubte man auch am besten die eigenen Staaten decken zu können.\*)

Dieser „Ungehorsam“ — wenn man will — führte zu einer Spannung mit dem Prinzen Karl von Bayern. Er ist aber bezeichnend für die „partikularistische“ Auffassung von der Kriegsführung.

So rückte das Regiment nach sehr beschwerlichen Märschen am 10. Juli wieder in Bornheim, einem Vorort von Frankfurt, ein. In der Linie Frankfurt—Hanau sollte das Armeekorps einem Angriff entgegen-treten, und deshalb wurde der Bau von Schanzen vor Frankfurt eifrig in Angriff genommen, gegen den jedoch die Freie Stadt Frankfurt lebhaften Widerspruch erhob, da sie selbst dadurch gefährdet sei. Es kam jedoch anders, wie so oft im Kriege. Die preussischen Truppen unter dem Befehl des Generals Vogel v. Falckenstein richteten ihren siegreichen Vormarsch vorläufig nicht gegen Frankfurt, sondern durch den Speessart auf Aschaffenburg. Zur Sicherung dieser Stadt sowie der Mainbrücken waren am 12. Juli Teile der Hessischen Division dorthin abgerückt. Am 13. wurde die ganze Division östlich Aschaffenburg versammelt, da feindlicher Anmarsch von Brückenau her gemeldet war. Am Nachmittag entspannen sich Teilgefechte mit der anmarschierenden Division v. Goeben, die mit Zurückgehen der 1. Hessischen Infanterie-Brigade abschlossen. Da der Feind nicht weiter vordrang, so war es bei der Sachlage nicht geboten, das Gefecht wieder aufzunehmen. Durch „Missverständnisse“ bei der Befehlserteilung wurde jedoch gegen 7 Uhr abends die 2. Infanterie-Brigade — zu der auch das 4. Infanterie-Regiment gehörte — zum Angriff auf das Dorf Frohnhofen ange-setzt. Dieser Angriff erfolgte aber nicht einheitlich, sondern die Regimente traten nacheinander ins Gefecht. Ich stand bei der 1. Schützenkompanie, — jedes Bataillon besaß eine Schützenkompanie, die in erster

---

\*) v. Zimmermann: Der Anteil der Großherzoglich Hessischen Armeedivision am Kriege 1866 (E. S. Mittler & Sohn. 1897). Diese gebiegene Darstellung enthält auch alles Bemerkenswerte über die Operationen auf dem Südwestlichen Kriegsschauplatz.

Linie für das zerstreute Gefecht bestimmt war —, und führte die Spitze, die auf dem Vormarsch dicht vor Frohnhofen die ersten verirrten Kugeln erhielt. Als sich das Bataillon zum Gefecht entwickelte, trat es ohne jede ernsthaftige Feuervorbereitung zum Sturm an, wobei uns schon Teile des zurückflutenden 3. Infanterie-Regiments entgegenkamen. Ich lasse über den weiteren Verlauf des Gefechts eine kurze Schilderung folgen, die sich in dem von mir erwähnten Buche des Oberleutnants v. Zimmermann (Seite 404) findet. Sie behandelt den Schlusssatz des Gefechtes, der sich vor der Regelpbahn abspielte, die von den hessischen Truppen wiederholt erstürmt und wiederholt von ihnen geräumt worden war.

„Ich war zusammen mit meinem Kompagniechef, Hauptmann Becker, dem Führer der 3. Kompagnie, Hauptmann v. Wachter, Oberleutnant Freiherr v. Gall, Leutnant Felsing und Leutnant Hauß mit ungefähr 20 bis 25 Unteroffizieren und Soldaten bis auf 30–40 Schritt an den vom Feinde besetzten Gartenzaun der Regelpbahn herangekommen. Hier räumte das Zündnadelgewehr so rasch auf — von jenen 20 Mann, die nur sehr langsam feuern konnten (da sie ihre Ladestöcke teilweise nur mit Hilfe von Taschentüchern, die sie um den oberen Teil des Ladestockes wanden, aus der Nute herausbekamen), sind sicher nur wenige übrig geblieben, so daß Hauptmann v. Wachter sagte: „Meine Herren, vorwärts können wir nicht mehr, und rückwärts gehen die Hessen nicht!“ In demselben Augenblick — wir standen so nahe an der feindlichen Stellung, daß man in die Mündungen der Zündnadelgewehre sah — erhielt v. Wachter den tödlichen Schuß, dann mein Hauptmann, Felsing wird schwer, Freiherr v. Gall leicht verwundet. Neben mir stand der brave Feldwebel Eichholz (er fiel am 18. August 1870 bei St. Privat), ein Hüne von Gestalt, — alles stand aufrecht, auch die feuernden Mannschaften, da es nicht für anständig galt, sich im Gefecht niederzulegen oder zu knien —, und sagte zu mir: „Herr Leutnant, jetzt kommen wir dran! Wir kamen aber wunderbarer Weise nicht „dran“, denn das Feuer schwieg plötzlich uns gegenüber. In diesem Augenblick sahen wir links vorwärts an dem Walde feindliche Kavallerie auftauchen, was für die Ueberreste der vordersten Gefechtslinie das Signal zum Zurückgehen gab.“

Was nun das plötzliche Verstummen des Feuers uns gegenüber betrifft, so hat das später eine merkwürdige Aufklärung gefunden. In der Geschichte des 2. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 15 erzählt nämlich der damalige Premierleutnant Hoffmann, der die Regelbahn besetzt hielt, er habe den Befehl „Stopfen!“ gegeben, da dieses nutzlose Morden tapferer Männer ihm widerstrebt habe. Ein Beispiel, welche Rolle doch der Zufall auch im heißen Kampfgewühl für den Einzelnen spielt!

Nachdem mein Hauptmann gefallen, führte ich die zusammengeschmolzene Kompanie zurück. Auf der großen Straße nach Aschaffenburg drängte sich die Masse der Zurückmarschierenden, dazwischen Ambulanzen, Verpflegungswagen, und bald erschienen im Anmarsch österreichische Truppen, an ihrer Spitze der Feldmarschalleutnant Graf Neipperg, der etwas von oben herab auf das Getümmel sah. Am folgenden Tag jedoch versagten seine Truppen zum großen Teil; namentlich die Italiener des Regiments Wernhardt ließen sich zu hunderten gefangen nehmen.

Dieser Rückmarsch, die darauf folgende Nacht, die Eindrücke eines unglücklichen Gefechtes, der Verlust geschätzter Vorgesetzten — auch der Regimentskommandeur Oberst Schenk war gefallen — und manches lieben Kameraden erzeugten eine gedrückte Stimmung, und die Erinnerung an jenen 13. Juli 1866 haftet bis auf den heutigen Tag. Aber auch die Genugtuung, als junger Offizier die Feuertaufe in ehrenvoller Weise bestanden und die auseinander geratene Kompanie wieder fest in die Hand bekommen zu haben. Seine Königliche Hoheit der Großherzog zeichnete mich durch eine öffentliche Belobung „wegen ausgezeichneten Benehmens vor dem Feinde“ aus.

Nachdem Aschaffenburg am 14. Juli in preussische Hände gefallen war, marschierte das Regiment bei glühender Hitze, ohne Verpflegung und ohne längere Rast, auf dem linken Mainufer über Seligenstadt zurück und kam erst am frühen Morgen des 15. Juli auf dem Sammelplatz der Division an. Auf diesem Nachtmarsche habe ich erprobt, daß man übermüdet selbst im Gehen schlafen kann.

Trotz der Schlacht von Königgrätz, und obwohl die Preußen am 15. Juli in Frankfurt einrückten, setzten die süddeutschen Staaten den Krieg

fort, obgleich der „Waffenehre“ in den Kämpfen der Bayern und für Hessen wenigstens in dem Gefecht des 13. Juli genügt worden war. Württemberger, Badener, Nassauer hatten allerdings bis dahin noch nicht gefochten. So zog sich das VIII. Armeekorps, durch den Odenwald marschierend, an die bei Würzburg versammelten Bayern heran, und erreichte am 23. Juli die Tauberlinie, an welchem Tag die 1. (Württembergische) Division bei Tauberbischofsheim unglücklich unter schweren Verlusten focht. Auch hier ungestümes Anstürmen gegen das Zündnadelfeuer.

Beim weiteren Zurückgehen auf Würzburg am 25. Juli hatte die Hessische Division zusammen mit einer Württembergischen Brigade am Nachmittag nördlich Gerchsheim Stellung genommen, um den Abzug endloser Fuhrwerkskolonnen auf der Straße nach Würzburg zu sichern. Das Regiment besetzte einen Wald, gegen den bei anbrechender Dunkelheit preussische Truppen vorgingen. Sie trugen, wie alle Angehörigen der Mainarmee, weiße Armbinden, und in dem ungewissen Tageslicht wurden sie anfänglich für diesseitige Krankenträger gehalten, die weiße Binden mit dem Genfer Kreuz führten. Das Feuer — die 1. Schützenkompanie hielt den Waldbrand besetzt — wurde deshalb verspätet eröffnet, und am Waldrand kam es zum Handgemenge. Ein Unteroffizier schoß aus nächster Entfernung nach mir, als einer meiner Leute vorsprang und ihn mit dem Bajonett niederstieß. Das Gewehr ging jedoch noch los, und die Kugel traf mich am Fuß (Knochenverletzung), so daß ich zusammenbrach. Einer der Schützen versuchte, mich auf die Schulter zu nehmen, erhielt aber selbst einen Schuß, der ihn gehunfähig machte. So lagen wir beide hilflos im dichten Walde, da das Regiment zurückgegangen und der Feind nicht gefolgt war. Nach einer Stunde ungefähr erschien eine versprengte badische Patrouille, die uns mühsam weiterhalf, bis wir bei dem Dorfe Rist um Mitternacht auf ein württembergisches Bataillon stießen. Hier wurde ich etwas verbunden und nach einer Ambulanz gebracht, die sich bei Tagesanbruch in Bewegung setzte, jedoch vor den Toren Würzburgs Halt machte, weil der bayerische Festungskommandant nur bayerisches Fuhrwerk einlassen wollte. Aber auch da half mir der Zufall. Ich hörte Pferdegetrappel und die mir wohlbekannte tiefe Bassstimme meines Onkels, des Major Brodrück, der dem Hauptquartier des Prinzen Alexander als Generalstabs-offizier angehörte. Ich stieß mit dem gefunden Fuß und den Armen heftig

1-659778

gegen die Wände des Kastens, in dem ich lag, und rief den Namen meines Onkels. Daraufhin wurde die Tür geöffnet, und Major Brodrück erblickte seinen verwundeten Neffen. Es gelang nun dem Einschreiten des Prinzen Alexander, zu erwirken, daß wenigstens die Verwundeten in die Stadt gelassen wurden. Ich wurde in ein Lazarett gebracht. Die Ärzte wollten den Fuß amputieren, da die Kugel fest im Gelenkknöchel saß. Da ich das verweigerte, versuchten sie, die Kugel herauszumeißeln, was auch gelang. Später fand ich in einem Privathause Aufnahme, mußte aber als transportunfähig bis Mitte November in Würzburg verbleiben. Dann kam ich in das Elternhaus nach Gießen. Die Wunde schloß sich aber erst im März 1867. Eine Kur in Wildbad brachte völlige Heilung, so daß ich Anfang Juli mich wieder zum Dienst melden konnte, dem ich ein ganzes Jahr ferngeblieben war. Ich wurde zum neu errichteten 2. Jägerbataillon (Leib-Jägerbataillon) versetzt, das im Herbst 1868 endgültig in seine Garnison Offenbach am Main einrückte.

Inzwischen hatten erhebliche politische wie militärische Veränderungen Platz gegriffen. Hessen trat dem Norddeutschen Bunde bei — jedoch nur für die Provinz Oberhessen, da die „Mainlinie“ respektiert werden sollte — und die Division wurde dem 11. Armeekorps (Kassel) zugeteilt. Wir erhielten die preussischen Ausbildungsvorschriften und wurden mit der Zündnadelbüchse bewaffnet. Es begann eine rege militärische Tätigkeit, und die Division hatte sich bald die Zufriedenheit ihres kommandierenden Generals, v. Plonski, und bei den Herbstübungen des Jahres 1869 diejenige Seiner Majestät des Königs Wilhelm I. erworben. So ganz war aber doch 1866 bei den Mannschaften noch nicht vergessen, denn ich entsinne mich, daß bei einem Zusammenstoß mit dem Gegner beide Parteien nicht übel Neigung zeigten, handgemein zu werden und die Offiziere energisch einschreiten mußten.

Erwähnen möchte ich noch, daß den militärischen Veränderungen auch die Regimentsfechtsäle zum Opfer fielen. Sie waren eine altüberlieferte Einrichtung, die im Winter Offiziere im Gebrauch von Säbel, Fleuret und im Bajonettfechten durch besonders ausgebildete Unteroffiziere — sie führten den Namen Fechtmeister — unterrichtete. Der Besuch der Fechtsäle war für alle jüngeren Offiziere obligatorisch. Es trug das viel dazu bei, das Bajonettieren der Mannschaften auf eine hohe Stufe zu bringen. Die



preussischen Offiziere, die seit 1868 zur hessischen Division kommandiert waren, gaben auch ihrer Bewunderung über die hervorragenden Leistungen in diesem Dienstzweig Ausdruck. Es soll jedoch nicht verschwiegen werden, daß die in den Regimentsfechtställen erworbene Fechtkunst zu zahlreichen „Duellen“, namentlich bei den Kadetten, führte, die nach altem Gebrauch stets mit dem krummen Säbel, ohne jede Schutzvorrichtung, ausgefochten wurden. Zwar forderte diese „ritterliche“ Betätigung manches Opfer, aber sie stärkte auch die Zuversicht zur persönlichen Waffenführung!

Am 1. März 1869 erfolgte Zurückversetzung zu meinem alten Regiment nach Darmstadt.



## 2. Abschnitt

### Im Felde 1870/71. Mex. An der Loire. Adjutantur. Kompagniechef.

Der Kriegsausbruch im Juli 1870 kam der Armee überraschend. Bismarck und Moltke weilten gar nicht in Berlin, als der Franzosenkaiser den König von Preußen in Ems durch seinen Botschafter in beleidigender Weise provozieren ließ, um sein sinkendes Ansehen bei dem eifigen Volke zu stützen. Man hatte in Paris schon lange gerufen: Rache für Sadowa! Die Zurückweisung französischer Anmaßung in der sogenannten „Ems-Depesche“ rief in ganz Deutschland, den Süden nicht ausgenommen, einmütige Begeisterung hervor, ebenso der am 16. Juli erfolgende Mobilmachungsbefehl. In Darmstadt allerdings konnte man einen Anschlag der Regierung an den Straßenecken lesen, der vor „Unvorsichtigkeiten“ warnte, da in Baden bereits französische Truppen eingerückt seien. Die Mobilmachung ging glatt vonstatten, und bei der Abschiedsparade der Garnison Darmstadt am 25. Juli brachte der Großherzog in dem hierbei ausgegebenen Tagesbefehl zum Ausdruck, daß er nicht die „vorsichtige“ Haltung seiner Minister teilte, denn jener Tagesbefehl war von echt vaterländischem Schwunge getragen. Am demselben Tage setzte sich die Division, die seit 1867 Prinz Ludwig von Hessen befehligte, und die nunmehr dem 9. Armeekorps (General v. Manstein) zugeteilt war, nach Rheinhessen in Bewegung. Dort hatte in Mainz der König von Preußen als Bundesfeldherr sein Hauptquartier aufgeschlagen.

Leider mußte ich vorläufig beim Ersatzbataillon zurückbleiben, da die Nachwirkungen meiner Verwundung die volle Felddienstfähigkeit in Frage stellten. Aber fortgesetztem Drängen gelang es doch, daß ich am 20. August

Nachschub-Mannschaften dem Regiment zuführen durfte. Durch persönliche Vorstellungen beim Prinzen Ludwig erreichte ich die Versetzung zum Feldregiment und übernahm die Führung der 7. Kompanie, in der ich auch bis zum Ausmarsch gestanden. Die Division hatte sich am 18. August bei Verneville-St. Privat unter schweren Verlusten in der Mitte der Schlachtlinie unter ungünstigen taktischen Verhältnissen behauptet. Letztere waren dadurch herbeigeführt, daß selbst die Oberste Heeresleitung annahm, die Franzosen seien im Abzug begriffen, während sie westlich Metz noch in starken Stellungen standen. Erst die Meldungen hessischer Reiteroffiziere stellten das fest, namentlich ein großes französisches Lager bei St. Privat. Der kommandierende General des IX. Armeekorps setzte trotzdem die 18. Division zu früh und vereinzelt ein gegen einen bei Verneville stehenden überlegenen Feind, was wiederum das nicht einheitlich gegliederte Einsetzen der hessischen Division nötig machte, die namentlich in dem Bois de la Cusse stundenlang schwer ringen mußte. Das Regiment verlor hier seinen Kommandeur Oberst Zwenger. Gegen Abend gelang es nach erbitterten Kämpfen dem links von der hessischen Division fechtenden Gardekorps zusammen mit den Sachsen den hochragenden Schlüsselpunkt des rechten französischen Flügels, St. Privat, zu erstürmen. Damit war die Schlacht gewonnen.

Am 18. August und schon vorher am 16. August bei Mars-la-Tour hatte die deutsche Infanterie denselben taktischen Fehler — der mit Strömen von Blut wieder gutgemacht werden mußte — begangen wie die Hessen am 13. Juli 1866 beim Gefecht von Frohnhofen. Anstürmen gegen den Feind ohne genügende Feuervorbereitung in geschlossenen Formationen, unter denen das ballistisch weit überlegene Chassepot-Feuer in kurzer Zeit verheerend aufräumte. Eine Taktik, die noch 1866 große Erfolge aufzuweisen hatte, erwies sich 1870 als veraltet. Die deutsche Führung, der unvergleichlich gute Geist des deutschen Heeres und — man muß der Wahrheit die Ehre geben — die zahlenmäßig wie ballistisch überlegene deutsche Feldartillerie sicherten uns den Sieg. Auch als wir später gegen zahlenmäßige Überlegenheiten zu fechten hatten, wie an der Loire.

Nachdem die Franzosen auf Metz zurückgeworfen waren, begann die Einschließung der damals stärksten Festung Europas, ohne daß sie belagert worden wäre.

Diese Sache war wenig ansprechend. Bivaks und Vorposten wechselten mit Kantonnements, in denen fleißig exerziert wurde. Selbst Besichtigungen fanden statt, und wenn nicht ab und zu ein Kanonenschuß gefallen wäre, konnte man sich in Friedenszeiten wähnen. Endlich am 27. Oktober kapitulierte Metz und die 173 000 Mann zählende Rheinararmee, die nach dem Ausfalle gegen Noisseville am 1. September keine ernsthaften Versuche mehr gemacht hatte, durchzubrechen. Inzwischen war Sedan geschlagen, Paris eng eingeschlossen worden, und Optimisten sahen schon das baldige Ende des Krieges voraus. Selbst Moltke glaubte nicht, daß sich Paris lange halten würde, und schrieb seinem Bruder, er hoffe, im Oktober mit ihm in Schlesien Hasen schießen zu können.

Man hatte jedoch die Widerstandskraft der Franzosen unterschätzt, die mit außerordentlicher Tatkraft in kurzer Zeit neue Armeen sozusagen „aus dem Boden“ stampften. Eine derselben, die Loire-Armee, zwang sogar die Deutschen, das von ihnen besetzte Orleans wieder zu räumen, und Metz war gerade zur rechten Zeit gefallen, um die dadurch frei gewordene I. und II. Armee, erstere nach dem nördlichen Frankreich, letztere nach der Loire hin in Eilmärschen abzurücken zu lassen.

Auf dem Marsche dorthin bekamen wir in den Argonnen einen Vorgeschmack von der niederträchtigen, völkerrechtswidrigen Art, wie die Franzosen den „Volkskrieg“ führten. Eine Patrouille des Regiments kam nicht zurück. Die Leichen der in rohester Weise verstümmelten Leute wurden kurz darauf in einem Misthaufen versteckt vorgefunden. Wenn dann an den Unmenschen eines solchen Dorfes gerechte Vergeltung genommen wurde, erscholl nicht nur in Frankreich, sondern auch in neutralen Ländern das Geschrei von der deutschen Barbarei. Genau wie das später im Weltkriege geschah.

Die durchschnittliche Marschleistung in den ersten Novemberwochen betrug 40 Kilometer am Tage. Am 11. November fiel der erste Schnee, und am 17. November bezog das Regiment eine Verteidigungsstellung an der großen Straße Paris—Orleans. Ein Angriff erfolgte jedoch nicht, und die II. Armee zögerte vorläufig mit einem Vorgehen gegen das stark besetzte Waldgelände nördlich Orleans. Da telegraphierte Moltke am 2. Dezember an den Prinzen Friedrich Karl: „Seine Majestät befehlen,

daß morgen am 3. Dezember auf der ganzen Linie angegriffen wird.“ So geschah es. Das Regiment stand am 3. Dezember vormittags gefechtsbereit im Divisionsverbande bei Artenay, als bei herrlichem Sonnenschein Prinz Friedrich Karl heransprengte, den Säbel zog und damit das Zeichen zum Angriff gab. Dieser Augenblick rief bei den Truppen helle Begeisterung hervor, die in einem dreimaligen Hurra ausklang. Unter dem Feuer schwerer Geschütze ging das Regiment vor und geriet gegen Abend nochmals in ein solches Feuer, aber die Zugänge zum Walde von Orleans waren nunmehr in unseren Händen. Am 4. Dezember durchschritten wir den ausgedehnten Wald von Orleans unter steten Gefechten, und am Abend waren die Vorstädte von Orleans erreicht. Mitternacht drangen Truppen der Armeeabteilung des Großherzogs von Mecklenburg von Westen her in die Stadt ein. Am folgenden Morgen defilierte das Regiment auf dem Place du Martroy, den das Standbild der Jungfrau von Orleans schmückt, vor dem kommandierenden General, wobei Tausende von gefangenen Franzosen die Staffage bildeten!

Nunmehr galt es, dem Loireabwärts zurückgehenden Feinde, der unter General Chanzy in hartnäckigen Rückzugsgefechten sich immer wieder zum Kampfe stellte, an der Klinge zu bleiben. Es setzte jetzt empfindliche Kälte ein, und die Vorposten des Regiments mußten in der Nacht vom 8. bis 9. Dezember bei 10 Grad Reaumur bivakieren. Das hatten wir an der „sonnigen Loire“ doch nicht erwartet, die sogar starke Eisschollen trieb. Meine Leute hatten sich „Schneehütten“ erbaut, die tatsächlich etwas wärmten.

Am 9. Dezember setzte die Division den Vormarsch auf dem linken Loireufer gegen Blois fort. Am Nachmittag wurde das Regiment durch plötzlich auftauchende feindliche Massen 1½ Meilen östlich Blois in ein heftiges Gefecht verwickelt. Während das I. Bataillon auf der großen Straße den Feind abwies, erhielt das II. Bataillon den Befehl, den die linke Flanke bedrohenden Park von Chambord zu besetzen. Es führte das dann zur Erstürmung des Schlosses Chambord. Wenn ich auf diese näher eingehe, so geschieht das, weil sie eine der glänzendsten Waffentaten des Winterfeldzuges 1870 darstellt, die leider im Generalstabswerk über den deutsch-französischen Krieg nur sehr oberflächlich behandelt worden ist. Ein hierauf von seiten der 25. Division erhobener Einspruch brachte zwar eine ergänzende Notiz, die aber erst im nachfolgenden Bande an wenig ein-

drucksvoller Stelle zum Abdruck kam. Seit dieser Zeit bin ich gegen Kriegsgeschichtsschreibung etwas misstrauisch geworden, und meine spätere siebenjährige Tätigkeit in der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabes hat mich darin bestärkt. Jedenfalls kennt die Kriegsgeschichte nur wenig Beispiele dafür, daß eine lächerlich kleine Schar entschlossener Männer ein von achtzigfacher Übermacht — dazu noch mit Artillerie ausgerüstet — besetztes Schloß im ersten Anlauf erstürmte, dabei fünf Geschütze eroberte und eine ganze feindliche Brigade in panikartige Flucht trieb. Auch aus dem an deutschen Heldentaten überreichen Weltkrieg ist mir ein gleiches gelungenes Wagestück nicht bekannt geworden.

Der ausgedehnte Park von Chambord, von einer 12 Fuß hohen Mauer eingeschlossen, umgibt das Schloß Chambord, einen historisch berühmten, gewaltigen Bau, geziert mit zahlreichen Türmen. Der letzte Sproß der französischen Bourbonen führte den Namen „Graf von Chambord“, da ihm das Schloß gehörte.

Die 7. Kompagnie — die ich seit Metz führte — drang nach kurzem Gefecht, und nachdem ein Loch in die Parkmauer geschlagen war, in den Park ein, worauf die Franzosen nach dem Schlosse zurückgingen. Die 6. Kompagnie folgte, während die 7. zur Festhaltung des Haupteinganges zum Park zurückblieb. Die 6. Kompagnie hatte bald melden lassen, das Schloß sei überaus stark besetzt und Unterstützung nötig. Der Bataillonskommandeur (Major Wechstatt), der sich bei der 7. Kompagnie aufhielt, befahl deshalb dem gerade mit zwei schwachen Zügen herankommenden Hauptmann Kattrein, gegen das Schloß, von dem aus die Franzosen ein heftiges Feuer eröffnet hatten, vorzurücken. Hauptmann Kattrein beschloß trotz des heftigen Feuers, auf die Entschlossenheit seiner Abteilung (sie zählte nur 3 Offiziere und 58 Mann) und die inzwischen hereingebrochene Dunkelheit vertrauend, den sofortigen Angriff. Er befiehlt, keinen Schuß zu tun und nur mit dem Bajonett draufzugehen. Die kleine Schar mit ihren Offizieren an der Spitze stürmt vorwärts und dringt mit lautem Hurra gegen das Schloß vor. In diesem Augenblick fahren zwei feindliche Geschütze im Galopp auf, um eine noch zu überschreitende Brücke unter Feuer zu nehmen. Diese beiden Geschütze werden sofort genommen, während die französische Infanterie teils nach dem Schloß flüchtet, teils nach dem Innern des Parkes. Im Schlosse selbst gerieten 11 Offiziere — darunter 1 Oberst — und über

200 Mann in Gefangenschaft. Die Masse der Franzosen — fünf Geschütze und Hunderte von Gewehren zurücklassend — eilte in regelloser Flucht bis nach dem 2 Meilen entfernten Bracieur. Aber auch da fühlten sie sich nicht sicher und setzten die Flucht weiter fort.

Die 7. Kompagnie war inzwischen auch nach dem Schloß vorgerückt. Der Mond beleuchtete bei sternklarer Nacht das wundervolle Schloß. Den von den Franzosen gelegten Brand löschten wir bald. Chambord hatte noch niemals einen Feind in seinen Mauern gesehen. Auf dem Schloßhofe standen 5 erbeutete Geschütze, 12 gefüllte Munitionswagen und viele Pferde. Dazu die zahlreichen Gefangenen in den verschiedensten Uniformen: Franktireure, Mobilgardisten, Chasseurs, Infanteristen, Artilleristen, Sappeure. Ihre Gesamtzahl überstieg die Kopfstärke der beim Sturm beteiligten Truppen bei weitem! Später wurde festgestellt, daß eine Brigade von 7 Bataillonen Park und Schloß Chambord besetzt gehalten hatte. Aber selbst amtliche französische Berichte erklären ganz ernsthaft: „Der Feind, der Chambord genommen habe, sei 15 000 Mann und 18 Geschütze stark gewesen.“ Das ganze 2. Bataillon 4. Infanterie-Regiments zählte damals — eine Kompagnie war abkommandiert — kaum 300 Mann!

Zwei der eroberten Geschütze standen, bis zum Einrücken der Franzosen in Worms im Herbst 1918, dort am Eingange der Kaserne des Regiments als ehrenvolles Erinnerungs- wie Wahrzeichen an den ruhmvollen Tag von Chambord. Ob sie jemals wieder an ihrem alten Platze aufgestellt werden? In der neudeutschen Republik ist ja zur Unehre des deutschen Volkes selbst die Erinnerung an die Waffentaten in den Kriegen, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit vor den Gewalttaten raub- und rache-gieriger Feinde sowohl 1870/71 als 1914/18 schützten, — mißliebig geworden! Es könnte dadurch am Ende auch die Empfindlichkeit der Franzosen gereizt werden! In der Kuppel eines der Türme von Chambord ist damals die deutsche Inschrift angebracht worden: „Dieses Schloß, verteidigt von 5000 Franzosen, wurde am 9. Dezember 1870 von 3 Offizieren und 58 hessischen Soldaten erstürmt.“

Am 13. Dezember rückte das Regiment in die alte Königsstadt Blois ein, um am 16. abends in Gewaltmärschen nach Orleans zurückzukehren, das von Osten her bedroht erschien. Diese Annahme bestätigte sich jedoch

nicht, und so konnten wir ungestört Weihnachten in der Stadt der Jungfrau begehen, selbst eine Weihnachtstanne wurde beschafft, bei deren Lichtern die alten Weihnachtslieder erklangen. Diese Weihnachtsfeier sollte aber für mich noch insofern ein unliebsames Nachspiel haben, als ich nach Jahren von seiten der Intendantur die Aufforderung erhielt, nachträglich die damals für jenen Abend aus der Kompagniekasse bezahlten 180 Gulden zurückzuzahlen, da eine solche Verwendung nicht „vorgesehen“ sei. Ich weigerte mich natürlich, da jenes Geld jedenfalls im Interesse der Mannschaften eine sehr nützliche, den Kriegsverhältnissen entsprechende Verwendung gefunden hatte. Nach endlosen Schreibereien fand dieser bürokratische Kampf dann einen befriedigenden Abschluß insofern, als der Großherzog — der 1870 noch souverän in militärischen Angelegenheiten entscheiden konnte, ohne der Kontrolle des Oberrechnungshofes in Potsdam zu unterstehen — mir die Bezahlung „in Gnaden“ erließ.

Auch Neujahr begingen wir noch in Orleans. Aber schon am 3. Januar marschierten wir unter Schnee und Eis nach Blois, um am 15. Januar wiederum nach Orleans abzurücken, in dessen Nähe sich starke französische Truppen zeigten, deren weiterem Vorrücken jedoch die hessische Division nach einigen Zusammenstößen Einhalt gebot. Kaum war das geschehen, als am 29. früh das Regiment nun schon zum dritten Male nach Blois abmarschieren mußte, wo am Tage vorher die Franzosen vom linken Loireufer aus das 2. Hessische Jäger-Bataillon mit großer Überlegenheit angegriffen hatten, so daß die Loirebrücke gesprengt werden mußte.

Schon während des Marsches hatte sich das Gerücht der Übergabe von Paris verbreitet, nachdem acht Tage vorher die Proklamation Seiner Majestät des Königs von Preußen als deutscher Kaiser in Versailles unter großem Jubel bekanntgegeben worden war.

In Erinnerung an jene Tage steigen allerdings alten Mitkämpfern aus der großen Zeit jetzt bitterwehmütige Gedanken auf. Indem ich diese Zeilen niederschreibe, ergreift mich eine Art heiliger Zorn darüber, daß das deutsche Volk selbstmörderisch das niedergedrückt hat, was damals als endliche Erfüllung deutscher Sehnsucht auf den Schlachtfeldern Frankreichs erstritten worden war und unerschütterlich erschien für lange, lange Zeiten!

Vom 31. Januar ab trat ein dreiwöchiger Waffenstillstand in Kraft, während dessen wir in der Touraine, dem „Garten Frankreichs“, einen

wundervollen Frühling erlebten und im nahen Tours uns wieder mit etwas „Kultur“ befreundeten konnten.

In jenen Wochen wurden auch Bekleidung und Schuhwerk wieder in-stand gesetzt, was allerdings dringend nötig war. Während der fortgesetzten Märsche seit Ende Oktober bei ungünstiger Witterung waren die Stiefeln vielfach unbrauchbar geworden und an ihre Stelle traten Holzpantinen oder selbst mit starken Bindfäden, selbst Strohseilen befestigte Häute. Da auch die Weinkleider in höchst fragwürdige Verfassung gerieten, mußten erbeutete französische „rote Hosen“ oder graue Mobilgardenhosen an ihre Stelle treten, so daß eine deutsche Kompagnie der Loire-Truppen gerade keinen vorschriftsmäßigen Eindruck machte. Prinz Friedrich Karl gab dem einmal beim Anblick eines solchen Bataillons drastischen Ausdruck mit den Worten: „Eine vorzügliche Truppe, ähnelt aber mehr einer Räuberbande!“

Es trafen Ersatzmannschaften ein, mit denen fleißig geübt wurde, so daß man bei den wieder vollzähligen Etats dem Wiederbeginn der Feindseligkeiten mit Ruhe entgegensehen konnte. Hierzu kam es jedoch nicht nach Abschluß eines Präliminarfriedens, der das alte Reichsland Elsaß-Lothringen den Deutschen zurückgab. Wenn damals Bismarck Metz und Straßburg forderte, weil sie die „Hauschlüssel“ des westlichen Deutschlands seien, so haben wir jetzt nicht nur diese „Hauschlüssel“ dem Erbfeinde ausgeliefert, sondern auch die „Innenschlüssel“ Köln, Coblenz, Mainz!

Anfang März marschierte die Division über Orleans, Troyes nach Kantonnements in dem Departement der Haute Marne. Hier feierten wir am 22. März zum ersten Male Kaisers Geburtstag. Den letzten Kaisers Geburtstag beging ich am 27. Januar 1918 wieder im Waffenkleide durch Truppenschau im feindlichen Lande, da ich als Militärgouverneur an der Spitze der belgischen Provinz Limburg stand. Wer hätte damals nur im entferntesten dem Gedanken Raum gegeben, daß noch im November desselben Jahres das stolze deutsche Kaiserreich zusammenbrechen würde! Zuweilen will mir jene Zeit zwischen 1871 und 1918 als ein schöner Traum erscheinen, gemessen an der Not und Schmach der Gegenwart.

In der Haute Marne setzte wieder regelrechter Friedensdienst ein. Am 23. April reiste ich nach Darmstadt als einer Deputation angehörig, die von der Division zur Beglückwünschung Seiner Königlichen Hoheit des

Großherzogs aus Anlaß seines 50jährigen Militärdienstjubiläums dorthin entsandt worden war. Da der hohe Herr auch Chef preussischer, österreichischer, bayerischer und russischer Regimenter war, so fanden sich zu jener Feier Deputationen dieser Regimenter ein. Ich war im „Alten Palais“ untergebracht, und als ich einmal um Mitternacht mein Zimmer aufsuchte, lag vor der Tür des Nebenzimmers auf dem nackten Fußboden ein baumlanger russischer Grenadier, der seinen Regimentskommandeur auf diese russische Art „bewachte“. Damals bestand noch enge persönliche Freundschaft mit dem Zarenhose nicht nur in Berlin, sondern auch lange Zeit hindurch in Darmstadt, da die Gemahlin Alexander II. eine hessische Prinzessin war, ebenso wie die letzte russische Kaiserin, die unter den Kugeln von Mordgesellen ihr Leben endete.

Diese engen Beziehungen zum russischen Hofe führten zu häufigen Besuchen der Zarenfamilie in Darmstadt oder in Jugenheim an der Bergstraße, wo ebenfalls ein Schwager des Zaren, Prinz Alexander, auf Schloß Heiligenberg wohnte. Aus jener Zeit — das 2. Jägerbataillon lag damals (1868) in Pfungstadt bei Darmstadt in Kantonnements — erinnere ich mich eines spaßhaften „russischen“ Vorkommnisses. Bei einem abendlichen Spaziergange einiger Offiziere, darunter der Bataillonskommandeur, begegneten wir im Walde einem Menschen, der etwas nach „Attentäter“ aussah. Da zur Sicherheit des Zaren besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen waren, so vermutete der Bataillonskommandeur in jenem Kerl einen Nihilisten. Der Mensch wurde festgenommen, während der Nacht im Arrestlokal untergebracht und am folgenden Tage nach Jugenheim abgeführt. Hier stellte sich aber heraus, daß der Attentäter ein russischer Geheimpolizist war. Er hatte das allerdings auch behauptet, es war ihm aber natürlich nicht geglaubt worden. Der Bataillonskommandeur bekam jedenfalls nicht den erwarteten „Russischen Orden“.

Am 5. Mai 1871 begann der Rückmarsch in die Heimat über die Vogesen, wobei wir am folgenden Tage bei Avricourt die neue deutsche Grenze und am 13. Mai bei Weissenburg die alte deutsche Grenze überschritten. Hier brachte das Regiment, nachdem der Kommandeur der gefallenen Kameraden gedacht, der geliebten Heimat, die wir vor dem Einbruch des Feindes geschützt hatten — in der französischen Kammer sagte im Juli 1870 ein Abgeordneter: „Unsere Zuaven und Turkos lecken sich

schon die Schnauze vor Begier nach dem, was sie jenseits der Grenze erwartet,“ — ein dreifaches Hurra aus. Auch im Weltkriege hat der Heldennut unseres unbefiegten Heeres die Heimat im Westen vor den Schrecken des Krieges bewahrt; nicht bewahren konnte es jedoch, nachdem man es selbstmörderisch aufgelöst hatte, einen Teil des Vaterlandes vor der tierischen Rohheit weißer und schwarzer Neger, der unsere Brüder und Schwestern seit dem „Frieden“ von Versailles vor allem im Ruhrgebiet ausgefesselt sind.

Nachdem wir einige Tage in der „fröhlichen Pfalz“ fröhliche Tage verlebt, brachte uns von Landau aus die Bahn in die Umgebung von Mainz, der neuen Garnison des Regiments. Am 24. Juni hielt die Division festlichen Einzug in Darmstadt unter dem Jubel der Bevölkerung, die namentlich den Chambord-Kämpfern nicht genug Ehren erweisen konnte. Drei Tage später wiederum festlicher Empfang im „goldenen Mainz“, das mein Regiment hatte 1793 erobern und 1796 verteidigen helfen.

Zwei Tage nach dem Einmarsch in Mainz erhielt ich den Befehl, in Bingen das Kommando über die dort zum Schutze der Etappe und des Eisenbahnknotenpunktes stehende Landwehركompagnie zu übernehmen. Die Sache hatte insofern einen Haken, als die Kompagnie ihrem Führer, einem braven, aber schwachen Landwehroffizier, vollkommen aus der Hand geraten war. Ich traf am Tage vor der Lohnungsausgabe in Bingen ein. Beim Befragen des Feldwebels, der mir mitteilte, daß die Landwehrlente nicht immer Lust hätten, zum Dienst zu erscheinen, ob das auch am Lohnungstage der Fall sei, verneinte er das. Ich ordnete nun Ausrücken mit Sack und Pack an. Am anderen Morgen 6 Uhr stand die Kompagnie vollzählig auf dem Marktplatz der weingesegneten Stadt Bingen. Ich führte sie auf den Rochusberg, exerzierte sie dort 2 Stunden lang bei starker Hitze so gründlich, daß mehrere wohlbeleibte Wehrmänner schlapp, aber unter Beihilfe des Kaplans der nahen Rochuskapelle bald „mobil“ wurden. Dann marschierte ich wieder herunter nach Bingen mit schlagenden Tambours und trillernden Pfeifen, und seit diesem Tage waren die Leute musterhaft zuverlässig in jeder Beziehung. Selbst den Zapfenstreich hielten sie pünktlich ein, obgleich das bei den glänzenden Trinkverhältnissen — damals kostete ein halber Schoppen „Scharlachberger“ 25 Kreuzer — nicht ganz leicht war.

Nach vier Wochen kehrte ich nach Mainz zurück, um dort Adjutant des II. Bataillons zu werden, eine Stelle, die ich schon von März bis Mai bekleidet hatte.

Mit Bingen ist die wertvollste Erinnerung meines bürgerlichen Lebens insofern verknüpft, als ich dort meine Frau kennen lernte; sie wurde später der Mittelpunkt des Familienkreises.

Die Garnison Mainz wurde am 7. September 1871 auf dem Schloßplatze von Seiner Majestät dem Kaiser besichtigt. Es war das zum ersten Male, daß das Regiment die Ehre hatte, vor dem deutschen Kaiser zu erscheinen, der in seiner leutfeligen, ritterlichen Weise bei dieser ersten Kaiserparade an die Truppen warme Worte des Lobes für ihre Leistungen im Kriege richtete. Aber nicht allein den deutschen Kaiser, sondern auch den obersten Kriegsherrn im Kriege wie im Frieden sollten vom 1. Januar 1872 ab die hessischen Truppen in Seiner Majestät erblicken, da inzwischen eine Militärkonvention mit Preußen abgeschlossen worden war, derzufolge die Hessische Division als „25te“ in den Verband der Preussischen Armee übertrat. Mein Regiment erhielt hierbei die Bezeichnung „4. Großherzoglich Hessisches Infanterie-Regiment (Prinz Karl) Nr. 118“.

Am 1. Oktober 1872 rückte das II. Bataillon nach seiner neuen Garnison Worms ab, wo später das ganze Regiment vereinigt wurde. In Worms konnte ich Familienerinnerungen aufnehmen, da nicht nur mein Großvater mütterlicher Seite als Kommandeur des Leibregiments, sondern auch zwei nahe Verwandte, ebenfalls als Regimentskommandeure, dort in Garnison gestanden hatten. Ein dritter Verwandter, Dekan Keim in Worms, war der Begründer des Luther-Vereins, der das Luther-Denkmal hatte errichten lassen. Zur Einweihung dieses Denkmals im Jahre 1868 hatten sich zahlreiche protestantische Fürsten eingefunden, an ihrer Spitze König Wilhelm I. von Preußen. Bei der Festpredigt auf dem Lutherplatz, die mein Onkel hielt — sie mag wohl etwas lang geraten sein aus Freude über das endlich gelungene, mühevolle Werk — unterbrach ein Zuhörer die Predigt mit dem Zurufe „Schluß!“, worauf der alte Herr von der Kanzel herab zornig rief: „Welcher ungezogene Mensch wagt es, die Predigt zu stören?!“, was natürlich einiges Aufsehen erregte. Als nachher der König dem Dekan einen hohen Orden überreichte, sagte er: „Mein lieber Herr

Dekan, Sie haben uns allen zu Herzen gesprochen, aber die Zurechtweisung des Störenfriedes war wohl doch nicht ganz christlich.“ Mein Onkel erwiderte: „Gewiß nicht, aber Euere Majestät mögen gnädigst eine Entschuldigung darin finden, daß ich einer alten, immer etwas heißblütigen Soldatenfamilie entstamme,“ worauf der König freundlich sagte: „Ja, das ist etwas anderes, dann ist die Erregung verzeihlich.“ Der Dekan war der Sohn eines Kapitäns Keim, der sich nicht allein im Gefecht bei Kreuznach am 11. November 1796, wo er schwer verwundet wurde, besonders ausgezeichnet hatte, sondern auch durch Erstürmung der „Platte“ bei Wiesbaden am 9. September 1796 an der Spitze einer kleinen Schar gegenüber großer Übermacht sich einen Namen in der hessischen Kriegsgeschichte gemacht hatte.

In Worms verlebte ich eine glückliche Zeit. Ich hatte mich am 14. Dezember 1872 in Berlin mit Anna Kühn, Tochter des Stadtverordneten und Rentners Kühn, vermählt, und der alte Onkel Dekan konnte am 9. November des folgenden Jahres den ersten Sohn taufen.

Im Sommer 1875 zum Regimentsadjutanten ernannt, kam ich wieder nach Mainz, und die Beförderung zum Adjutanten der 44. Infanterie-Brigade brachte zwei Jahre später als neue Garnison Kassel. Es war der Sitz des Generalkommandos XI. Armeekorps, an dessen Spitze der General v. Bose stand, einer der verdienstvollsten „Paladine“ Kaiser Wilhelm I. Sein selbständiges, zielbewusstes Eingreifen in der Schlacht bei Wörth sicherte den Sieg, und als er nach gewonnener Schlacht schwer verwundet, gestützt auf zwei Musketiere, das Kampffeld verließ, nahmen die Mannschaften die Helme ab als ehrenden Gruß für ihren Führer! Ich hatte ihm seiner Zeit insofern einen „persönlichen“ Dienst geleistet, als ich beim Nachhausereiten von einer Besichtigung auf dem großen Sande bei Mainz eine Ordensschnalle auf dem Boden liegend entdeckte, die General v. Bose verloren hatte, und die für ihn besonderen Wert besaß. Als ich durch Parolebefehl den Sachverhalt erfuhr, übersandte ich die Ordensschnalle und der General hat mir diesen kleinen Dienst nie vergessen.

Zum IX. Korps gehörten damals drei Divisionen, deren eine der Prinz Ludwig von Hessen befehligte, die andere der Herzog Wilhelm von Mecklenburg. Die Generale der „alten Schule“, zu der v. Bose gehörte, kannten nur Aufgehen im „Königlichen Dienst“, aber sie kannten auch

keinen „Byzantinismus“, der noch niemals Kennzeichen eines wahren Royalismus war, und für den namentlich Friedrich der Große sehr scharfe Worte des Verurteilens geprägt hatte. Bei den Kritiken des kommandierenden Generals gelegentlich der Herbstübungen konnte man öfters hören: „Hoheit von Hessen, ich vermag nicht, mich mit Ihren Anordnungen ganz einverstanden zu erklären“ oder „Hoheit von Mecklenburg, Ihre Befehle sind mir in diesem Falle nicht recht verständlich.“ Letztere Hoheit benahm sich in einer persönlichen Angelegenheit nicht so, wie es sich nach Auffassung des Generals v. Bose für einen preussischen Offizier geziemte. Bose fuhr sofort nach Berlin, und nach vier Tagen stand die Verabschiedung des Herzogs von Mecklenburg im Militärwochenblatt.

Ich bin auch fest überzeugt, daß Männer wie v. Bose, v. Alvensleben, v. Manteuffel, v. Noon usw. niemals die Revolution im Herbst 1918 hätten hochkommen lassen. Sie hätten, selbst auf die Gefahr, ungehorsam zu erscheinen, nach dem Beispiele des alten York ohne Menschenfurcht gehandelt, um Thron und Vaterland vor dem Umsturz zu bewahren.

General v. Bose war ein vollendeter Reiter und Turner. So erinnere ich mich eines bezeichnenden Vorganges, der sich bei einer Turnbesichtigung abspielte, bei der ich zugegen war. Die Mannschaften einer Kompagnie leisteten wenig Befriedigendes beim Springen über den Boß. Der kommandierende General sagte zu dem Kompagniechef, er möge mal seinen Leuten vormachen, wie sie springen müßten. Als dieser — ein beliebter Herr — etwas zögerte, gab der General dem Adjutanten seinen Degen zu halten und sprang ohne Anlauf tadellos über den Boß. Als er seinen Degen wieder abnahm, sagte er zu dem etwas verdußt dastehenden Kompagniechef: „Herr Graf, im nächsten Jahre werden Sie sicher die Sache noch besser machen als ich alter Mann!“ Dieser Vorfall sprach sich bald im Armeekorps herum und machte den General womöglich bei den Mannschaften noch beliebter, als er sowieso schon wegen seiner unermüdlischen Fürsorge und seiner strengen Gerechtigkeit war.

Zur 44. Infanterie-Brigade gehörten die Thüringischen Infanterie-Regimenter Nr. 32 und 94. Ersteres stand in Meiningen, letzteres in Weimar, Eisenach, Jena. Die Besichtigungen, auch Hoffestlichkeiten, führten meinen General samt Adjutanten öfters in die Residenzen Weimar

und Meiningen. Der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach (es wurde von ihm übel vermerkt, wenn man in Schreiben an ihn „Eisenach“ wog-  
lieh) war in seiner Art ein Original, aber doch ein pflichttreuer Fürst und  
ein vollendeter „grand Seigneur“ — ein Wort, das nun einmal nicht gut  
zu verdeutschen ist. Es gingen viele anekdotenhafte Aussprüche des  
hohen Herrn um, der stolz auf seine Abstammung von den alten Landgrafen  
von Hessen-Thüringen war. Bei solchen Gelegenheiten betonte er gern,  
daß beim Erscheinen der Hohenzollern in der Geschichte seine Vorfahren  
schon mächtige Reichsfürsten gewesen seien. Er war aber auch stolz auf  
die große Zeit Weimars, und pflegte Künste und Wissenschaften eifrig.  
Damals wohnte Liszt in Weimar und spielte bei Hofkonzerten auf dem  
Klavier. Die Verherrlichung des „Meisters“ schien allerdings etwas weit  
zu gehen, wenn z. B. bei einem Hofkonzert zur Feier der 25jährigen Re-  
gierung des Großherzogs — Generale und Adjutanten waren hierzu aus  
Kassel zur Beglückwünschung herübergekommen — die Großherzogin die  
Begrüßung des kommandierenden Generals auf ihrem Platze entgegen-  
nahm, als aber Liszt den Saal betrat, ihm mit den Worten: „Bon soir,  
mon cher Abbé!“ entgegenging.

Am Meiningener Hof stand das Theater im Vordergrund des Inter-  
esses, das dort unter dem feingebildeten Herzog Georg einen großen Auf-  
schwung nahm, und die „Meiningener“ machten bald in ganz Deutschland  
Schule. Die Hof-Verhältnisse in Meiningen waren aber etwas schwierig,  
insofern als sich der regierende Herzog durch die morganatische Ehe mit  
der Schauspielerin Ellen Franz (Freifrau von Heldburg) mit dem „alten  
Hof“ — der Vater von Herzog Georg hatte 1866 abgedankt — überworfen  
hatte. Das Zerwürfnis dehnte sich auch auf die Bevölkerung Meiningens  
aus, die, in zwei Lager geschieden, selbst den gegenseitigen Gruß auf der  
Straße vermieden. Das Büro der Brigade barg einen dicken Band  
mit der Bezeichnung „Meiningener Konfliktakten“. Die Offiziere durften  
nur bei dem „jungen Hofe“ verkehren; ich machte eine Ausnahme, weil ich  
es mir nicht nehmen ließ, da die Herzogin eine hessische Prinzessin war,  
auch den alten Herrschaften meine Aufwartung zu machen.

Der Erbprinz hatte sich 1878 mit der Prinzessin Charlotte von  
Preußen vermählt, und zum Einzug des jungen Paares in Meiningen  
war auch die Kasseler Generalität eingeladen. Auf dem Hofballe ließ

mich die Erbprinzessin zum Tanze auffordern. Ich machte geltend, daß ich infolge einer schweren Verwundung am Fuße nicht mehr imstande sei, Walzer zu tanzen. Die Prinzessin wollte es aber nicht recht glauben, und der Versuch wurde gemacht, endete jedoch, wie ich vorausgesagt, mit einem glänzenden Fiasko. Seitdem habe ich nicht mehr getanzt.

Im Jahre 1877 war Großherzog Ludwig III. von Hessen gestorben, und sein Neffe — der Sohn des Prinzen Karl, Inhabers meines alten Regiments — übernahm als Ludwig IV. die Regierung. Der verstorbene Großherzog hatte mir in gnädigster Weise wiederholt sehr wertvolle Fingerzeige gegeben bei Nachforschungen im Staatsarchiv in betreff der Geschichte meines Regiments, mit deren Abfassung ich mich seit 1872 beschäftigte. Er war ein genauer Kenner der alten hessischen Kriegsgeschichte und passionierter Soldat. Von riesiger Figur konnte er bei zunehmender Körperschwere schließlich kein Pferd mehr besteigen und nahm deshalb die Paraden zu Fuß ab. Als Ordonnanzoffizier begleitete ich ihn einmal zu einer Besichtigung des Großherzoglichen Artilleriekorps auf dem Platze vor dem Schlosse, wobei er noch die Köpfe der Pferde überragte.

Meine Tätigkeit als Brigade-Adjutant fand ihren Abschluß im Herbst 1878 durch die Beförderung zum Hauptmann und Kompagniechef im 3. Westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 16, das in Köln stand. Kurz vorher hatte noch große Heerschau des XI. Armeekorps vor Seiner Majestät dem Kaiser in der Nähe von Kassel stattgefunden. Der Jubel der Truppen war nach den schmerzlichen Ereignissen des Sommers um so größer, als der greise Herrscher, obwohl er nach dem Attentat noch den Arm in der Binde trug, die Anstrengungen dreitägiger Übungen auf sich nahm.

In Köln galt es, sich nach achtfähriger Pause wieder in den Frontdienst einzugewöhnen. Das Regiment war eines der angesehensten der Armee, das seit den Befreiungskriegen wegen seiner angriffslustigen Tapferkeit — es erhielt Westfälischen Ersatz — den Beinamen „Hacke tau“ (Hau zu) führte. In der Schlacht bei Mars-la-Tour am 16. August 1870, ebenso in der Schlacht von Beaune-la-Rolande am 28. November desselben Jahres hatte es den alten Lorbeeren unvergängliche neue hinzugefügt. Es stand außerdem oben an in der Armee, was die Höhe der 1870/71 erlittenen Verluste betraf.

Als Süddeutscher mußte ich mich erst an die etwas schwerfällige Art meiner Untergebenen gewöhnen. Ich lernte aber bald die Zuverlässigkeit und Pflichttreue der Söhne der „roten Erde“ schätzen, und die Kompagniechefzeit zählt mit zu meinen schönsten Erinnerungen. Der Dienstbetrieb war damals noch nicht so „intensiv“, wie er sich später entwickelte. Der Formalismus, selbst bei der Gefechtsform, herrschte noch vor. Es gab noch „3. Glied“, „Karrées“ und so manches andere, was eigentlich nach den Erfahrungen des Krieges 1870/71 „taktisch“ nicht mehr zu rechtfertigen war. Man konnte sich „oben“ nicht dazu entschließen, das „alte“ Exerzierreglement, unter dessen Geltung siegreiche Feldzüge stattgefunden, gründlich umzugestalten. Das Festhalten an der „Tradition“ spielt unstreitig im Heere eine große Rolle, aber es darf sich nicht auf technische und taktische Dinge erstrecken. Schon Napoleon I. sagte, „man muß seine Taktik alle 10 Jahre ändern.“

So erlebte ich zum Beispiel noch im Jahre 1880 die Befichtigung einer Kompagnie im *G e f e c h t* durch den kommandierenden General Graf Stollberg auf dem Neumarkt in Köln, der 150 Meter lang und 100 Meter breit war!

Die Karnevalszeit bedeutete in Köln den Höhepunkt fröhlichen Treibens, und selbst die Strenge des militärischen Dienstes mußte ihr Zugeständnisse machen. Drei Tage lang ruhte der Dienst, und bei dem großen Festzuge des Prinzen Karneval zogen „Königliche“ Pferde der Feldartillerie sowie der Deutzer Kürassiere die geschmückten Wagen.

Der Dienst als Kompagniechef ließ mir in den Wintermonaten noch soviel Zeit, um die Geschichte meines alten Regiments fertigzustellen. Sie erschien 1879 als „Geschichte des 4. Großherzoglich Hessischen Infanterie-Regiments (Prinz Karl) Nr. 118 und seiner Stämme, 1699–1878“. Ihre nicht ganz mühelose Herstellung bereitete mir Freude und auch eine gewisse Genugtuung, weil es die erste ausführliche hessische Regimentsgeschichte war, die auf archivalischen Studien beruhte, soweit die älteren Zeiten in Betracht kamen. Auch an der Fertigstellung einer Geschichte des 3. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 16 beteiligte ich mich und bearbeitete in ihr den Abschnitt 1817–1866 sowie die Lebensbeschreibung des Prinzen Ludwig von Hessen-Homburg, unter dessen Befehl das Regiment

in der Schlacht bei Leipzig das Grimmaer Thor stürmte. Tödlich verwundet, war sein letzter Zuruf: „Kinder, haltet Euch auch ferner brav!“ Das hat dieses tapfere Regiment stets getan, auch im Weltkrieg, in dem ich seine Taten aus naheliegenden Gründen mit besonders regem Anteil verfolgte, ebenso wie die des Regiments 118, das sich, wie seine Vorfahren, bis zu seiner Auflösung stets tadellos gehalten.

Im Herbst 1881 wurde ich zum Großen Generalstab nach Berlin versetzt und verließ nur ungern meine 1. Kompanie. Daß meine Leute ihrem Kompaniechef anhänglich waren, bewies mir ein späterer Vorfall. Als ich 1906 in Hagen i. W. als geschäftsführender Vorsitzender des Deutschen Flottenvereins einen öffentlichen Vortrag hielt, kam nach demselben ein Herr zu mir, den ich als ehemaligen Flügelmann meiner Kompanie wiedererkannte. Er teilte mir mit, daß 20 Mann der 1. Kompanie vom Regiment „Hacke tau“ aus der Provinz sich heute in Hagen eingefunden hätten, um ihren alten Hauptmann wiederzusehen. Sie standen gut ausgerichtet stramm vor dem ehemaligen „Vater der Kompanie“, und die Freude war groß, als ich die meisten der „Herren“ — denn das waren sie inzwischen in der Mehrzahl geworden, wie Zylinder und Gehrock ausgewiesen — nach 25 Jahren noch bei Namen zu nennen mußte. Aber auch mir bereitete der Beweis soldatischer Anhänglichkeit eine aufrichtige Freude, und als sie mich alter Gewohnheit gemäß, obwohl ich inzwischen General geworden war, „Herr Hauptmann“ anredeten, frischte das liebe Erinnerungen an die vier Jahre auf, die ich, „noch jung,“ im fröhlichen alten Köln verlebt hatte! —



### 3. Abschnitt

## Beim Großen Generalstabe. In der Verbannung an der Westgrenze. Ihr Ende und Versetzung in das Inf.-Regt. 77.

In Berlin wurde ich der kriegsgeschichtlichen Abteilung zugeteilt. Mein Arbeitsfeld war ein doppeltes. Neben der Herausgabe des Werkes über den deutsch-dänischen Krieg 1864 lag mir auch die der „Kriegsgeschichtlichen Einzelschriften“ ob, die damals ins Leben traten. Besonders geschulte Kräfte standen für beide Zwecke nicht zur Verfügung. In der Abteilung ging es zu wie in einem Taubenschlag, da das „Wissenschaftliche“ nicht so hoch geschätzt wurde, obgleich damals noch der Feldmarschall Graf Moltke an der Spitze des Generalstabes stand, der doch in der Hauptsache als „gelehrter Soldat“ gelten konnte; denn er hatte nach seiner Leutnantszeit keinen Frontdienst mehr getan. Trotzdem war er ein Soldat größten Stiles, nicht nur als Stratege, sondern auch seine taktischen Anschauungen bewegten sich durchaus auf dem Boden kriegsmäßiger Auffassung. Das ging aus kleinen Aufsätzen im Militärwochenblatt über Gefechtstätigkeit hervor, ebenso aus den geradezu mustergültigen Aufgaben, die er den Generalstabsanwärttern alljährlich stellte, nicht minder aus den sich hieran knüpfenden Besprechungen. Auffallenderweise herrschte in manchen — und nicht einflusslosen — Kreisen der preussischen Armee bis zur Zeit Moltkes ein gewisses Mißtrauen gegenüber den Männern der Wissenschaft, obgleich die drei Vorgänger Moltkes, die Generale v. Neyher, v. Müffling, v. Krauseneck — von Scharnhorst ganz zu schweigen — vorwiegend Wissenschaftler waren. Moltke hatte seine Laufbahn im Generalstab als Topograph begonnen, war dann mit einer Mission in der Türkei

betrachtet worden, über die er ein ausgezeichnetes Buch, aber mehr ethnographischen Inhaltes, schrieb, das der berühmte Geograph Ritter mit einer Einleitung versah. Später dem Prinzen Heinrich in Rom — dieser war zum katholischen Glauben übergetreten — als Adjutant zugeteilt, setzte er dort die topographischen Arbeiten fort, und seine Karten der Campagna konnten geradezu als Meisterstücke gelten. Selbst nachdem der König Wilhelm als großer Menschenkenner den „gelehrten“ Moltke 1859 an die Spitze des Generalstabes gestellt hatte, spielte er keine sichtbare Rolle. Das geht auch aus einem charakteristischen Vorfall während der Schlacht von Königgrätz hervor, den General Graf Wartensleben in seinen Erlebnissen erzählt. Als er dem General Manstein einen Befehl überbrachte, der Moltkes Unterschrift trug, fragte der General: „Wer ist Moltke?“ Es muß hierbei beachtet werden, daß damals noch der Chef des Generalstabes dem Kriegsminister unterstand, der denn auch bei den Operationsplänen für 1866 den Entwurf Moltkes so „korrigierte“, daß dieser, allerdings verstimmt, sich der mühsamen Arbeit eines neuen Entwurfes à deux mains, wie man zu sagen pflegt, unterziehen mußte. Erst nach 1866 erlangte der Chef des Generalstabes eine selbständige Stellung mit unmittelbarem Vortrage beim König.

Vom Jahre 1881 ab erhielt der Feldmarschall einen Gehilfen in dem Generalquartiermeister Grafen Waldersee, in dessen Hände bald die wichtigsten Geschäfte übergingen. Graf Waldersee hatte sich wissenschaftlich niemals betätigt, war aber ein kluger Kopf und von tatkräftigem Wesen. Als Militärattaché bis 1870 der Norddeutschen Gesandtschaft in Paris zugeteilt, war er auch diplomatisch mit Geschick tätig gewesen. Ebenso nach dem Kriege als deutscher Geschäftsträger in Paris. Während des Krieges Flügeladjutant des Königs, hatte er in kritischer Zeit (November-Dezember 1870) mit großem Erfolge eine Mission zum Prinzen Friedrich Karl erfüllt, ebenso später die Stelle eines Generalstabschefs beim Großherzog von Mecklenburg während der Kämpfe an der Loire und bei Le Mans. Ein Mann von scharfem Verstande, mit Leib und Seele Soldat, besaß er sehr gesunde taktische wie operative Grundzüge. Ohne besondere wissenschaftliche Allgemeinbildung und ohne vertiefte kriegsgeschichtliche Kenntnisse lag ihm das „Militärwissenschaftliche“ nicht, und er schätzte dessen Träger nicht sehr hoch ein.

Der Feldmarschall Moltke dagegen hatte nicht nur Sinn für militär-wissenschaftliche Fragen — namentlich Kriegsgeschichte —, sondern auch für literarische Dinge überhaupt. Da ihm eine Menge Bücher zugesandt wurden, so vermochte er nicht, sie alle zu lesen, und doch mußte er als höflicher Mann jedem Verfasser danken. Da ereignete sich denn die ergöbliche Geschichte, daß einer seiner Abteilungschefs ein von diesem geschriebenes Buch überreicht hatte und der Feldmarschall ein paar Tage später dem Verfasser dasselbe Buch mit den Worten übergab: „Sehen Sie doch ein paar verbindliche Worte auf für den Mann, denn ich kann nicht all das Zeug lesen, das mir zugesandt wird.“ Der allerdings etwas erstaunte Verfasser hatte aber soviel guten Humor, die Sache selbst weiterzuerzählen.

Die Bearbeitung der Geschichte des Krieges gegen Dänemark 1864 gewährte vielfach Einblicke in wichtige Aktenstücke militärischen wie politischen Inhalts. Die ganze oft recht mühevollen Arbeit machte mir, da sie meiner kriegsgeschichtlichen Neigung entsprach, viel Freude. War auch der Rahmen dieses Krieges ein beschränkter, gemessen an demjenigen der nachfolgenden Kriege, so bildete er doch den Auftakt zu ihnen, und schon hier offenbarte sich die meisterhafte Art, wie Bismarck große Politik zu treiben wußte. Ihm wurden auch die Druckbogen des Werkes zugestellt, zu denen er mit dem bekannten „großen Bleistift“ Randbemerkungen machte. Ich durfte jedoch zu meiner Genugtuung feststellen, daß er sowohl wie Moltke nur wenig „Randbemerkungen“ für nötig hielten. Das Werk „Der Deutsch-Dänische Krieg 1864“ erschien 1886. Der Verleger, Dr. Theodor Zöche (E. S. Mittler und Sohn) schrieb mir damals: „Dieses Buch ist tatsächlich ein Stück Ihres Lebens, ein Ergebnis Ihrer besten Kräfte.“\*) Jedenfalls war ich bestrebt gewesen, in ihm eine kriegsgeschichtliche Darstellung zur Geltung zu bringen, die auch Anspruch auf wissenschaftliche Methode und strenge Unparteilichkeit machen durfte, wie solches v. Clausewitz von der Kriegsgeschichte überhaupt verlangte. Übrigens möchte ich hier feststellen, daß der damalige Chef der kriegsgeschichtlichen Abteilung, Oberst v. Taysen, ein hochgebildeter Offizier, von gleichen Gesichtspunkten ausging.

Unter „erschwerenden Umständen“ hatte ich 1885 ein Buch geschrieben „Brandenburg-Preußen auf der Westküste von Afrika 1681—1721“, das

---

\*) Der Kaiser von Oesterreich verlieh mir, da auch der Anteil der k. u. k. Truppen am Kriege 1864 in dem Werke geschildert wurde, das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens.

dem Fürsten Bismarck am 1. April 1885 zu seinem 70. Geburtstage seitens des Generalstabes der Armee überreicht werden sollte. Die „erschwerenden Umstände“ bestanden darin, daß dieser Gedanke erst im November 1884 Gestalt gewann. Er hing mit der damals einsetzenden Kolonialbewegung zusammen, und es erschien angebracht, dem Reichskanzler als Förderer dieser Bewegung eine zuverlässige Darstellung der ersten, durchaus gelungenen Versuche unter dem Großen Kurfürsten, Deutschland überseeischen Besitz zu erwerben, auf den Geburtstagstisch zu legen. Ich mußte aber erst holländisch lernen, da die meisten Aktenstücke im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin mit der Tätigkeit des holländischen Rheders Naule zusammenhingen und in holländischer Sprache abgefaßt waren. Naule gab dem Großen Kurfürsten die ersten Anregungen zu der Expedition von 1681, die dann zur Eroberung von Neu-Guinea führte, aber auch zu der Schaffung einer Flotte als der selbstverständlichen Grundlage überseeischer Unternehmungen.

Es gelang jedoch, das Buch bis zum Geburtstage des Fürsten fertigzustellen. Hier stellte sich aber ein „Hindernis“ ein. General Graf Waldersee, der genauen Einblick in die „persönlichen“ Beziehungen des Reichskanzlers zum Generalstabe besaß, erklärte, daß er es bezweifele, ob der Fürst eine Geburtstagsgabe seitens des Generalstabes annehmen würde. Da mir das nicht recht einleuchten wollte — daß eine gewisse Spannung zwischen dem Reichskanzler und dem Generalstabe seit 1870/71 bestand, wußte ich allerdings —, so erbat ich die Genehmigung, die Angelegenheit auf dem Auswärtigen Amte persönlich klarzustellen. Das geschah auch, und hier eröffnete mir Graf Kanitz, nachdem ich den Sachverhalt vortragen und er sich die Willensmeinung seines Schwiegervaters, des Fürsten, eingeholt hatte, daß der Fürst nicht in der Lage sei, die ihm vom Generalstabe zugedachte Geburtstagsgabe entgegenzunehmen. Mit diesem Bescheide kehrte ich zurück, und Graf Waldersee hatte mit seiner Auffassung jedenfalls Recht behalten. Ich schlug nun vor, daß der Graf, der sich doch im Auftrage des damals nicht in Berlin weilenden Feldmarschalls zur Beglückwünschung nach der Wilhelmstraße begab, das Buch mitnehmen und einfach auf dem Geburtstagstisch niederlegen möge. So geschah es denn auch.

Meine Berufung als Lehrer an die Kriegsakademie, wo ich Kriegsgeschichte vortrug, machte mir besondere Freude, aber — da diese Tätigkeit im Nebenamt ausgeübt wurde — auch viel Arbeit. Ich trug die Kriege Friedrichs des Großen vor, und zwar zuerst den zweiten Schlesischen Krieg, in dem der König Mißgeschick hatte. Der Direktor der Kriegsakademie — sie unterstand dem Chef des Generalstabes — erhob hiergegen Einwendungen, weil es seither nicht „üblich“ gewesen sei, diesen wenig glücklichen Feldzug zu behandeln. Ich antwortete, daß es gerade Friedrich der Große selbst sei, der erklärt hat, aus unglücklichen Feldzügen könne man am besten begangene Fehler erkennen. Damals trug der spätere Generalfeldmarschall v. Hindenburg an der Kriegsakademie Taktik vor. Der spätere Generalfeldmarschall Goltz-Pascha, der auch noch einige Zeit in der kriegsgeschichtlichen Abteilung während meiner Zugehörigkeit zu ihr tätig gewesen war, hatte ebenfalls Kriegsgeschichte vorgetragen und seine Aufsehen erregenden Schriften „Das Volk in Waffen“ sowie „Mosbach und Jena“ veröffentlicht. Er war ein geistreicher Mann von großem Wissen und eisernem Fleiß. Bald darauf wurde er nach Konstantinopel entsendet und hat dort als Leiter der militärwissenschaftlichen Ausbildung der türkischen Offiziere Hervorragendes geleistet.

Bei meinen kriegsgeschichtlichen Vorträgen in der Kriegsakademie legte ich den Hauptwert darauf, das Wesentliche hervorzuheben, das bei der Kriegführung stets im Geiste der Heere und im Genie der Feldherren zu suchen sein wird. Aber auch in der geschickten Verbindung zwischen Politik und Krieg. Nach dieser Richtung war Friedrich der Große geradezu Vorbild, und es ist eine törichte Behauptung, „Krieg und Politik sei jedes ein Ding für sich.“ Bei schlechter Politik — wie sie Deutschland nicht allein vor dem Weltkriege, sondern erst recht während desselben getrieben hat — kann auch die beste Kriegführung keine dauernden Erfolge erzielen. Wird sie obendrein durch Untergraben der Kriegsmoral in Heer und Heimat in verbrecherischer Weise beeinflusst, so muß der Krieg verloren gehen. Im übrigen habe ich später erfahren, daß meine damaligen Schüler — jeder Lehrer hatte einen Spitznamen — mich den „springenden Punkt“ nannten,

weil ich stets auf das Entscheidende beim Wollen und Durchführen kriegerischer Tätigkeit hinwies.

Am 9. März 1888 starb Kaiser Wilhelm I. Von der tiefen Trauer des ganzen Volkes um den Entschlafenen kann sich nur der ein zutreffendes Bild machen, der jene Zeit miterlebt hat. Ich war in der Nacht vor der Überführung nach Charlottenburg zur Totenwache im Dome kommandiert worden. Je zwei Stabsoffiziere der Berliner und Potsdamer Garnison hielten sie zwei Stunden lang zu Seiten der Bahre. Als ich nachts 3 Uhr über die Linden heimging, saßen auf der Tribüne am Opernplatz bereits hunderte von Menschen schweigend. Sie wollten am anderen Morgen noch einmal ihrem toten Kaiser einen Abschiedsgruß zuwinken; und wenn man bedenkt, daß es bitterkalt war, und die Leute auf der Tribüne noch bis den anderen Morgen 11 Uhr ausharren mußten, so mag das als Zeichen rührender Treue gelten!

Als ich mich dem Brandenburger Thor näherte, flammte über dessen Bogen die bengalische Inschrift: „Vale Senex Imperator“ — Fahr' wohl, greiser Kaiser — auf.

Jene Nacht wird mit die eindrucksvollste meines Lebens bleiben in dem Gedanken, daß ich Totenwache halten durfte an der Bahre des Kaisers, der die alte Kyffhäuser Sage verwirklicht hatte in neuem Glanze!

Meine literarische Tätigkeit hatte sich schon seit 1878 auch auf das militärische Gebiet, durch Mitarbeit in großen Tageszeitungen — zuerst in der „Kölnischen Zeitung“ — erstreckt. So auch in den „Hamburger Nachrichten“. Im Mai 1889 erschien ein Artikel von mir — die Aufsätze trugen das Zeichen  $\frac{X}{XX}$  —, der sich mit militärischen Fragen, u. a. mit der dringend notwendig gewordenen Umgestaltung unserer Feldartillerie, beschäftigte. Darauf telegraphierte mir der Besitzer der Zeitung, Dr. Hartmeyer, er sei vom Senat auf Ansuchen der Berliner Wilhelmstraße aufgefordert worden, sofort den Verfasser namhaft zu machen, andernfalls gegen ihn gerichtliche vorgegangen werden würde. Ich telegraphierte natürlich zurück, er solle meinen Namen nennen. Es erfolgte nun auf Anordnung des Kriegesministers meine Vernehmung im Generalstab — der spätere Chef des Generalstabes, Graf Schlieffen, „verhörte“ mich —, in

der ich nachweisen konnte, daß die von mir berührten Punkte schon wiederholt in anderen Blättern angeschnitten worden seien, also von einem Preisgeben militärischer Geheimnisse gar keine Rede sein könne, ganz abgesehen davon, daß diese Dinge schon seit geraumer Zeit allgemein bekannt seien. Die zahlenmäßige Überlegenheit der französischen Feldartillerie gegenüber der deutschen wurde von mir auf 500 Geschütze berechnet, während es 1870/71 umgekehrt war.\*) Das war auch nicht der Kern der Sache. Dieser bestand vielmehr darin, daß der Reichskanzler vermutete, Graf Waldersee stecke hinter den Artikeln in den „Hamburger Nachrichten“, und es ist auch später bekannt geworden, daß Bismarck in dem Grafen einen Gegner seiner Politik sah, vielleicht auch in ihm einen möglichen Nachfolger vermutete.

Ich konnte jedoch guten Gewissens erklären, daß ich durchaus selbständig, ohne jede Beeinflussung durch einen Vorgesetzten, jenen Aufsatz in den „Hamburger Nachrichten“ geschrieben habe.

Die Sache wurde bis zum Kaiser gebracht. Eines Tages sagte mir Graf Waldersee: „Ich habe heute beim Kaiser um Sie gekämpft gegen Reichskanzler und Kriegsministerium. Aber es half alles nichts. Wilhelmstraße und Leipziger Straße wollen ihr Opfer haben! Sie werden nach Dieuze veretzt.“ So endete diese Episode, wobei ich aber ausdrücklich bemerke, daß sie niemals auch nur den geringsten Einfluß auf meine Verehrung des Fürsten Bismarck hatte. Ich habe später wiederholt Gedächtnisreden zum 1. April gehalten, und eine davon — ich glaube, es war eine in Stuttgart, — hat in einer Sammlung von Reden, gehalten zu Ehren Bismarcks, Aufnahme gefunden.\*\*)

Was die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Wilhelmstraße und dem Hause am Königsplatz (Generalstab) angeht, so bestand eine solche nicht allein während des Krieges 1870/71, sondern auch in der Folgezeit. Ich glaube, auch, daß eine „voraussetzungslose“ Geschichtsschreibung, soweit sie an bestimmte Vorgänge anknüpft, die einen

\*) Siehe hierüber die Anmerkung.

\*\*) Im übrigen bedeutet es eine nachträgliche Genugtuung für mich, wenn der Kaiser an den Grafen Waldersee schreibt 22. 12. 89: „Denken Sie sich, der Kanzler hat mir durch seinen Sohn mitteilen lassen, er könne nachts nicht schlafen, wegen der 500 Geschütze die Frankreich im Vergleich zu uns mehr hat. Jetzt kommt er also auf eine Sache, über die wir seit länger als einem Jahre mit ihm verhandelt haben.“

militärischen und politischen Hintergrund besitzen, die Gedankengänge Moltkes, die stets von großen, weiten Gesichtspunkten ausgingen, berechtigt finden dürfte, selbst wenn sie sich mit der Auffassung Bismarcks nicht deckten. Ausgenommen die Stellungnahme Moltkes zur Frage der Beschießung von Paris im Winter 1870/71, in der er sich dem Irrtum hingab, Paris würde schon nach einigen Wochen kapitulieren. Hierin befand er sich in einem — eigentlich unbegreiflichen — Gegensatz zu Noen, Bismarck und dem König!

Beim Friedensschluß 1871 vertrat Moltke die Ansicht, es sei doch ratsam, den französisierten Teil der elsass-lothringischen Bevölkerung aus dem Lande zu weisen, weil er eine stete Gefahr für die deutschen Belange darstellte. Der Verlauf der Ereignisse — man braucht nur an die Notablen-Miswirtschaft unter dem General v. Manteuffel sowie an die Zabern-Affaire zu denken — und erst recht der Weltkrieg — hat ihm darin Recht gegeben.

Der Berliner Kongreß 1878 wurde von Bismarck mit auf Wunsch vom Kaiser einberufen, der seinem Neffen, dem Zaren, sowie dem europäischen Frieden einen Dienst erweisen wollte. Nach Behauptungen, die ich nicht nachprüfen konnte, wäre im Generalstabe damals die Ansicht vertreten gewesen, mit Osterreich zusammen, als die Russen sich vor Plewna in übler Lage befanden, mit Rußland abzurechnen, da es trotz aller „Freundschaft“ in absehbarer Zeit als panslawistische Vormacht der Feind Deutschlands werden würde. Diese Auffassung hat sich jedenfalls später als richtig bestätigt, ebenso wie diejenige, daß für Deutschland politisch gar kein Grund vorlag, die Gegensätze zwischen Rußland und England auszugleichen, sondern daß es im Gegenteil im deutschen Interesse gelegen hätte, wenn diese beiden Mächte — Elefant und Walfisch nannte sie damals Bismarck — Todfeinde blieben. Leider hat der Berliner Kongreß dem Berliner Kabinett seitens St. Petersburgs wenig Dank eingebracht, wie kurz darauf ein unhöflicher Brief des Zaren an seinen Kaiserlichen Oheim bewies, der dann den Anstoß zum Zweibund gab.

Als 1887 der „Schnäbele“-Fall nahe daran war, zu einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich zu führen, verhinderte das Bismarck durch einen „Ausgleich“. Der Generalstab vertrat die Ansicht, daß es bei der damaligen unbedingten Überlegenheit der deutschen Armee angebracht

sei, Frankreich auf absehbare Zeit unschädlich zu machen. Im Generalstabe war alles für die Mobilmachung vorbereitet. Der Kaiser sollte mit dem Hauptquartier in Mainz bleiben, und man erwartete eigentlich von Stunde zu Stunde den Mobilmachungsbefehl. Graf Waldersee kehrte aber zur allgemeinen Überraschung aus dem Palais des Kaisers mit der Nachricht zurück, „von Krieg sei keine Rede mehr.“

Daß der Fürst ein Gegner jedes sogenannten „Präventivkrieges“ war, ist bekannt und geht auch aus seinen „Gedanken und Erinnerungen“ hervor, obgleich 1866 doch auch als ein „Präventivkrieg“ angesehen werden muß. Daß ein Krieg mit Frankreich 1887 zu dessen schneller und vollkommener Niederlage geführt haben würde, darf bei der großen deutschen Überlegenheit in jeder Beziehung als sicher gelten. Sogar der bekannte damalige ruhmredige französische Kriegsminister Boulanger hat es, wenn auch in gewundenen Redensarten, zugeben müssen. Vom „menschlichen“ Standpunkt aus betrachtet ist solche Friedensliebe als Grundsatz begreiflich. Die geschichtlichen Erfahrungen sprechen aber nicht für ihn, wenn es sich um politische Lebensfragen handelt, die doch früher oder später nur mit dem Schwert zur Entscheidung gebracht werden konnten. Auch hier hat der Weltkrieg zu Gunsten eines rechtzeitig geführten Präventivkrieges gesprochen, und unser unglückliches Vaterland ist das Opfer dieses Verhältnisses geworden.

Bei meinem Scheiden aus dem Generalstabe übersandte mir Feldmarschall Moltke durch seinen Neffen sein Bild mit der Unterschrift „Zur freundlichen Erinnerung. Berlin 1. 5. 1889. Gr. Moltke, Feldmarschall.“

Als ich mich in Straßburg bei dem kommandierenden General meldete, sagte mir dieser, daß er in einigen Tagen zur Besichtigung der in Dieuze stehenden Bataillone des Infanterie-Regimentes 136 dorthin kommen würde, und es für mich natürlich unmöglich sei, mein Bataillon in so kurzer Zeit ausgebildet vorzustellen; das sollte der älteste Hauptmann tun. Ich erklärte, daß ich mein Bataillon unter allen Umständen vorstellen würde, und so geschah es denn auch zur vollen Zufriedenheit der Vorgesetzten. Ein Beweis für mich, daß ich den praktischen Soldaten nicht verlernt hatte.

Die „Grenzregimenter“ zählten einen etwas höheren Etat als die anderen Regimenter. In den Offizierkorps fanden sich sehr tüchtige

Elemente, aber die meisten hatten irgend etwas auf dem „Kerbholz“, wie man zu sagen pflegte. Ich gehörte ja auch zu ihnen. Diese Maßregel erschien jedoch recht wenig verständig, da auf diese Weise der Eindruck hervorgerufen werden konnte, als ob es zwei Klassen Regimenter und Offiziere im Heere gäbe, die eine im Reiche, die andere in den Reichslanden. In den letzteren bestanden keine erfreulichen politischen Verhältnisse. Unter dem Regiment v. Manteuffel waren die „Notabeln“, trotzdem über deren franzosenfreundliche Grundstimmung kein Zweifel herrschen konnte, verhätschelt und hierdurch die Deutschgesinnten einschließlich der eingewanderten Reichsdeutschen vor den Kopf gestoßen worden. Sein Nachfolger, Fürst Hohenlohe, wußte nicht besonders zu imponieren und zog jedenfalls die Zügel der Regierung nicht sehr fest an.

Was die „Französelei“ auch in den Regierungskreisen anging, so erlebte ich folgendes: Nach einer Felddienstäbung ritt ich hinter dem Bataillon und hörte zu meinem Erstaunen zwei Reserveoffiziere sich — französisch unterhalten! Nach einer nicht gerade sanften Zurechtweisung der Betreffenden erklärten sie zu ihrer Entschuldigung, daß in Straßburg die beiden Söhne des Statthalters Fürsten Hohenlohe meistens französisch sprächen, und die seien doch auch Reserveoffiziere.

Das dienstliche Leben in Dieuze war anregend, dagegen mein Familienleben empfindlich gestört, weil Frau und Kinder in Berlin zurückbleiben mußten; denn in Dieuze gab es keine höheren Schulen. So blieb ich familienlos beinahe zwei Jahre in Dieuze. Im Herbst 1890 fanden große Kavallerieübungen in Lothringen statt, wobei jeder Kavallerie-Division ein Infanterie-Bataillon zugeteilt war, um zu erproben, in welcher Weise sich Infanterie in den großen Reiterverbänden nutzbar machen könnte. Ich war der Kavallerie-Division des Generals Graf Zeppelin — dem späteren Erfinder des lenkbaren Luftschiffes — zugeteilt, und es gelang mir, mit dem Bataillon noch rechtzeitig und entscheidend in den Schlussskampf einzugreifen, so daß dem Grafen Zeppelin der Erfolg zugesprochen wurde. Dieser bedeutende und in hohem Grade liebenswürdige Mann lud mich dann zu einem einfachen Frühstück ein, wobei er mir zwei gekochte Eier mit den Worten einhändigte: „Jedem ein Ei, dem braven Major Schweppermann zwei!“

Nach dem Abgange des Fürsten Bismarck im Frühjahr 1891 erhielt ich eine Depesche aus Berlin mit dem Inhalte: „Jetzt ist die Verbannung zu Ende und Sie sind in das Infanterie-Regiment Nr. 77 Celle versetzt.“ Natürlich war es mir erfreulich, wieder mit meiner Familie vereinigt zu sein, aber ich nahm doch bewegten Abschied von meinem Bataillon, das mir recht lieb geworden war.

Im Infanterie-Regiment Nr. 77 in Celle waren noch die Traditionen der ehemals hannoverschen Armee lebendig. Es herrschte in ihm so manches, was man den „hannoverschen Ton“ nannte, der in einer gewissen Zurückhaltung im persönlichen Verkehr und sehr guten äußeren Formen zum Ausdruck kam. Auch das übliche „Es leben die Damen!“ als erster Trinkspruch bei gastlichem Zusammensein hatte sich als althannoversche Sitte in den Offizierkreisen eingebürgert, und es durfte ohne Übertreibung gesagt werden, daß im X. (Hannoverschen) Armeekorps gute Lebensart die Offizierkorps besonders auszeichnete.

Der Ersatz des Regimentes bestand zum größten Teil aus Bewohnern der sogenannten Lüneburger Heide — ein im übrigen vielfach verkannter, auch landschaftlicher Reize durchaus nicht entbehrender Landstrich —, die von zäher Natur, großer körperlicher Leistungsfähigkeit und biederem zuverlässigem Wesen mich vielfach an die braven, stillen Westfalen vom Regiment Hacketau erinnerten. Das Regiment hatte 1870/71 mit großer Auszeichnung gefochten und später im Weltkriege unter schweren Verlusten den alten Ruhm kriegerischer Tüchtigkeit aufrechterhalten. Ich bin deshalb auch stolz darauf, jetzt noch dem „Verein ehemaliger 77er“ anzugehören, der sich allerdings in der neudeutschen Republik gefallen lassen mußte, daß im Jahre 1922 selbst eine kirchliche Feier zum Andenken an die gefallenen Kameraden von der Regierung verboten wurde!

Hatte ich schon in Dieuze als Bataillonskommandeur im Rahmen des „Erreichbaren“ den Hauptwert der Ausbildung auf das Kriegsmäßige gelegt, so wurde dieses Bestreben in Celle um so mehr unterstützt, als „taktische Ellenbogenfreiheit“ durch die Sandflächen der „Heide“ räumliche Unterstützung fand.

Meine literarische Tätigkeit nahm ich auch wieder auf und hatte die Genugtuung, hierbei volles Verständnis bei dem Kommandierenden Ge-

neral, Bronsart v. Schellendorff, zu finden. Ich lasse hier einen Brief dieses ausgezeichneten Mannes — ich komme später auf ihn als Kriegsminister zurück —, der sich auf eine taktische Studie „Die Schlacht von Wörth“ sowie einige Aufsätze im „Militärwochenblatt“ über „Ausrüstung und Bekleidung der Infanterie“ bezieht, im Auszuge folgen:

„Hannover, 7. 12. 1891.

Für die gütige Übersendung Ihrer Arbeiten „Die Schlacht von Wörth“ sowie „Bekleidung und Ausrüstung der Infanterie“ sage ich Ihnen meinen besten Dank.

Wörth habe ich mit größtem Interesse gelesen und mich gefreut, aus Ihren kritischen Bemerkungen zu ersehen, daß wir außer verschiedenen anderen Punkten auch darüber völlig einer Meinung sind, was Sie in bezug auf die Einheitslichkeit und taktischen Zusammenhänge der Gefechtsbehandlung, über das richtige Ansehen, Leiten und Einsetzen der Kräfte sagen.

Ebenso ist mir auch Ihre Arbeit über Bekleidung und Ausrüstung ganz aus der Seele gesprochen. Auch mein „ceterum censeo“ ist, wir müssen „leichter“ werden! Was hilft uns unsere schöne und sorgsame Ausbildung der Infanterie, was nutzen die Massen von Munition und Lebensmittel, die ein Bataillon auf dem Leibe mit-schleppt, wenn die eine Hälfte, ehe es zum Gefecht kommt, im Chaussee-graben liegt, während die andere Hälfte nur apathisch und stumpfsinnig ihre Flinten abdrückt! Wir haben ja im Herbst bei den kriegsstarke Bataillonen gesehen, wie alle besonderen Anstrengungen vermieden werden mußten! Wer würde ein Reitpferd, das 10–12 Zentner wiegt, mit 3 Zentnern belasten, und das ist immer noch nicht ein Drittel seines Gewichts! Da mutet man aber dem Infanteristen, der im Kampfe doch schließlich die Kastanien aus dem Feuer holen muß, schlankweg zu, mit 66 Pfund auf dem Leibe noch Quadrille zu tanzen! Und wie einfach und klar ist doch die Formel für Kraft-äußerung: Masse mal Geschwindigkeit! Steigern wir die Beweglichkeit auf das Höchste, so wird die Masse ihre Macht zur Geltung bringen, andernfalls kann sie zum toten Gewicht werden! Und die

physische Erschöpfung unterstützt auch die moralische Erschöpfung. Also für die auch von Ihnen aufgestellten Forderungen muß gekämpft werden. Die von Ihnen eingelegte Lanze wird gute Wirkung haben, obwohl sie stellenweise ziemlich spitz und scharf ist! Schadet aber nichts!

Ich bleibe stets

Ihr aufrichtig ergebener

gez. Bronsart v. Schellendorff."

Die „spitze Lanze“ erregte allerdings bei den „Kessorts“ in Berlin einiges Unbehagen, aber sie hat doch dazu beigetragen, daß Bekleidung wie Ausrüstung im Laufe der Zeit „kriegsmäßiger“ wurden und mancher „Dopf“ fiel. So rückte das deutsche Heer 1914 feldgrau aus, während die Franzosen noch in roten Hosen erschienen, deren leichte Erkennbarkeit vorreffliche Ziele bot und sehr große Verluste im Gefolge hatte!



#### 4. A b s c h n i t t

### Zum Reichskanzler kommandiert. 1892/93.

Gelegentlich einer Meldung beim Großherzog Ludwig IV. von Hessen sagte mir der hohe Herr, er wüßte, daß meine beiden Söhne, die doch sicher Soldat werden wollten, in das Leib-Garde-Regiment (115), dessen Chef er war, eintreten möchten, da er die alten hessischen Offizierfamilien in seinem Regiment vertreten sehen wollte. Auf die Einwendung, daß eigentlich das Infanterie-Regiment 118 das Familienregiment sei, bemerkte er, das sei ihm bekannt, aber die Leibgarde zähle doch auch zwei meines Namens als Kommandeure, was allerdings zuträfe. So brachte ich Anfang Oktober 1892 meinen ältesten Sohn nach Darmstadt, der Garnison des Leib-Garde-Regiments, übrigens das älteste Regiment unserer ruhmreichen alten Armee, das sein Bestehen bis auf das Jahr 1621 zurückführte.

In Darmstadt ging mir ein Telegramm zu, das mich nach Berlin zur Meldung beim Reichskanzler berief. Da ich letzteren persönlich nicht kannte, so erregte das Telegramm einiges Erstaunen, und ich habe auch niemals erfahren, wer bei dieser Berufung als treibende Kraft anzusprechen war. Der Reichskanzler, General Graf Caprivi, sagte mir, er habe mich als Mitarbeiter bei einer von den verbündeten Regierungen geplanten großen Heeresreform ausersehen, die aber vorläufig noch Geheimnis sei. Er entwickelte dann in großen Zügen den Reformplan, worauf ich bemerkte, daß sich diese ganze Frage wohl bald zu einer politischen gestalten dürfte und ich nach dieser Richtung keine praktische Erfahrung besäße. Jedenfalls müßte ich aber die politischen wie militärischen Gründe für die beabsichtigte Heeresreform genau kennen lernen, ehe ich mich mit gutem Gewissen zur Übernahme der mir zugeordneten Aufgabe bereiterklären könnte. Graf Caprivi stimmte dem zu, und ich erhielt im Reichskanzlerpalais die seiner Zeit vom Grafen Herbert Bismarck bewohnten Zimmer zugewiesen. Nach dem Stu-

dium eines sehr umfangreichen Aktenmaterials erklärte ich dem Reichskanzler meine Bereitwilligkeit, den ins Auge gefassten Posten anzunehmen. Als Voraussetzung jedoch müßte ich zur Sprache bringen, daß er seine bisherige Stellung zur Presse ändere. Der Reichskanzler hatte nämlich früher öffentlich erklärt, daß er sich nur auf die halbamtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ stützen und ohne eine „inspirierte“ Presse auskommen wolle. Das war an und für sich schon keine weitblickende Auffassung, aber angesichts des unzweifelhaft vorauszusehenden politischen Kampfes um die Heeresreform jedenfalls nicht mehr aufrechtzuerhalten. Fürst Bismarck hatte zwar die politische Bedeutung der Presse mit den bekannten Worten: „Zeitungen bestehen aus Papier und Drucker schwärze!“ anscheinend gering eingeschätzt, aber doch nur „anscheinend“. Erstens bezog sich jene Äußerung auf deutschfeindliche russische Zeitungsstimmen, denen er die anders geartete Auffassung des Zaren entgegensetzte, was mit Rücksicht auf die autokratischen Neigungen des Zaren einen sehr geschickten Schachzug bedeutete; zweitens hat es der Fürst doch stets ausgezeichnet verstanden, „auf dem Klavier der Presse zu spielen“, wobei die Zinsen des beschlagnahmten Welfenfonds sehr zu statten kamen.

Graf Caprivi mußte schließlich auch zugeben, daß er selbst z. B. die „Kölnische Zeitung“ in letzter Zeit — wie mir bekannt geworden war — zu „Informationen“ der öffentlichen Meinung benutzt habe.

Ich erhielt also freie Hand in Presseangelegenheiten, zumal die Mittel für die jetzt einsetzende publizistische Propaganda nicht aus dem Staatsfädel flossen. Die Summe, die hierfür amtlich zur Verfügung stand, mußte als geradezu lächerlich gering gelten, da der Welfenfonds inzwischen dem ehemaligen hannoverschen Königshause ausgeliefert worden war. Es gelang mir jedoch mit Hilfe patriotisch gesinnter Männer, einen größeren Betrag zusammenzubringen, der bei einem Geschäftshause hinterlegt wurde, und der namentlich bei der Verbreitung von Aufklärungsschriften nach der späteren Reichstagsauflösung sehr nützliche Dienste leistete.

Ehe ich in der Schilderung der Tätigkeit während jener Zeit, die mich in nahe Beziehungen zum Grafen Caprivi brachte, fortfahre, halte ich es für angebracht, von der Persönlichkeit des letzteren in knappen Strichen ein Bild zu geben im Rahmen vollkommener „Voraussetzungslosigkeit“. Wenn

ich letztere schon an und für sich als die unentbehrliche Grundlage ernsthafter Geschichtsschreibung und erst recht für die Charakterisierung von Persönlichkeiten erachte, so erscheint es mir hier um so notwendiger, sich auch mit dem Politiker Graf Caprivi zu beschäftigen, als über diesen bis auf den heutigen Tag Urteile gang und gäbe sind, die nicht als gerechtfertigt erscheinen. Ich bin sogar davon überzeugt, daß mit der Zeit der Staatsmann Graf Caprivi nach verschiedenen Richtungen hin eine gerechtere Einschätzung finden wird als bisher, und ich erachte es geradezu als eine Art geschichtliche Pflicht — ganz abgesehen von meiner Hochschätzung des Grafen als Soldat und Mensch —, hierzu Beiträge zu liefern, die wohl Anspruch darauf erheben dürften, zuverlässig zu sein. Gleichzeitig finden dabei auch politische Fragen von allgemeiner Bedeutung Erörterung.

General v. Caprivi war nach dem Kriege 1870/71, in dem er sich als Chef des Generalstabes X. Armeekorps sowohl am 16. August (Schlacht von Bionville—Mars-la-Tour) als am 28. November (Schlacht von Beaune la Rolande) allgemein anerkannte große Verdienste erworben hatte,\*) später Nachfolger des Generals v. Stosch als Chef der Marine geworden. Er sorgte in dieser Stellung für eine straffere Disziplin und eine strengere militärische Auffassung überhaupt, da sich bis dahin noch etwas vom Wesen der Handelsmarine in der Flotte erhalten hatte. Auch erkannte er früher, als es irgendwo anders geschah, die große Bedeutung der Torpedowaffe und baute letztere so rasch und sachgemäß aus, daß Deutschland in dieser Beziehung schließlich an der Spitze aller Seemächte stand. Als kommandierender General in Hannover von seinem Armeekorps hochgeschätzt, berief ihn der Kaiser im Frühjahr 1890 als Nachfolger des

\*) Es ist deshalb unverständlich, daß in den „Erinnerungen des Generalfeldmarschalls Grafen Waldersee“ (Deutsche Verlagsanstalt 1922) diese Verdienste bestritten werden. Schon allein die Akten über den Krieg 1870/71 aus dem Archiv des Großen Generalstabes erweisen das Gegenteil. Umsonst hatte der Oberstleutnant v. Caprivi den damals wohl selten verliehenen Orden pour le mérite nicht erhalten. Außerdem war allen „Wissenden“ bekannt, daß v. Caprivi die treibende Kraft beim Generalkommando war, da der General Voigt-Rhes schon während des Krieges unter Abnahme seiner geistigen Kräfte litt. Nur v. Caprivi war es u. a. zu verdanken, daß in Ergänzung des von falschen Voraussetzungen (Abmarsch der Franzosen nach der Maas) ausgehenden Befehles des Oberkommandos, dem K. A.-K. die Möglichkeit geschaffen wurde, noch am 16. 8. in die Schlacht von Bionville-Mars la Tour einzugreifen. In der Schlacht von Beaune la Rolande war es Caprivi, der den bereits von General v. Voigt-Rhes erlassenen Rückzugsbefehl aufhob.

Fürsten Bismarck. Es lag auf der Hand, daß jeder Nachfolger dieses gewaltigen Staatsmannes, den überhaupt niemand völlig ersetzen konnte, in Schatten gestellt werden mußte. General Caprivi selbst hatte diesem Gefühl einmal, als er mit dem General v. Moos (dem Sohne des Feldmarschalls v. Moos) in der Nachtstunde an dem erleuchteten Reichskanzlerpalais vorüberging, drastischen Ausdruck gegeben in den Worten: „Welcher Esel wird es wohl wagen, Nachfolger Bismarcks zu werden?!“

Nun war er selbst dieser „Esel“ geworden, und wenn er die Nachfolge „wagte“, so entsprang das nur seinem soldatischen Pflichtgefühl dem Kaiser gegenüber. Er glaubte, dessen „Befehl“ gehorchen zu müssen. Außerdem steht fest, daß Fürst Bismarck selbst den General als einen geeigneten Reichskanzler bezeichnet hatte auch unter dem Gesichtspunkte, daß er allenfallsigen inneren Erschütterungen mit Entschlossenheit entgegentreten würde.<sup>\*)</sup> Der Fürst schied jedoch unter persönlicher Verstimmung von General v. Caprivi, was auch im 3. Bande seiner „Gedanken und Erinnerungen“ angedeutet wird, wozu jedoch zu bemerken wäre, daß er damals leider ohrenbläserischem Gerede Gehör schenkte. Wenn er dort sogar von seinem Nachfolger als „tantalisierendem“ Leutnant spricht, dem es sauer geworden sei, bei der Gardesstandesgemäß zu leben, so ist das ein schiefes Urteil, denn bei der Gardes-Infanterie standen damals meistens Söhne höherer Offiziere und Beamten, die nicht besser gestellt waren wie der angebliche „tantalisierte“ Leutnant v. Caprivi. Der Hauptgrund für die unfreundliche, ja geradezu gehässige Stimmung des Fürsten Bismarck gegenüber seinem Nachfolger lag jedoch auf persönlichem Gebiet. Als der Fürst zur Hochzeit seines Sohnes Herbert nach Wien reiste, verschloß ihm ein Schreiben des Reichskanzlers an den dortigen Botschafter den Hof wie die Regierungskreise.<sup>\*\*)</sup> Dieses Schreiben erhielt später die Kennzeichnung als „Uriasbrief“. Daß es allein schon unter psychologischen Gesichtspunkten einen großen Fehler bedeutete und der Inhalt den Fürsten in seinem wohlberechtigten Selbstgefühl tief verletzte

<sup>\*)</sup> Siehe hierüber u. a. „Der neue Kurs“, Erinnerungen von Otto Hammann 1918 (Verlag R. Hobbing, Berlin), wo auf S. 24/25 verschiedene günstige Urteile des Fürsten Bismarck über den General v. Caprivi wiedergegeben sind. Eins lautet: er besitzt einen hellen Kopf, große Arbeitskraft und sei ein vollkommener Gentleman.

<sup>\*\*)</sup> Veröffentlicht in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, Depesche vom 9. Juni 1891 an den Deutschen Botschafter, Prinzen Reuß).

mußte, lag klar zutage. Ich habe über diese Angelegenheit mit dem Grafen Caprivi gesprochen und dabei meine oben wiedergegebene Auffassung „ohne Schminke“ zum Ausdruck gebracht. Der Graf widersprach nicht, und ich habe aus dem ganzen Gange der Unterhaltung den Eindruck gewonnen, als ob er nicht die treibende Kraft bei jenem unklugen Schritte gewesen sei. Deshalb erachte ich auch die gegenteilige Auffassung des Herrn Dr. Hammann in seinem bereits erwähnten, vielfach sehr wertvollen Buche in dieser Angelegenheit nicht für zutreffend. Aber gleichviel, jener bedauerliche Schritt geschah jedenfalls unter Zustimmung des Reichskanzlers, und deshalb blieb er für ihn verantwortlich. Wenn übrigens Herr Hammann in seinem Buche in liebenswürdiger Weise schreibt S. 72: „Im oberen Stockwerk des rechten Flügels des Reichskanzlerhauses hatte der zur Reichskanzlei kommandierte Major Keim sein Quartier aufgeschlagen und übte mit wahren Bienenfleiß und unermüdlcher Zuversicht in das Gelingen des Werkes eine fruchtbare Propagandatätigkeit aus.“ so ist das insofern ein Irrtum, als ich in und mit der Reichskanzlei gar nichts zu tun hatte. Sie war lediglich Expedierungsstelle meines Briefwechsels mit allen möglichen Dienststellen und politischen Persönlichkeiten. Der damalige Chef der Reichskanzlei besaß im Gegensatz zu seinen Vorgängern gar keine politische Ader. Der Reichskanzler hatte ihn in Hinsicht auf die abzuschließenden Handelsverträge an die Spitze der Reichskanzlei berufen, der bis dahin die Stelle eines vortragenden Rates in der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes bekleidete. Eine politische Stütze besaß der Reichskanzler in diesem sonst höchst ehrenwerten Manne in keiner Weise.

Auch sonst fehlte es an zuverlässigen „Stützen“ bei dem bevorstehenden militärpolitischen Feldzuge. Der Kriegsminister v. Kaltenborn war, um es deutlich auszudrücken, im Parlament ein vollkommener Versager. Er hat dort nur einmal gesprochen und ohne jede Wirkung. Die Heeresreform selbst war in ihren Grundlagen das eigenste Werk des Grafen Caprivi, und was ihren schwächsten Punkt angeht, die Schaffung der vierten (Halb-) Bataillone, so hat er im Reichstage selbst erklärt: „Ich bin nicht der Vater dieses Gedankens (er ging vom Kriegsministerium aus), aber ich akzeptiere ihn.“

Die einflussreichsten Minister, Graf Eulenburg und Miquel, standen der Heeresreform ebenso kühl gegenüber wie dem Reichskanzler persönlich;

der Generalstab nicht minder, da dieser die Heeresverstärkungen an sich billigte, das Aufgeben der dreijährigen Dienstzeit bei den Fußtruppen jedoch als höchst bedenklich erachtete. Bei Hofe und in den diesem nahestehenden Kreisen besaß der Reichskanzler keinen Anhang. Er entstammte nicht dem alteingesessenen preussischen Adel — die Familie war seinerzeit aus Osterreich eingewandert und der Vater Obertribunalrat gewesen — der ihn als homo novus ansah, wie man zu sagen pflegt. Im Bundesrat und in den hohen Regierungskreisen verzieh man ihm den „General“ nicht, da nach dortigen Ansichten nur ein Bürokrat oder Diplomat auf den Reichskanzlerposten Anspruch besaß. Was das Auswärtige Amt angeht, so komme ich hierauf noch zurück.

Meine erste Frage, nachdem ich den Dienst beim Reichskanzler angetreten hatte — ich wurde Mitte Oktober durch Kabinettsorder zur „Dienstleistung beim Reichskanzler“ kommandiert —, galt der Stellung der Parteien in Sachen der Heeresreform. Ich erfuhr, daß der Reichskanzler unverbindliche vertrauliche Besprechungen mit den Konservativen, Nationalliberalen und Zentrumsführern gehabt habe. Eine klare Stellungnahme war jedoch nicht erfolgt, und konnte wohl auch nicht erfolgen, ehe die Wehrevorlage nach Zustimmung des Bundesrates amtlich zur allgemeinen Kenntnis gebracht worden war. Das dauerte aber bis Mitte November, und durch einen Vertrauensbruch oder eine Unachtsamkeit irgendeines Bundesratsmitgliedes veröffentlichte eines Tages die „Kölnische Zeitung“ die noch geheimzuhaltene Vorlage. Sie löste sofort „geteilte Gefühle“ selbst bei den Konservativen und Nationalliberalen aus. Bei ersteren, weil die dreijährige Dienstzeit fallen sollte, um welche in den Konfliktsjahren so heftige Kämpfe geführt worden waren, und bei den Nationalliberalen, weil man wußte, daß Fürst Bismarck dem Reichskanzler, dem Urheber der Vorlage, aus persönlichen Gründen nicht gewogen war.

Das Zentrum machte auch Front gegen eine durchgreifende Heeresreform — wie es schon 1860—66 und später gegen jede Heeresvermehrung gestimmt hat — trotzdem Rom wiederholt in regierungsfreundlichem Sinne auf es einzuwirken suchte — und selbstverständlich der Freisinn unter Eugen Richters Führung, ebenso die damals allerdings noch schwache Sozialdemokratie. Dem Reichskanzler bot namentlich die Haltung des Zentrums deswegen einige Überraschung, als verschiedene namhafte Zentrumsleute, vor allem der

Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Huene — er war während des Krieges 1870/71 Generalstabsoffizier beim Generalkommando X. Armeekorps gewesen und stand dem Reichskanzler persönlich nahe —, ferner Graf Ballestrem und die beiden bayerischen Grafen Preysing, der Wehrvorlage günstig gesinnt waren. Jene Herren stimmten auch später für die Vorlage, wurden aber deshalb von Parteiwegen an die Luft gesetzt, das heißt nicht wiedergewählt. Auch der Kardinal-Erzbischoff Kopp (Breslau) wirkte in dieser Richtung.

Die Vorlage ging nunmehr dem Reichstage zu. Der Reichskanzler begründete sie in einer glänzenden Rede am 23. November 1892, während als Hauptsprecher dagegen Eugen Richter auftrat, trotzdem sie eine alte Forderung des Liberalismus, die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, erfüllte. Aber schon damals hielt es die deutsche Demokratie für das selbstverständliche Kennzeichen eines echten Demokraten, den sogenannten „Militarismus“ zu bekämpfen. In anderen Ländern, wie Frankreich und England, hatten auch die Liberalen soviel gesundes politisches wie nationales Empfinden, Wehrfragen nicht vom parteipolitischen Standpunkt aus zu betrachten, denn sie berühren das allgemeine Staatsinteresse, die Sicherheit des Vaterlandes, die über jedem Parteiprogramm stehen müssen. Pflichtmäßig!

Von diesem nationalen Pflichtgefühl war aber bei unseren demagogisch gerichteten Volksvertretern nichts zu spüren. Mit abgedroschenen leeren Schlagworten, mit laienhaftem Geschwätz über militärische Dinge, mit billigem Apell an den steuerscheuen Bürger wurde da eine schlechte Sache mit tönenden Worten verfochten. Daß dieses ebenso törichte wie geradezu verbrecherische Treiben — gemessen an den Folgen dieses Kampfes gegen den sogenannten „Militarismus“ — sich noch kurz vor dem Weltkrieg und selbst noch in demselben ungestraft durchsetzen konnte, ist der wahre Grund unseres Zusammenbruches!

Die Wehrvorlage wurde, wie üblich, einer Kommission überwiesen, um dort einer mehrere Monate dauernden „Prüfung“ zu unterliegen. Im „republikanischen“ Frankreich nahm die Deputiertenkammer Militärvorlagen meistens binnen 2 bis 3 Tagen an, ohne Kommissionsberatungen“, ja, es kam sogar öfter vor, daß die Deputiertenkammer über die Regierungs-

forderungen hinausging. Ähnlich verfuhr man in England bei Marineforderungen. Im Reichstag wäre ein solches Verfahren für ein parlamentarisches „Sakrileg“ angesehen worden, ungefähr so wie es seiner Zeit im Reichstage zu Regensburg als ein Verstoß gegen die „deutsche Libertät“ und als eine ruhmvolle Tat galt, den geforderten „Reichspfennig“ für den „miles perpetuus“ zu verkürzen. Ob dann die Türken oder die Franzosen deutsches Land brandschatzten, weil das „Römische Reich deutscher Nation“ ungenügend gerüstet war, verschlug dabei nichts. Die „Libertät“ war gerettet! Der neudeutsche Parlamentarismus — bis zum Weltkriege — faßte jedenfalls in seiner demokratischen Richtung das Bewilligungsrecht vor allem so auf, daß militärisch möglichst wenig zu bewilligen, „aller politischen Weisheit letzter Schluß“ sei.

Was enthielt nun die Wehrvorlage für Forderungen, und aus welchen politischen wie militärischen Gründen war sie eingebracht worden? Ich versuchte damals, in einer kleinen, unter meinem Namen erscheinenden Schrift „Warum muß Deutschland seine Wehrmacht verstärken?“ diese Frage zu beantworten. Bei ihrem Durchlesen — nach 30 Jahren — finde ich manches, was politisch bis zum Jahre 1914 volle Gültigkeit behalten hat, wie folgende Sätze beweisen mögen:

„Wenn über kurz oder lang wieder die Kriegsjurie losbricht, dann handelt es sich um Leben und Sterben, wenigstens für Deutschland. Das ist keine Schwarzseherei, sondern das unerbittliche Ergebnis der politischen Verhältnisse der Weltlage, die keine Staatskunst, und sie mag getrieben werden, von wem sie will, in der Hauptsache ändern kann.“

Die Wehrvorlage verlangte gemäß der Reichsverfassung Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, die im Laufe der Jahre immer mehr in die Brüche gegangen war. Die Reichsverfassung setzte 1 Prozent der Bevölkerung als Heerespräsenzstärke fest; sie betrug tatsächlich kaum 0,90! Frankreich unterhielt — trotzdem es damals 15 Millionen Menschen weniger zählte als Deutschland — 70 Infanterie-Bataillone und 46 Feldbatterien mehr als Deutschland. Frankreich und Rußland verfügten schon im Frieden über zusammen rund 300 000 Mann und 85 000 Reiter mehr als der Dreibund, außerdem über 1000 bespannte Geschütze mehr als letzterer. Im

Kriege erhöhten sich diese Zahlen um mindestens 1 Million Infanterie, 200 000 Reiter und 1800 Geschütze zu Ungunsten des Dreibundes. Diese Tatsachen waren nicht zu bestreiten. Aber nun setzte in der Links-, wie in der Zentrumspresse ein wahres Trommelfeuer von „Gegengründen“ ein, die bei Lichte besehen gar keine stichhaltigen Gründe darstellten, sondern teils in der Luft schwebende, teils irrige Voraussetzungen waren. Selbst falsche Berechnungen mußten herhalten, um nachzuweisen, daß eine deutsche Heeresverstärkung gar nicht nötig sei. So begegnete es dem grimmigen Antimilitaristen Eugen Richter, daß er in seiner „Freisinnigen Zeitung“ eine Berechnung der russischen Heeresstärke im Frieden aufstellte, die jedoch den Fehler besaß, daß sie nur 250 Bataillone zu wenig angab. Der große Rechenmeister hatte nämlich übersehen, daß die russischen Regimenter nicht 3 Bataillone, wie er annahm, sondern 4 Bataillone zählten!

Die verrosteten Waffen aus der Konfliktzeit wurden wieder hervorgeholt, um dem deutschen Volke vor dem „Moloch des Militarismus“ gruselig zu machen. Auch die „Idee vom dummen Feinde“ mußte herhalten, wie seinerzeit Moltke spöttisch bemerkt hatte zu den Versuchen, Vogel Strauß zu spielen, indem man militärische Selbstbeweisränderung trieb, aber bei den „Anderen“ alles minderwertig fand. Selbst eine Art Sextaner-Strategie wurde getrieben, die derselbe Moltke höflich „Schlafrock-Strategie“ nannte, während Bismarck im Jahre 1863 die geflügelten Worte sprach: „Es gibt Parlamentarier, die alles besser wissen als die Sachleute, vom Hundeflöhen bis zur Kriegsführung.“

Leider erhielten die Gegner der Militärvorlage einen Bundesgenossen in dem Fürsten Bismarck, der in den „Hamburger Nachrichten“ die Einführung der zweijährigen Dienstzeit auf das heftigste bekämpfte. Er schrieb dort von „Kroppzeug“, das jetzt eingestellt werden mußte, und daß die zweijährige Dienstzeit den Geist wie die Leistungsfähigkeit des Heeres herabdrücken mußte. Man konnte das dem Altreichskanzler insofern nicht verübeln, als er jahrelang einen heftigen politischen Kampf um die dreijährige Dienstzeit durchgeföhrt hatte. Er übersah jedoch dabei, daß von einer wirklichen dreijährigen Dienstzeit schon lange nicht mehr die Rede sein konnte, sondern nur noch von einer verstümmelten dreijährigen Dienstzeit. Aus Ersparnisgründen fanden alljährlich so zahlreiche „Beurlaubungen

zur Disposition“ statt, daß nur noch ein Viertel der Mannschaften drei Jahre unter der Fahne blieb. Das mußte natürlich bei den Leuten böses Blut machen, die nicht das Glück hatten, „reklamiert zu werden“. Außerdem waren es naturgemäß nicht gerade die besten Elemente, das heißt, bestrafte Leute, die nicht zur Disposition beurlaubt wurden, da gute Führung hierbei als Vorbedingung galt. Ferner übersahen die Gegner der Vorlage, daß die seit 1872 durchgeführten Heeresreformen nicht eine Verjüngung, sondern eine Alterung des Feldheeres zur Folge hatten, da man die Dienstzeit bei der Landwehr erhöhte. Fürst Bismarck sprach damals im Reichstage von den „Triariern“, die nunmehr wieder dem Heere zugeführt würden, was sich auf der Rednertribüne ganz gut ausnahm, aber weniger in der rauhen Wirklichkeit des Krieges, denn jüngere Leute sind doch schon körperlich leistungsfähiger als solche von 35 bis 40 Jahren, abgesehen davon, daß es eine unsoziale Härte bedeutete, wenn Familienväter ins Feld rückten, während viele Tausende von Unverheirateten zu Hause blieben.

Natürlich wurde auch die „Mehrbelastung“ des Volkes gebührend hervorgehoben, ohne dem Volke zu sagen, daß ein verlorener Krieg, abgesehen von allem wirtschaftlichen und sozialen Elend, dem Volke auch ungeheure finanzielle Lasten auferlegen würde. Es nimmt sich jetzt geradezu lächerlich aus, wenn man bedenkt, daß jene Wehrevorlage eine jährliche Mehrbelastung von 1,25 Mark — sage und schreibe 125 Pfennig — auf den Kopf der Bevölkerung ausmachte. Solches Treiben war doch Demagogentum übelster Art. Es gehörte aber zu den Argumenten gegen den „Militarismus“ und tauchte auch bei der Reichstagsauflösung 1906 wie bei den Beratungen über die Wehrgesetze von 1911 und 1912/13 wieder auf, von dem verbrecherischen Geschrei über den Militarismus gegen Ende des Weltkrieges ganz zu schweigen.

An den „Kommissionsitzungen“ nahm der Reichskanzler öfter persönlich teil, da, wie schon angedeutet, auch die Last der rein militärischen Vertretung der Vorlage fast ganz allein auf ihm ruhte. Dem Vorschlag, mich als „Kommissär“ des Bundesrates an den Kommissionsverhandlungen und auch an den Verhandlungen des Reichstages teilnehmen zu lassen, begegnete er mit dem Einwande, ich sei am Ende zu „temperamentvoll“ für solche Stellung im Verkehr mit den „oppositionellen“ Reichstagsboten. Aber auch

ohnedem fehlte es mir an Arbeit nicht. Ich hatte von morgens 8 Uhr bis mittags 12 Uhr genug damit zu tun, Besuche zu machen und Besuche zu empfangen, da der Reichskanzler Abgeordnete wie Journalisten zu Verhandlungen und zur Auskunfterteilung in allem, was die Vorlage betraf, an mich verwies. Um 12 Uhr aß ich mit dem Grafen zusammen, und auch hier wurden oft Geschäfte mündlich erledigt. Um 1 Uhr saß ich wieder in meinen Zimmern, die nach der Wilhelmstraße hinaus lagen, um zu arbeiten, was mich gewöhnlich bis 8 Uhr abends in Anspruch nahm. Von „achtstündigem Arbeitstag“ war also keine Rede, und außerdem vermischte ich sehr das gewohnte Reiten wie den Aufenthalt in frischer Luft, was mir dann später ein schmerzhaftes chronisches Nierenleiden zuzog. Glücklicherweise aber erst als mein „Kommando“ zu Ende war.

Die Vorlage sah eine jährliche Einstellungsquote von 60 000 Mann mehr als seither vor. Dieselbe sollte zur Erhöhung des Friedensstandes bei den Bataillonen und Batterien dienen, außerdem zur Bildung von je einem Halbbataillon zu 2 Kompagnien bei jedem Infanterie-Regiment. Diese sogenannten „kleinen Bataillone“ waren als Kadets für die im Kriege aufzustellenden Reserveformationen gedacht. Ein an sich richtiger Gedanke, da es uns im Gegensatz zu Rußland und Frankreich an solchen Kadets fehlte. Es wäre jedoch praktischer gewesen, an Stelle dieser „kleinen Bataillone“, die keine brauchbare taktische Einheit darstellten, jedes Bataillon um eine vollwertige fünfte Kompagnie — ähnlich wie bei der Kavallerie fünfte Eskadrons bestanden — zu vermehren, die im Mobilmachungsfalle Stammtruppen für Neuformationen darstellten. Ich vertrat diesen Gedanken, aber der Kanzler erklärte, man dürfe dem Kriegsministerium nicht den Schmerz bereiten, die von ihm befürworteten Halb-Bataillone als eine „Fehlgeburt“ hinzustellen.

Der Winter 1892/93 verging mit endlosen Verhandlungen, wobei die Wehrvorlage nicht vom Fleck kam. Ich sah schon damals voraus, daß die Sache ohne Auflösung des Reichstages nicht durchzuführen sei. Der Reichskanzler war optimistischer gesinnt und nannte mich öfter einen „Schwarzseher“. Er stützte seinen Optimismus in erster Linie darauf, die Mehrheit des Zentrums unter dem Einfluß des rechten Flügels desselben doch noch für die Vorlage zu gewinnen, was ich schon erwähnt habe. Auch

der Kaiser teilte diese Auffassung und bemerkte einmal, unter dem Einfluß des katholischen Adels würde die Befehrung des Zentrums schon gelingen. Ich vertrat dagegen die Ansicht, daß im Zentrum nicht der Adel, sondern der demokratisch gefärbte Teil desselben, geführt von den Herren Müller-Fulda und Lieber, ausschlaggebend sei. Es fand dann „zur Aussprache“ ein großer „parlamentarischer Abend“ im Reichskanzlerpalais statt, an dem sich auch die Herren der Opposition beteiligten — nur die Sozialdemokraten und die „extremsten“ Fortschrittsleute fehlten —, aber praktische Erfolge erzielte er nicht, sondern er riß nur ein großes Loch in den an und für sich schon schmalen Geldbeutel des Grafen. Der ganze „Stab“ des Reichskanzlers bestand aus dem Adjutanten Major Ebmeyer sowie meiner Wenigkeit und half natürlich an jenem Abend, die „Honneurs“ zu machen, wie der Deutsche zu sagen pflegt. Nur lehnte ich ab, diese Pflicht an dem Fische der „Polen“ zu erfüllen. Diese standen damals — vor allem der Abgeordnete Koszielski, der den Beinamen „Admiralffi“ führte, da er sich anscheinend für die Flotte interessierte —, namentlich beim Kaiser, in besonderer Gunst. Ich war aber „instinktiv“ mißtrauisch gegenüber diesen „Freunden“ der Regierung, und unsere unglückliche, schwankende Polenpolitik, die Graf Caprivi leider mitmachte, gehörte jedenfalls zu den Fehlern des „neuen Kurses“.<sup>\*)</sup> Damals druckten sogar deutsche Regimentskapellen in Posen ihre Musikprogramme auch in polnischer Sprache!

Der Reichskanzler war verfassungsgemäß für die äußere Politik verantwortlich. Sie lag ihm nicht — um es kurz auszudrücken —, seinem ganzen Charakter und seiner politischen Schulung nach. Eine offene, gerade Natur von starkem Intellekt, fehlte ihm die große Linie, die außenpolitischen Dinge vor allem, meinerwegen mit einer gewissen Einseitigkeit, unter deutschen Gesichtspunkten anzusehen. Er vertraute England, und die Kaiserin Friedrich, die ihn öfter bei sich sah, bestärkte ihn darin, nicht minder der englische Botschafter samt seiner politisch „geschulten“ Gattin. Er überschätzte ferner Österreich-Ungarn ebenso wie Italien als militärische Bundesgenossen. Übrigens ein Vorwurf, der auch seinen großen Vor-

<sup>\*)</sup> Wenn Graf Waldersee in seinen Erinnerungen die damalige Polenpolitik tabelt, so wird ihm darin durchaus zustimmen sein, desto unbegreiflicher ist es aber jedenfalls, wenn er wiederholt die Selbständigkeitserklärung Polens fordert, um auf diese Weise Rußland lahmzulegen. Diese Selbstmordpolitik hat ja im Weltkriege Herr v. Bethmann betrieben und mit welchen Folgen, sehen wir ja sozusagen täglich.

gänger und alle Nachfolger Caprivis ohne Ausnahme trifft. Der Bund mit Österreich-Ungarn war seiner Zeit ohne feste militärische Abmachungen geschlossen worden, ebenso der spätere Bund mit Italien. Aus politischen Gründen wollte man den beiden Staaten keine großen militärischen Lasten zumuten, tat es auch weiterhin nicht, und das hat mit dazu geführt, daß die österreichisch-ungarische Wehrmacht so vernachlässigt blieb, daß im Jahre 1909 der österreichisch-ungarische Kriegsminister im Parlament öffentlich erklärte: „Die Armee ist im Verdorren begriffen!“

Graf Caprivi vertraute auch bis zu einem gewissen Grade Rußland, übersah dabei jedoch nicht die drohende Gefahr des Panславismus, der vielfach auch in militärischen Kreisen herrschte. Mit dem Zaren Alexander III. stand er persönlich gut, ebenso wie mit Nikolaus II. Ersterer hatte ihn in Narwa\*) im Sommer 1890 und dann in Kiel im Juni 1892 ausdrücklich seines vollen Vertrauens versichert und letzterer bei seinem Aufenthalte in Berlin im Winter 1892. Bei dieser Gelegenheit möchte ich doch auf eine Frage eingehen, die mit Vorliebe benützt worden ist und noch benützt wird, um den Grafen Caprivi dafür verantwortlich zu machen, daß der Draht mit St. Petersburg infolge der Nichterneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages durchschnitten worden sei. Ich habe mit dem Grafen wiederholt über diesen Punkt gesprochen und kann feststellen, daß er hierbei denselben Gedankengang vertrat, den der ehemalige Gesandte Raschdau — der einzige noch lebende Wissende aus jener Zeit als damaliger vortragender Rat im Auswärtigen Amt — neuerdings im „Tag“ (1921) entwickelte. Es heißt dort: 1. Der Vertrag gereichte überwiegend russischen Interessen zum Vorteile; er ist auch von St. Petersburg ausgegangen, und jedesmal von St. Petersburg aus seine Erneuerung gewünscht worden. 2. Er bildete kein Hindernis für eine russisch-französische Annäherung, selbst ein formelles Abkommen zwischen Rußland und Frankreich war durch den Rückversicherungsvertrag nicht ausgeschlossen. 3. Wir gerieten in Gefahr, durch einseitige Bekanntgabe der Abmachungen das Mißtrauen der befreundeten Mächte zu erregen und dann politisch plötzlich isoliert zu werden.“

---

\*) In Narwa sagte Alexander III. zum General v. Caprivi: „Ihrer Aufrichtigkeit vertraue ich, Ihrem Vorgänger habe ich niemals recht vertrauen können“.

Jedenfalls hatte General Skobelew seiner Zeit trotz des Rückversicherungsvertrages unter dem Beifall der russischen Presse die Worte gesprochen: „Der Weg nach Konstantinopel führt durch das Brandenburger Tor in Berlin.“ Trotz des Rückversicherungsvertrages hatte die französische Regierung 500 000 Lebelgewehre nach Rußland geliefert unter der russischen Garantie, daß diese Gewehre nicht auf Franzosen schießen würden. Solche Garantien waren doch nur möglich bei gegenseitigem (russisch-französischem) Einverständnis über bestimmte politische Ziele, die jedenfalls nicht die unsrigen sein konnten. Bismarck selbst spricht ja davon, daß Bündnisse und Verträge nicht heilig seien, was wir auch im Weltkriege seitens Italiens wie Rumäniens erfahren haben. Ihm würde es allenfalls gelungen sein, die deutschen Belange trotz der Schlingen des Rückversicherungsvertrages zu wahren. Aber dem Grafen Caprivi einen schweren Vorwurf aus der Nichterneuerung dieses Vertrages zu machen, ist bei der heutigen Kenntnis der Zusammenhänge ungerecht, außerdem geschichtlich unhaltbar. Bismarck sah den Willen des Zaren in politischen Fragen als allein entscheidend an. Das traf bei Alexander III. noch zu; bei seinem Nachfolger nicht mehr, wie ja auch das Überrennen dieses schwachen Fürsten durch die Kriegspartei im Juli 1914 beweist. Bismarck unterschätzte auch das psychologische Element, das sich in der russische Volksseele, gestützt und genährt durch Panlawisten und einflussreiche Militärs, seit dem Berliner Kongress immer mehr zur ausgesprochenen Deutschfeindlichkeit entwickelte und die Unterlagen für die Annäherung an Frankreich und England abgab.\*) Daß der Berliner Kongress auch den damaligen Zaren verstimmt hatte, geht aus dem bekannten Brief an seinen Oheim Kaiser Wilhelm hervor, der den Anstoß zum Zweibund gab. Ich weilte im Herbst 1880 in Bad Nauheim zur Kur, und mein Tischnachbar war ein hochstehender russischer General, der durchaus deutschfreundlich gesinnt war, jedoch die Ansicht vertrat, daß seit dem Berliner Kongress die seitherige deutschfreundliche Gesinnung in eine deutschfeindliche umgeschlagen sei, da sich die Armee durch den Kongress um die Früchte ihrer Siege betrogen sähe. Im übrigen gab bei der Einberufung des Berliner Kongresses und während der Verhandlungen, die bekanntlich auf dem

\*) Siehe hierüber auch Abschnitt 3 „Der abgerissene Draht nach Rußland“ in „Der neue Kurs“, der ebenfalls mit den üblichen Legenden aufräumt.

Punkte standen, zu scheitern, der Fürst zum ersten Male insofern „sentimentalen“ Regungen nach, als er, wie schon erwähnt, dem Wunsche des Kaisers, seinem Neffen, dem Zaren und damit Rußland einen Dienst zu erweisen, entsprechen wollte. Der Weltkrieg hat ja später auf Deutschlands Kosten erwiesen, welchen Dank es für eine „ehrliebe Maklerschaft“ auf dem Berliner Kongress geerntet hat! In dieser Beziehung wird auch den Auffassungen zuzustimmen sein, wie sie Kaiser Wilhelm II. in seinen „Erinnerungen“, anknüpfend an Erlebnisse in Rußland als Prinz Wilhelm, vertritt. Als ich sie las, mußte ich an jenen russischen General in Bad Nauheim denken, der jedenfalls schon 1880 richtig gesehen hatte!

Ein weiterer Vorwurf wurde gegen den Grafen aus dem Abschluß der Handelsverträge mit Rußland und Osterreich-Ungarn hergeleitet, weil durch sie die Belange der deutschen Landwirtschaft geschädigt worden seien. Auch Bismarck tut das in dem 3. Bande seines Buches. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß die russischen und noch mehr die österreicherischen Unterhändler den deutschen bei den bezüglichen Verhandlungen überlegen waren. Aber das war doch nicht die Schuld des Reichskanzlers. Sie stammten ja noch alle aus der „alten Schule“ der Wilhelmstraße. Den Reichskanzler leiteten damals neben politischen Gründen auch solche allgemein wirtschaftlicher wie sozialer Natur. Daß die Handelsverträge in St. Petersburg eine günstige Stimmung für uns hervorrufen mußten, lag auf der Hand, zumal die russische Regierung ernsthaft mit empfindlichen Gegenmaßregeln gedroht hatte, was wirklich gleichbedeutend mit einem „Durchschneiden des russisch-deutschen Drahtes“ werden konnte. Tatsächlich gestalteten sich auch die politischen Beziehungen zu St. Petersburg von da ab besser. Was den Handelsvertrag mit Osterreich-Ungarn angeht, so zog Ungarn den Hauptvorteil aus ihm, und weil schon damals Pest politisch mehr wog als Wien, so glaubte Berlin klug zu handeln, ersterem entgegenzukommen.

Jedenfalls lösten aber beide Handelsverträge helle Unzufriedenheit bei dem agrarischen Flügel der deutsch-konservativen Partei aus. Damals trat der Bund der Landwirte ins Leben, und seine Klagen über die Benachteiligung der deutschen Landwirtschaft durch die Handelsverträge entbehrten

nicht der Begründung. Es wurde aber dabei nicht berücksichtigt, daß — abgesehen von den oben erwähnten politischen Gründen — für Handel und Industrie günstige Bedingungen geschaffen wurden, die wieder dem gesamten deutschen Wirtschaftsleben zugute kamen. Auch war billigeres Brot von sozialer Bedeutung, und Graf Caprivi — er hatte für den Abschluß der Handelsverträge den Grafentitel erhalten — konnte damals die Worte prägen: „Ich will lieber Waren als Menschen exportieren.“

Wenn sich im Hinweis auf die Handelsverträge mit Österreich eine Fußnote Bismarcks des Inhalts: „Finanzieller Schaden, Zollverzicht auf 40 Millionen jährlich. Zentrum, Polen, Sozialdemokraten — Freunde Caprivi“, auf der letzten Seite seines Buches findet, so wäre hierzu folgendes zu sagen: Erstens hat Graf Caprivi 1892/93 gegen Zentrum und Sozialdemokraten gekämpft und diesen Kampf durch Reichstagsauflösung nicht gescheut. Zweitens, wenn sich diese Parteien bei den Handelsverträgen auf die Seite der Regierung stellten, so ist ihnen der Reichskanzler hierbei jedenfalls nicht „nachgelaufen“, auch später nicht. Drittens wäre es politisch töricht, ja geradezu pflichtwidrig gewesen, ihre Unterstützung zu verschmähen, nachdem der Reichskanzler die Überzeugung gewonnen, daß sein wirtschaftlicher Kurs der richtige sei für Deutschlands Gesamtwohl. Im übrigen hat Bismarck selbst noch kurz vor seiner Entlassung mit dem Zentrumsführer Windthorst Fühlung genommen, woraus der Kaiser ihm damals einen durchaus ungerechtfertigten Vorwurf machte. Außerdem entsprach es Bismarckscher Staatskunst, „Bundesgenossen zu nehmen, wo er sie fand“.

Daß die regierungsfeindliche agrarische Strömung — Livoli-Versammlung — konservativer Kreise bei einer Reichstagsauflösung nicht gerade günstige Aussichten eröffnen würde, zumal Fürst Bismarck fortfuhr, in der ihm nahestehenden Presse die Wehrvorlage zu bekämpfen, erschien nicht ausgeschlossen. Auch die Hoffnungen auf eine „Bekehrung“ des demokratischen Teiles des Zentrums schwanden immer mehr. In Bundesratskreisen herrschte teilweise ebenfalls Abneigung gegen einen Konflikt mit dem Reichstage, zumal verschiedene Fürsten, darunter der dem Kaiser nahestehende Großherzog von Baden, von einem solchen dringend abrieten. Jedenfalls mußte aber endlich einmal Klarheit über die Stellungnahme der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Partei geschaffen werden. Auch bei letzteren lagen die Verhältnisse etwas verworren. Der Führer

der Nationalliberalen, v. Bennigsen, stand dem Bismarckschen Kreise nicht fern und hatte eine Abschwächung der Wehrvorlage dahin beantragt, die jährliche Erfasquote von 60 000 auf 40 000 Mann herabzusetzen. Das würde natürlich die Großzügigkeit wie den Hauptzweck der Vorlage gefährdet haben, weil dann immer noch nicht die verfassungsmäßige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht sowie die „Verjüngung“ der Armee gesichert war. Es hätte noch eine größere Anzahl älterer Leute sofort mit ins Feld rücken müssen, die nach der Wehrvorlage erst für die zweite Linie in Betracht kamen. Als ich Herrn v. Bennigsen in persönlichen Verhandlungen nicht zum Aufgeben seines Antrages bewegen konnte, mußte dies nunmehr öffentlich geschehen, und so verfaßte ich eine kleine Schrift „Irrtümer“, die auch mit dazu beitrug, die unbefangenen denkenden Führer der nationalliberalen Partei und schließlich Herrn v. Bennigsen selbst von der Notwendigkeit einer unverstümmelten Wehrvorlage zu überzeugen. Hierbei waren auch Minister v. Miquel und der Reichstagsabgeordnete Hammacher innerhalb der Partei mit Erfolg tätig. Was die Freikonservativen anging, so hatte es dort seiner Zeit Geheimrat Freiherr v. Zedlitz-Neukirch trotz seiner Beamteneigenschaft fertiggebracht, in der „Post“ die Politik des Reichskanzlers zu bekämpfen, was mit Recht amtliches Einschreiten veranlaßte. Jedenfalls erwarb sich Graf Armin das Verdienst, die Partei „zuverlässig“ zu machen. Ein gleiches Ergebnis wurde schließlich auch bei den Deutschkonservativen erreicht, so daß mit Sicherheit auf die Stimmen dieser drei Parteien im Reichstag gerechnet werden konnte. Dazu traten ungefähr 12 Stimmen des Zentrums und vielleicht 8–9 Stimmen der Freisinnigen. Damals galt es, ohne jeden Optimismus kühl mit dem Beistift in der Hand zu „rechnen“, und diese Rechnung fiel jedes Mal zuungunsten einer Annahme der Vorlage im Reichstage aus. Deshalb riet ich dem Kanzler wiederholt zur Auflösung, und zwar möglichst bald, da erfahrungsgemäß für Wahlen der Sommer auf dem Lande — und bei der Landbevölkerung lag damals noch der Schwerpunkt der Wahlen — wegen der Feldarbeiten als keine besonders geeignete Zeit erschien. Beim „Rechnen“ für Neuwahlen glaubte ich als günstigen Posten nachfolgenden einstellen zu sollen. Es war nämlich gelungen, den „Turm“ des Freisinns etwas ins Wanken zu bringen. Sein Kampf gegen die Vorlage, in der doch der Jahre hindurch erhobenen Forderung der Fortschritts-

partei nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit entsprochen wurde, war nach dieser Richtung unlogisch und geradezu widersinnig. Auch konnte unschwer nachgewiesen werden, daß die Vorlage „demokratisch“ im besten Sinne des Wortes genannt werden mußte, weil sie die Wehrpflicht viel gerechter verteilte als bisher. So blieb für die Agitation der Herren Eugen Richter und Genossen außer dem abgeleiteten Schlagwort vom Militarismus nur das Hausieren mit der neuen Steuerlast übrig. Es gab jedoch einsichtige und die Weltlage nicht nur durch die vorschrittmäßige Partei-brille beurteilende Männer in der Fortschrittspartei, wie z. B. die Abgeordneten Rickert und Bamberger, sowie den Berliner Oberbürgermeister Zelle, die sich nunmehr von der Notwendigkeit der Heeresreform überzeugen ließen. Selbst Virchow war denn doch zu klug, um nicht zur gleichen Einsicht zu gelangen, erklärte aber, er könne als alter Fortschrittmann Eugen Richter nicht untreu werden. Es durfte deshalb mit einiger Sicherheit darauf gerechnet werden, daß ein Teil der Fortschrittspartei bei Neuwahlen auf die Seite der Regierung treten würde, was ja auch tatsächlich nachher geschah. Ob dieser Zuwachs hinreichte, um den Ausfall auszugleichen, der durch das zu erwartende Ausschalten der regierungsfreundlichen Zentrumsabgeordneten durch die Parteileitung entstehen würde, blieb allerdings eine offene Frage. Jedenfalls stand unsere Sache nach einer Reichstagsauflösung „auf des Messers Schneide“. Um die Kenntnis der Vorlage samt ihrer politischen wie wirtschaftlichen Bedeutung auch in die weitesten Volkskreise dringen zu lassen, hatte ich eine gemeinverständliche, nur 13 Oktavseiten zählende Flugschrift geschrieben, „Aufklärung über die Militärvorlage“, die in einer Auflage von 900 000 Stück verbreitet, nach Aussage von Parlamentariern bei den Neuwahlen gute Dienste geleistet hat. Herr Eugen Richter liebte aber meine aufklärende Tätigkeit nicht und interpellierte deshalb, was ich eigentlich beim Reichskanzler täte, worauf er vom Kriegsminister eine recht schwächliche Antwort erhielt.

So kam der Tag der Abstimmung über die Wehrevorlage, etwas abgeändert nach dem Antrage des Abgeordneten Freiherrn v. Huene, weil der Kanzler immer noch hoffte, auf diese Weise das Zentrum zu gewinnen. Natürlich war das verlorene Liebesmüh. Die Vorlage fiel im Reichstage gegen 24 Stimmen Mehrheit der Opposition, die sich aus Zentrum, Fortschrittspartei, Sozialdemokratie zusammensetzte. Also der „Konzern“ der

Reichsfeinde, wie ihn Bismarck meist genannt hatte. Dieser „Konzern“ bildet ja auch die Regierung in der neudeutschen Republik, nachdem er mittelbar und unmittelbar wacker mitgeholfen hat, das alte Deutsche Reich zu Fall zu bringen.

Wenn ich jetzt die „Vorgänge“ aus jener Zeit überblicke, so tauchten schon damals „Loki“ und „Hödur“ aus ihren Höhlen des Verderbens auf, weil sie in Parteiverblendung die Sicherheit des Reiches hintenansetzten. Sie wurden aber noch gebannt; und daß Graf Caprivi diesen Kampf nicht scheute, obgleich die Siegesaussichten unsicher waren, gereicht ihm als Staatsmann zur Ehre.

Am 24. Mai 1893 war der Reichstag aufgelöst worden. Noch an demselben Tage konnte — vielfach telegraphisch — der, ich darf wohl sagen, gut vorbereitete Mobilmachungsplan für Neuwahlen ins Land gehen. So leicht und einfach war das nicht, weil sich nach „bürokratischer“ Auffassung die Regierungsorgane nicht in die Wahlen einmischen durften. Diese Auffassung war um so kindlicher, als gerade in demokratischen Ländern wie Frankreich, Nordamerika, England usw. die Wahlen durch die Regierungsorgane mit allen Mitteln zu ihren Gunsten beeinflusst wurden. Da brauchte man nur die Schilderungen „Amerikanische Wahlen“ zu lesen, oder das Buch von Lothar Bucher „Der englische Parlamentarismus, wie er ist.“

Daß Bismarck Mittel und Wege fand — von Rechtswegen —, um die „Staatsraison“ auch bei den Wahlen zu unterstützen, wußten die Eingeweihten sehr wohl. Graf Caprivi war jedoch in dieser Beziehung etwas bürokratisch, und so wurde es mir nicht leicht gemacht, um der guten Sache willen etwas weniger bürokratisch zu handeln, wenn mir das notwendig erschien. Es stand außerdem dem Reichskanzler jederzeit vollkommen frei, mich zu „desavouieren“, denn ich machte ihm keinerlei Mitteilungen von dem, was ich „freihändig“ unternahm. Außerdem wurden staatliche Gelder nicht in Anspruch genommen.

Verschiedene Reisen überzeugten mich davon, daß bei den Regierungsstellen — von wenigen Ausnahmen abgesehen — kein sonderlicher Wahleifer entwickelt wurde. Es bestand jedoch noch aus den Zeiten des Ministers v. Puttkammer eine politisch sehr verständige Einrichtung in den vertraulichen „Mitteilungen“, die gedruckt den Regierungspräsidenten und Landräten zugehen und namentlich irreführenden, tendenziösen, lediglich Partei-

zwecken dienenden Ausstreunungen der Oppositionspresse entgegenzutreten. Außerdem brachten sie während des Wahlkampfes praktisch verwendbares, statistisches Material in Sachen der Wehrvorlage. Die „Abfassung“ dieser „Mitteilungen“ lag damals in den Händen des Dr. Hammann, dem eine rasche Auffassungsgabe und geschickte Federführung zu eigen war. Ich konnte ihn deshalb dem Reichskanzler später als geeigneten Pressedezernenten empfehlen, zumal es merkwürdigerweise gerade in jenen bewegten Zeiten einen solchen eigentlich nicht gab! Der Pressechef, Geheimrat Köstler, war auf mein Drängen schon im November 1892 in den Ruhestand getreten, da er auch krank, sonst ein höchst ehrenwerter und gelehrter Mann, sich diesem Posten in keiner Weise gewachsen zeigte. Dann vertrat ihn der vortragende Rat im Auswärtigen Amt, v. Kiderlen-Wächter, der „gerissen“ war — wie man zu sagen pflegt — und diplomatisch gut geschult, jedoch für diesen Posten keine Eignung besaß. Erstens fehlte ihm hierfür wirkliches Verständnis, und zweitens durfte wohl diese Stelle nicht im „Nebenamt“ wahrgenommen werden. Wenn man wußte, wie sachgemäß, großzügig und einheitlich z. B. das französische amtliche Pressewesen eingerichtet war, welche bedeutende Mittel dort zur Verfügung standen, so mußte unsere entsprechende Organisation dagegen geradezu als ärmlich erscheinen. Da Herr v. Kiderlen nichts „schaffte“, außerdem mit leicht durchschaubaren Kniffen mir gegenüber arbeitete, so erklärte ich dem Reichskanzler eines Tages, ich hätte allen Verkehr mit dem Auswärtigen Amt abgebrochen, da dort kein richtiges Verständnis für die auch außenpolitisch ungemein wichtige Frage der Heeresreform herrsche. Außerdem sähen die Herren dort mich offenbar als einen „lästigen Konkurrenten“ bei ihm an. Letzteres galt auch von dem eigentlichen Spiritus rector im A. A., Herrn v. Holstein.\*)

Wie berechtigt die Auffassung von der außerordentlichen außenpolitischen Bedeutung der Heeresreform war, hatte die Tatsache bestätigt, daß in Paris nach Bekanntwerden der Ablehnung der Heeresvorlage im Reichstage geflaggt und illuminiert worden war!\*\*)

\*) Prinz Alexander von Hohenhausen widmet in dem Buche „Aus meinem Leben“ der Tätigkeit des Herrn von Holstein einen ganzen Abschnitt, mit der Überschrift „Die graue Eminenz im Auswärtigen Amte“. Die dort gegebene Schilderung von dem Charakter sowie dem großen Einfluß des Genannten erscheint zutreffend.

\*\*) La Patrie schrieb damals: „Das Schauspiel unseres Feindes (!), wie er mit den größten Schwierigkeiten kämpft, möge uns zur Mahnung dienen, ihm nicht zu gleichen.“ Das war deutlich!

Freude der Franzosen am Nichtzustandekommen einer deutschen Heeresverstärkung führte keinerlei Änderung in der „Oppositionshaltung“ der Herren Richter, Lieber usw. herbei. Erst die Partei und dann das Vaterland. Das war der Wahlspruch der „Unentwegten“, und ich finde, daß das auch heute (1924) noch so ist, trotz gelegentlicher patriotischer Wartemacherei.

Aber schließlich verschafften sich doch ungeachtet aller Hindernisse und Schwierigkeiten die Wucht der Tatsachen, die überzeugende Notwendigkeit, schon allein zur Erhaltung des Friedens unser Heer verstärken zu müssen, Bahn in den Kreisen des deutschen Volkes, die noch nicht auf eigenes Nachdenken und nationales Empfinden verzichtet hatten. Selbst die „Vossische Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ konnten sich einer gewissen Einsicht von der Notwendigkeit der Heeresreform nicht verschließen. Die Spaltung in der Fortschrittspartei tat auch ihre Wirkung, und ich prophezeite, als sich die Wahlbewegung ungefähr übersehen ließ, dem Reichskanzler einen Regierungssieg von 10 bis 12 Stimmen Mehrheit.

Am Tage der Wahlen war der Staatssekretär des Reichsamtes des Innern, v. Voetticher, beim Frühstück zugegen. Graf Caprivi fragte ihn, wann er wohl dem Kaiser das Wahlergebnis melden könnte, worauf Herr v. Voetticher antwortete, daß das erst abschließend am Abend des nachfolgenden Tages möglich sei. Ich erklärte unter Anbieten einer Wette, daß ich in der Lage sein würde, dem Reichskanzler das Ergebnis schon 12 Stunden früher zu melden, was der Staatssekretär für ausgeschlossen hielt. Diese Wette habe ich gewonnen. Ich hatte alle Vorbereitungen für sofortige Meldungen, auch während der Nacht, unmittelbar in das Reichskanzlerhaus getroffen, wo ich die ganze Nacht zubrachte. Meine unvergeßliche Frau half mir getreulich im Ordnen der Depeschen und Eintragen in eine große Tabelle. Als ich ihr bemerkte, daß die guten Wahlen mit blau, die schlechten mit rot einzutragen seien, meinte sie, die Farben von Zentrum und Fortschritt seien doch nicht rot. Ich erklärte ihr hierauf, es sei Gebrauch beim Kriegsspiel, den Feind mit roten Nadeln oder Würfeln zu markieren, die eigenen Truppen mit blau.

Als ich dem Grafen Caprivi das Wahlergebnis meldete, das heißt einen Sieg mit 13 Stimmen Mehrheit, befand sich gerade der Botschafter in Paris, Graf Münster, bei ihm. Auch dieser war erfreut über den günstigen Aus-

gang und sagte dann: „Dieser Wahlsieg bedeutet zwanzig Jahre Frieden für uns, denn durch die deutsche Heeresverstärkung ist den Franzosen militärisch wie politisch ihr Spiel außerordentlich erschwert. Das ist der beste kalte Wasserstrahl.“ Auch an diese Worte des ausgezeichneten Mannes habe ich oft denken müssen, der, wie er erzählte, am Quai d'Orsay (Auswärtiges Amt) stets den gewünschten Erfolg erzielte, wenn er bei Quertreibereien mit seiner niedersächsischen Faust auf den Tisch geschlagen habe, „daß die Tintenfässer flogen“. Heute braucht man am Quai d'Orsay gar nicht einmal auf den Tisch zu schlagen, sondern nur die Stirne zu runzeln, und sofort erstirbt in der Wilhelmstraße alles in Demut und — Erfüllung. An letzterer aber auch das deutsche Volk!

Der Reichstag wurde nun einberufen, und der Reichskanzler hielt wiederum eine ausgezeichnete Rede, in der er auch die „Jongleurkünste“ der Opposition — wie er sich ausdrückte — geißelte, die nach Bedarf Zahlenfugeln in die Höhe warf, die aber beim Berühren des wirklichen Bodens der Tatsachen sich als Seifenblasen erwiesen. Die Mehrheit setzte sich zusammen aus den Deutschkonservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen, Polen und der Gruppe Rickert der Fortschrittspartei. Die Polen hatten noch einige Tage vor der Abstimmung eine Art „Erpressungsversuch“ gemacht, wobei sie Sondervorteile für sich beanspruchten, die jedoch der Kanzler kurz und entschieden ablehnte.

Die Fortschrittspartei als solche hatte geradezu vernichtend abgeschnitten, insofern sie bei der Hauptwahl nur ein ganz kleines Häuflein rettete und sich erst bei den damals üblichen Nachwahlen mit Hilfe des Zentrums wie der Sozialdemokratie einigermaßen erholte. Die „Reichsfeinde“ hatten sich wieder einmal gefunden!

Graf Caprivi, der wohl der bedeutendste deutsche Militär jener Zeit war, nach theoretischer wie praktischer Schulung, nach Geistesgaben und Charaktereigenschaften, hatte bei Begründung der Wehrvorlage vorausschauend auch die Auffassung bekämpft, daß die Kriege der Zukunft nur von kurzer Dauer sein würden. Er sagte im Reichstage, daß ihm die wirtschaftlichen und sozialen Gründe, die angeblich lange dauernde Kriege unmöglich machen sollten, durchaus unzutreffend erschienen. Er glaube im Gegenteil, daß der nächste Krieg ein Krieg der Völker sein werde, in dem

sie sich unter Einsatz aller Kräfte so lange bekämpfen würden, bis der Gegner völlig geschlagen am Boden läge. Ein solches Ringen könnte aber Jahre dauern. Er hatte Recht!

Seine Auffassungen über Flotten- und Kolonialpolitik vermochte ich nicht zu teilen, und da gab es des öfteren „Zusammenstöße“. Seine Worte „je weniger Afrika, desto besser für uns,“ übersahen die unabweishbare Notwendigkeit, Land sowie neue Absatzgebiete für die stetig wachsende Volksmenge und eine mächtig emporstrebende Industrie zu schaffen. Deutschland konnte nicht mehr vorwiegend Agrarstaat sein. Kolonien mußten aber auch einen gewissen Schutz genießen, und diesen konnte nur eine starke Flotte bieten, nicht aber eine Flotte, die sich auf die Küstenverteidigung beschränkte.

Graf Caprivi war eine durchaus selbstlose Natur, ein Pflichtmensch, ganz nach Art des altpreussischen Offiziers, auch was die einfachen Lebensgewohnheiten betraf. Ein glänzender Redner, trotz einer gewissen Steifheit des Auftretens doch ein liebenswürdiger Gesellschafter — er beherrschte vollkommen die französische und englische Sprache —, zum Reichskanzler, wie er sein sollte, fehlten ihm aber, wie schon angedeutet, einige Eigenschaften, darunter eine gewisse Härte des Charakters in politicis.

Das Gebiet des Auswärtigen blieb ihm „nebenamtlich“, zumal der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr v. Marschall, früher Staatsanwalt, ein ausgezeichneter Redner und anständiger Charakter, sein Amt „korrekt“ versah. Allerdings war der zu Intrigen neigende Herr v. Holstein hinter den Kulissen der Oberregisseur. Man nannte ihn deshalb die „graue Eminenz“.

Die persönliche Opferfähigkeit des Grafen ging so weit, daß er nicht dazu zu bewegen war, eine Erhöhung des ganz unzureichenden Gehaltes des Reichskanzlers (58 000 Mark im Jahre) zu beantragen. Er gab den letzten Groschen seiner „Jungesellenersparnisse“ hin, um den kostspieligen Repräsentationspflichten zu genügen, so daß Major Ebmeyer und ich öfter mit Bangen an die Leere der Kasse dachten, wenn es galt, unabwendbare Ausgaben vorzuschlagen. Als der Sultan ihm die Brillanten zum Meschidschi-Orden verlieh, kam er vergnügt zum Frühstück mit den Worten: „Jetzt haben wir wieder Geld!“ Als ich skeptisch bemerkte, damit würde es wohl nicht so glänzend bestellt sein, da die „orientalischen“ Brillanten erfahrungsgemäß

nicht erster Güte seien, nannte er mich einen „gewöhnheitsmäßigen Pessimisten“. Der hatte aber auch diesmal recht, als anstatt der gehofften 15 000 bis 20 000 Mark der Juwelier Friedländer als höchsten Preis — 3000 Mark bot. Im übrigen war einer der ersten Anträge, die Caprivis Nachfolger, Fürst Hohenlohe, im Reichstag stellte, die Erhöhung des Gehaltes für den Reichskanzler auf 100 000 Mark. Dabei konnte doch der Fürst gegenüber dem General „ohne Ar und Halm“ als Krösus gelten.

Der zweite Reichskanzler hat ohne Zweifel politische Fehler begangen, die ich hier offen berührt habe. Aber das kann sein unvergängliches Verdienst nicht schmälern, trotz aller Schwierigkeiten eine Heeresverfärfkung durchgeföhrt zu haben, die — wie Graf Münster richtig bemerkte — Deutschland auf zwanzig Jahre hinaus den Frieden sicherte. Solches Verdienst hat keiner seiner Nachfolger aufzuweisen, die ausnahmslos die ewige Wahrheit nicht genügend beachteten, daß nur ein stark gerüsteter Staat imstande ist, seine Stellung in der Welt zu behaupten!

Diese Wahrheit mußte aber vor allem für Deutschland gelten bei seiner ungünstigen geographischen Lage im Herzen Europas und politisch in seinen beiden Flanken von mächtigen Staaten bedroht, die jedenfalls unsere Freunde nicht waren und fortföhren, sich bis an die Zähne zu rüsten. Die 50 Jahre waren noch lange nicht herum, von denen Feldmarschall Graf Moltke im Jahre 1874 im Reichstage gesagt hatte: „Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das müssen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht entrisfen wird.“ Dieses halbe Jahrhundert ging erst 1921 zu Ende.

Graf Capriovi gab mir sein Bild mit der Unterschrift: „In Dankbarkeit.“ Es hängt in meinem Zimmer, und so oft ich es betrachte, gedenke ich des ritterlichen Mannes, der auch „ein treuer deutscher Diener seines Herrn war.“ Dank hat er dafür allerdings nicht geerntet, aber wohl das Gegenteil!

Am 16. Juli 1893 erhielt ich die Abschrift eines unter dem gleichen Tage an den Chef des Militärkabinetts gerichteten Schreibens, das folgenden Wortlaut enthielt:

„Euerer Erzellenz beehre ich mich ganz ergebenst mitzuteilen, daß der zu mir kommandierte Oberstleutnant Keim vom 2. Hannoverschen Infanterie-Regiment 77 den ihm hier zugewiesenen Aufgaben in einer

Weise gerecht geworden ist, die ich nicht hoch genug anerkennen kann. Mit unermüdblichem Eifer und großem Geschick hat er schriftstellerisch und persönlich gewirkt, sowie an der Vorbereitung zur Wahl und Bildung einer schließlich entscheidenden Majorität im Reichstage einen so hervorragenden Anteil genommen, daß ich nicht anstehe, es auszusprechen, wie das Zustandekommen des Militärgesetzes ohne seine Mitwirkung in Frage gestellt gewesen wäre.\*)

Ich habe Seiner Majestät dem Kaiser hiervon Meldung gemacht und dabei für den Oberstleutnant Keim den Kronenorden 3. Klasse sowie einen dreimonatlichen Urlaub mit vollem Gehalt erbeten. Seine Majestät haben geruht, meine Bitte zu genehmigen.

Indem ich Euerer Erzellenz das weitere ergebnis anheimstelle, füge ich hinzu, daß die Gesundheit des Oberstleutnant Keim durch die namentlich in letzter Zeit Tag und Nacht fortgehende Arbeit sehr angegriffen ist und er sich auf den Rat der Ärzte einer längeren und ernstern Kur wird unterziehen müssen. Er hat hier noch einige Tage mit Abwicklung der Geschäfte zu tun und wünscht den Urlaub direkt von hier anzutreten.

gez. Graf v. Caprivi."

Jedenfalls durfte ich mit Genugtuung auf jene arbeitsreiche und auch verantwortungsreiche Zeit zurückblicken, in der es mir vergönnt war, für Heer und Vaterland erspriessliche Dienste zu leisten. Daß ich mir damals schon die Feindschaft der „Reichsfeinde“ zuzog, erachtete ich als Beweis dafür, auch politisch auf dem richtigen Wege gewesen zu sein.

Als Soldat durfte ich ohne Übertreibung den Satz schreiben, daß es mir in jener Zeit vergönnt war, „für das Heer erspriessliche Dienste zu leisten“. Die Auswirkungen der Militärvorlage — ganz abgesehen von ihrer eben erwähnten großen politischen Bedeutung — auf das innere Gefüge und den Geist des Heeres, sowie auf dessen gesteigerte Schlagfertigkeit als Folge des erhöhten Mannschaftsstandes unter den Fahnen traten im

---

\*) Dieser Satz ist nicht von mir unterstrichen, sondern im Original durch den Reichskanzler. Der Verfasser.

Laufe der Jahre immer deutlicher in die Erscheinung. Unsere Infanterie konnte bald als die erste der Welt gelten, und diesen Ruf hat sie im Weltkriege glänzend bestätigt. Das Geschrei von den „Schäden der zweijährigen Dienstzeit“ verstummte nunmehr, und als erst die Tatsache bekannt wurde, daß die Zahl der Bestrafungen nach Einführung der 2jährigen Dienstzeit stetig und erheblich abgenommen habe, mußten die alten Gegner der Militärvorlage 1892/93, soweit sie ehrliche Männer waren, zugeben, daß der Graf Caprivi damals der Ertrüchtigung des Heeres einen Dienst geleistet hat, wie kein Reichskanzler vor ihm und nach ihm! Keiner derselben hat die Einsicht und die Entschlossenheit aufgebracht, um die Grundlage aller politischen Betätigung nach außen fest zu „verankern“, wie man jetzt in Neudeutschland zu sagen pflegt. Diese Grundlage ist und bleibt, wie aus der Geschichte der Jahrtausende unwiderleglich hervorgeht, die Wehrhaftigkeit eines Volkes. Warum? Weil schließlich alle politischen Fragen — selbst die inneren — Machtfragen und alle Machtfragen letzten Endes militärische Fragen bedeuten! Das ist die unverrückbare Formel aller staatlichen Entwicklungen sowie aller staatlichen Geschehnisse. Das haben auch die „Andern“ stets begriffen, nur das deutsche Volk nicht in engherzigstem Parteigeiste! Die furchtbare Strafe ist dann auch nicht ausgeblieben.

Nach Fertigstellen dieses Abschnittes sind zwei Werke erschienen, die sich auch mit der Kanzlerschaft des Grafen Caprivi beschäftigen. Das eine „Erinnerungen und Gestalten“ des Kaisers Wilhelm II. tut es nur sehr knapp und zwar in wenig günstiger Weise. Das ist um so befremdlicher, als der Kaiser wiederholt die großen Verdienste des Kanzlers — auch öffentlich — anerkannte und im Zusammenhange damit ihm die Grafenwürde verlieh.

Das andere Werk ist das bereits erwähnte Buch des Grafen Waldersee. Letzterer urteilt öfters geradezu gehässig über den Grafen Caprivi, während er zuerst ihm das Lob eines „flugen Mannes“, eines „offenen, ehrlichen Charakter“ gespendet hatte. Also eine ähnliche Sinnesänderung wie beim Fürsten Bismarck, und ich glaube auch aus denselben Beweggründen persönlicher Art. Das ist wohl menschlich zu verstehen, kann aber nicht davon abhasten, schiefe Urteile und unsachliche Behauptungen als ungeeignet zu be-

zeichnen für eine zuverlässige, unparteiische Geschichtsschreibung. Daß Graf Waldersee sich oft selbst widerspricht, wird keinem unbefangenen Leser entgehen. Das gilt namentlich im Beurteilen von Personen — Kaiser Wilhelm II. nicht ausgenommen — und es gilt ganz besonders, was den Grafen Caprivi angeht, dem er versteckte Presseangriffe sowie persönliche Verleumdungen vorwirft. In Sache von „Pressemachenschaften“ hätte er schon um deshalb vorsichtiger sein sollen, als er selbst zugeben muß, mit dem berüchtigten Presse-Piraten Normann-Schumann in Beziehungen gestanden zu haben. Gerade während meines Kommandos zum Reichskanzler waren üble Artikel gegen denselben in der „Saale-Zeitung“ erschienen, und es wurde behauptet, daß Graf Waldersee ihnen nicht fern stehe. Da Normann-Schumann für die „Saale-Zeitung“ schrieb und wie alle solche Leute für Geld zu haben war, so machte jemand aus der Umgebung des Grafen Caprivi — jedoch ohne dessen Vorwissen — den Versuch, mit dem Herrn in Beziehungen zu treten. Ich warnte vor einem solchen Schritt und es erwies sich bald, daß bei der ganzen Aktion nichts herauskam.

Es ist ferner kein einwandfreies Verfahren des Grafen Waldersee, zu behaupten, Graf Caprivi habe ihn durch das Medium des A. A. angreifen lassen, ohne dafür schlüssige Beweise vorbringen zu können. Daß der Reichskanzler nicht erbaut davon war, den kommandierenden General Grafen Waldersee als Gegner der Militärvorlage zu verspüren, liegt auf der Hand. Ähnliches gilt von dem Generalstabe im allgemeinen und dem Chef desselben, Grafen Schlieffen, der Waldersee persönlich nahestand. Nicht allein, daß der Reichskanzler erwarten mußte, daß jede Fronde gegen die Militärvorlage aufzuhören habe seitens aller aktiven Offiziere, nachdem die Vorlage die Genehmigung des Kaisers erfahren, so war es geradezu seine Pflicht, allen solchen Versuchen auf das schärfste entgegenzutreten. Es mußte für ihn als fachkundigen Soldaten ferner geradezu unbegreiflich erscheinen, wie hohe Militärs nicht einsehen wollten, welche außerordentlichen Vorteile die Vorlage dem Heere brachte unter großen Gesichtspunkten.

Daß aber Graf Waldersee nach dieser Richtung unsachlichen Auffassungen huldigte — trotz seiner wiederholten Versicherungen, er trete für die Heeresreform ein — geht u. a. aus einer Bemerkung auf Seite 270 seines Buches hervor, die lautet: 3. Dezember 1892: Bei der Militärvorlage wird es wohl, wie ich seit geraumer Zeit annehme, zum Kompromiß kommen

auf Grund der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit und gewisser Abstriche. Das wäre ein sehr betrübendes Resultat, indem Caprivi am Ruder bleiben dürfte. Der berüchtigte Artikel im Militärwochenblatt, „Truppenzahl und Truppengüte“ ist auf Befehl Caprivis von einem der jetzt literarisch tätigen Offiziere, Keim oder Kunze, auf Grund von Material aus dem Generalstab geschrieben und von Caprivi gutgeheißen; der Kanzler aber erklärt, den Verfasser nicht zu kennen.“

Aus diesen Sätzen geht vor allem hervor, daß dem Grafen Waldersee die Sache, — d. h. die Militärvorlage —, an sich gleichgültig war, sondern die Beseitigung des Reichskanzlers die Hauptsache.

Warum jener Artikel im Militärwochenblatt „berüchtigt“ genannt wird, ist unverständlich. Er brachte auf Grund kriegsgeschichtlichen wie statistischen Materials den im übrigen nicht neuen Nachweis, daß im Kriege nicht immer die Truppenzahl, sondern oft die Truppengüte erfolgreich ins Gewicht falle. Nun würde beim Festhalten an der dreijährigen Dienstzeit keine Verjüngung, sondern eine Alterung der Feldtruppen eingetreten sein, was wiederum die Truppengüte ungünstig beeinflussen mußte. Jedenfalls besaßen aber die Landwehrtruppen nicht die Kriegsbrauchbarkeit wie die Linientruppen, was einfach in der Natur der Dinge lag. Verschiedene Gefechtsvorgänge auch aus dem Kriege 1870/71 hatten das erwiesen, und diesen Nachweis nannte man dann „berüchtigt“. Außerdem war er gar nicht auf Befehl Caprivis geschrieben worden, sondern auf meine Anregungen hin von dem bekannten Militärschriftsteller Major a. D. Kunz. Der Kanzler wußte hiervon nichts, billigte aber natürlich den Aufsatz nach seinem Erscheinen, wie jeder einsichtige, kriegsgeschichtlich bewanderte Militär.

Ich bin hier auf diese Bemerkungen des Grafen Waldersee näher eingegangen, um zu zeigen, auf welchen unsicheren Grundlagen die Ausführungen Waldersees beruhten, was seine Angriffe auf den Kanzler angingen. Ich könnte das an zahlreichen Stellen seines Buches dartun, will aber davon absehen und nur noch eins erwähnen. Im zweiten Bande (S. 355) findet sich folgende Stelle: „Mein Nefte Georg hat vor einigen Tagen den Oberstleutnant Keim gesprochen, der ein fanatischer Anhänger Caprivis ist und seiner Zeit als dessen literarischer Beistand fungierte, um die Militärvorlage durchzubringen. Keim hat nun von einem Briefe Caprivis erzählt, augenscheinlich, damit ich es erfahren sollte, in welchem

dieser sich sehr bitter über den neuesten Kurs äußert, er jetzt den wahren Charakter gewisser Leute im Auswärtigen Amt erkannt habe und jetzt der Ansicht zuneige, daß auch sie mich in nichtswürdiger Weise bei ihm verflätscht haben.“

Das stimmt und hätte doch eigentlich den Grafen Waldersee veranlassen müssen, verschiedene Stellen seiner Tagebuch-Bemerkungen über Caprivi einer gründlichen Revision zu unterziehen, was er jedoch nicht getan hat. Im übrigen war ich niemals ein fanatischer Anhänger des Grafen Caprivi, was auch wohl aus meinen Niederschriften hervorgeht. Ich trat aus voller Überzeugung für die gute Sache ein, die er im Einbringen und Durchsetzen der Militärvorlage verfolgte.

So bleibt es auch trotz aller Angriffe auf den zweiten Reichskanzler dabei, daß er dem Deutschen Reich große Dienste geleistet hat, und diese geschichtliche Wahrheit wird niemals zu verdunkeln sein. Dr. Hammann hat das in „Der neue Kurs“ in folgende treffende Sätze gekleidet, mit denen ich diesen Abschnitt schliesse. Sie lauten: „Die deutsche Wehrkraft ist in den nächsten 20 Jahren häufiger verstärkt worden; aber an der organisatorischen Grundlage der Reform von 1893 brauchte nur wenig geändert zu werden. Hier hat der zweite Kanzler eine Tat vollbracht, die ihm die Nation heute noch und heute erst recht zu danken hat.“

Jene Sätze sind 1918 geschrieben, und ich gehe noch weiter, indem ich behaupte, wenn die Heeresreform von 1893 im Geiste des zweiten Kanzlers weitergeführt worden wäre, der Weltkrieg einen siegreichen Verlauf für Deutschland genommen hätte. Das ist meine unerschütterliche Überzeugung.



## 5. Abschnitt.

### Schriftstellerische Betätigung. Entlassung des Grafen Caprivi. Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff. Regimentskommandeur. Abschied.

In der Stellung als Oberlieutenant blieb noch Zeit genug, um sich mit der Feder in militärischen Fragen zu betätigen. Ich hatte zwar in einer Unterredung mit dem Chef des Militärkabinetts, der als weitere Anerkennung meiner damals geleisteten Dienste eine Abteilungschef-Stelle im Generalstab oder Kriegsministerium in Aussicht stellte, das mit dem Bemerken abgelehnt, ich wollte wieder zur Truppe zurück, da ich in meiner seitherigen Dienstzeit genug Bürotätigkeit geübt hätte und mich doch bei der Truppe am befriedigtesten fühle. Das schloß aber nicht aus, daß es mir als wichtig erschien, gerade auf Grund praktischer Erfahrungen mich auch in der militärischen Öffentlichkeit besonders mit taktischen Fragen zu beschäftigen. Ich übernahm deshalb den Abschnitt „Taktik der Infanterie und die Tätigkeit der verbundenen Waffen“ in den allgemeine Wertschätzung genießenden „v. Löbells Jahresberichten über die Veränderungen und Fortschritte im Militärwesen“. Wenn ich jetzt jene Aufsätze — ich stellte die Mitarbeiterschaft an den „Jahresberichten“ ein, als ich aus dem aktiven Dienst schied, weil ich der Ansicht war, daß nur persönliche Verührung wie Tätigkeit mit und in der Truppe ein praktisches Verständnis für taktische Dinge sichere — überlese, so darf ich ohne Überhebung sagen, daß sich die dort von mir vertretenen Auffassungen über Ausbildung und Gefechtsbetätigung noch im Weltkrieg vielfach als zutreffend erwiesen haben. Selbst französische und belgische Militärzeitschriften druckten meine Aufsätze ab. Ich habe stets be-

tont, daß alles „Erzieren“ nur Mittel zum Zweck sein dürfe, Disziplin und Haltung zu fördern, aber niemals Selbstzweck, wie es so mancher Erziermeister ansah. Ich betonte ferner, daß für Infanterie und Artillerie erst recht die Worte Napoleons I. gelten müßten: „Schießen ist alles, das andere ist nicht viel,“ und hielt deshalb an dem Leitmotiv fest: „Taktik ist Schießen, und Schießen ist Taktik.“ Aber ebenso hielt ich an dem Leitmotiv fest, daß die Pflege des guten Geistes einer Truppe, die Betonung der „Imponderabilien“ zu den Hauptaufgaben jedes Vorgesetzten gehöre, vom kommandierenden General bis zum Unteroffizier. Und schließlich forderte ich, daß dem Sein und nicht dem Schein die Arbeit jedes Truppenführers gewidmet sein müsse. Daß ich aussprach, wie Angriffe der Kavallerie gegen einigermaßen kampffähige Infanterie aussichtslos seien, trug mir manche Gegnerschaft ein. Selbst noch im Sommer 1913 zeigten die Truppenübungsplätze „Bilder“, bei denen Kavalleriedivisionen „brillante“ Attacken gegen größere Infanteriemassen ritten! Auch da hat der Weltkrieg gezeigt, daß solche etwas romantischen Vorstellungen von „flirrenden Reitergeschwadern“, wie sie der Kaiser hegte, im Ernstfalle nicht standhielten. Im „Militärwochenblatt“ erschienen Aufsätze von mir, die Meldereiter bei der Infanterie verlangten. Diese Forderung wurde dann dazu benutzt, um Meldereiter-Eskadrons zu schaffen, was jedoch der Hauptsache nicht gerecht wurde, die darin bestand, die Meldereiter dauernd den Infanterie-Regimentern zuzuweisen. Diese „Eskadrons“ gaben später die Stämme für die „Jägerregimenter zu Pferde“ ab, und damit war die Einführung von Meldereitern bei der Infanterie leider beiseite geschoben. Im Weltkriege jedoch lebte der Gedanke daran wieder auf, und die aus dem praktischen Bedürfnis heraus geschaffene Einführung von Meldereitern hat sich, namentlich im Bewegungskriege, voll bewährt.

Mit dem Grafen Caprivi blieb ich in persönlichem Verkehr, konnte aber bald bemerken, daß „hinter den Kulissen“ — und dort wurde von jeher die politische „Kleinarbeit“ geleistet — von verschiedenen Seiten eifrig versucht wurde, den „Winter des Mißvergnügens“ gegen ihn, vor allem bei Hofe, zu erregen. Die sogenannte „Umsturzvorlage“ wurde zum Beispiel von dem Minister Miquel dazu benutzt, um in liberalen Kreisen Stimmung gegen den „reaktionären“ Reichskanzler zu machen. Letzterer sah schon damals, genau wie sein großer Vorgänger, die ungeheuren Gefahren

der wachsenden Macht der Sozialdemokratie als Verkörperung des staats- wie kulturfeindlichen Marrismus voraus. Die „Umsturzvorlage“ gelangte jedoch in ihrer ursprünglichen Fassung gar nicht zur gesetzgeberischen Behandlung. In welcher Weise auch von militärischen Stellen auf Grund des Fehlgriffes der 4. Bataillone gegen den Reichskanzler gewählt wurde, ergibt sich aus einem Briefe des Grafen an mich vom März 1896, auf den ich später zurückkomme. Trotzdem war es mir überraschend, als eine Depesche aus Berlin die Entlassung des Grafen Caprivi mitteilte mit dem Zusätze, ich möchte den Grafen doch möglichst bald aufsuchen. Ich reiste sofort ab und kam erst gegen Mitternacht auf dem Bahnhof Friedrichstraße an, wo mich Major Ebmeyer erwartete, um von da nach dem Reichskanzlerpalais zu fahren. Ich fand den Grafen im Speisezimmer am Kamin stehend, in ernster, würdiger Haltung. Er begrüßte mich mit den Worten: „Ich habe öfters mit Ihnen „gehadedt“ in Personalfragen, aber Sie haben doch meistens richtiger gesehen als ich. Als Sie sich im Sommer 1893 bei mir abmeldeten, fragten Sie: „Darf ich noch etwas zur Sprache bringen, was Sie als „Reichskanzler“ angeht?“, worauf ich sagte: „Gewiß!“ Sie sagten dann: „Wenn Euer Excellenz nicht möglichst bald den Eulenburgs den Hals umdrehen, werden das diese Herren über kurz oder lang bei Ihnen zu Wege bringen.“ Diese „Prozedur“ hat „man“ heute an mir vorgenommen.“ Ehe ich darauf einging, fragte ich den Grafen, ob er vielleicht seine „intimen“ Aufzeichnungen und Aktenstücke verbrannt habe, da es im Kamin nach verbranntem Papier röche. Als er das bejahte, erklärte ich dieses Verfahren für einen großen Fehler, nicht allein in seinem persönlichen Interesse, sondern auch in dem der „zeitgenössischen Geschichtsschreibung“. Wie recht ich hatte, bewies u. a. die Tatsache, daß drei Tage nach seinem Tode im „Militärwochenblatt“ ein Aufsatz erschien, der ihn zwischen den Zeilen beschuldigte, daß er als Chef des Generalstabes des X. Armeekorps am 16. August 1870 (Schlacht bei Wionville) „eine Meldung habe in Verlust geraten lassen, die seiner Auffassung der Kriegslage Unrecht gab.“ Der Aufsatz entsprang persönlichen Eifersüchteleien von „Kollegen“ aus jener Zeit und wäre an der Hand der Aufzeichnungen des Grafen Caprivi aus dem Kriege 1870/71 leicht zu widerlegen gewesen. Wenn auch im „Militärwochenblatt“ von einem damaligen Adjutanten beim Generalkommando X. Armeekorps

eine Erwiderung folgte, so entbehrte die „Berichtigung“ immerhin der dienstlich-amtlichen Schlagkraft. Noch bedauerlicher blieb jenes Verbrennen aller „intimen“ Papiere in politischer Hinsicht. Es wäre dann doch wohl den vielfach unzutreffenden, von falschen Voraussetzungen ausgehenden und selbst von persönlichem Haß eingegebenen Anfeindungen des zweiten Reichskanzlers ein Niegel vorgeschoben worden. Ich bin auch überzeugt, daß bei jener Vernichtung die Königstreue des Grafen eine große Rolle gespielt hat. Es widerstrebte ihm, irgendwelches Material zu liefern, das seinem Kaiserlichen Herrn in der Schätzung der Mit- und Nachwelt hätte schaden können.

Um auf das Gespräch mit dem „entlassenen“ Reichskanzler zurückzukommen, so entnahm ich ihm, daß eine politische Notiz in der „Kölnischen Zeitung“, die im Eulenburgischen Lager als vom Grafen Caprivi ausgehend „vermutet“ wurde, den formalen Anlaß zu seiner Entlassung gegeben habe. Als der Kanzler „aufgefordert“ wurde, diese Notiz zu „dementieren“, antwortete er: „Die Notiz ist zwar nicht von mir ausgegangen, aber ich erkläre mich mit deren Tendenz einverstanden.“

Der Graf verließ Berlin und brachte den Winter in Montreux zu. Von hier aus erhielt ich am 6. 3. 1896 nachfolgenden Brief, der auch als ein „Beitrag zur Zeitgeschichte“ sehr beachtenswert sein dürfte. Er lautet:

„Vielen Dank, lieber Keim, für Ihr freundliches Gedenken an meinem Geburtstag. Daß meine Gedanken noch oft in die Vergangenheit zurückgehen und in Dankbarkeit auch bei Ihnen verweilen, ist natürlich. Denn stets freue ich mich noch, trotz des Geschimpfes, über die Militärvorlage und Handelsverträge, wobei ich stets dessen eingedenk bin, daß wir erstere schwerlich ohne Ihre Hilfe durchgebracht hätten. Nur tut es mir leid, daß es mir nicht gelungen ist, die Abteilungscheffelle für Sie durchzusetzen, auf die mir Graf Schlieffen Aussicht gemacht hatte. Die klugen Leute haben jedoch früh herausgeföhlt, daß ich mir in der Militärvorlage keinen Dank bei Seiner Majestät erworben hatte, und daß es eine Zeit gab, wo man sie lieber hätte fallen lassen, um dem Ansturm der Opposition zu entgehen. Der Erste, der mir vielleicht nicht ohne Schadenfreude sagte: „Der Kaiser dankt Ihnen die Militärvorlage nicht,“ war der Minister Graf

Eulenburg! Ich habe leider erst sehr spät erkannt, wie diese Familie mir nach dem Leben trachtete, würde es aber auch, wenn ich hellhöriger gewesen wäre, nicht haben ändern können.

Die „Fahnenweihe“ war m. E. ebenso ein Fehler wie das Heranziehen der 4. Bataillone zu der Parade. Möglich, daß man letzteres dem Kaiser geraten hat, um diese Einrichtung zu diskreditieren! Auf dem Kreuzberg kann sich der Wert dieser kleinen Truppe nicht zeigen, am 1. Mobilmachungstage aber wird es klar werden, wenn man die Sache bis dahin nicht wieder abschafft.

Am Tage der Fahnenweihe — das Maß meiner Ungnade war damals schon ziemlich voll — wurde ich zwar befohlen, aber offensibel geschnitten. Ich bekam auf dem Opernplatz kein Wort, keinen Gruß des Kaisers. Ich näherte mich ihm, aber ohne Erfolg, und ging dann fort, weil die Lage für mich geradezu auffallend peinlich wurde. Am Mittag beim Diner im Neuen Palais saß ich S. M. gegenüber. Der Kaiser trank allen möglichen Menschen zu, ganz zuletzt zu mir, etwa mit den Worten: „Nun müssen volle Bataillone daraus werden.“ Ich entgegnete: „Das wird ja auch einmal kommen.“ Nach Tisch kam Bronsart an mich heran und sagte: „S. M. habe ihm gesagt, das sollten nun volle Bataillone werden, ich (Caprivi) hätte zugestimmt. Das lasse sich aber noch gar nicht übersehen, da müßten die Berichte erst eingehen, man wisse noch nicht, ob man Menschen genug habe.“ Nun erhielt sich aber das Gerücht, daß S. M. auf dem Opernplatz vom Pferde herunter gesagt habe, „Er wolle nun volle Bataillone machen.“ Deutsche Fürsten, die zunächst gestanden, wollten es ganz bestimmt gehört haben. Nun schrieb ich an S. M. und fragte, ob ich diesem Gerücht entgegentreten dürfte, und erhielt die Antwort: ja!

Das ist das Ende meiner Tätigkeit in der Militärvorlage, und ich hatte mir vorgenommen, Ihnen, meinem treuesten und erfolgreichsten Mitarbeiter, das zu erzählen.

Ich danke Gott, daß ich aus der unmöglichen Lage, in der ich mich schließlich befand, heraus bin! Habe nur den einen Wunsch, nie wieder in irgendeiner Weise

in die Öffentlichkeit treten zu müssen. Ich vermeide es hier sorgfältig, über Politik zu sprechen. Daran zu denken und mir trübe Gedanken über die Zukunft des Reiches zu machen, kann ich leider nicht vermeiden. Zulezt helfe ich mir mit meinem Glauben an die providentielle Rolle Preußens und Deutschlands. Daß Agrarier und Bismarckianer mich beschimpfen, wo sie können, nehme ich nicht schwer. Vielleicht, daß mir eine spätere Zeit gerechter wird. Bei der „Umsturzvorlage“ fällt mir der alte General v. Schachtmeyer ein, der auf dem Marktplatz in Nordenham ganz laut sagte: „Ich glaube nicht an Gott“ — 2 Jahre Gefängnis.“

Nun nochmals herzlichen Dank. Mit den besten Wünschen für ein gutes Regiment, für Sie und die Ihrigen bleibe ich stets

Ihr alter Kamerad  
gez. v. Caprivi.“

Was die Worte des „alten Schachtmeyer“ angeht, so darf man zwar jetzt Gott lästern, aber nichts Ungünstiges selbst über die früheren Minister der Deutschen Republik sagen, ohne sich strafbar zu machen!

General v. Bronsart war 1893 zum Kriegsminister ernannt worden. Jedenfalls kann er als der bedeutendste Kriegsminister seit Noon angesprochen werden. Er hat damals oft mit mir Briefe gewechselt über politische und militärische Fragen, mich auch wiederholt nach Berlin berufen. Aus dem Briefwechsel möchte ich nun einige bezeichnende Stellen wiedergeben, die auch von dem politischen Scharfblick des hervorragenden Mannes Zeugnis ablegen, der leider nicht lange genug auf seinem wichtigen Posten verblieb. Er war wohl zu freimütig und eine aufrechte Natur, die nichts von dem preisgab, was sie einmal für richtig erkannt hatte! Dazu kam eine überlegene Art, im Reichstage die Opposition mit treffenden, öfters auch ironischen Worten abzufertigen, dabei aber im persönlichen Verkehr, der sich selbst auf sozialdemokratische Führer erstreckte, stets entgegenkommende Liebenswürdigkeit zu zeigen. So bemerkte er einmal gegenüber einer etwas aufreizenden Rede Debels: „Selbstverständlich wäre es mir sehr peinlich, wenn ich Leute, die den verehrten Herrn Vorredner falsch verständen, auf einen Sandhaufen stellen müßte.“ Natürlich wurde ein so aufrechter und weitblickender Mann auch sonst angefeindet. So erschien

gegen Ende 1894 in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ ein Aufsehen erregender Aufsatz, der geheimzuhaltende Mitteilungen des Kriegsministers aus einer Sitzung des Preussischen Staatsministeriums unter gleichzeitigen Angriffen gegen ihn berichtete.

1894

Bronsart schrieb mir am 6. 12. 1924 in Beantwortung mehrerer Briefe von mir über den Weiterausbau des Militärgesetzes:

„Lieber Keim! Besten Dank für Ihre gütigen ausführlichen Mitteilungen vom 27. 11. und 3. 12. d. Js. Was den Urheber des Artikels in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ betrifft, durch den der ganze Kadav gegen mich hervorgerufen wurde, so ist er in einer außerhalb Preussens in sehr hoher Stellung befindlichen Person festgestellt worden. Leider ist aus politischen Gründen ein Einschreiten ausgeschlossen.“

Die nationalliberale Presse nahm damals Partei gegen den angeblichen „reaktionären“ Kriegsminister in Sachen der neuen Militär-Strafprozess-Ordnung, und darauf bezieht sich eine weitere Stelle des Briefes:

„Ich schätze es daher auch besonders hoch, das einer der Führer der Nationalliberalen, Dr. Hammacher, es auch peinlich empfunden hat, daß mir die Presse arg mitgespielt hat, und ich hoffe, die Nationalliberalen werden in Sachen der Strafprozess-Ordnung jetzt die wünschenswerte Zurückhaltung beobachten. Im übrigen bin ich ganz Ihrer Ansicht, daß das Vertrauen zu politischen Parteien für den Kriegsminister immer nur ein eng begrenztes sein kann. Wo der Wahlkreis in Betracht kommt, läßt mich der Konservative ebenso sitzen wie der Nationalliberale oder erst recht wie der Klerikale oder die Gruppe Rickert. Am unzuverlässigsten ist jedenfalls das Zentrum — denn was kann ich diesem bieten?“

Es ist eben immer dieselbe Erscheinung, auf die ich schon einmal hingewiesen habe, daß bei Heeresangelegenheiten in Deutschland leider parteipolitische Rücksichten ausschlaggebend sind, während doch gerade militärische Fragen die staatliche Gesamtheit betreffen, nämlich Schutz des Vaterlandes! Jenes ist eine sehr kümmerliche Auffassung vaterländischer Pflichten, und

sie ist nur in Deutschland — ebenso in Oesterreich — anzutreffen. Aber auf solche politische Kurzsichtigkeit war man bei uns auch noch stolz! Siehe schon Tacitus über die „Stultitia“ (Beschränktheit) der Deutschen in politischen Dingen. Wir sind ja auch schließlich an ihr mit zugrunde gegangen!

Der Kriegsminister hatte sich wiederholt mit mir persönlich wie schriftlich auch über das Schicksal der vorhin in dem Briefe des Grafen Caprivi erwähnten „kleinen (Halb-)Bataillone“ unterhalten. Daß diese Einrichtung vom Grafen Caprivi nur „akzeptiert“ und von mir als eine wenig glückliche angesehen worden war, habe ich bereits erwähnt. Nun galt es, sie zu „reformieren“. General v. Bronsart schrieb mir hierüber:

„Mein Ziel ist, aus je zwei Halbbataillonen ein ganzes und kleine Ausgleichungen im Etat zu machen, so daß die neuen Vollbataillone nicht gar zu schwach erscheinen. In Preußen haben wir 133 Halbbataillone, macht  $66\frac{1}{2}$  Vollbataillone, dazu noch 14 Jägerbataillone, macht im ganzen  $80\frac{1}{2}$  Bataillone. Diese dividirt durch die 16 Armeekorps gibt die Möglichkeit, jedem Korps eine 5. Infanterie-Brigade im Durchschnitt zu je 5 Bataillonen zu schaffen. Wo Jägerbataillone in Betracht kommen, würden Jägerregimenter zu bilden sein und die Inspektion der Jäger und Schützen wegfallen. Davon muß man aber nicht reden, sonst würden einige „Jägerbataillone“ sofort ein großes Geschrei erheben und dem Plane entgegentreten.

Diese 5 Brigaden lassen sich für Preußen zu 8 Felddivisionen im Kriege formieren usw. Von dieser Zukunftsmusik muß aber einstweilen keine Idee verlauten. Herr Richter würde dann „hochfliegende Projekte wittern und die Leute mit neuen Generalkommandos graulich machen.

Für meine Person denke ich zunächst überhaupt nicht mit Plänen an den Reichstag zu kommen, ich will nur andeuten, daß noch viel zu bedenken sei und die 4. Bataillone, so wie sie jetzt sind, wohl nicht beizubehalten sein dürften, daß ich aber vielleicht in einem späteren Stadium dem Reichstage Vorschläge machen würde, wie im Rahmen der gefehligen Friedensstärke und ohne Kostenvermehrung den Schattenseiten der 4. Bataillone Licht geschaffen werden könnte.

Wollten Sie im Sinne vorstehender Notizen Versuche machen, die Laien zu belehren, so wäre das sehr liebenswürdig; die Frucht gedeiht ja nur auf gut beackertem Boden. Hegten Sie jedoch Zweifel, so sagen Sie es mir.“

Es gelang auch, einflussreiche „Laien zu belehren“, und was die „Zweifel“ anging, so hegte ich solche über die geplante Verwendung der zu bildenden 5. Brigaden bei jedem Armeekorps im Kriegsfall. Ich vertrat die Ansicht, daß diese 5. Brigaden im Kriege zu Divisionen erweitert als 3. Divisionen dem Armeekorps, dem sie schon im Frieden angehörten, zuzuteilen seien. Auf diese Weise wurden die aktiven Regimenter nicht allzu sehr „ausgeraubt“ an Offizieren und Unteroffizieren und außerdem die Aufstellung von neuen Armeekorps im Kriegsfall, die niemals das feste Gefüge schon im Frieden bestehender Korps haben konnten, vermieden. Schließlich war die „Zweiteilung“ eine organisatorisch wie taktisch mangelhafte Gliederung — das hatte schon Clausewitz nachgewiesen —, und die Aufstellung neuer Armeekorps mit ihrem zahlreichen Personal wurde auf diese Weise vermieden. Ich hatte gelegentlich der Abmeldung beim Grafen Caprivi im Sommer 1893 diesem eine Denkschrift über die weitere Entwicklung der Armeearganisation, taktische Fragen usw. übergeben, in der ich auch die eben geäußerten Anschauungen vertrat.

Aus späteren Briefen des Kriegsministers vom Anfange des Jahres 1896 möchte ich noch folgendes Politisches anführen:

„Besten Dank für Ihre letzten Briefe. Auch für mich besteht kein Zweifel, daß der beste Moment für Einbringen der Straf-Prozessordnung längst vorüber ist, wenn nicht später ein höherer Fahrpreis gezahlt werden soll. Die „Miierten“ sind jetzt durchweg unsicher. Die Konservativen befinden sich in einer schweren Krisis. Stöcker mit Antisemiten-Anhang, Bund der Landwirte usw. rumoren gewaltig, und ich fürchte, es wird noch mancherlei passieren, was dem Ansehen der Konservativen nicht förderlich ist. Alles Unheil schreibe ich dem Mangel einer großen leitenden Persönlichkeit zu. Damit erkläre ich auch die Entgleisung Stöckers und die ganze Art, wie der Antrag Kanitz seitens der Partei verwertet worden ist. Kurz, es fehlt in der konservativen Partei nicht nur an Weichenstellern,

sondern auch der Bahnhofsvorstand fehlt. Das ist der ganze Jammer. Und wenn Sie glauben, daß sich unter den Konservativen Leute finden, die geneigt sind, im Sinne Köllers Kontra St. P. O. zu arbeiten, so mag das richtig sein. Sie sind aber in der Minderheit — kleine Leute.“

Jene Bemerkung v. Bronsarts über die „fehlenden Weichensteller“ und den „fehlenden Bahnhofsvorstand“ ist charakteristisch für seine stets den Nagel auf den Kopf treffende Art, die Dinge in knappster Form beim rechten Namen zu nennen. „Weichensteller“ hat es allerdings politisch gerade während des Weltkrieges genug gegeben, aber sie stellten die Weichen falsch, so daß schließlich der Zug entgleisen mußte!

Ich bin im Laufe des Frühjahrs 1895 auf Wunsch des Generals v. Bronsart wiederhol in Berlin gewesen und habe stets seine klare, großzügige Auffassung militärischer wie politischer Fragen anerkennen müssen. Nur einen Fehler — wenn man ihn so nennen will — besaß er, und das war die Gewohnheit, bei seinem lebhaften Temperament in geistvoller Unterhaltung den „Anderen“ nicht recht zum Worte kommen zu lassen. Ich machte ihn einst in allem Freimut hierauf aufmerksam mit dem Zusätze, daß, soweit ich S. M. kenne, diese seine Gewohnheit doch unter Umständen „übelgenommen werden könnte“. Er lachte damals, schrieb mir aber nach seiner Amtsenthebung, die unter Ernennung zum Generaladjutanten erfolgte: „Sie haben anno dazumal nicht so ganz Unrecht gehabt.“ Jedenfalls war es ein großer Verlust für die Armee, daß dieser ausgezeichnete Soldat, weit-sichtige Politiker und charaktervolle Mann ihr nicht länger an leitender Stelle erhalten worden ist! Als ich ihm später schrieb, er möge sich doch wenigstens in den Reichstag wählen lassen, antwortete er in seiner drastischen Ausdrucksweise: „Gott bewahre! Ich will lieber auf meinem Gute Ochsen züchten, als mich mit solchen herumschlagen.“

Am 17. Juni 1896 ging mir in Celle folgende Kabinettsorder zu:

„Ich ernenne Sie hierdurch zum Kommandeur des Füsilier-Regiments Fürst Karl Anton von Hohenzollern (Hohenzollernsches) Nr. 40.

Neues Palais, den 16. Juni 1896.

Wilhelm R.“

Zum „Obersten“ war ich schon im Mai befördert worden. Damals telegraphierte mir General v. Winterfeldt, kommandierender General des Garde-Korps, der als Divisionskommandeur in Hannover mein Vorgesetzter gewesen war: „Richtig verstehen, das Regiment kommt im nächsten Monat.“

Ich war an die Spitze eines Regiments gestellt, das besonders im Kriege 1870/71 Hervorragendes geleistet und in ganz Deutschland durch seine treue Wacht an der Saar im August 1870 gegenüber großer feindlicher Übermacht rühmlichst bekannt geworden war!

Der genannte General v. Winterfeldt, langjähriger Adjutant des Kronprinzen und sein Generaladjutant als Kaiser Friedrich, gehörte zu den sympathischsten militärischen Führern jener Zeit. Ein hochgebildeter Mann, ausgezeichnete Soldat, besaß er auch nach „oben“ Rückgrat als Deutscher! Als Kommandeur des Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments, dessen Chef der Zar war, sagte er letzterem (Alexander III.) bei Vorstellung des Offizierkorps in Berlin, das der Zar in französischer Sprache begrüßte: „Sire! Die Offiziere Eurer Majestät Regiment sind als Deutsche der französischen Sprache nicht alle mächtig, und ich bitte untertänigst, das Offizierkorps auf deutsch anzureden.“ Was der Zar auch tat! Der General war eben ein preussischer Offizier von altem Schrot und Korn!

Die Stellung eines Regimentskommandeurs ist die schönste und wichtigste, aber auch die verantwortlichste — wenn sie richtig aufgefaßt wird. Er darf nicht nur das „Echo“ der Vorgesetzten sein, sondern muß ohne Menschenfurcht, ohne Strebertum echte und strenge Auffassung aller militärischen Pflichten vertreten. Er muß einen vornehmen — und die wahre Vornehmheit besteht nicht in äußeren Dingen, auch nicht in „schönen Namen“ — Geist im Offizierkorps pflegen. Er muß bestrebt sein, im Regiment, schon vom Rekruten an, den Stolz auf dessen kriegerische Überlieferungen zu fördern. Er muß die Truppe während ihrer ganzen Ausbildung vor allem für den Ernst des Krieges vorbereiten.

In diesem Sinne faßte ich meine Aufgaben als Regimentskommandeur auf. Ein vortreffliches Offizierkorps sowie der Stolz jedes Füsiliers, dem Regimente Hohenzollern — den Helden von Spichern — anzugehören, erleichterten mir diese Aufgabe. So gehörten die Jahre in Aachen, der alten Kaiserstadt, zu den liebsten Erinnerungen meines Lebens, zumal die Be-

ziehungen zu allen Schichten des Bürgertums die besten waren. Sehr wirksam unterstützt wurden das gute Einvernehmen wie die gemeinsame Geselligkeit zwischen Militär und Zivil dadurch, daß größere Feste wie auch die Winterbälle im Regimentskasino stattfanden. Im übrigen habe ich es stets für falsch gehalten, einseitigen, sogenannten „exklusiven“ Geist in der Armee zu züchten. Die Exklusivität durfte nur in dem Bestreben bestehen, daß die Armee vorbildlich sein wollte in jeder Beziehung nach vaterländischem Geiste, ritterlicher Gesinnung, monarchischer Treue, unübertroffener Berufsfreudigkeit. Dem Offizierkorps lag es vor allem ob, seiner ganzen Lebensauffassung und Lebensführung nach unantastbar zu sein. In letzterer Richtung machte sich — leider — schon nach dem Kriege 1870/71 hier und da namentlich in den großen Garnisonen — eine „materielle“ Richtung geltend, die im Anstreben „reicher Heiraten“ und anspruchsvoller Lebensweise zum Ausdruck kam. Nach beiden Richtungen bot das „reiche“ Nachen Klippen, das außerdem Kurort war, in dem sich zahlreiche Ausländer einfanden. Ich lehnte alle Verlobungen mit Ausländerinnen grundsätzlich ab und bestand auf sehr mäßigen Aufwendungen für gesellige Veranstaltungen.

Was den Dienst anging, so blieb die taktische Ausbildung insofern beschränkt, als der Exerzierplatz keinen großen Raum bot. Ich rückte deshalb im Winter 1896/97 mit dem Regiment mehrere Tage in durchschnittenes Gelände ab, und die Winterübung machte auch den Mannschaften als Abwechslung in dem monotonen Dienstbetrieb Freude. Der große Truppenübungsplatz Effenborn — er gehört jetzt zu Belgien! — gestattete außerdem in jedem Jahre Übungen unter kriegsmäßigen Voraussetzungen. Kommandierender General des VIII. Armeekorps war Vogel v. Falkenstein, ein Mann von weitem Gesichtskreis, der eine „kriegsmäßige Ausbildung“ nach Möglichkeit förderte. So leicht war das damals nicht immer, da trotz eines fortschrittlichen Reglements der übertriebene „Exerziergeist“ noch vielfach fest saß. Als ich bei der ersten Regimentsbesichtigung im Gefecht die sogenannten „Soutiens“ — sie waren im Ernstfalle weiter nichts als Kugelfänge — ausschaltete und mehrere Schützenlinien hintereinander entwickeln ließ, lobte der General dieses Verfahren ganz besonders. Als ich im nächsten Jahre bei der Regimentsbesichtigung das gleiche Verfahren übte, tadelte es der kommandierende General — inzwischen war der Erbgroßherzog von Baden an die Spitze des Armeekorps gestellt —, weil es nicht genau den

Vorschriften des Exerzierreglements entspräche. „Die Kriegskunst ist eben veränderlich,“ lautet ein geflügeltes Wort. Im Weltkriege dagegen verschwanden bald die „Soutiens“, und „Schützenlinien hintereinander“ bildeten die Regel.

Welches Verständnis jedoch auch der gemeine Mann für kriegsmäßige Schulung im Frieden besaß, möge nachstehendes erweisen. Im Sommer 1898 erhielt ich folgenden Brief von einem Teilnehmer der China-Expedition:

„Tsing-Tau in China, den 1. Mai 1898.

Hochgeehrter Herr Oberst!

In freudiger Erinnerung an meine kriegstüchtige Ausbildung bei der 4. Kompagnie des stolzen Hohenzollernschen Füsilierregiments fühle ich mich genötigt, jetzt noch in so weiter Ferne, und zwar im großen China, Ihnen, hochverehrter Herr Oberst, meinen besten Dank für die gute Ausbildung hinüberzusenden.

Jetzt noch stehen mir die Worte des Herrn Obersten vor den Augen: Wenn es einmal gehen sollte im Ernstfalle, dann zeigt, was ihr Füsilier im Frieden gelernt habt! Das bleibt unvergesslich in meinen Gedanken. Aber leider ist es noch nicht viel dazu gekommen, denn die Chinesen haben viel mehr Angst als Vaterlandsliebe, was ja bei uns Deutschen noch niemals der Fall war und auch niemals der Fall werden wird. Noch immer galt bei ihnen das Wort: „Siegen oder sterben!“ oder, wie Fürst Bismarck sagte: „Wir Deutschen fürchten Gott, sonst niemand auf der Welt.“ So ist es auch, und so wird es bleiben! Hier herrscht zuweilen etwas Unruhe, aber sowie die Chinesen nur ein paar Deutsche kommen sehen, ist das schnell vorbei! Zum Schluß verbleibe ich der Herrn Oberst niemals vergessende frühere Hohenzollern-Füsilier, jetzige Seesoldat  
Cormann.

Das Hohenzollernsche Füsilier-Regiment soll leben, Hurra,  
Hurra, Hurra! Der Obige.“

Dieser Brief hat mir viel Freude gemacht, und ich schreibe ihn jetzt nicht ohne Bewegung ab. Darin, daß es „niemals Deutsche geben werde, die mehr Angst als Vaterlandsliebe besäßen,“ hat sich der brave ehemalige Hohenzollern-Füsilier geirrt, wenn er den Herbst 1918 erlebt haben sollte.

Im Herbst 1896 traf die Armee ein schwerer Verlust durch den Rücktritt des Generals v. Bronsart als Kriegsminister. Die Wissenden sahen schon seit geraumer Zeit voraus, daß der charaktervolle Mann nicht länger ein Amt verwalten konnte und wollte, das unberechenbaren Einflüssen ausgesetzt blieb. Diese Einflüsse machten sich vor allem durch das „Medium“ des Militärkabinetts geltend. Es mußte an und für sich schon als ein staatsrechtlich unhaltbarer Zustand gelten, daß der Kriegsminister dem Lande, wie der Volksvertretung und dem Heere für seine Amtsführung verantwortlich blieb, während er in der Hauptsache, das heißt der Stellenbesetzungen im Heere, so gut wie ausgeschaltet war. In dieser Beziehung traf alle Entscheidungen das Militärkabinett nach direktem Vortrage beim König.

Nach dem unglücklichen Kriege von 1806 wurde dieses schon damals herrschende System geändert, und Scharnhorst machte es als Kriegsminister zur Vorbedingung seiner Tätigkeit, daß die Personalabteilung dem Kriegsministerium angegliedert würde. Im Laufe der Zeit änderte sich das aber wieder, und das Militärkabinett entwickelte sich zu einer selbständigen „Immediatbehörde.“ Als General v. Bronsart das Kriegsministerium übernahm, machte ich auf diesen Sachverhalt mit seinen Unzuträglichkeiten aufmerksam, und er sagte mir: „Ja, Sie haben Recht, aber das ist nun einmal „Ufus“ geworden, und ich habe wenigstens durchgesehen, daß keine Ernennungen vom Regimentskommandeur aufwärts erfolgen ohne meine Kenntnis.“ Aber auch dieses Zugeständnis scheint nicht allzu lange praktisch geübt worden zu sein. Jedenfalls geht die wahre Ursache des Rücktritts des Generals v. Bronsart aus Andeutungen hervor, die sich in Briefen an mich aus der Zeit nach seinem Rücktritt vorfinden.

„24. 6. 1896. . . . . Es wird alles nichts helfen; um die staatsrechtliche Regelung der Stellung des Kriegsministers — oder richtiger um die staatsrechtliche Stellung des Chefs des Militärkabinetts zum Kriegsminister wird die Regierung nicht herumkommen. Einstweilen mag es ja gehen, solange Gofler\*) sich fügt und das Militärkabinett als Kontrollinstanz über sich anerkennt. Vielleicht vertritt er eine Weile auch alles durch dick und dünn, was ihm das Kabinett einbrockt! Sobald er aber bei der Budget-Kommission oder

\*) General v. Gofler war der Nachfolger v. Bronsarts.

im Plenum auf dem „Fragestuhl“ eine Weile gefessen hat, wird die jetzt latente Krise früher oder später doch akut werden. Daß ich mich in meiner ländlichen Zurückgezogenheit glücklicher und zufriedener denn je fühle, brauche ich Sie wohl nicht besonders zu versichern, denn Sie wissen ja Bescheid! Mir ist zu Mute, als sei ich von einer schweren Bürde befreit, der ich schließlich doch trotz allen guten Willens erlegen wäre. Auch habe ich das Gefühl, einer Anzahl Dunkelmänner eine große Freude mit meinem Abgang gemacht zu haben. Am meisten war ich denen unbequem, die mich als Konkurrenten zu dem Reichskanzlerposten betrachteten, ihnen habe ich zu danken, daß man mich öffentlich, d. h. in der Presse, als im Gegensatz zum Kaiser stehend erst einfach hinstellte und dann mich lobend ermunterte, in dieser Position auszuhalten! Auch die Artikel gegen Hahnke und die Flügeladjutanten waren nicht gegen diese, sondern gegen mich gerichtet und haben ihren Zweck auch völlig erreicht! Ich bin nach allen Regeln der Kunst dem Kaiser als Urheber und Inspirator der üblen Artikel und Presseangriffe gegen das Militärkabinett und die Krone denunziert worden. Der Kaiser aber hat es geglaubt, und damit fühlte ich meine Position unhaltbar!“

„22. 10. 1896. . . . . Sie schreiben mir, daß durch die Kanäle des Staatsministeriums werde die Parole ausgegeben: „Ich hätte mich zuviel mit hoher Politik beschäftigt, statt die Geschäfte meines Ressorts wahrzunehmen.“ Das ist Schwindel, und dieser Schwindel wird in der Absicht verbreitet, um die wahren Gründe meines Rücktritts zu verdunkeln. Es mag auch eine Verlegenheitsausrede für diejenigen sein, die ein schlechtes Gewissen haben und mich in ihrer „Einfalt?“ als Reichskanzler-Kandidaten angesehen haben.

Alle mein Ressort nicht betreffenden Fragen haben mich stets kalt gelassen aus naheliegenden Gründen. Ich habe in den Sitzungen des Staatsministeriums fast nie das Wort ergriffen. Ich hatte meine liebe Not, den Widerstand des Generalstabes und anderer Stellen zu überwinden, die von meinen Reformen nichts wissen wollten! Es war mir bekannt, daß ich mehreren in Immediat-Vortrag befindlichen Generalen unbequem war, und daß dort gegen mich agitiert wurde.

Ich war so mit Geschäften meines Ressorts überlastet, daß ich oft habe die Nächte zum Arbeiten zur Hilfe nehmen müssen. Welch ein Dohse wäre ich gewesen, wenn ich neben dieser Last auch noch die Bürde einiger Pakete hohe Politik auf meinen Rücken gebunden hätte!

Alles das ist Unsinn und geht nur auf Legendenbildung hinaus, um die Tatsachen zu verschleiern, die mir die Fortführung meines Amtes unmöglich gemacht haben.“

Ich halte es für meine geschichtliche Pflicht — da ich auch „Beiträge zur Zeitgeschichte“ liefern will —, solcher „Legendenbildung“ über die Person eines unserer verdienstvollsten hohen Militärs aus jener Zeit durch vorstehende Briefstellen ein Ende bereiten zu helfen.

Schließlich ist der hochverdiente General v. Bronsart auch noch bitter gekränkt worden, was ihn natürlich tief verlegen mußte. Ich würde jedoch hierauf nicht eingegangen sein, wenn nicht Feldmarschall Graf Waldersee sie in seinen „Denkwürdigkeiten“ (Band II S. 382) der Öffentlichkeit preisgegeben hätte. Er schreibt dort: „Am Schlusse seiner Neujahrsansprache (Januar 1897) an die kommandierenden Generale sagte der Kaiser, es würde uns wohl bekannt sein, daß er von dem Kriegsminister v. Bronsart sich habe trennen müssen, und auch über die neuesten Vorgänge seien wir gewiß orientiert. Er habe sich deshalb veranlaßt gesehen, den General aus der Armee zu entlassen, von seiner Stellung als Generaladjutant zu entbinden und ihn zu ersuchen, an den Feiern des Schwarzen Adlerordens nicht teilzunehmen. Darauf machte er kurz feiert und verschwand. Ich glaube, die Meisten von uns hatten den Eindruck eines tieftraurigen Ereignisses, und es herrschte tiefe Stille. Was nun das letztere Ereignis angeht, so rechnete man wohl auf eine Weigerung des Generals v. Bronsart, einen Befehl des Kaisers auszuführen. Als sich nämlich der General beim Kaiser Mitte November 1896 als „Generaladjutant“ meldete, sagte ihm dieser, er sähe es als seine Aufgabe als Generaladjutant an, den Flügeladjutanten Vorträge zu halten und Kriegsspiele mit ihnen zu leiten. Der General lehnte diese „militärische Hofmeisterstelle“ mit gutem Grunde ab, was den Kaiser sehr verdroß.“ Graf Waldersee bemerkt hierzu (S. 376): „Mir ist es überhaupt nicht verständlich, wie der Kaiser jemand, den er ungnädig entlassen hat, von dem er sich in Unfrieden getrennt, zum Generaladjutanten ernennen konnte.

Was der Befehl zum Kriegsspielen bedeuten sollte — Bronsart lebte in Mecklenburg auf dem Lande — ist mir nun vollends unklar.“

Im Mai 1898 schrieb ich meine letzte größere militärische Abhandlung. Sie trug den Titel: Taktik der Infanterie und die Tätigkeit der verbundenen Waffen 1874—1898 (E. S. Mittler & Sohn, Berlin) und war ein Sonderabdruck aus den bereits erwähnten „v. Loebells Jahresberichten“.

In der Einleitung vertrat ich die Ansicht, daß auch die Taktik „flüchtig“ sein müsse gemäß technischer Fortschritte und sich dadurch ändernder Kampfbedingungen. Der Satz, „daß hier nicht Tradition und Amt maßgebend sein dürfen,“ mag wohl in manchem „Büro“ und bei manchem „Exerziermeister“, dem das Alte heilig erschien, weil es „bequemer“ war, verschluckt haben.

Im Herbst desselben Jahres erhielt ich meinen Abschied. Einige Zeit vorher hatte mir mein früherer kommandierender General Vogel v. Falckenstein, der zum Chef des Ingenieurkorps ernannt worden war, eine Nummer des „Militärwochenblattes“ geschickt, die einen anonymen Aufsatz enthielt, der taktische Auffassungen von mir nicht mehr sachlich, sondern zum Schluß mit einer persönlichen Spitze bekämpfte. Vogel v. Falckenstein hatte die Bemerkung beigefügt: „Höchst verdächtig!“ Ich konnte später feststellen, daß mein Hauptgegner auf dem Gebiete taktischer Ansichten, der General v. Schlichting, hinter jenem Aufsatz „sta“ — wie man zu sagen pflegt. Der Genannte besaß damals besonders viel Anhänger im Generalstabe, war Verfechter des „freien Angriffsverfahrens“ bei der Infanterie im Gegensatz zu der von mir vertretenen Auffassung, daß für die Gefechtsführung — weil diese sich ja nach den Verhältnissen zu richten habe — bindende Vorschriften nicht am Platze seien. Wohl aber müsse die Gefechtschnik schon im Frieden feststehen und der Truppe zur anderen Natur werden. Übrigens war der General v. Schlichting in der Praxis selbst seinen Grundsätzen durchaus untreu, insofern er bei Lösung der von ihm gestellten Gefechtsaufgaben bestimmte Schemata aufstellte, und wehe dem, der es anders machte! Die Truppe erkannte das bald, und die Führer übten dann die sogenannten „Weltwunder des Generals v. Schlichting“ ein. War die Aufgabe gestellt, so raunte man sich zu: „Lösung Nr. 5“ oder „Nr. 7“, wie es gerade paßte.

In der Folge verschwand das „System v. Schlichting“ aus der Armee, und im Weltkrieg konnte ich — wenn man will — die Genugtuung erleben, daß bindende Bestimmungen für die Gefechtstechnik der Infanterie sowie der verbundenen Waffen gegeben wurden!

Als „Caprivi-Mann“ und „Bronsart-Mann“ war ich jedenfalls in gewissen Kreisen nicht mehr „Persona grata“.

Ich verabschiedete mich von meinem Offiziercorps bei dem mir zu Ehren gegebenen Liebesmahl lediglich mit den Worten: „Meine Herren, ich habe einmal gesagt, der Soldat darf nicht sentimental sein! Das will ich auch an diesem schweren Abschiedstage wahrmachen, und rufe deshalb nur: „Das Füsilier-Regiment Hohenzollern für immer Hurra, Hurra, Hurra!“

Daß es mir unendlich schwer wurde, des Königs Roß auszuziehen, bedarf keiner weiteren Versicherung. Der frühere Kriegsminister v. Bronsart schrieb mir damals, als meine Verabschiedung bekannt wurde, die Worte: „Wer diese Uhr zum Stehen gebracht, hat der Armee einen schlechten Dienst erwiesen.“ Aus dem Munde dieses Mannes war solches ehrenvoll für mich.

Anlässlich meiner Verabschiedung erschienen in der Presse vielfach „Kommentare“ und Betrachtungen darüber, daß man einen immerhin verdienten Offizier, der noch ein paar Jahre vorher namentlich wegen seiner Verdienste um die Militärvorlage auch „amtliche“ Anerkennung gefunden, nicht vor der Beförderung zum General kaltgestellt habe. Selbst die „Kölnische Volkszeitung“ schloß eine diesbezügliche Auslassung mit dem Satz: „Sonderbar, höchst sonderbar.“ Der „Hannoversche Kurier“, der wiederholt den Vorgang behandelt hatte, erklärte — was durchaus der Wahrheit entsprach —, daß Oberst Keim diesen ganzen Presseerörterungen mittelbar wie unmittelbar durchaus fernstände. Schließlich erschien eine „inspirierte“ Notiz, die kundtat, daß auch bei meiner Verabschiedung nach „feststehenden Grundsätzen“ verfahren worden sei. Das erinnerte mich an ein Gespräch zwischen General v. Winterfeldt, Adjutant des Prinzen Alexander von Preußen, und dem damaligen Chef des Militärkabinetts, v. Albedyll, dem ich beiwohnte. Letzterer suchte eine Beförderung, die General v. Winterfeldt tadelte, mit den Worten zu rechtfertigen: „Wir verfahren nach Grundsätzen,“ worauf ersterer erwiderte: „Solche Redewendungen machen doch nur Ein-

druck in der — Provinz!“ Später habe ich feststellen können, daß dienstlich als Grund meiner Verabschiedung angegeben wurde, ich sei infolge meiner schweren Verwundung nicht mehr ganz felddienstfähig. In den Jahren 1914—18 habe ich jedenfalls noch körperliche Anstrengungen bewältigt, die nur unter vollkommener Felddienstfähigkeit zu leisten waren.

Beim Ausbruch des Weltkrieges erfreute mich ein Abschiedsgruß meines lieben Regiments, als es 1914 zu Felde zog, wo es den alten Lorbeeren neue zugesügte, und der lautete: „Den alten hochverehrten Kommandeur grüßt beim Ausmarsch gegen Frankreich das Regiment Hohenzollern.“ Das Regiment lud mich auch 1917 zur 100jährigen Jubelfeier seines Bestandes ein, die es vor dem Feinde stehend begehen wollte, die aber aufgegeben werden mußte, da es in die vorderste Kampffront befohlen wurde. Ich hätte mich da gern auch wieder im Waffenkleide gezeigt, das ich vor 19 Jahren abgelegt und unter dem Donner der Geschütze alte liebe Erinnerungen erneuert, verbunden mit dem stolzen Gefühle, einst an der Spitze dieses braven Regiments gestanden zu haben, das bis zuletzt im Geiste desjenigen Hohenzollern seine volle Schuldigkeit im Frieden wie im Kriege getan hat, der ihm seinen stolzen Namen gegeben — Wilhelm I.!



## 6. A b s c h n i t t. 1900—1908.

Im Präsidium des Deutschen Flottenvereins. China-Expedition. Präsidentenwechsel. Mit Vollampf voraus! Agitation für den rascheren Ausbau der Flotte. Einmischung des Kaisers. Die „erste Krisis“. Herr Müller-Fulda von der Zentrumsparthei entschuldigt. Die Wahlen zum Reichstag. Diebstahl meiner Briefe in der Präsidialgeschäftsstelle und der Bayerische Kurier. Die Intrigen des Frhr. v. Würzburg (München). Die zweite Krisis und die Tagung in Köln. Auch der „Bayerische Kurier“ entschuldigt sich. Herr Erzberger als Mitwisser des Briefdiebstahls. Geschäftsführender Vorsitzender. Dritte Krisis und die Hauptversammlung in Cassel. Freiwilliger Rücktritt des Präsidiums. Tagung in Danzig. Mein Verzicht auf Wiederwahl. Ablehnung der Präsidentenstelle durch Fürst Salm-Horstmar. Der Flottenverein hört auf, ein unabhängiger nationalpolitischer Verein zu sein.

Vorstehendes ergibt, daß meine Tätigkeit im Deutschen Flottenverein nicht nur der Zeitdauer, sondern auch der Vielseitigkeit der Vorgänge nach eingehendere Darstellung rechtfertigt. Es kommt hinzu, daß jene Vorgänge auch an sich wertvolle Beiträge zur Zeitgeschichte liefern, insofern sie mit der Politik in ihren verschiedenen Schattierungen zusammenhängen, als da sind Hospolitik, Parteipolitik, Ressortpolitik, Wahlpolitik. Wenn meine Person bei den hierbei nicht zu umgehenden teilweise „intimen“ Erörterungen mit im Vordergrund steht, so entspringt das meiner auch im Deutschen Flottenverein stets eingenommenen Haltung, die Sache — und diese deckt sich hier mit hohen vaterländischen Belangen — über Personenfragen, über Parteipolitik, über Sonderbestrebungen zu stellen, einerlei, ob sie von höfischen, amtlichen oder partikularistischen Kreisen ausgingen!

Vorgreifend sei jedoch gesagt, daß ich und mit mir aufrechte deutsche Männer des Präsidiums, der hochverdiente, charaktervolle Fürst Otto zu Salm-Horstmar an der Spitze, schließlich freiwillig unsere Unter-  
niederlegten trotz eines glänzenden Sieges, den wir in der Hauptversammlung zu Kassel am 20. Januar 1908 davon trugen. Es geschah aus dem Entschluß heraus, dem Flottenverein weitere innere Kämpfe zu ersparen. Ich beabsichtige, hier aktenmäßig zu belegenden Schilderungen zu geben von der Tätigkeit des Vereins in seiner Glanzzeit, als er mit die besten deutschen Männer um sein Panier scharte und den Ausspruch des Kaisers, daß „eine starke deutsche Flotte uns bitter not tue“, in die weitesten Kreise des deutschen Volkes zu tragen bemüht war. Mit Erfolg! Daran können auch verlebte Nefforteiligkeit, parteipolitische Feindschaft, böfische Überheblichkeit, persönliches Intrigantentum nichts ändern.

So dürfte dieser Abschnitt, zumal eine ausführliche Geschichte des Deutschen Flottenvereins bis jetzt fehlt, nicht nur für eine solche wertvolle Unterlagen liefern, sondern auch für politische Kennzeichnung jener Zeit überhaupt.

Als „Privatmann“ hatte ich gelegentlich der Chinawirren der Präsidialgeschäftsstelle des Deutschen Flottenvereins — dieser war 1898 in Berlin gegründet worden — einige Aufsätze zur Verfügung gestellt, von denen sie publizistischen Gebrauch machte.

Ich erhielt im Zusammenhange hiermit am 19. Juli 1900 von dem damaligen Präsidenten dieses Vereins, Fürst zu Wied, ein Schreiben, in dem er mich ersuchte, dem Vorstande beizutreten. Im Herbst desselben Jahres erfolgte dann sahrungsgemäß meine Zuwahl als Beisitzer des Präsidiums. Natürlich konnte letzteres nur in beschränktem Maße praktische Tätigkeit in der Leitung eines Vereins ausüben, der damals bereits fünfzig Hauptauschüsse mit 1479 Geschäftsstellen zählte und eine Gesamtmitgliederszahl von 599 141 — darunter 269 370 Einzelmitglieder, die übrigen waren körperschaftliche Mitglieder in Vereinen und Verbänden — aufwies. Der Schwerpunkt lag bei der Hauptgeschäftsstelle in Berlin, und da ergab sich der Mißstand, daß kein verantwortliches Mitglied des Präsidiums die Geschäfte leitete, sondern der Vorsteher des sogenannten „Kanzleramtes“. Der Fürst zu Wied, ein vom besten Willen beseelter Herr, aber

ohne Entschlußkraft, war eigentlich nur Dekorationsstück, und der Kanzler entbehrte bei aller Regsamkeit nachhaltigen Ernst sowie Weitblick bei Führung der Geschäfte.

Als ich näheren Einblick in diese Sachlage bekam und vor allem feststellen mußte, daß die Finanzgebarung nicht geregelt sei, hielt ich es für meine Pflicht, den Vizepräsidenten, Fürst Otto zu Salm-Horstmar, auf diese Mißstände aufmerksam zu machen, wobei ich volles Verständnis fand. Hier konnten nur durchgreifende Personaländerungen helfen, und so wurde eine Sitzung des Gesamtvorstandes auf den 21. April 1901 nach Frankfurt a. M. einberufen, die Fürst Salm-Horstmar an Stelle des erkrankten Fürsten zu Wied leitete.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, „Die Vereinsleitung und die Chinaexpedition“, ergriff ich das Wort und führte aus, daß diese Expedition, soweit die Beteiligung des Flottenvereins in Betracht kam, ohne vorherige genaue geschäftliche Abmachungen sowie ohne ausdrückliche Billigung durch das Präsidium ins Leben getreten sei und wirklichen Nutzen nicht gebracht habe, wohl aber einen erheblichen finanziellen Fehlbetrag. Das Bedauerliche aber sei, daß dieses „Fiasco“ der Expedition auch in der Presse mehrfach ungünstige Beurteilung erfuhr, deren Berechtigung nicht verkannt werden könne, und damit das Ansehen des Vereins schädige. Ferner, daß eine wahrheitsgemäße laufende Orientierung des Präsidiums durch den Kanzler über den Verlauf der Expedition nicht stattgefunden habe.

Nach meinen Ausführungen wurde einstimmig ein Antrag angenommen, der lautete: „Die heutige Versammlung erklärt sich durch die soeben erhaltene Aufklärung in allen Punkten einverstanden mit den Maßnahmen, welche die Vereinsleitung in letzter Zeit in der Angelegenheit des Punktes 1 der heutigen Tagesordnung getroffen hat.“ Damit war diese heikle Sache zu gutem Ende geführt. Der seitherige Präsident trat zurück, ebenso der Kanzler. Eine neue Geschäftsordnung kam zur Durchführung. Generalmajor Menges übernahm die Leitung der Hauptgeschäftsstelle in Berlin, und es gelang seiner Umsicht auch bald, die Finanzen des Vereins in Ordnung zu bringen. Ich übernahm die Propaganda für die Ziele des Flottenvereins und die Ausgestaltung des Pressewesens. Es kamen nun Jahre erfolgreichen Schaffens im Präsidium, dem Fürst Salm mit Takt und eifrigem

Bestreben, sich auch über wichtige Einzelheiten genau zu unterrichten, vorstand. Es wurde in der Hauptgeschäftsstelle mit großer Gewissenhaftigkeit und freudiger Hingabe an den großen nationalen Aufgaben gearbeitet, die dem Flottenverein oblagen, und die außerdem dessen Satzungen noch ausdrücklich hervorhoben! Es wurde hierbei jedoch stets grundsätzlich betont, daß die volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Vereins nach allen Seiten hin die Vorbedingung für sein erfolgreiches Wirken sei und bleibe. Es wurde ferner betont, daß der Verein jeder Parteipolitik fernbleibe, daß er jedoch selbstverständlich für nationalpolitische Belange eintreten müsse, wenn diesen Schädigung drohe.

Die Zahl der Ortsgruppen und Vereinsmitglieder stieg von Jahr zu Jahr. Die Organisation vervollkommnete sich, das Ansehen des Vereins wuchs, und es gehörten ihm Mitglieder aller Parteien, auch sehr viele Arbeiter, an, deren verständiger, nicht verheßter Teil richtig erkannte, daß eine starke deutsche Flotte durch Schutz des Handels über See auch der deutschen Industrie samt der Arbeiterschaft zugute komme!

Mit dem Reichsmarineamt wurden Beziehungen unterhalten und in technischen Fragen Fühlung genommen. Nur in einem Punkte ergaben sich schon damals Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichsmarineamt und meiner „Laienauffassung“ betreffend U n t e r s e e b o o t e. Das Reichsmarineamt hielt diese eigentlich mehr für Spielerei, und wenn ich auch nach wie vor in den großen Linienschiffen die Hauptwaffe jeder Flotte sah, so vermochte ich doch nicht die Ansicht von der Hand zu weisen, daß den Unterseebooten mit zunehmender Vervollkommnung eine wichtige Rolle im Seekrieg beschieden sein könnte, zumal seekundige Staaten, wie England, Nordamerika und Frankreich, deren Bau eifrig betrieben. Als ich eine dieser Auffassung entsprechende Notiz in den vom Flottenverein herausgegebenen, von mir geleiteten „Mitteilungen“ brachte, erregte es Mißvergnügen im Reichsmarineamt. Es veranlaßte einen Aufsatz, der behauptete, — der Schreiber war ein hoher „Sachverständiger“ —, „daß die Unterseeboote großen praktischen Nutzen nicht besäßen, weil man unter Wasser nicht sehen könnte.“ Diese Weisheit vermochte jedoch meine Ansicht nicht zu erschüttern über die Zukunft der U-Boote, und es gelang mir, in persönlichen Verhandlungen Herrn K r u p p in Essen für dieselbe Auffassung zu gewinnen. Dieser weitblickende, durchaus uneigennütige Mann ließ auf

seiner Germania-Werft in Kiel zwei U-Boote bauen (G 1 und 2) sowie an ihrer Vervollkommnung unausgesetzt arbeiten, und als endlich nach Jahren auch das Reichsmarineamt seine Zurückhaltung in dieser Frage aufgeben mußte, bildeten jene beiden U-Boote die Stammschiffe für unsere U-Boot-Flottille, die im Weltkriege eine so große Rolle spielen sollte. Diese Rolle würde aber bei der unübertrefflichen Tüchtigkeit der deutschen U-Bootbemannungen sowie der vorzüglichen Beschaffenheit der Boote an sich — auch eine Meisterleistung unserer Industrie — jedenfalls eine noch wirksamere gewesen sein, wenn der raschere Bau dieser Schiffsklasse schon früher in Angriff genommen worden wäre. Es liegt auf der Hand, daß dann auch bedeutend früher ein zahlreiches, erfahrenes, mit der Waffe auf das innigste vertrautes Personal zur Verfügung gestanden hätte. Hieran dürften auch alle Versuche, die aus leicht begreiflichen Gründen amtlich unternommen worden sind, um jenes offenbare Veräumnis zu entschuldigen oder gar noch rechtfertigen zu wollen, nichts ändern können. Ich bekam damals einen Vorgeschmack von der „Resort-Unfehlbarkeit“, ohne daß sie mir jemals Eindruck gemacht hätte, wenn kühle, rein sachliche Überlegung samt einfachem gesunden Menschenverstand zu anderen Ergebnissen führte.

Solches war auch der Fall bei der bald einsetzenden Agitation des Flottenvereins, dahingehend, daß das Flottengesetz von 1900 eine Umgestaltung erfahren möge. Jene Vorlage bedeutete seiner Zeit an sich eine Tat, indem sie die ganze organisatorische Entwicklung und den technischen Ausbau unserer Flotte auf feste Grundlagen stellte. Das Gesetz erwies sich jedoch als unzureichend für die Schaffung einer starken Flotte. Daß wir bei Nachweis dieser Mängel angesichts der landläufigen Neigung des Reichstages zur Opposition in allen Dingen, die mit Wehrfragen zusammenhingen, auf Schwierigkeiten stoßen würden, blieb sicher zu erwarten. Das durfte aber doch den Flottenverein nicht von der Pflicht entbinden, als unabhängiger Verein in dieser überaus wichtigen Angelegenheit rechtzeitig Stellung zu nehmen nach bestem Wissen und Gewissen. Der Flottenverein mußte hierbei vor allem die großen Gesichtspunkte zu wahren bestrebt sein, die losgelöst von allen Parteiinteressen und losgelöst von jeder Resortunfehlbarkeit in den bereits erwähnten Worten des Kaisers von der Notwendigkeit einer starken Flotte ihren Ausdruck fand.

Auf der Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins in München am 27. und 28. März 1903 — die in jeder Beziehung eindrucksvoll verlief — hatte Professor v. Heigel in schwungvollen Worten die Notwendigkeit betont, daß Deutschland Seemacht werden müsse, und zum Schlusse gesagt: „Unsere Kriegsflotte wachse und gedeihe, dem Feinde eine furchtbare Trugburg, uns aber eine goldene Arche des Friedens und der Wohlfahrt!“ Er hatte aber auch die Worte gesprochen, daß die Flottenfrage schon 1848/49 eine Frage von echter politischer Bedeutung gewesen sei. Wie viel mehr mußte das jetzt der Fall sein! Die Leitung des Deutschen Flottenvereins hat bis zum Jahre 1908 an dieser national-politischen Auffassung festgehalten, die auf der Münchener Tagung die allgemein herrschende war, und doch sollten nicht lange darauf gerade von München aus die ersten „Minen“ gelegt werden, die den Frieden und die Einigkeit im Verein gefährdeten! „Hödur und Loki“ scheinen eben niemals im deutschen Volke aussterben zu wollen. Sie treten nur unter verschiedenen Verkleidungen auf, und auch die partikularistische Verkleidung ist, insofern sie die Reichswohlfahrt gefährdet, darunter zu rechnen. Diese Gefahren würden aber niemals zu ihren unheilvollen Auswirkungen gekommen sein, wenn ein starkes Nationalgefühl das ganze deutsche Volk erfüllt hätte.

Ich nahm deshalb Veranlassung, in der Januar-Nummer der „Flotte“ von 1904 — diese von der Präsidialgeschäftsstelle herausgegebene illustrierte Monatschrift zählte damals schon eine Auflage von 90 000 Stück — einen Leitartikel „Vom Nationalgefühl“ zu veröffentlichen. Es fanden sich darin die Sätze: „Zur Stärkung des Nationalgefühles gibt es noch viel zu tun für Fürsten, Volk und Regierung, für Schule, Haus und Familie!“ Ferner der Satz: „Für uns Flottenvereinsleute aber, bei denen deutsch stets groß geschrieben wird, erwächst die besondere Pflicht, das nationale Gefühl sowie den nationalen Stolz zu hegen und zu pflegen mit allen unseren Kräften!“ Admiral v. Tirpitz deutete später einmal im Reichstage an, als über die Agitation des Flottenvereins von Zentrum, Freisinn und Sozialdemokraten geschimpft wurde, daß der Flottenverein keine Politik treiben dürfe, indem er einen Satz aus den „Satzungen“ vorlas, in dem allerdings von Politik nicht die Rede war. Er vergaß jedoch die anschließenden Sätze zu verlesen, aus denen klar

hervorging, daß der Verein pflichtmäßig auch große nationalpolitische Ziele zu verfolgen habe!

In England entstand nach dem Deutschen Flottenverein die „Naval League“, obgleich ein solcher Verein in jenem Lande wirklich nicht nötig gewesen wäre angesichts der englischen Riesenslotte. In den Satzungen stand der Satz an der Spitze: „Der Verein hat die Aufgabe, Regierung und Parlament, wenn nötig, zu zwingen, seinen Forderungen Gehör zu schenken!“ Solches war in den Satzungen des Deutschen Flottenvereins nicht zu lesen. Aber im parlamentarisch regierten England nahm man daran keinen Anstoß! Als ich gar nachweisen konnte, daß der Naval League sehr viele Parlamentarier aller Parteien angehörten — der Flottenverein zählte nur sehr wenige Parlamentarier als Mitglieder —, wuchs das Unbehagen unserer Parlamentarier, was sie aber natürlich nicht abhielt, weiterhin über „uferlose“ Pläne des Flottenvereins, der sogar weitergehe wie die „hohe Regierung“, bewegliche Klagen anzustimmen.

Die Tagung des Gesamtvorstandes für 1904 fand am 16. April in Dresden statt, und zwar leitete sie der Ehrenvorsitzende des Landesverbandes Sachsen, der Kronprinz, persönlich. Er schritt auch kräftig ein, als der Sprecher für den Provinzialverband Berlin-Brandenburg die Person des Kaisers in die Debatte zog mit der eigentümlichen Begründung, „daß es wunderbar wäre, wenn Seine Majestät der Kaiser unseren Vorsitzenden (Admiral Hollmann) nicht in eine so unmittelbare Nähe und stete Begleitung heranzöge, wenn er nicht zu unserem Vorsitzenden hohes Vertrauen hätte.“ Es handelte sich damals nämlich um eine offenbare Disziplinlosigkeit des Provinzialverbandes Berlin-Brandenburg gegenüber dem Präsidium. Ich habe das hier erwähnt als Schlüssel für spätere unliebsame Vorkommnisse, bei denen es gelungen war, die Person des Kaisers gegen das Präsidium mobilzumachen.

In Dresden stellte ich nach vorhergegangenen reiflichen Erwägungen im Schoße des Präsidiums und nach ausführlicher Begründung in der Hauptversammlung den Antrag: „Die Hauptversammlung möge dem hier vom Präsidium mit der Überschrift: „Die nächsten Aufgaben des Deutschen Flottenvereins“ Ausgeführten ihre Zustimmung geben und beschließen, daß der Deutsche Flottenverein in eine großzügige Agitation für eine raschere Ausgestaltung der deutschen Flotte eintritt.“

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Allerdings hatten vorher die Abgesandten des Provinzialverbandes Berlin-Brandenburg den Saal verlassen.

Als nächste und wichtigste Aufgabe war mit Recht die Forderung erhoben worden, daß der Ausbau der deutschen Flotte *in e n e m r a s c h e r e n T e m p o* vor sich gehen müsse, als 1900 vorgesehen; und zwar konnte das mit guten Gründen politischer, wirtschaftlicher und marinetechnischer Art belegt werden. Unter anderem hatte ich nachgewiesen, daß im Flottengesetz von 1900 die Auslandsflotte, „obwohl sie von der Reichsregierung als dringend notwendig bezeichnet worden war, zurückgestellt und außerdem die Lebensdauer der Kreuzer von 15 auf 20 Jahre heraufgesetzt worden war.“ Beides geschah auf Angehen des *Z e n t r u m s*, das sonst mit der Ablehnung des ganzen Gesetzes drohte! Also „Erpressung“, und die Regierung gab gegen ihre bessere Überzeugung nach. Es war aber jetzt die höchste Zeit, diesen Fehler wieder gutzumachen, wenn wir wirklich eine starke Flotte besitzen wollten, die uns Schutz unserer Interessen über See wirklich sicherstellte.

Ich konnte ferner nachweisen, „daß wir 1900 auf dem vierten Platze unter den Seemächten standen und im Begriffe seien, auf den fünften herabzusinken, trotzdem unsere Handelsflotte die zweitgrößte der Welt sei.“ Schließlich, „daß die Bildung eines dritten Doppelgeschwaders von Linienschiffen unabweisbare Notwendigkeit sei angesichts der stets wachsenden Überlegenheit an diesen Schiffen in anderen Staaten, daß zu diesem Zwecke das *V a u t e m p o* beschleunigt sowie die *u n g e b ü h r l i c h h o h e* Lebensdauer unserer Schiffe herabgesetzt werden müßte.“

War drei Jahre hindurch der Horizont des Flottenvereins ungetrübt geblieben, so wurden nach der Dresdner Tagung verschiedene Wolken sichtbar, die sich im Laufe der Zeit zusammenballten und die nationale Bedeutung sowie die erfolgreiche Tätigkeit des Vereins planmäßig herabzudrücken versuchten.

Zuerst trat das Zentrum auf den Plan! Einer seiner Führer, Herr *M ü l l e r - F u l d a*, brachte es zuwege, in der Haushaltungs-Kommission des Reichstages zu sagen: „In Sachsen ist auch ein neuer Boulanger erstanden in einem Offizier a. D., der für 794 Millionen Mark neue Schiffe fordert.“ Das mit den 794 Millionen war glatt gelogen und mich einen Boulanger

zu nennen, d. h. mich mit diesem überberücktigten ehemaligen französischen Kriegsminister zu vergleichen, eine persönliche Beleidigung. Ich beauftragte deshalb den Reichstagsabgeordneten General v. Liebert, dem Herrn Müller-Fulda in meinem Auftrage zu eröffnen, daß, wenn er nicht seine Behauptungen und den beleidigenden Vergleich zurücknehme, ich diese Angelegenheit persönlich auffassen müsse und dementsprechend handeln würde. Daraufhin gab Herr Müller-Fulda mit der Bitte um Veröffentlichung nachfolgende Erklärung ab: „Ich spreche mein Bedauern aus, die Person des Herrn Generalmajor Keim in Verbindung mit General Boulanger gebracht zu haben. Es lag mir durchaus fern, Herrn General Keim Eigenschaften zuzuschreiben, wie man sie in Deutschland dem General Boulanger zuzuschreiben pflegt. Ich ging von der i r r i g e n Voraussetzung aus, daß Herr General Keim in der Versammlung zu Dresden für seine Person gesprochen habe, während ich jetzt erfahre, daß er im Namen des Gesamtpräsidiums des Deutschen Flottenvereins den Antrag gestellt und begründet hat, sowie daß dieser bezüglich der Kosten auch weit hinter den in der Presse gebrachten Ziffern zurückbleibt. Berlin, 21. 4. 1904. Müller-Fulda.“

Was das „weit“ Zurückbleiben der von Herrn Müller-Fulda angeführten Kosten hinter den wirklichen Kosten betraf, so betrug die „Spannung“ allerdings nur 557 Millionen! Ein Beweis, mit welcher Leichtfertigkeit, man könnte sagen, mit welcher Verlogenheit die schwarz-rot-goldene Presse Zahlen konstruierte, und mit welcher Leichtfertigkeit wiederum ein Mitglied der Haushaltskommission solche falschen Zahlen verwertete, ohne den stenographischen Bericht über die Dresdner Tagung abzuwarten.

Daß es Herrn Müller-Fulda peinlich sein mußte, die Erklärung vom 21. 4. 1904 abzugeben, konnte man ihm nachfühlen. Aber schließlich trug er doch selbst die Schuld durch sein herausforderndes, sachlich völlig unbegründetes Vorgehen. Das Zentrum jedoch vergab mir seiner ganzen Wesensart nach nicht, daß einer seiner Führer sich in der Öffentlichkeit eine Schlappe zugezogen hatte. Seitdem stand ich auf der „schwarzen Liste“ und mit mir die Leitung des Flottenvereins.

Letztere erfreute sich ebenfalls seit Dresden auch nicht mehr des „Wohllollens“ des Hauptausschusses Brandenburg, weil der dort vom Präsidium gestellte Antrag: „Der Gesamtvorstand wolle beschließen, dem Hauptauschuss

Berlin-Brandenburg über sein eigenmächtiges, in direktem Widerspruch zum Präsidium stehendes Vorgehen in dieser Angelegenheit (sie ist hier bereits gestreift worden) einstimmig seine Mißbilligung und dem Präsidium sein Vertrauen auszusprechen," einstimmig gegen Berlin-Brandenburg angenommen worden war. Daß diese öffentliche Mißbilligung den Hauptausschuß nicht gerade angenehm berührte, blieb begreiflich, aber da er vor aller Öffentlichkeit trotz Einspruches des Präsidiums sagungswidrig vorgegangen war, so mußte, um die Disziplin im Verein zu wahren, auch jene Rüge öffentlich erfolgen, denn ohne Disziplin kann ein großer Verein nicht bestehen.

Nun stand aber Admiral Hollmann an der Spitze des Hauptausschusses, und wir haben ja oben gehört, daß Berlin-Brandenburg dessen nahe Beziehungen zum Kaiser hervorgehoben hatte! Diese „nahen Beziehungen“ wurden aber seit Dresden jedenfalls nicht zugunsten des Präsidiums ausgenutzt, worauf ich noch an geeigneter Stelle zurückkomme.

Auch im Reichsmarineamt fing eine geänderte Stimmung an Platz zu greifen. Daß der Flottenverein ein neues Flottengesetz für nötig erachtete und beschlossen hatte, für ein solches werbend einzutreten, hörte man dort gern; schon weniger gern, daß er durchaus selbständig vorgehen wollte, und später noch weniger gern, daß der Flottenverein aus rein sachlichen Gründen heraus in einzelnen Punkten die Vorlage der verbündeten Regierungen als nicht weitgehend genug bezeichnete. Da im Jahre 1906 eine Revision des alten Flottengesetzes von 1900 zu erwarten stand und in Dresden beschlossen worden war, für eine raschere Ausgestaltung der Flotte einzutreten, galt es nun, die Propagandatätigkeit des Vereins, die mir in erster Linie oblag, hiernach einzurichten. Außer der Aufklärungsarbeit in den einzelnen Ortsgruppen gehörte hierzu eine solche sowohl in den vom Flottenverein herausgegebenen Organen („Die Flotte“ — sie erreichte schließlich eine Auflage von 480 000 — und den „Mitteilungen“) sowie in führenden großen Tagesblättern.

Im Herbst 1904 veröffentlichte ich in der angesehenen „Deutschen Monatschrift“ einen Aufsatz mit der Überschrift „Deutschlands unzureichende Rüstung zur See.“ Dort schrieb ich u. a.: „Es unterliegt aber doch keinem Zweifel, daß das deutsche Volk die Opfer, welche ihm das Flottengesetz von

1900 auferlegt, nicht darum gebracht hat, um nach 7 Jahren dem Ziel, welches ihm damals von der Regierung als notwendig dargestellt wurde, ferner zu sein als vorher."

So verhielt es sich aber tatsächlich! Der Hauptrechenfehler im Flottengesetz von 1900 bestand eben darin, daß sich unter den 27 sogenannten „Linien Schiffen“ nicht weniger als 13 befanden, die gar keine Linien Schiffe darstellten, sondern „vorgeschulte“ minderwertige Küstenpanzer und Ausfallforvetten.

Dann erschien Ende 1904 unter meinem Namen ein Flugblatt „Unsere Flotte und ihre Zukunft“, das auch bildlich die sich mehrende Rückständigkeit der Flotte zur Darstellung brachte, da sich unter den 38 sogenannten Linien Schiffen damals nur 12 vollwertige befanden, dagegen 4 minderwertige und 13 vollkommen veraltete.

Solche Nachweisungen waren nicht allein Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie unbequem, sondern teilweise auch rechtsstehenden Kreisen, und deshalb schrieb Graf Reventlow, der selbst Marineoffizier gewesen war, in der „Täglichen Rundschau“ am 5. Januar 1905 einen Leitartikel mit der Überschrift: „Zentrumsprelle, Bebel und Flottenagitation.“ Er geißelte dort u. a. die plötzliche Entdeckung der „Germania“, der „Volkszeitung“, der „Deutschen Tageszeitung“ — kurz vor der zweiten Lesung des Etats —, daß alle „Wolken“ zwischen England und Deutschland jetzt „verschleucht seien.“ Dann fuhr er fort: „General Keim hat neulich geschrieben, unsere Flotte sei nur ein „Flottchen“. Darüber eine Entrüstung, die ich nicht begreife. Erstens hat der General recht, und zweitens ist „Flottchen“ doch kein Schimpfwort, klingt vielmehr ganz niedrig. Aber man hat es Keim tüchtig gegeben und ihn einen „militärischen Scharfmacher“ genannt. Darob wieder auf der anderen Seite große Entrüstung, obgleich es in diesem Sinne ein nur ehrenvoller Beinamen ist! In der Sache kann sich, wer überhaupt über Marine und Marinepolitik mit Berechtigung reden will, nur auf General Keims Seite stellen. Die politische Weisheit transparenter Mollusken (gemeint ist die Weisheit der Zentrumsblätter) ist für viele bestechend und muß deshalb bekämpft werden. Nicht daß ich mir anmaßte, für General Keim einzutreten.

Das kann er ohne Zweifel selbst viel besser. Hier ist aber sein Standpunkt der einzig richtige!“

In der englischen Presse war schon lange gegen die Bestrebungen des Deutschen Flottenvereins Front gemacht worden, was sich begreifen läßt. Aber auch in österreichischen Zeitungen geschah das, so daß ich mich genötigt sah, der in Wien erscheinenden „Zeit“ nachfolgende Erklärung einzusenden:

„Berlin, 7. 1. 1905.

In dem Artikel Ihres geschätzten Blattes „Zur Flottenfrage“ werde ich als „Publizist des Kriegsministeriums“ angesprochen. Diese Bezeichnung ist durchaus unzutreffend, da ich nicht als „Publizist des Kriegsministeriums“, sondern als durchaus unabhängiger Mann in der Flottenfrage zur Feder greife. Zwischen dem Kriegsministerium und mir bestehen nicht die geringsten Beziehungen. Ferner bemerke ich, daß meine „Aufmachungen“ über die deutsche Flotte auf unanfechtbarem amtlichen Material beruhen, es also niemals gelingen kann, mir nachzuweisen, „daß England nicht ganz so stark und Deutschland nicht ganz so schwach sei, wie General Keim glauben machen will.“ Ich kämpfe lediglich im Interesse meines Vaterlandes für eine baldige Revision des Flottengesetzes von 1900 und habe in diesem Kampfe viele Tausende von deutschen Männern hinter mir.“

Natürlich führen wir in der Präsidialgeschäftsstelle pflichtmäßig und überzeugungsvoll fort, den Beschluß vom 16. April 1904 auch im neuen Jahre zur vollen Tat werden zu lassen. Das führte jedoch zu einem Zwischenfall, der aber erst im Mai zur Auswirkung kam. Als Vorspiel und Einleitung konnte die ablehnende Haltung des Bayerischen Landesverbandes gegenüber dem Vorgehen des Flottenvereins in Sachen der zu erwartenden Flottenvorlage gelten. Ich lasse hierüber den Wortlaut verschiedener Sätze eines Schreibens des geschäftsführenden Vorsitzenden, General Menges, vom 20. 3. 1905 folgen:

„In der Präsidialsitzung vom 19 d. Mts. wurde u. a. beantragt, daß die zu erwartende Flottenvorlage der Regierung mit allen Kräften unterstützt, insofern aber über die Forderungen der Regierung hinausgegangen werden möge, als ein rascherer Ersatz der veralteten 8 Küstenpanzer zu verlangen sei. Der Vertreter des Bayerischen Landesver-

bandes erklärte, „daß sein Landesverband einem derartigen Beschlusse nicht zustimme, ihn jedenfalls nicht ausführen werde.“ Die Stärke eines freiwilligen Vereins beruht auf der Solidarität seiner Gruppen. Weigert eine Gruppe wie Bayern, die der Mitgliederzahl nach zwar nur den 15. Teil des Vereins bildet, dennoch aber eine besondere Berücksichtigung beanspruchen kann, in einem Hauptpunkte der Beschlüsse der Hauptversammlung die Zustimmung, so muß der Verein entweder eine neue Vertretung wählen oder sich in besondere Gruppen zusammenschließen, oder aber sich auflösen. Der Bayerische Landesverband will, daß der Deutsche Flottenverein lediglich ein Regierungsverein werde. Bei solcher Stellungnahme gereicht es mir, einem völlig unabhängigen Manne, weder zur Ehre noch zur Freude, die Geschäfte eines derartigen Vereins verantwortlich zu führen. Ich gebe deshalb mein Amt in die Hände des Herrn Präsidenten zurück. Aber auch schon deshalb würde ich das tun, weil ich mit meinem treuen Mitarbeiter während der letzten 5 Jahre, dem ebenfalls zurücktretenden General Keim, stehe oder falle.“

Fürst Salm, der sich gerade in Berlin aufhielt, ersuchte uns, vom Absenden dieses an die Landesverbände gerichteten Schreibens Abstand nehmen zu wollen, da er sicher hoffe, die bestehenden „Hemmungen“ beseitigen zu können. Es gelang ihm auch, jedoch nur dem Scheine nach. Denn Mitte Mai erhielt der geschäftsführende Vorsitzende, Generalmajor Menges, ein Telegramm des Kaisers, in welchem er sein „Mißfallen“ äußerte über die Tätigkeit des Generals Menges und meiner Wenigkeit im Präsidium des Deutschen Flottenvereins.

Hierauf legten wir beide sofort unsere Ämter nieder und teilten das sämtlichen Hauptausschüssen in folgendem Schreiben vom 16. Mai mit:

„Innerhalb des Präsidiums des Deutschen Flottenvereins waren vor einigen Wochen Meinungsverschiedenheiten entstanden über das Maß von Rücksicht, das auf die Reichsregierung und politische Parteien hinsichtlich der Agitation zu nehmen sei. Infolgedessen hatten die beiden Unterzeichneten ihren Austritt aus dem Präsidium angezeigt,

diese Austrittserklärung aber im Interesse unserer Sache wieder zurückgezogen, nachdem dem Eingreifen des Herrn Präsidenten die Wiederherstellung des kollegialen Verhältnisses gelungen war.

Nunmehr sind mit jenen Vorfällen in innerem Zusammenhange stehende Ereignisse eingetreten, die uns eine weitere Tätigkeit in der Präsidialgeschäftsstelle als unmöglich erscheinen lassen. Wir treten zurück, weil wir es dem Verein wie uns selbst schuldig sind, uns mit der eigenen Überzeugung nicht in Widerspruch zu setzen.

Fünf Jahre lang haben wir dem Präsidium angehört und während dieser Zeit ehrenamtlich nach bestem Wissen und Können der großen nationalen Sache gedient, als welche wir die Bestrebungen des Flottenvereins ansehen. Während unserer Zugehörigkeit zum Präsidium haben wir das Glück gehabt, viele tüchtige, patriotische Männer kennen zu lernen, denen wir für treue Mitarbeit und wertvollen Beistand zu herzlichem Danke verpflichtet bleiben.

Menges. Keim."

Es erhob sich nun ein großes Rauschen im deutschen Blätterwalde, da bekannt wurde, daß die in obigem Schreiben erwähnten, „mit jenen Vorfällen in Zusammenhang stehenden Ereignisse“ sich auf das Telegramm des Kaisers bezogen. Dieses Telegramm bedeutete ohne Zweifel persönliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Vereins, zu dem der Kaiser auch formal in gar keinen Beziehungen stand, denn der Protektor des Flottenvereins war Prinz Heinrich von Preußen. Selbst die ultramontane „Kölnische Volkszeitung“ fand dieses kaiserliche Eingreifen „sonderbar, höchst sonderbar.“ Natürlich geschah das nur, um das Gesicht zu wahren, denn gerade Zentrumskreise hatten via München und via Reichsmarineamt mit die Hände im Spiel, was jene Depesche betraf. Diesen Sachverhalt legte in Umrissen die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in einem Leitartikel: „Eine Umwälzung im Flottenverein“ (20. 5. 1905) dar, in dem sie schrieb: „Wer etwas Verständnis für die Dynamik und Mechanik im Reichstage hat, sah sofort, daß die Sitzung der Budget-Kommission des Reichstages und die Reichstagsitzung am 25. Februar, in denen sowohl das Zentrum durch Groeber, wie auch die Regierung, vertreten durch Herrn v. Tir-

vis, den Flottenverein abschüttelten, ein abgekartetes Spiel waren. Es ist ein Zeichen unserer neuen Zustände und der alles überragenden Macht des Zentrums, daß die Regierung es nicht wagt, ohne das Zentrum — und das bedeutet unter Umständen gegen das Zentrum — einen Flottenbauplan durchzusetzen. Das Zentrum braucht nur zu erklären: „Wir bewilligen die Vorlage nur, wenn als Entgelt dafür die uns unbequeme Agitation des Flottenvereins abgestellt wird,“ und die Regierung schlägt ein.“

Ich habe diese Dinge erwähnt, weil sie auch für die weitere Entwicklung unserer inneren Politik von Bedeutung waren, worauf noch an geeigneten Stellen zurückzukommen sein wird. Nur sei jetzt schon bemerkt, daß Admiral v. Tirpitz von jenem Zeitpunkte ab der Gegner eines unabhängigen Flottenvereins wurde. Erstens dem Zentrum zuliebe, dem der Verein als ein nationaler Verein unbequem war, und zweitens, weil die Ansichten, die das Reichsmarineamt in technischen Dingen teilweise damals vertrat, sich schließlich als unhaltbar erweisen sollten. Das betraf — abgesehen von der bereits erwähnten schiefen Stellung zur U-Boot-Frage — das hartnäckige Festhalten an dem Werte der mittleren Artillerie und das Unterschätzen der schweren Artillerie. Es betraf die Unterschätzung des Wertes großer Schiffe — an denen es uns fehlte — mit großem Deplazement und ausgerüstet mit Geschützen schwersten Kalibers. Das Reichsmarineamt übersah dabei, daß nicht der nautische Wert eines Schiffes das entscheidende ist, sondern der artilleristische, einschließlich der Torpedoarmierung. Daß aber das „Nautische“ bei manchem Seeoffizier immer noch im Vordergrund stand, das erwies drastisch eine Äußerung des Admirals Hollmann in einer Versammlung des Flottenvereins, in welcher die Notwendigkeit größerer und stärkerer Schiffe betont worden war, und die lautete: „Ein Schiff ist ein Schiff.“ Sie erregte allerdings die verdiente „Heiterkeit“, konnte aber doch als Beweis dafür gelten, daß gerade in Kreisen, die dem Kaiser nahestanden, die „Nur-Nautiker“ vertreten waren.

Über die Geschichte der Kaiser-Depesche läßt sich nur sagen, daß hierbei richtige Kulissenarbeit geleistet worden war. Der erste Vizepräsident des Flottenvereins und 1. Vorsitzende des Bayerischen Landesverbandes, Freiherr v. Würzburg, besaß großen persönlichen Ehrgeiz und glaubte,

diesem durch die selbständige, stets nur sachliche Ziele verfolgende Haltung der Präsidialgeschäftsstelle nicht genug Rechnung getragen zu sehen. Außerdem neigte er zum Hänkespiel, was den „wissenden“ Kreisen Bayerns bekannt war. Seine Stellung als Reichsrat und Kammerherr sicherte ihm einen gewissen politischen Einfluß, vor allem bei Hofe. Außerdem stand er dem Zentrum nicht fern, wenn er das auch stets leugnete. Es war ihm damals gelungen, den preußischen Gesandten in München auf seine Seite zu bringen, was die Schmerzen über die beiden „renitenten Generale“ in der Präsidialgeschäftsstelle betraf. Nun kam Admiral Hollmann auf der Rückkehr von der Orientfahrt des Kaisers über München, wo ihm das Nötige „souffliert“ wurde. Der Admiral gab es weiter an den Kaiser, der es in seiner impulsiven Art in jenes Telegramm an General Menges umsetzte. Daß das Reichsmarineamt „innerlich“ damit einverstanden war, dürfte keinem Zweifel unterliegen. Dort war es schon immer als eine Art „Ungehörigkeit“ empfunden worden, daß „Infanterie-Generale“ die Geschäfte des Flottenvereins leiteten! Auch daß sie, ohne Fachleute zu sein, das vertraten, was jedem denkfähigen „Laien“ klar sein mußte und teilweise selbst marineamtlich (Nauticus) vertreten worden war. Außerdem war es durchaus auch „technisch“ berechtigt, die Beseitigung des seitherigen Linien Schiffstypus zu fordern mit den ungeheuren, leichte Ziele bietenden Decksaufbauten und den wenig nützlichen Gefechtsmasten. Diese martialisch aussehenden Zutaten — sie nahmen sich auf Bildern und bei Flaggenparaden gut aus — setzten aber den Gefechtswert der Schiffe erheblich herab.

Inzwischen kam die sogenannte Krisis im Flottenverein in der breitesten Öffentlichkeit nicht zur Ruhe. National gerichtete Zeitungen schrieben: „Aus parteipolitischen Gründen (Zentrum) wurde schon vor einiger Zeit zur Heße gegen den Flottenverein geblasen, und der Staatssekretär der Marine beteiligte sich daran „um höherer Zwecke willen“, das heißt um die dritte Marinevorlage aus Zentrumshänden zu erhalten. Der Frontalangriff gegen den Flottenverein wurde aber abgeschlagen. Jetzt versuchte man, auf vertrauten Schleichwegen das Ziel zu erreichen. Vorerst mußten hierzu die beiden unabhängigen Generale aus ihren leitenden Stellen beseitigt werden, um den Verein in einen „Kaiserlichen Sans phrase“ umzubilden. Vor wenigen Monaten noch sprach Wilhelm II. dem Verein sein volles Ver-

trauen aus. Ultramontanen Einflüsterungen ist es gelungen, dieses Vertrauen jetzt in vollständiges Mißtrauen zu verwandeln.“

Ferner: „Schlimm ist es für den monarchischen Gedanken, wenn zwei im Dienste des Vaterlandes ergrauten Generalen bitteres Unrecht geschieht. Es ist schlimm, wenn der Lohn für selbstlose Arbeit mit hartem Tadel gelohnt wird. Schlimmer jedoch ist es, wenn der Reichskanzler, der auch in heiklen Lagen seinen Herrn decken sollte, die Verantwortung ablehnt, vor aller Welt seine Hände in Unschuld wäscht und darauf hinweist, daß ein ganz Anderer die Schuld an allem trägt.“

Man sieht, die Sache begann sich zu einer politischen auszuwachsen. Außerdem regte sich im Flottenverein selbst immer mehr und offenkundiger der Unwille über diesen „Zwischenfall“. Auch stand die Tagung der Hauptversammlung vor der Tür, und es war sicher zu erwarten, daß es dort zu ernststen Zusammenstößen kommen würde.

Da griff Fürst Salm persönlich ohne Menschenfurcht ein. Er ging nach Wiesbaden und setzte dort trotz erheblicher Widerstände eine Audienz beim Kaiser durch. Es gelang ihm, den Kaiser an der Hand von Tatsachen davon zu überzeugen, daß er schlecht unterrichtet und schlecht beraten war, als er jenes Telegramm absandte. Der Kaiser bot auch sofort ehrlich die Hand, um das begangene Unrecht wieder gutzumachen und beauftragte den Fürsten Salm, das Nötige zu veranlassen.

Das Zentrum erhielt von diesem Umschwung zuerst „Witterung“, denn die „Köln. Volkszeitung“ schrieb noch an demselben Tage: „Die ganze Flottenvereinstätigkeit sei zwar ohne hohe Gunst eine Spielerei — andererseits müsse man darauf gefaßt sein, daß die Stimmung, die in jenem Telegramm zum Ausdruck gebracht sei, einer anderen Platz macht und der Flottenverein dann wieder mit vollen Segeln in den „Ozean der großzügigen Agitation“ hinaussteuern darf.“ Das „darf“ ist bezeichnend für die Grundgesinnung jener Kreise, die sich eine große vaterländische Bewegung als selbstlos gar nicht vorzustellen vermochten, sondern nur im Rahmen des „Dürfens“ mit hoher obrigkeitlicher Erlaubnis. Und das nannte sich dann eine „Volkspartei“! Oder es nannte sich „Germania“ — geradezu ein Hohn auf wirkliche deutsche Weltanschauung!

Am 27. Mai fand in Stuttgart die fünfte ordentliche Hauptversammlung des Flottenvereins statt, welcher der König von Württemberg

und der Prinz Heinrich von Preußen bewohnten. Ersterer hieß die Hauptversammlung in der Hauptstadt seines Landes mit warmen Worten willkommen und gedachte mit lebhafter Anerkennung der Bestrebungen wie Ziele des Vereins. Dasselbe geschah seitens des Fürsten von Urach und des Ministerpräsidenten v. Breitling. Wenn letzterer hervorhob, daß der Verein in seinen Hauptzielen suche, „im deutschen Volke Verständnis für die Bedeutung und die Notwendigkeit einer Flotte zu wecken, zu pflegen, zu stärken, wachzuerhalten, und ferner darin, das Nationalgefühl, die Zusammengehörigkeit aller Stämme zu fördern,“ so gab er damit nur den Absichten und Bestrebungen des Flottenvereins Ausdruck, wie sie seither der Leitung des Vereins als Richtschnur gedient hatten.

Dann gab Fürst Salm nach Ausweis des Stenogramms folgende Erklärung ab: „Unser bisheriger geschäftsführender Vorsitzender, Herr General Menges, und unser Präsidialmitglied Herr General Keim, sind zu unserem allergrößten Bedauern vor einiger Zeit zurückgetreten. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß die Veranlassung zu ihrem Rücktritt in Mißverständnissen begründet war. Diese Mißverständnisse sind nunmehr beseitigt, so daß meiner Auffassung nach dem Wiedereintritt beider Herren nichts mehr entgegensteht. (Bravo!) Der Deutsche Flottenverein wird in Zukunft wie bisher nach bestem Wissen und Können unentwegt seine Ziele verfolgen. Wir sind den Herren Generalen Menges und Keim für ihre uns in guten wie in bösen Tagen geleisteten treuen Dienste zu unauslöschlichem Danke verpflichtet. Wir hoffen, daß sie ihre selbstlose und erfolgreiche Tätigkeit in unserer Mitte zum Wohle des Flottenvereins wieder aufnehmen. (Anhaltender Beifall.)

Es wurde nun unsere Wiederwahl beschlossen, die wir annahmen. Aber ohne jedes sogenannte „Kompromiß“.

In Stuttgart gelangte nachfolgende Entschließung zur Annahme: „Der Deutsche Flottenverein tritt für einen beschleunigten Ausbau der deutschen Flotte ein und gibt besonders dem Wunsche Ausdruck, daß der Ersatz der minderwertigen Schiffe, die nach dem Flottengesetz von 1900 noch zu den Linienschiffen zählen, durch vollwertige Linienschiffe möglichst rasch erfolge.“ Diese Entschließung entsprach durchaus der von den beiden ersten „in die

Wüste geschickten“ und jetzt ohne Widerspruch wiedergewählten „gemeingefährlichen“ Generalen (diese Bezeichnung brachte seiner Zeit Herr Groeber vom Zentrum auf) getätigten Agitation. Gewiß hatte die gute Sache in Stuttgart einen Sieg erfochten, aber in München wie in Berlin grollte es unterirdisch weiter. Auch in der Presse noch eine Zeit lang, da Zentrum, Demokratie, Sozialdemokratie und wohl auch der Leipziger Platz (Reichsmarineamt) mit dem Ausgange des so hübsch eingefädelten „Unternehmens“ nicht zufrieden waren.

General Menges und ich übernahmen wieder die Geschäfte und führten sie im alten Geiste weiter. Wir hatten auch die Genugtuung, daß der Flottenverein fortfuhr, zu erstarken, und daß „Die Flotte“ bald die höchste Auflage aufwies, die eine deutsche Zeitschrift damals erreicht hatte.

Die Ausbreitung des Flottengedankens durch öffentliches Reden war mir schon seit 1900 zugefallen und führte mich in alle größeren Städte Deutschlands. Ich war kein Redner im üblichen Sinne, ich habe niemals eine Rede vorher aufgesetzt oder abgelesen, sondern stets frei gesprochen. Wenn meine Reden trotzdem Wirkung erzielten, so lag das wohl daran, daß die Zuhörer die Empfindung hatten: der alte Mann da oben spricht aus dem Herzen, was ja auch zu Herzen zu gehen pflegt.

So nahm ich nach der Stuttgarter Tagung bald wieder die Redetätigkeit auf und sprach am 2. Juli auf der Hauptversammlung der geschäftsführenden Ausschüsse des Deutschen Flottenvereins der Rheinprovinz, die in Uerdingen am Rhein stattfand. Ich tat dies auch um deswegen, weil an der Spitze dieser Ausschüsse gute, streng kirchlich gesinnte Katholiken standen — unter ihnen der außerordentlich tätige Landrat des Kreises Krefeld, Geheimrat L i m b o u r g —, und weil zahlreiche Arbeiter dem rheinischen Flottenverein angehörten. Meine dort gesprochenen Sätze: „Was nun die Agitation des Deutschen Flottenvereins angeht, so muß der Verein unabhängig sein von allen „diplomatischen“ und „partei politischen“ Erwägungen. Nehmen wir aber Rücksicht auf parteipolitische Wünsche, so treiben wir ja gerade Parteipolitik,“ fanden lebhafteste Zustimmung. Ebenso sehr lebhafteste Zustimmung rheinländischer Männer, als ich sagte: „Wenn aber gesagt wird, wir dürften nur Aufklärung treiben, so muß doch diese Aufklärung auch darin bestehen, die falschen Behauptungen sowie die ungerechtfertigten An-

griffe auf uns zu widerlegen. Und wenn es sich dabei herausstellt, daß gegnerische Presseorgane oder Parteiangehörige, zart ausgedrückt, etwas sparsam mit der Wahrheit umgehen, so ist das doch nicht unsere Schuld, wenn wir sie entsprechend „belehren“ müssen.“

Besondere Genugtuung und Freude empfand ich bei Gelegenheit einer machtvollen Kundgebung der Leipziger Studentenschaft am 14. Dezember 1905 im Krystall-Palast aus Anlaß der Flottenfrage. Sie war einberufen durch den bekannten Geschichtsschreiber Professor Lamprecht, und ich war dazu eingeladen worden. Nachdem ich gesprochen und Professor Lamprecht eine Entschliesung verlesen hatte, die noch über die Stuttgarter Entschliesung hinausging, wurde diese unter stürmischen, echt studentischen Beifallsbezeugungen angenommen! Da war Jungdeutschlands patriotischer Herzschlag zu spüren!

Ferner sprach ich am 24. Januar 1906 auf der Generalversammlung des „Vereins zur Vorbereitung von Handelsverträgen“ in Berlin über die Flottenfrage, die im engsten Zusammenhange stand mit dem deutschen Wirtschafts- und Erwerbsleben. Hatte sich doch unser Überseehandel in den letzten 10 Jahren um 70 Prozent gehoben, wovon 93 Prozent des Gesamt-handels auf Verkehr mit außereuropäischen Ländern entfiel! Ich erwähnte damals auch, daß Herr Helfferich auf dem Kolonial-Kongreß kürzlich hervorgehoben habe, England könne, wie schon so oft in seiner Geschichte, eines Tages das Schwert in die Waagschale werfen, um sich seine Handelsüberlegenheit auch Deutschland gegenüber zu sichern. Nicht umsonst sei schon im Jahre 1898 in einer angesehenen englischen Monatschrift der brutale Ruf ausgestoßen worden: „Ceterum censeo, Germaniam delendam esse!“

Im Jahre 1914 ist der Weltkrieg entbrannt, um jene Drohung in furchtbare Wirklichkeit zu übersetzen. Wenn man aber damals schon auf diese Gefahr aufmerksam machte und als Hauptmittel, sie zu bannen, auch eine starke deutsche Flotte ansah, so wurde man als „gemeingefährlich“ und als „Flottenphantast“ ausgeschrien! Das geschah aber damals und später im Reichstage wie in der „gesinnungstüchtigen“ Presse, weil der Flotten-

verein statistisch wie technisch nachwies, daß die Regierungsvorlage (Novelle zum Flottengesetz von 1900) ungenügend sei und in absehbarer Zeit uns eine starke Flotte nicht schaffen könne! Es hatte sich nach dieser Richtung Dr. Nassow-Magdeburg hervorragende Verdienste erworben durch seine „Aufklärungstafeln“, die wir in mehr als 3 Millionen Stück in ganz Deutschland verbreitet hatten. Widerlegen konnte man sie nicht — aber trotzdem erscholl das Geschrei von den „uferlosen“ Plänen des Flottenvereins weiter. Meine Hochachtung vor der Einsicht und dem Wahrheitsinn verschiedener politischer Parteiführer erlitt in jenen Jahren einen argen Stoß, und sie ist seitdem bis auf Null gesunken!

Die Tagung in Hamburg im Spätherbst 1906 verlief wieder glänzend. Dort an der Wasserkante herrschte aus naheliegenden Gründen volles Verständnis für die große Bedeutung der Flottenfrage. Der alte Hansageist war wiederum erwacht, und es war eine Freude, inmitten dieser „Königlichen Kaufleute“ und weitblickenden Männer über Flottenfragen zu verhandeln, wozu ich öfters Gelegenheit gefunden hatte. Auch in großen öffentlichen Versammlungen. Wenn ich dann meine Vorträge mit den Versen aus dem Flottenlied meines hessischen Landmannes Gottfried Schwab:

„Michel! Horch, der Seewind pfeift,  
Verstopf dir nicht die Ohren,  
Wer nicht jetzt zum Ruder greift,  
Hat das Spiel verloren!“

schloß und eine nach mehreren Tausenden zählende Menge andächtig das Lied sang: „Deutschland, Deutschland über alles,“ so hatte ich die Empfindung, ein gutes Werk getan zu haben. Ich habe sie selbst jetzt noch, trotz der Schmach und der Not der Gegenwart, in der jenes „gute Werk“ als „verschüttet“ gelten könnte! Nein, ich hoffe, daß jener gute Geist, jene vaterländische Begeisterungsfähigkeit echter deutscher Männer und Frauen, wie sie im Flottenverein damals herrschte, doch wieder mächtig wird, um neues Leben zu schaffen für unser schwergeprüftes Volk.

Ende des Jahres 1906 entstand ein „Konflikt“ im Reichstage zwischen den verbündeten Regierungen und dem Zentrum, der zur Reichstagsauflösung führte. Da der Konflikt wegen Kolonialfragen entstanden war, bei denen Zentrum wie Sozialdemokratie eine unpatriotische, geradezu

kümmertliche — weil engherzige — Haltung eingenommen hatten,\*) so war es für den Flottenverein selbstverständlich, nunmehr sein Gewicht zugunsten der Regierung in die Waagschale zu werfen, denn Kolonialfragen waren als Überseeangelegenheit von der Flottenfrage gar nicht zu trennen. Außerdem hatten Zentrum und Sozialdemokratie den Deutschen Flottenverein so oft und so gehässig angegriffen, weil er nationalpolitisch war, daß es für den Deutschen Flottenverein geradezu eine feige Stellungnahme bedeuten mußte, wenn er dem Wahlkampf mit „Gewehr bei Fuß“ untätig zugeesehen hätte, nur weil eine sonst in jeder Beziehung skrupellose Opposition daran hätte Anstoß nehmen können! Nein, so sentimental war die damalige Leitung des Deutschen Flottenvereins doch nicht, und so erklärte ich im Einverständnis mit dem Fürsten Salm dem Reichskanzler Fürsten Bülow gegenüber, daß die Organisation des Vereins bei den Wahlen die regierungsfeindliche Opposition bekämpfen werde. Was denn auch geschah, und zwar mit Erfolg! So daß der Kaiser auf dem Hofballe vom 12. Februar 1907 mit laut erhobener Stimme in Gegenwart zahlreicher Zuhörer zum Fürsten Salm sagte: „Mein lieber Fürst, die Wahlen sind ja vorzüglich ausgefallen, und ich freue mich, daß Ihr Flottenverein seine Sache so prächtig gemacht hat.“

Kurz darauf kam ein Nachspiel, das überall großes Aufsehen erregte und darin bestand, daß der „Bayerische Kurier“, ein Zentrumsblatt, von mir an den Reichskanzler, Parlamentarier, politische Persönlichkeiten usw. gerichtete Briefe veröffentlichte, die ungehörige Wahlbeeinflussungen seitens des Flottenvereins erweisen sollten.

Diese Briefe — sie waren außerdem teilweise verstümmelt, selbst gefälscht wiedergegeben — konnten aus dem verschlossenen Aktenschränke der Präsidialgeschäftsstelle nur durch Diebstahl in den Besitz des „Bayerischen Kuriers“ gelangt sein. Es wurde damals strafrechtliche Verfolgung gegen zwei verdächtige Angestellte, die Brüder Janke, eingeleitet, die jedoch sofort, der eine in ein belgisches, der andere in ein österreichisches Kloster verschwanden. Sie waren aber nur „angestiftete“ Werkzeuge gewesen. Im weiteren Verlaufe der Untersuchung stellte sich nämlich heraus, daß die Zentrumsmitglieder Reichstagsabgeordnete Dasbach und Erzberger

\*) Die damaligen Angriffe — namentlich der Herren Erzberger und Moske — gegen die Kolonialverwaltung sind dann im Vertrage von Versailles von unseren Feinden dazu benutzt worden, nun unsere Unfähigkeit, Kolonien zu verwalten, darzutun.

um die Sache wußten. Das Endergebnis der gerichtlichen Untersuchung war folgendes:

Die Strafkammer des Landgerichts I Berlin hatte folgende Erklärung abgegeben:

„In seinem Antrage an die Strafkammer habe der Staatsanwalt dargelegt, daß ein Teil der Briefe durch Diebstahl im Sinne des Strafgesetzbuches dem Flottenverein entwendet worden sei. Es stehe aber nicht fest, daß der Angeschuldigte Janke der Täter sei und zu den Personen gehöre, die zu der kritischen Zeit nachweislich nach Schluß der Bürostunden nach Mitternacht in den Geschäftsräumen des Flottenvereins und auf den Zugängen zu denselben beobachtet worden seien. Dem Abgeordneten Erzberger, so führte der Staatsanwalt weiter aus, sei der Dieb offenbar bekannt. Herr Erzberger habe aber seine Aussage verweigert, und da er sich bereiterklärt habe, zu beschwören, daß er nach bestem Wissen und Gewissen annehme, er würde sich durch Auskunft darüber, ob der Angeschuldigte das Material zu den Artikeln des „Bayerischen Kuriers“ geliefert habe, die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuziehen, so könne er zu einer Aussage nicht gezwungen werden. Auch der ehemalige Chefredakteurs des „Bayerischen Kuriers“, Sieber, hat unter Berufung auf das Redaktionsgeheimnis sein Zeugnis verweigert, während der Reichstagsabgeordnete Dasbach infolge seiner Krankheit, an der er kürzlich verstorben ist, unvernommen bleiben mußte. Er hat aber noch kurz vor seinem Tode zu den Akten mitgeteilt, daß der Abgeordnete Erzberger ihn unmittelbar vor dem Erscheinen der Artikel im „Bayerischen Kurier“ ersucht habe, eine Notiz über die Wahlagitation des Generals Keim bzw. des Flottenvereins in die ihm nahesteheende Presse zu bringen. Da aber Erzberger ihm nicht sagen wollte, in welcher Weise er in den Besitz seiner Mitteilungen gelangt sei und ihm die Quelle derselben bedenklich erschienen wäre, so habe er seine Mitwirkung abgelehnt!“

Diese mit allen nachträglichen Erklärungen und Entschuldigungsversuchen nicht aus der Welt zu schaffende Tatsache warf ein grelles, bezeichnendes Licht auf den inneren politischen Zusammenhang dieser Angelegenheit, in der hervorragende Mitglieder der Zentrumsparthei, die unter

dem Wahlspruch „für Freiheit und Recht“ zu kämpfen vorgab, eine so bedenkliche Rolle spielten. Jedenfalls hat das aber nicht verhindert, daß der in den Augen aller Anständigen „bemakelte“ Herr Erzberger fortfuhr, eine öffentliche Rolle zu spielen, die im Weltkriege, am Ende desselben und nach demselben nur als eine in jeder Beziehung unheilvolle bezeichnet werden muß. Daß verblendete Fanatiker durch feigen Meuchelmord diesen Mann auch noch zum Märtyrer stempelten, verlieh ihm eine Gloriole, die sich geschichtlich wohl schwer rechtfertigen und aufrecht erhalten lassen dürfte.

Da der „Bayerische Kurier“ die gestohlenen Briefe auch mit Kommentaren beleidigenden Inhaltes versehen hatte, so erhob ich Privatklage gegen den Chefredakteur. Letzterer „verplapperte“ sich aber bedenklich, was den politischen Zweck des Briefdiebstahls anging. Die „Germania“ hatte geschrieben: „Wir haben weder diese Briefe noch eine Abschrift davon gesehen und kennen weiter nichts davon, als was im „Bayerischen Kurier“ veröffentlicht worden ist.“ An demselben Tage jedoch schrieb der „Bayerische Kurier“: „Und wenn es dem Herrn Generalmajor Keim auffällt, daß schon vor Erscheinen der Artikel im „Bayerischen Kurier“ von verschiedenen Seiten auf den kommenden Schlag hingewiesen wurde, so wird er es begreiflich finden, wenn wir ihm sagen, daß schon vor der Verarbeitung des Stoffes in dem Kurier mehreren Parteifreunden Kenntnis von unserem Material gegeben worden war, damit sie dasselbe noch im Stichwahlkampfe verwerten konnten.“

Dieses Bekenntnis war allerdings für die „Germania“ sowohl als für die „Parteifreunde“ wenig angenehm. Aber noch weniger für die Partei selbst, als der Reichskanzler sowie Herr Bassermann mit dieser in der Briefdiebstahlsache am 26. Februar 1907 im Reichstage abrechneten. Ich lasse darüber das Stenogramm folgen, das außerdem auch heute noch bemerkenswerte Sätze enthält über die Koalition „Schwarz-rot“.

Abg. Spahn: „Weiß der Herr Reichskanzler nicht aus den bekannten brieflichen Auslassungen des Herrn Generalmajors Keim, daß aus ihnen ein Eingreifen der Reichskanzlei in den Wahlen u. a. auch zugunsten Eichhoffs ersichtlich ist. Alle diese Machenschaften des Flottenvereins sind charakteristisch. Habe doch der Herr Reichskanzler dem Flottenverein persönlich 30 000 Mark für Wahlzwecke zur Verfügung gestellt.“

Abg. B a s s e r m a n n : „Über das bischen Agitation des Flottenvereins (stürmische Heiterkeit im Zentrum) sollte das Zentrum doch hinwegsehen, denn das Zentrum verfügt doch über ganz andere Agitationsmittel. Ob im einzelnen General Keim sich Überschreitungen der Satzungen des Flottenvereins habe zuschulden kommen lassen, darüber zu entscheiden sei Sache des Flottenvereins. Für ihn sei die Hauptsache, daß die Briefe des Generals, die der „Bayerische Kurier“ veröffentlichte, gestohlen seien! Die beiden Täter kenne man ja auch. Wohin solle es führen, wenn solche Gemeinheiten Schule machen?“

Reichskanzler Fürst Bülow: Der Abgeordnete Spahn hat auch der Regierung eine unzulässige Verbindung mit dem Flottenverein vorgeworfen. Die Regierung steht dem Flottenverein gerade so unabhängig gegenüber wie allen anderen Vereinen, Korporationen und Parteien. Was nun die Briefe angeht, die dem Herrn Generalmajor Keim gestohlen sind (Hört! Hört! Unruhe im Zentrum, nach dessen Seite hin sich der Reichskanzler mit erhobener Stimme wendet, indem er ruft, „ja, gestohlen“), denn diese Briefe sind offenbar in schändlicher, schimpflicher Weise gestohlen worden, so habe ich darüber folgendes zu sagen: Der Flottenverein bezweckt die Mitwirkung an einer nationalen Aufgabe, indem er in weiten Kreisen Verständnis für diesen Zweck erweckt und für die Notwendigkeit, unsere Küste zu schützen. Deshalb halte ich es für durchaus begreiflich, daß sich Mitglieder des Flottenvereins an diesem Wahlkampfe beteiligt haben, da es sich um nationale Fragen und überseeische Angelegenheiten handelte. Ich bin nicht der Flottenverein, das können Sie auch aus den Artikeln ersehen, die der Flottenverein mir gewidmet hat (Heiterkeit). Wenn aber ein hervorragendes Mitglied des Flottenvereins zu mir kommt und mir erklärt, daß er sich in den Dienst der nationalen Sache stelle und bei den Wahlen den Standpunkt der Regierung vertreten will, so nehme ich eine solche Unterstützung dankbar an. (Sehr richtig!) Es wäre einfach lächerlich, wenn ein leitender Staatsmann, der die Auflösung des Parlaments für nötig hält, wenn die Entscheidung fällt, Pagode spielen wollte. Ob Herr General Keim in jedem einzelnen Fall das Richtige getroffen hat, das zu entscheiden, ist nicht meine Sache. Aber gegenüber den Verlegenheiten, die Herrn General Keim mit Hilfe

gestohlener Briefe (Wichtig!) bereitet worden sind, will ich dankbar anerkennen, daß er seine Person und seine Kräfte in selbstloser, aufopfernder, rastloser Weise in den Dienst einer guten Sache gestellt hat." (Bravo! Sehr wahr!)

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hatte weiterhin am 24. Februar 1907 folgendes Schreiben von mir veröffentlicht.

„An das Generalkommando III. Armeekorps,

Berlin.

Wie das Königliche Generalkommando aus der Anlage ersehen wolle, habe ich wegen fortgesetzter verleumderischer Beleidigungen seitens des „Bayerischen Kuriers“, München, und der „Germania“, Berlin, im Zusammenhange mit mir entwendeten Privatbriefen, die in den genannten Zeitungen veröffentlicht wurden, Privatklage bei dem zuständigen Gericht gestellt. Trotzdem möchte ich auf Grund des § 2 der Allerhöchsten Verordnung über die Ehrengerichte, der besagt, daß Offiziere zum Schutze ihrer eigenen Ehre an ein Ehrengericht appellieren können, hiermit den Antrag auf Einleitung eines ehrengerichtlichen Verfahrens stellen. Ich stelle hierzu sämtliche Konzepte der in der Wahlangelegenheit von mir geschriebenen Briefe — sowohl die privaten, als die in meiner Eigenschaft als Mitglied des Präsidiums des Deutschen Flottenvereins geschriebenen — zur Verfügung, also auch diejenigen, die der „Bayerische Kurier“ bis jetzt noch nicht veröffentlicht hat.“

Das Generalkommando erwiderte hierauf, daß nach Kenntnisnahme der Vorgänge keinerlei Grund vorläge zur Eröffnung eines ehrengerichtlichen Verfahrens gegen mich.

Die Verfolgung der Privatklage gegen den „Bayerischen Kurier“ nahm jedoch ihren Fortgang und fand ihren Abschluß in nachfolgender Erklärung des damaligen Chefredakteurs jener Zeitung:

„Gelegentlich der Besprechung der von Herrn Generalmajor Keim während der letzten Reichstagswahlagitacion geschriebenen Briefe sind im „Bayerischen Kurier“ verschiedene Artikel erschienen, die per-

fönlische Angriffe gegen Herrn General Keim enthielten. So war ihm der Vorwurf gemacht worden, er habe wider besseres Wissen das Märchen von einem Diebstahl der Briefe in die Welt gesetzt, und er habe Beamte bei der Reichskanzlei denunziert. Ich ließ diese Bemerkungen in dem zu jener Zeit von mir geleiteten Blatte passieren, weil mir versichert wurde, sie stützten sich auf durchaus zuverlässige Informationen. Inzwischen habe ich mich jedoch davon überzeugen müssen, daß meinen Gewährsmännern für ihre Beschuldigungen jede tatsächlichen Unterlagen fehlten. Ich nehme daher die beleidigenden Äußerungen gegen Herrn Generalmajor Keim mit dem Ausdrucke des Bedauerns zurück.

Wien, 1. Oktober 1907.

Paul Sieberk, Chefredakteur des „Vaterland“.

Dem Zentrum und namentlich seinem führenden Organe, der „Germania“, die seiner Zeit mit Vergnügen die Behauptungen des „Bayerischen Kuriers“ ausgeschlachtet hatte, war diese Erklärung natürlich sehr peinlich, denn alle Welt wußte aus dem gerichtlichen Verfahren gegen die Herren Dasbach und Erzberger, welche Personen die Stützen für die angeblich „zuverlässigen Informationen“ gewesen waren. Dazu kam noch, daß später die Herren Groeber und Genossen (Zentrum) Anträge im Reichstage einbrachten, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Generalmajor Keim endlich darüber vernehmen zu lassen:

1. über die Behauptung der Wahlansetzung, daß der Wahlkreis des Herrn Eichhoff von Flugblättern und Schriften überschwemmt wurde, die im Kolonialamt hergestellt, verpackt und versandt worden seien,
2. welche Tatsachen oder Erklärungen seitens der Beamten des Reichskanzleramtes in seinem Briefe vom 17. Januar 1907\*) an Herrn Eichhoff ihn veranlaßt haben, ihm in positiver Form zu erklären, daß die amtliche Unterstützung seiner Wahl in jeder Weise sichergestellt sei.

---

\*) gehörte zu den gestohlenen Briefen.

Was Punkt 1 betrifft, so war mir bei einem Besuche des damaligen Staatssekretär des Reichskolonialamtes (D e r n b u r g) eine Broschüre gezeigt worden, die alle Ungereimtheiten, Verdrehungen, Entstellungen, die Herr Erzberger in der Kolonialangelegenheit „Pöplau“\*) sich geleistet hatte — sowohl im Reichstage als in Veröffentlichungen —, zusammengestellt und die eine weitschweifige, drei oder vier Zeilen umfassende Überschrift trug. Da die Reichstagsauflösung hauptsächlich in der feindseligen Haltung des Zentrums in Kolonialangelegenheiten ihren Grund hatte, so mußte es für die Wahlen wichtig sein, diese Haltung in die richtige Beleuchtung zu rücken. Ich nahm deshalb einen Blaustift, strich die unpraktische Überschrift durch und setzte dafür:

„Die Lügen des Herrn Erzberger.“

Solche waren es nämlich vielfach, wie man leicht nachweisen konnte.

Die Flugschrift selbst wurde dann versandt und hat zum großen Verdruß des Zentrums gute Wirkung getan.

Den 2. Punkt hatte der Reichskanzler schon in seiner Rede vom 24. Februar 1907 im Grundsatz dahin festgestellt, daß es Pflicht einer Regierung sei, Kandidaten zu unterstützen, die ihre Auffassungen vertreten. So verhielt es sich auch in meiner bezüglichen Mitteilung an Herrn Eichhoff.

In den gestohlenen Briefen befand sich auch eine — aber entstellt wiedergegebene — Äußerung, nach der ich den „Furor protestanticus“ bei den Wahlen gegen das Zentrum mobil gemacht haben sollte. Der Sachverhalt bestand darin, daß ich in einem Briefe die Wendung gebraucht hatte: „Man schreibt mir aus Sachsen, daß dort der Furor protestanticus in dem protestantischen Lande sich gegen die mit dem Zentrum verbündete Sozialdemokratie richte.“ Das war mir sehr begreiflich, und so erlitten die „Verbündeten“ des Zentrums, die Sozialdemokraten, damals dort eine schwere Niederlage! Im übrigen schrieb mir seiner Zeit der Kardinal Erzbischof von Köln, nachdem ich ihn schriftlich über den Sachverhalt aufgeklärt hatte, er danke für diese Aufklärung und bedauere die seitherige Irreführung!

Da auch die „G e r m a n i a“ zu den falschen Anklägern auf Grund des im „Bayerischen Kurier“ veröffentlichten Materials gehörte, so war ihr die Erklärung des Herrn Sieberß höchst unbequem. Sie schrieb deshalb

\*) Herr Erzberger wurde damals zu Gefängnis verurteilt.

Kleinlaut: „Da der „Bayerische Kurier“ sehr zuversichtlich auftrat und wiederholt versicherte, Beweise für alle seine Behauptungen zu besitzen, so haben wir diese für glaubhaft gehalten und zum Teil wiedergegeben. Hätten wir ahnen können, daß seinen Gewährsmännern jede tatsächliche Unterlage fehlte, hätten wir es selbstverständlich nicht getan.“

Ich habe damals herzlich gelacht über die „Ahnungslosigkeit“ der braven „Germania“. Andere Personen und Stellen lachten aber nicht. Allein schon durch die Rede des Reichskanzlers vom 24. Februar war das Zentrum bloßgestellt, was seinen Angriff gegen den Flottenverein und meine Person anging. Abgesehen von bitteren „Wahrheiten“, die der Partei in der nationalen Presse über die „Gemeinheit“ des Briefdiebstahls gesagt worden waren, den hervorragende Parteimitglieder vergeblich von ihren Köckschößen abzuschütteln versucht hatten, bedeutete die Erklärung des Herrn Sieberß geradezu einen schweren Schlag für alle Beteiligten an jener systematischen Heße auf Grund der „Keim-Briefe“.

Aber ehe diese Heße ihren gerichtlichen Abschluß fand, hatte man in München zu mittelbarer Hilfe für das Zentrum gegen meine Person einen „unterirdischen“ Feldzug eröffnet, der „oberirdisch“ seinen Ausdruck fand in einem Antrag des Bayerischen Landesverbandes mit dem Wortlaut: „Es seien von dem Präsidium des Deutschen Flottenvereins feste Garantien, sowohl in persönlicher, wie in sachlicher Beziehung zu verlangen, daß die Vereinsleitung künftig unter keinen Umständen wieder in das politische Gebiet hinübergreift. Es seien ferner dem Geschäftsführenden Vorsitzenden genau die Grenzen vorzuschreiben, in welchen er sich zu bewegen hat, und außerdem Vorkehrungen zu treffen, daß die Organisation des Vereins nicht wieder dazu mißbraucht wird, politische Agitation zu treiben.“

Das war deutlich. Auch der Harmloseste mußte merken, daß dieser Antrag gegen mich gerichtet war, zumal ich auch die Last des Geschäftsführenden Vorsitzenden auf mich genommen hatte. Generalmajor Menges war von diesem Amte zurückgetreten, und trotz meiner entschiedenen Weigerung wählte mich das Präsidium zu seinem Nachfolger. Um die Geschäfte nicht Not leiden zu lassen, gab ich schließlich nach. General Menges hat dem Verein große und wertvolle Dienste geleistet. Er führte im Weltkrieg

eine Landwehrdivision im Osten mit Auszeichnung und starb einen ehrenvollen Tod im Schützengraben. Ehre seinem Andenken auch an dieser Stelle.

Jener Antrag der Bayern sollte auf der bevorstehenden 7. ordentlichen Hauptversammlung in Köln — die am 12. Mai 1907 stattfand — zum Austrag kommen. Die Tagung war außerordentlich zahlreich besucht, da jedermann herausfühlte, daß es sich dabei um neue Auseinandersetzungen mit dem Bayerischen Landesverband — also Freiherr v. Würzburg — handeln würde. In der Vorstandssitzung kam das auch deutlich zum Ausdruck. Da jedoch zur Hauptversammlung, die öffentlich stattfand, der Kaiser seinen Generaladjutanten Generalobersten v. Hahnke entsandt hatte, der dem Flottenverein „Kaiserlichen Gruß und Dank“ übermittelte, so wurde die Lage für den Bayerischen Landesverband eine recht heikle. Zumal der General v. Hahnke u. a. die Worte sprach: „Was deutscher Geist und deutscher Fleiß zum Nutzen und Frommen der Flotte zu leisten vermag, das hat unter seinem umsichtigen Präsidium der Deutsche Flottenverein in erfreulicher Weise geleistet.“ (Bravo!) Um das Maß des Mißvergnügens für die Opposition voll zu machen, wurde ich bei meinem Erscheinen auf der Rednertribüne nicht allein „stürmisch begrüßt“ (Stenogramm), sondern Herr Dr. Stresemann richtete nach meinem Vortrage nachfolgende Worte an die Versammlung:

„Der sehr geehrte Herr General Keim hat geglaubt, anfangs seiner Ausführungen den Dank zurückweisen zu sollen, den wir ihm durch die herzliche Begrüßung dargebracht haben. Ich glaube, wir lassen das nicht gelten. Mögen im Deutschen Flottenverein Meinungsverschiedenheiten über taktische Fragen bestehen, in einem sind wir doch alle einig, in der treuen Anerkennung der Verdienste des Herrn General Keim und in dem herzlichsten Dank für das, was Herr General Keim die ganzen Jahre hindurch in selbstloser und aufopfernder Weise für die nationale Sache des Flottenvereins geleistet hat.“ (Bravo!)

Hiernach wäre eine schwere Niederlage derer um Freiherrn v. Würzburg sicher gewesen, wenn sie ihren Antrag, der, wie schon erwähnt, eine deutliche Spitze gegen meine Person enthielt, aufrechterhalten hätten. Der Antrag verschwand deshalb von der Tagesordnung, und die Eintracht war äußerlich wieder hergestellt. Allerdings war es mir bei dem Charakter und der

Kampfweise des Vorsitzenden des Bayerischen Landesverbandes keinen Augenblick zweifelhaft, daß München „unterirdisch“ weiter gegen mich arbeiten würde. Aber das durfte mich nicht abhalten, meinerseits alles zu vermeiden, was den geschlossenen Frieden stören konnte, und da in der nationalen Presse die Münchener Sonderbestrebungen scharfe Zurückweisung erfuhren, telegraphierte ich noch an demselben Tage an die in Betracht kommenden Blätter: „Bitte alles vermeiden, was Bayern verletzen könnte. Friedenspfeife.“ Was auch geschah! Die „Anderen“ taten jedoch das Gegenteil und benutzten die nächsten Monate dazu, um einen neuen Schlag gegen den verhassten geschäftsführenden Vorsitzenden vorzubereiten. Als passende Gelegenheit erschien dann im Oktober 1908 eine Präsidialsitzung, bei der es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Fürsten Salm und dem bayerischen Präsidialmitglied, Oberstleutnant v. Spieß, kam, der wiederum „Sonderrechte“ für seinen Landesverband in Anspruch nahm.

Als er dabei den Protektor des Bayerischen Verbandes ins Treffen führte, bemerkte ich: „Wir sind hier in einer Präsidialsitzung des Deutschen Flottenvereins, dessen Protektor nicht Seine Königliche Hoheit der Prinz Ruprecht von Bayern ist, sondern Seine Königliche Hoheit der Prinz Heinrich von Preußen.“ Diese Äußerung ist zweifellos in München mit zweckdienlichen Erläuterungen nach Hofe weitergegeben worden und bot wohl mit den Hauptanlaß, daß Prinz Ruprecht kurz darauf zurücktrat sowie gleichzeitig eine richtige Heze gegen meine Person in der von München aus „bedienten“ Presse einsetzte. Ich habe damals nicht ein Wort in Zeitungen geschrieben, selbst da nicht, wo es sich um Entstellungen und Unwahrheiten seitens der Gegner handelte. Daß aber letztere vor keinem Mittel zurückschreckten, um mich zu verdächtigen, ging aus einem Nachwerk — anders konnte man diese „Zusammenstellung“ nicht nennen — hervor, das „vertraulich“ beim Bayerischen Flottenverein in Umlauf gesetzt wurde und mir „aus Versehen“ auch zuing. Selbst ein bayerisches Mitglied des Präsidiums — also ein Kollege — beteiligte sich, wie ein Zufall ergab, eifrig an dieser Heze, die aber amtlich in Abrede gestellt wurde. Es erschienen damals in verschiedenen großen Zeitungen ziemlich gleichlautende Artikel zur sogenannten „Flottenkrisis“, ganz im Sinne der Opposition abgefaßt, aber unter dem Anschein der Unparteilichkeit. Nun veröffentlichte aber eine Zeitung — ich glaube, es war die „Schlesische Zeitung“ —

einen solchen Artikel mit den einleitenden Worten: „Herr Oberstleutnant v. Spieß (München) ersucht uns um Aufnahme nachstehenden Aufsatzes.“ Ich hätte später in Kassel von dieser jedenfalls für die ehrliche Kampfweise von Kollegen wenig schmeichelhaften Tatsache Gebrauch machen können, tat es aber nicht, weil der Betreffende immer noch dem Präsidium angehörte.

Wenn ich heute die Zeitungsartikel aus jenen Monaten überblicke, so empfinde ich von neuem die Genugtuung, daß die nationalgesinnte unabhängige Presse aufs schärfste diese „Sonderbündler“ mit ihren persönlichen Gehässigkeiten verurteilte. Daß ich hier das „unabhängig“ betone, so geschieht es, weil das Reichsmarineamt sich den Gegnern einer selbständigen unabhängigen Geschäftsführung des Deutschen Flottenvereins angeschlossen unter Bekämpfung meiner Person, wie wir bald sehen werden. Daß hierbei auch Gründe gekränkter Ressortpolitik mitsprachen, blieb mir nicht verborgen. So hatte ich am 25. November 1907 im „Nationalen Deutschland“ folgendes geschrieben: „Die neue Flottenvorlage ist von dem Geiste erfüllt, in welchem seither die Flottenfrage amtlich wie parlamentarisch behandelt worden ist. Das heißt: nicht unter großen nationalen Gesichtspunkten, die in erster Linie maßgebend sein müßten bei einer Frage, die unter Umständen eine Schicksalsfrage für Deutschland bedeuten kann, sondern sie stand unter dem Zeichen der Ressortrechtshaberei und parlamentarischer Selbstgenügsamkeit. Beides bequeme Dinge, die auch der Flottenvorlage das Gepräge gaben.“

Seit Jahren wird seitens der Regierung und seitens des Reichstages hartnäckig unsere Flotte nicht übersehen, und wer über den internationalen Stand der Flottenfrage lediglich auf unsere amtlichen bzw. parlamentarischen Berichte angewiesen wäre, müßte unbedingt der Ansicht sein, daß die gegenwärtige deutsche Flotte ein hervorragendes Kriegsinstrument sei. Leider ist das ganz und gar nicht der Fall. Wir werden unter der Herrschaft des Flottengesetzes von 1900 im Jahre 1908 von dem dritten Platz — den wir damals einnahmen — auf den fünften Platz heruntergegangen sein. Jedenfalls wäre es für die Flottenkenntnisse der Reichstagsboten bei ihrer „parlamentarischen Informationsreise“ nach der Wasserfront sehr ersprießlich gewesen, den Herren den Bericht aus dem englischen Parlament vorzulesen, in dem steht: „England besitzt 39 erstklassige Linienschiffe, Nordamerika 18, Frankreich 13. An gepanzerten Kreuzern, die nicht mehr als 20 Jahre alt

sind, besitzt England 32, Frankreich 18, Nordamerika 12, Japan 10, Deutschland 6! Unterseeboote: England 48, Frankreich 71, Nordamerika 21, Rußland 32, Japan 16, Italien 12, Deutschland — zwei! Versuchsboote!“

Diese Feststellungen berührten unangenehm am Königsplatz und am Leipziger Platz. Widerlegen konnte man sie nicht, aber man fuhr im Reichstage fort, unsere Agitation gemeingefährlich zu nennen, ohne daß von der Regierungsseite widersprochen wurde. Im Gegenteil!

Die Entschliesung der Kölner Hauptversammlung, die dem Sinne nach eine Wiederholung unserer Entschliesung vom letzten Jahre in Stuttgart bedeutete, machte die nationalliberale Fraktion des Reichstages zu der ihrigen in der Flottenfrage.

Ich hatte dem Fürsten Otto zu Salm-Horstmar als ehemaligem Präsidenten des Deutschen Flottenvereins diesen Abschnitt aus „Erlebtes und Erstrebtes“ zur Kenntnisnahme und Stellungnahme zugeschickt, worauf er mir unter dem 1. 5. 1923 folgendes schrieb:

„Ich vermissе in Ihren Aufzeichnungen eine Episode, die für die Politik des Fürsten Bülow und des Admirals von Tirpitz von geschichtlichem Interesse ist.

14 Tage bevor die dritte große Flottenvorlage bekannt gegeben wurde, erhielt das Präsidium des Deutschen Flottenvereins vertraulich davon Kenntnis. Die Vorlage hielt sich nach unserer Auffassung in viel zu bescheidenem Rahmen, und das Präsidium beschloß, daß ich dieserhalb mit dem Fürsten Bülow verhandeln sollte. Ich nahm mir hierzu als Fachmann den Admiral v. Thomsen mit und konnte feststellen, daß Tirpitz dem Reichskanzler gemeldet hatte, daß unsere Werften und Panzerplatten-Werke nicht in der Lage wären, mehr Schiffe, als die Vorlage vorsah, fertigzustellen. Meine Vermutung, daß der Reichskanzler aus Gründen der auswärtigen Politik (gespannte Lage England gegenüber) die Flottenvorlage in so engem Rahmen gehalten hätte, wies Fürst Bülow entschieden zurück, indem er ausführte, daß da, wo es sich um Existenzbedingungen Deutschlands handele, er auch vor England nicht zurückweichen würde. Er wäre gern bereit, eine

größere Flottenvorlage zu vertreten, wenn die Ausführung derselben technisch möglich wäre. Da er kein Fachmann sei, möge ich mich doch darüber mit Admiral v. Tirpitz ins Benehmen setzen. Ich ging daraufhin mit Admiral v. Thomsen zu Tirpitz. Dieser erklärte auch sofort, daß ein schnellerer Ausbau der Flotte technisch nicht möglich wäre, weil unsere Werften nicht schneller bauen könnten. Der Deutsche Flottenverein, also Ew. Erzellenz, hatten aber auch da vorgesorgt und eine Enquete bei allen in Betracht kommenden Werften und Firmen veranstaltet und festgestellt, daß diese in der Lage sowie bereit waren, die vom Deutschen Flottenverein verlangten Schiffe zu bauen. Schließlich gab dies auch Tirpitz zu, erklärte aber, daß er aus Rücksicht auf England nicht schneller bauen dürfe. Auf meinen Einwand, daß Fürst Bülow auf einem anderen Standpunkt stände und als verantwortlicher Leiter der auswärtigen Politik diese zu bestimmen hätte, entgegnete Tirpitz, daß ihm der Standpunkt von Bülow höchst gleichgültig wäre. Er würde jedenfalls nicht schneller bauen, wie es in seiner Vorlage vorgesehen wäre. Als ich aber dann Tirpitz vor die Frage stellte, ob er einer größeren Vorlage zustimmen würde, falls ihm aus der Mitte des Reichstages ein diesbezüglicher Antrag, hinter dem die Mehrheit des Reichstages stünde, gebracht würde, sagte er: „Selbstverständlich werde ich einen solchen Antrag annehmen.“ Mit der Erklärung, daß der Flottenverein in der Lage zu sein glaube, die Mehrheit des Reichstages zu einem solchen Antrage zu bestimmen, verließen wir das Reichsmarineamt.

Ew. Erzellenz hatten in dieser Beziehung auch schon vorgearbeitet und den Freisinn bewogen, zum erstenmal in seiner Geschichte seinen stets ablehnenden Standpunkt in Wehrfragen zu verlassen und für eine größere Vorlage zu stimmen. Die Mehrheit für einen diesbezüglichen Antrag war zusammengebracht, aber leider hatte das Zentrum davon Wind bekommen. Der Redner des Zentrums, ich glaube Gröber, zapfte den Admiral v. Tirpitz im Reichstage daraufhin an, indem er ihm vorwarf, er wäre der gehorsame Diener des Flottenvereins und täte nur, was dieser verlangte. Es sollte ihn nicht wundern, wenn der Flottenverein im Reichstage eine weitergehende Vorlage einbringen

liesse und dann würde Tirpitz gehorsam zu allem ja und Amen sagen. Tirpitz fiel, wie beabsichtigt, darauf rein und erklärte entrüstet, daß er vollkommen unabhängig vom Flottenverein wäre, und daß er, selbst wenn ihm aus der Mitte des Reichstages eine weitergehende Vorlage gebracht würde, dieselbe ablehnen würde. Hiermit war unsere ganze Aktion zu Fall gebracht, denn die bewilligungsbereiten Parteien hüteten sich nun, ihre Vorlage einzubringen. Trotzdem Tirpitz die Verabredung und sein Wort gebrochen hatte, fand er kein Wort der Entschuldigung oder des Dankes an den Flottenverein, und eine Gelegenheit, unsere Flotte schneller auszubauen, war unwiderbringlich verpaßt.

Wenn Ew. Erzellenz auch nicht an den Verhandlungen mit Bülow und Tirpitz beteiligt waren, so hatten Sie doch die wichtigste Arbeit, die parlamentarische Vorbereitung, geleistet. Daher würde meiner Ansicht nach auch diese Episode in den Rahmen Ihrer Aufzeichnungen passen. Sie zeigt Bülow, der sonst gar nicht mein Freund war, von einer guten Seite, dagegen Tirpitz von einer wenig staatsmännischen, ja man muß sagen, von einer sehr kleinlichen Seite.

Ich gebe Ew. Erzellenz anheim, von meinen Ausführungen Gebrauch zu machen.“

Zur allgemeinen Überraschung verlangte jedoch damals Herr Spahn, Führer der Zentrumsparthei, die Herabsetzung der Lebensdauer der Kriegsschiffe, also eine alte Forderung des bis dahin „gemeingefährlichen“ Flottenvereins! Die Zentrumspresse kam hierbei auf den genialen Einfall, zu behaupten, Herr Spahn habe nicht im Auftrage der Fraktion gesprochen, was letztere aber natürlich nicht abhielt, die Forderung ihres Führers in die Wirklichkeit zu übersetzen.

An der Fortdauer wie Verschärfung der Flottenkrisis wurde von München aus — das mußte anerkannt werden — trotz des „Kölner Friedens“ geschickt und eifrig weitergearbeitet. Man zog verschiedene Höfe in den Streit, selbst fürstliche Damen wechselten Briefe in der Sache, und schließ-

lich gelang es auch, den Kaiser auf die bayerische Seite herüberzuziehen, zumal nach einem Besuche der Prinzen Ludwig und Ruprecht in Berlin.

Prinz Heinrich von Preußen, unser Protektor, hielt tapfer zum Präsidium, nachdem ich in wiederholten Vorträgen an Hand der Akten den hohen Herrn über die wahren Ursachen des Streites sowie über die verwerfliche Art, wie er geführt wurde, aufgeklärt hatte. Er veranlaßte auch ohne mein Wissen den Prinzen Ruprecht von Bayern bei seinem Aufenthalte in Berlin, mich zu empfangen. Ich hatte keine Veranlassung, diesem Empfange aus dem Wege zu gehen, mußte aber zu meinem Bedauern feststellen, daß der Prinz, als ich ihm an der Hand von Akten die ganze Haltlosigkeit der Umtriebe des Herrn v. Würzburg und Genossen nachzuweisen begann, die Besprechung abbrach. Ich konnte aber doch nicht umhin, den Prinzen an das Sprichwort zu erinnern: „Justitia est fundamentum regnorum!“

Über diese Audienz schrieb ich am 3. Januar 1908 folgendes an den Prinzen Heinrich:

„E. K. H. habe ich die Ehre, folgendes untertänigst vorzutragen: Vor allem danke ich E. K. H. für die gnädige Absicht, durch eine Audienz bei E. K. H. dem Prinzen Ruprecht von Bayern eine Vermittlung der bestehenden Gegensätze herbeiführen zu helfen. Leider ist eine solche Vermittlung nach der Stellungnahme E. K. H. des Prinzen Ruprecht ausgeschlossen, da Höchstderselbe von dem Rechte der bayerischen Herren überzeugt sind, trotzdem ich mich erbot, an der Hand von Beweisstücken nachzuweisen, daß der Friedensbruch nicht von mir oder dem Präsidium ausgegangen sei. Nun muß sich ja in Kassel öffentlich erweisen, wie die Dinge liegen, und da ist mir vor dem Ausgange nicht bange, denn schließlich müssen doch Recht und Wahrheit siegen.

Ich habe auch E. K. H. dem Prinzen Ruprecht auf sein Bemerkung, daß Bayern nicht alleinstehe, geantwortet, wie es falsch sei, von einer „Mainlinie“ zu reden, da Hessen, Württemberg, Elsaß-Lothringen und die Mehrheit der Bayerischen Pfalz nicht mit Bayern ginge. Als E. K. H. an meinen Patriotismus appellierten, daß ich nämlich sofort — jedenfalls vor Kassel — zurücktreten möge, habe ich

aus denselben Motiven heraus, die ich in dem Euer Königlichen Hoheit bekannten Briefe an Professor Sering entwickelte, es gerade als patriotische Pflicht bezeichnet, auch im Interesse des monarchischen Gedankens, dem „Drucke von oben“ nicht nachzugeben.

Ich werde täglich in dieser Auffassung bestärkt durch zahlreiche Zuschriften aus ganz Deutschland, durch die Äußerungen der unabhängigen Presse und durch folgenden bezeichnenden Vorfall, den ich vertraulich mitzuteilen mir gestatte.

S. K. H. der Großherzog von Oldenburg hatte die Vorsitzenden des Oldenburgischen Landesverbandes in einer Audienz empfangen und ihnen mitgeteilt, daß er, ebenso sein Schwager, der Prinzregent von Braunschweig, auf dem bayerischen Standpunkte stehe. Darauf haben die Herren — darunter ein hoher Staatsbeamter — geantwortet, daß sie dem Präsidium zupflichteten. Hierauf verlangte S. K. H., die Herren möchten sich dann in Kassel der Abstimmung enthalten. Diese erklärten S. K. H., „als freie niedersächsische Männer müßten sie das ablehnen.“ Sie erklärten ferner, „daß sie es für einen großen politischen Fehler hielten, wenn S. K. H. sich in den Streit einmischte.“ Trotzdem hatte das der Großherzog bereits getan durch Übersendung der Abschrift eines Schreibens des Fürsten Salm an den hiesigen Oldenburgischen Gesandten. Es sollte mich auch nicht wundern, wenn dieses Schreiben bald in der „Nationalzeitung“ stünde, die von Oldenburg aus „inspiriert“ ist. Daß Herr v. Würzburg mit Oldenburg und Braunschweig in Beziehungen steht, unterliegt keinem Zweifel, und zwar sind dabei weibliche Hände im Spiel.“

Einige Tage früher hatte der Chef des Marinekabinetts an Professor Sering — Mitglied des Präsidiums — geschrieben: „Seine Majestät der Kaiser hält fest, sich nicht in irgendeine Kundgebung in der Sache des Flottenvereins einzumischen, dessen Unabhängigkeit er als Existenzbedingung ansieht. Andererseits ist S. M. darüber verstimmt, daß es der Leitung des Flottenvereins nicht gelungen ist, einen Konflikt mit Bayern zu vermeiden, der zu Spaltungen über das ganze Reich hinaus Anlaß ge-

geben hat. Bei aller Anerkennung, welche der Kaiser dem selbstlosen Wirken und der unermüdlischen Energie des Generals Keim zollt, hält er jedoch den Konflikt für so schwerwiegend und so unlösbar, der sich an den Namen des Generals Keim knüpft, daß er zur Wiederherstellung des Friedens dringend den Rücktritt des Herrn Keim von der Stellung des geschäftsführenden Vorsitzenden wünschen muß. S. M. erwartet von der Loyalität und politischen Einsicht des Generals, daß er nicht zögern wird, diesen Schritt bei der nächsten geeigneten Gelegenheit zu tun.“

Diese Mitteilung kam mir nach Andeutungen, die ich vom Prinzen Heinrich erhalten, nicht überraschend. Ich ließ dem Admiral v. Müller durch Herr Sering u. a. folgendes mitteilen: „Ihrem logischen Verständnis wird der innerliche Widerspruch nicht entgangen sein, der in jenem Schreiben darin besteht, daß S. M. sich nicht in die Angelegenheiten des Flottenvereins einmischen wolle, um ihm seine Selbständigkeit nicht zu schmälern, andererseits aber meinen Rücktritt als geschäftsführender Vorsitzender dieses Vereins deutlich fordert. Das bedeutet doch ohne Zweifel eine unmittelbare wie persönliche Einmischung S. M. in die „Selbständigkeit“ des Vereins!

Der angebliche Riß zwischen Nord und Süd ist eine dreiste Erfindung meiner Gegner, denn Württemberg, Hessen, die Pfalz, gehen, soweit es sich jetzt übersehen läßt, nicht mit München, selbst in dem rechtsrheinischen Bayern macht sich teilweise eine Reaktion gegen die Richtung des Freiherrn v. Würzburg geltend. In Kassel wird es sich sonnenklar herausstellen, daß der Keim-„Fall“ gar nicht der eigentliche Ausgangspunkt der Krisis ist, sondern ein Glied der wohlvorbereiteten Intrigue, zu der auch ein vom Zaune gebrochener Streit des Vorsitzenden des Bayerischen Landesverbandes mit dem Fürsten Salm\*) gehört. Im übrigen wissen Sie ja genau, daß ich gar nicht daran dachte, diesen Märtyrerposten des geschäftsführenden Vorsitzenden anzunehmen, bis es geradezu Ehrensache für mich wurde!

---

\*) Das führte schließlich zu einem Ehrenhandel zwischen dem Fürsten Salm und dem Oberleutnant v. Spieß, der auf der Kasseler Tagung zur Sprache kam.

Sie wissen auch genau wie wir alle, daß der Spiritus rector der schon jahrelang dauernden Intriguen der Freiherr v. Würzburg ist — sonst niemand —, der sich allerdings geschickt zu drapieren versteht und auch den Grafen Pourtalès, den früheren Gesandten in München, auf seine Seite gebracht hatte.\*)

Was nun meine Loyalität betrifft, so habe ich dieselbe wiederholt in schweren Kämpfen, in denen ich mich auch persönlich exponierte, bewiesen. In den Jahren 1892/93 während des Kommandos zum Reichskanzler, um die Militärvorlage durchsetzen zu helfen. In meinem Schreibtische befindet sich ein Schreiben des Reichskanzlers, in dem dieser S. M. schreibt, mir wäre in erster Linie der Sieg in jenem Kampfe zu verdanken. Seitdem haben mich Zentrum und Freisinn als damals Besiegte.

Seit 1900 arbeite ich im Flottenverein ehrenamtlich und habe dort stets die Politik S. M. getrieben nach dessen eigenen Worten: „Bitter not tut uns eine starke Flotte!“

Im vorigen Jahre habe ich wiederum den Sieg der Regierung bei den Wahlen ersehten helfen — siehe Erklärung des Reichskanzlers und Ansprache S. M. an den Fürsten Salm — und habe monatelang den Schmutz der Angriffe von Schwarz-rot über mich ergehen lassen müssen! Seit Wochen wird wiederum mein Name von gewisser Seite in den Schlamm gezogen, nur weil ich nichts anderes getan habe als meine Pflicht und Schuldigkeit!

Meine Loyalität hat jedoch eine Grenze, wenn man von mir verlangt, daß ich etwas tun soll, was mir die Ehre verbietet. Sie verbietet mir unbedingt, vor Kassel zurückzutreten, weil alle Angriffe gegen mich die Voraussetzung erwecken, als wenn ich meine Pflicht versäumt hätte. Denn es wäre Pflichtversäumnis gewesen, wenn ich Anlaß gegeben hätte zu dem Zerwürfnis im Flottenverein. Das soll und muß in Kassel von mir öffentlich klargestellt werden!“

---

\*) Graf Pourtalès war eine Zeitlang auch „Vertrauensmann“ des Reichskanzlers in dem hier berührten Streit.

Das Präsidium hatte nämlich inzwischen schon ein Rundschreiben erlassen, in dem unter kurzer Darlegung der Gründe eine außerordentliche Hauptversammlung des Flottenvereins für den 19. Januar 1908 nach Kassel einberufen worden war.

Jedenfalls lag meinen Gegnern sehr viel daran, daß ich nicht in Kassel öffentlich Rede und Antwort stehen könne. Das ging auch aus einem Schritte des Herrn v. T i r p i t z hervor — denn daß das Reichsmarineamt schon seit Jahren nicht mein Freund war, dafür lagen Beweise genug vor —, der den General v. L i e b e r t zu mir schickte mit dem Auftrage, mich zu bewegen, noch v o r Kassel zurückzutreten. Allerdings war die Begründung dieses Ansinnsens insofern eine merkwürdige, als sie darin bestand, es läge das in meinem Interesse, da ich in Kassel eine sichere Niederlage erleiden würde! Die „Informationen“ des Reichsmarineamtes müssen jedenfalls recht schlecht gewesen sein, denn es konnte für jeden „Wissenden“ gar nicht zweifelhaft sein, daß im vollen Lichte der Öffentlichkeit die gute Sache siegen würde, die in diesem Falle mit meiner Person eng verknüpft war! So geschah es auch, wie wir sehen werden.

Als auch dieser Versuch — das Reichsmarineamt hatte mir dann noch einen „Ausfrager“ auf den Hals geschickt, und daraufhin wurde ich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ abgeschüttelt — mißlungen war, ging dem Prinzen Heinrich ein Kabinettschreiben zu, das aussprach, es läge nach Vorträgen des M a r i n e k a b i n e t t s wie des M i l i t ä r k a b i n e t t s — im Interesse des „Gouvernements“, wenn ich zurückträte. Aber diesmal wurde der Rücktritt erst „n a c h Kassel“ gewünscht.

Das Präsidium war jedoch nicht gewillt, sich von irgend einer Seite in dieser Sache beeinflussen zu lassen, und vor allem entschlossen, dieselbe zu einer gemeinsamen des Präsidiums zu machen. Es wurde deshalb in der Präsidalstzung am 18. Januar in Kassel im Namen des gesamten Präsidiums folgender Beschluß gefaßt, der am 19. in der außerordentlichen Hauptversammlung bekanntgegeben werden sollte:

„Wir Mitglieder des Präsidiums haben den Beschluß gefaßt, mit der Beendigung der heutigen Versammlung unsere Ämter niederzulegen.“

Wir halten es unter den obwaltenden Verhältnissen für richtig, daß ein neues Präsidium die Aufgabe übernehme, dem Deutschen Flottenverein eine gedeihliche Entwicklung zu sichern.

Wir scheiden mit dem aufrichtigen Danke für die treue Mithilfe vieler Tausende von Männern, die den Deutschen Flottenverein zum Wohle des Vaterlandes selbstlos und aufopfernd gefördert haben.

Um eine geordnete Weiterführung der Geschäfte bis zur Hauptversammlung in Danzig zu ermöglichen, haben wir die Herren Busley und Kavené bevollmächtigt, die laufenden Geschäfte bis dahin zu führen.

Der Präsident.

Otto Fürst zu Salm.

Der 1. Vizepräsident.

Thomsen,

Admiral à la suite des Seeoffiziercorps.

Der 2. Vizepräsident.

v. Sarwey,

Generalleutnant z. D.

Der Geschäftsführende Vorsitzende.

Keim,

Generalmajor

Der stellvertretende Geschäftsführende Vorsitzende.

Busley,

Geh. Regierungsrat.

Der Hauptschatzmeister.

Kavené,

Geh. Kommerzienrat.

Dieser Beschluß wurde streng geheim gehalten bis zur Eröffnung der Tagung am 19. Januar, bei welcher Fürst Salm ihn verlas. Er rief große Bewegung hervor. Fürst Salm knüpfte an ihn folgende Sätze: „Wir haben in den letzten Wochen einen mit allen Mitteln geführten Feldzug gegen das Präsidium erlebt, der in der Geschichte des Deutschen Flottenvereins beispiellos dasteht (Sehr richtig!). Ich muß Ihnen mitteilen, daß ich meine Person und das ganze Präsidium einer großen Geduldsprobe ausgesetzt sah diesen Angriffen gegenüber (Sehr richtig), denen wir bis heute nicht ent-

gegentreten konnten, denn wir konnten unseren Gegnern auf den von ihnen beschrittenen unerlaubten und satzungswidrigen Wegen nicht folgen. (Lebhaftes „Sehr richtig!“ Rufe: „Oho!“ Darauf nochmals lebhaftes „Sehr richtig!“ und Händeklatschen. Erneuter Widerspruch. Anhaltende stürmische Zustimmung.) (Nach dem Stenogramm.)

Damit war von Hause aus die Stimmung der überwältigenden Mehrheit der Hauptversammlung gekennzeichnet. Letztere war die am zahlreichsten besuchte aller Hauptversammlungen des Deutschen Flottenvereins seit seinem Bestehen. Es hatten sich allein 221 Stimmberechtigte eingefunden aus allen deutschen Gauen, darunter zahlreiche Namen von bestem Klange!

Ich will hier nicht eingehend die Vorgänge in Kassel schildern. Die Reden, die ich dort gehalten, finden sich zusammenhängend als Beilage 1. Es geht aus ihnen hervor und ebenso aus dem stenographischen Berichte über die Hauptversammlung, daß die Anklagen und Behauptungen der Opposition aller ernsthaften wahrheitsgemäßen Unterlagen entbehrten. Da dies auch aus meinen Ausführungen hervorgeht, habe ich es für wünschenswert gehalten, sie vollständig wiederzugeben als eine Art Urkunde aus der Geschichte des Flottenvereins.

Nur einige Sätze möchte ich noch im Text nach dem Stenogramm wiedergeben, weil sie mit die Kernpunkte des ganzen, von den Gegnern absichtlich hervorgerufenen Streites klarlegen.

General Keim (mit stürmischen, lange anhaltenden Beifallskundgebungen begrüßt): „N. H.! Den Dank für Ihre Gefühle hoffe ich noch später ausdrücken zu können. Es handelt sich aber vorläufig nicht um Gefühle, sondern um Aktenstücke. Deshalb werde ich die Aktenstücke verlesen, die nötig sind, um die Herren über die Vorgänge zu unterrichten, die sich nach der Kölner Tagung abgespielt haben, und die mir von den Herren v. Würzburg und v. Spieß zum Vorwurf gemacht worden sind.“

Ich verlas nun sämtliche Aktenstücke, aus denen einwandfrei hervorging, daß ich den Kölner Frieden ehrlich gehalten hatte, nicht aber die Gegenseite.

Ferner: „Ich muß Ihnen sagen, ich habe fünf Stunden lang aufmerksam zugehört, es ist mir aber noch nicht klar geworden, was eigentlich die Ursache von diesem ganzen Streite ist. (Sehr richtig!) Ich sage Ihnen offen, die ganze Sache macht auf mich den Eindruck von einem Sturm im

Glas Wasser (Heiterkeit). Die Franzosen würden sagen „une querelle allemande“ (Sehr richtig!). Das werde ich Ihnen beweisen. Meine Gegner mußten doch Tatsachen anführen. Sie sind überreich an Behauptungen, an „Sentiments“, aber bettelarm an Beweisstücken (Bravo und Händeklatschen bei der Mehrheit), und so wie die Gegner hier gesprochen haben, sind sie in allem ins Unrecht gesetzt worden. Sie sind ausgegangen mit Spieß und mit Stangen, mit Wehr und Waffen, und ich habe immer gelauert und gedacht: „Donnerwetter, jetzt muß doch endlich mal die Bombe plazen, die dich in die Luft sprengen soll.“ (Heiterkeit.) Aber alles, was hier vorgebracht ist von meinen Gegnern, das sind Worte, Worte, nichts als Worte, Lappalien, Klatsch, Quatsch und Tratsch!“ (Donnerndes Bravo und Händeklatschen.)

Zum Schluß meiner Ausführungen (sie füllen im Stenogramm fünf Folienseiten): „Sie haben gehört, daß das Präsidium des Deutschen Flottenvereins heute von seinen Ämtern zurücktritt (Leider!), und was ich jetzt sage, sind deshalb Abschiedsworte (Oho!). Das Präsidium überliefert Ihnen den Deutschen Flottenverein als ein stolzes Schiff, festgefügt und mächtig. Es überragt alle Flottenvereine der Welt turmhoch. Das Schiff hat eine tadellose Besatzung. Das Schiff hat Offiziere, die können sich sehen lassen, an der Spitze der Kapitän (Langanhaltender brausender Beifall und Händeklatschen). Meine Herren, Sie taten mir die Ehre an, mich öfter Ihren Steuermann zu nennen, und nun hat der alte Steuermann zu gehen — er mag seine Fehler haben, aber wetterfest ist er stets gewesen (Bewegung). In den 8 Jahren, in denen ich die Ehre hatte, Steuermann zu sein, hat es beinahe jedes Jahr einen großen oder kleinen Sturm gegeben (Heiterkeit), aber ich kann Ihnen nur sagen: Halten Sie den alten Kurs fest. Gehen Sie gerade los aufs Ziel, sehen Sie nicht rechts oder links, sehen Sie nicht vor den Kiel, sehen Sie auch nicht nach den Wolken oben! Dann werden auch eines Tages die Kaiserlichen Worte von der starken deutschen Flotte wahrgemacht werden. Eines vergessen Sie aber nicht, die Flagge, die über diesem stolzen Schiffe weht, diese Flagge ist nicht blau=weiß, sie ist nicht schwarz=weiß, sie ist nicht grün=weiß, sie ist und muß bleiben schwarz=weiß=rot!“ (Donnernder, minutenlanger Beifall, nicht endenwollendes Händeklatschen.)

Es wurde nun mit sehr großer Mehrheit ein Antrag angenommen, der gegenüber dem gesamten Präsidium die Überzeugung aussprach, daß es getreu den Kölner Beschlüssen gehandelt habe, und ihm den Dank der Versammlung abstattete, worauf Herr v. Würzburg samt seinen Anhängern den Saal verließ.

Am Schluß der Tagung erhob sich die Versammlung, und die Teilnehmer gingen nach dem Tische des Präsidiums, schritten Mann für Mann vorbei und gaben dem Fürsten Salm und mir die Hand zum Abschied.

Diese stille, tiefen Eindruck machende Ehrung treuer aufrechter deutscher Männer war für den Fürsten Salm und mich eine Genugtuung, die uns nach den vielen Kränkungen wertvoller erschien als alles andere!

In Köln war seiner Zeit beschloffen worden, daß die sachungsmäßige Tagung der Hauptversammlung für 1908 in Danzig stattfinden sollte. Das geschah auch Mitte Juni. Jedoch schon vor dieser Tagung forderten verschiedene Verbände die Wiederkehr des alten Präsidiums, und in der Presse erschienen vielfach Artikel, die sich in der gleichen Richtung bewegten. Auf der Danziger Tagung wurde Fürst Salm als Präsident wiedergewählt, aber auch gleichzeitig als „Eventual-Präsident“ der Großadmiral v. Koester. Letzteres zeigte den Zieherblickenden, welchen Kurs der Flottenverein künftig steuern sollte, wenn auch die Erklärung in der Versammlung angenommen worden war, daß der Flottenverein einen nationalpolitischen Charakter trage. Es kam aber darauf an, daß dieser „Charakter“ sich in Taten umsetze, und dafür schien recht wenig Aussicht vorhanden. Als ich diesen Sachverhalt erkannte, telegraphierte ich den Freunden, die in Danzig meine Wiederwahl anstrebten, daß ich eine solche nicht annehmen würde.

Hierüber findet sich im Stenogramm über die Danziger Tagung folgendes:

Kommerzienrat Deichmann (Köln): „Was die Wiederwahl der alten Vorstandsmitglieder angeht, so habe ich mich an meine früheren Kollegen gewendet. Admiral Thomsen und Baurat Ryllmann haben erklärt, daß sie auf keinen Fall eine Wiederwahl annähmen. Vor allem müssen wir aber einen Namen nennen, den Namen des Generals Keim. Auch er gehört zu unseren lieben alten Kollegen. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn ich die Verdienste des Generals Keim Ihnen hier erzählen wollte. Er hat

Enormes geleistet, und wenn er in seinem Feuereifer vielleicht hier und da Fehler machte, seine Verdienste werden ewig bleiben. (Lebhafter Beifall.) Unsere Pflicht wäre nun, ebenso wie wir den Fürsten Salm wiedergewählt haben, auch General Keim wiederzuwählen. Ich habe bei General Keim angefragt, ob er eine Wiederwahl annähme, er hat mir aber eine ablehnende Antwort erteilt. (Hört! Hört!) Der General Keim hat Mächtiges geleistet. Sein größtes Verdienst ist es aber, daß er auf meine Anfrage erklärte: „Um die Einigkeit im Flottenverein wieder herzustellen, verzichte ich auf eine Wiederwahl.“ (Stürmische Zustimmung.)

Oberlandesgerichtspräsident a. D. Hamm (Bonn): „Neben unserem heutigen grundlegenden Beschluß ist die schönste Handlung diejenige des Generals Keim. Wir wissen alle, welche Verdienste er sich erworben hat. Wir schulden ihm Dank für seine Opferwilligkeit, mit der er auf eine Wiederwahl verzichtet hat. Ich bitte um die Ermächtigung, Herrn General Keim den besonderen Dank der Versammlung auszusprechen.“ (Lebhafter Beifall.) Darauf wurde an mich folgendes Telegramm gerichtet:

„General Keim, Wehlen (Sachsen).

Die heutige Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins bringt Ihnen für Ihre unvergeßliche Tätigkeit, durch welche Sie viel zur Blüte unseres geliebten Flottenvereins beigetragen haben, herzlichsten Dank aus und gibt ihrem dankbaren Empfinden Ausdruck für Ihren hochherzigen Entschluß, der die Einigkeit im Flottenverein wieder herstellt.“

Zum Schluß nahm die Hauptversammlung nachstehende Entschließung an: „Die heutige Versammlung des Deutschen Flottenvereins spricht den hochverdienten Mitgliedern des zurückgetretenen Präsidiums, insbesondere dem Fürsten Salm und dem General Keim ihren Dank aus für ihre unentwegte und unermüdete Tätigkeit sowie für die Besonnenheit, mit der sie den Flottenverein ausgebreitet haben.“

Das mit der „Besonnenheit“ stand nun etwas im Widerspruch mit dem „Feuereifer“, in dem ich hier und da Fehler gemacht haben sollte.

Fürst Salm lehnte die Wahl ab mit der Begründung, „daß er nicht in der Lage sei, die der Annahme der Wahl entgegenstehenden Schwierig-

keiten zu beseitigen, und deshalb zu seinem Bedauern darauf verzichten mußte, dem Rufe, wieder an die Spitze des Flottenvereins zu treten, Folge zu leisten.“ Fürst Salm blieb auch hier als aufrechter Mann sich selbst und der Richtung treu, die er Jahre hindurch als die richtige für die gute Sache des Deutschen Flottenvereins erkannt und tapfer vertreten hatte — auch nach oben! Bei dem Zusammenarbeiten mit ihm habe ich stets den vornehmen Charakter, die Selbstlosigkeit seines Strebens, die Klarheit seiner Auffassungen, die unermüdlige Arbeitskraft und seine vaterländische hochgemute Gesinnung schätzen gelernt. Er wäre auch die Persönlichkeit gewesen, in hohen verantwortlichen Stellungen erspriessliche Dienste zu leisten, und ich vermag mir vorzustellen, daß zum Beispiel seine Berufung zum Reichskanzler an Stelle des Schwächlings Prinz Max von Baden vielleicht der deutschen Politik noch eine andere Richtung hätte geben können!

Außer ihm und den bereits erwähnten Mitgliedern des Präsidiums (siehe die protokollarische Erklärung derselben am 18. Januar in Kassel) sowie dem vortrefflichen Bürovorsteher Geheimen Rat Sturz schuldet der Deutsche Flottenverein noch folgenden Herren besonderen Dank für ihre aufopfernde, erfolgreiche Tätigkeit in leitenden Stellen. Es waren Oberstleutnant Abbes (Königsberg), Oberst Becker (Darmstadt), Staatsminister v. Borries (Altenburg), Stiftslehrer Couvreur (Weimar), Reg.-Rat Dau (Meiße), Dr. Epting (Höchst a. M.), Justizrat Flinker (Weimar), Generalleutnant v. Haeseler (Schwerin), Bankier Hammerstein (Mülheim a. R.), Professor Haushalter (Rudolstadt), Landrat Heydweiler (Denzerheide), Dr. Hopf (Dresden), Hauptmann Jasper (Bernau), Geheimer Justizrat Dr. Klein (Bonn), Dr. Kirdorff (Mülheim a. Rh.), Amtsgerichtsrat Knaudt (Hoyerswerda), Fabrikbesitzer Kühlmann (Schlebusch), Landrat Dr. Limbourg (Erfeld), Dr. Martens (Dortmund), Geh. Sanitätsrat Mayweg (Hagen), Kommerzienrat Dr. Merck (Darmstadt), Gymnasialdirektor Dr. Nassow (Potsdam), Rechnungsrat Riedel (Rostock), Hauptmann v. Salmuth (Braunschweig), Fabrikbesitzer Schilbach (Greiz), Generalleutnant Schmidt (Strasburg), Schwebendick (Dortmund), Kaufmann Simonis (Frankfurt a. M.), Landrichter Stern (Beuthen), Oberlehrer Wölzing (Alzey), A. Woermann (Hamburg). Außerdem die Herren Dr. Elben

(Stuttgart), Graf Ernst zu Neventlow (Berlin), Grauthoff (Leipzig), v. Massow (Berlin), Graf Neventlow\*) (Berlin), Rippler (Berlin), Dr. Reishmann-Grone (Essen) von der Presse.

Manche der hier Genannten deckt schon die kühle Erde. Ihrer hier zu gedenken, erscheint mir als Ehrenpflicht, zumal bis jetzt eine zusammenhängende Geschichte des Deutschen Flottenvereins nicht erschienen ist.

Ein Urteil über die weitere Entwicklung des Deutschen Flottenvereins zu fällen, dessen Leitung seit Danzig der Großadmiral v. Koester und der seitherige Abteilungschef im Reichsmarineamt, Vizeadmiral Weber, übernahmen, kann nicht in meiner Aufgabe liegen. Als ich die Geschäfte niederlegte, zählte er in 5000 Ortsgruppen über eine Million Mitglieder.

Einen Aufschwung hat er jedenfalls seit 1908 nicht mehr genommen und als unabhängiger Volksverein in einer großzügigen Agitation für den rascheren Ausbau der deutschen Flotte sich nicht mehr betätigt.

Über die Krisis im Flottenverein und die inneren Zusammenhänge derselben mit der Zentrums politik ist 1908 — aber vor Danzig — eine Broschüre erschienen „Ultramontanismus und Flottenverein“ (Leipzig, Noske), die jene Vorgänge eingehend schildert. Diese Broschüre ist mir erst nach ihrem Erscheinen bekannt geworden, und stand ich ihr vollkommen fern nach jeder Richtung hin.

Nach Danzig traten sehr viele Mitglieder aus dem Flottenverein aus, selbst Verbände und Ortsgruppen. Auf der Tagung des Westfälischen Provinzialverbandes erklärten eine große Anzahl namhafter Männer — darunter auch die besten Namen aus den Kreisen der Industrie —, daß sie das Vertrauen zu der neuen Leitung nicht besäßen und deshalb ihre Ämter im Flottenverein niederlegten. Das volkstümliche Ansehen des Vereins schwand, und es verbreitete sich vielfach die Auffassung, daß er dem Wesen nach ein Regierungsverein geworden sei, dem die Stosskraft eines großen unabhängigen nationalen Volksvereines fehle.

Ich bin jedenfalls der festen Überzeugung, daß, wenn der Deutsche Flottenverein den alten Kurs tat

\*) Bezieht sich auf dessen Aufsätze in der „Täglichen Rundschau“, mit denen allerdings sein Schreiben an Herrn von Tirpitz vom 22. 11. 05 (siehe dessen „Amtliche Dokumente“, S. 9) in einem gewissen Widerspruch steht.

kräftig weiterverfolgt hätte, ohne Rücksicht auf Reichsmarineamt, Sonderwünsche von Protektoren und parlamentarische Einflüsse, es ihm doch noch gelungen wäre, durch das nationale Schwergewicht seiner Bestrebungen die Kampfkraft der deutschen Flotte früher und wirksamer gestärkt zu sehen, als das in der nachfolgenden Zeit geschah, ohne dabei das dank der Tatkraft des Admirals v. Tirpitz Geleistete zu verkennen. Bemerkenswert dürfte noch sein, daß weder Herr v. Tirpitz noch der Kaiser in ihren Veröffentlichungen des Deutschen Flottenvereins gedenken, dem sie doch recht viel Dank schuldeten. Die Zentrumspartei, der zuliebe Herr v. Tirpitz — abgesehen von Ressortunfehlbarkeit — den Flottenverein schlecht behandelte, war im Weltkriege sofort bereit, gegen ihn Front zu machen, unter Führung des von dem Reichsmarineamt geradezu verhätschelten Herrn Erzberger, als v. Tirpitz für den verschärften U-Boot-Krieg eintrat. Imübrigen gibt der Kaiser in seinen „Erinnerungen und Gestalten“ selbst zu, daß die Verstärkung der deutschen Flotte zu spät in Angriff genommen worden sei, was jedenfalls eine volle Rechtfertigung der Bestrebungen des Flottenvereins von 1904—1908 in sich schließt. Bestrebungen, die ihm die Kaiserliche Ungnade und die Feindschaft des Reichsmarineamts zuzogen. Man braucht nur die Berichte über die Skagerrak-Schlacht zu lesen, um diese meine Auffassung bestätigt zu finden. Ein paar Großkampfschiffe neuester Konstruktion mehr, und der Sieg wäre dank der artilleristischen Überlegenheit eines Teiles unserer Schiffe und dank der unübertrefflichen Haltung der Besatzung ein durchschlagender geworden!

Eine stärkere deutsche Flotte, als sie beim Ausbruche des Weltkrieges bestand, würde am Ende auch die Bedenken niedergeschlagen haben, die Flotte sofort einzusetzen! Daß es damals unter politischen Einflüssen nicht geschah, gehört unstreitig zu den schwersten Versäumnissen der Kriegsführung. Ich glaube sogar, daß der alte Flottenverein damals seine gewichtige Stimme rücksichtslos erhoben hätte, um den Einsatz der Flotte, für deren Ausbau er Jahre hindurch tapfer gekämpft hatte — für nationale Pflicht zu erklären, als es galt, mit allen Mitteln den deutschen Sieg sicherzustellen — auch zur See!

So ist die ganze Flottenbewegung, das Schaffen einer Flotte, die schließlich selbst England fürchtete, sowie der Erwerb der Kolonien umsonst gewesen.

So ist das eingetroffen, was der Flottenverein in rastloser, selbstloser Arbeit 1900—1904 stets betonte, daß nur eine starke, stets kampfbereite Flotte die Bahn schaffen könnte für eine weltwirtschaftliche Entwicklung, wie sie deutschem Fleiß, deutscher Intelligenz, deutscher Schaffenskraft entsprach.

Das alles ist vorbei! Warum? Weil beiden Verantwortlichen der unbeugsame Wille fehlte, Großes durchzusetzen selbst auf die Gefahr hin, mit einer kurz-sichtigen, Parteiinteressen dienenden Volksvertretung in Zwistigkeiten zu geraten.

Man hielt das gegenteilige Verfahren für „politisch klug“, während, gemessen an wirklich großen staatsmännischen Gesichtspunkten, es schließlich Schiffbruch erlitt. Genau so verhielt es sich mit der ungenügenden Rüstung zu Lande, wie der Abschnitt 8 dieses Buches zeigen wird.

Als „Erlebtes und Erstrebtes“ bereits dem Druck übergeben war, erschien „Politische Dokumente“ von A. v. Tirpitz (Cotta). Dieselben beschäftigen sich auch wiederholt mit dem „Deutschen Flottenverein“. Zu meinem Bedauern muß ich jedoch feststellen, daß hierbei wiederholt Irrtümer unterlaufen. So z. B. finden sich auf S. 35 folgende Stellen:

1. „Presse faßt Prinzenrede so auf, als ob der Staatssekretär bei Seiner Majestät durchgesetzt habe, daß der Prinz dem Flottenverein eins aufs Haupt geben sollte.“

Der Prinz — gemeint ist Prinz Heinrich von Preußen als Protektor des Flottenvereins — hat solches niemals getan.

2. „Die heftigsten Rufer im Streit wurden durch andere Persönlichkeiten ersetzt.“

Gemeint ist die Hauptversammlung des Flottenvereins in Hamburg. Damals wurden jedoch die ausscheidenden Mitglieder des Präsidiums — darunter auch ich — e i n s t i m m i g wiedergewählt.

Im Übrigen habe ich keine Veranlassung, auch nach Erscheinen der „Dokumente“, meine hier vertretenen Ansichten über Reichsmarineamt und Flottenverein zu ändern.

## 7. A b s c h n i t t.

Kriegswissenschaftliche Betätigung. Politische Reden. Deutscher Schriftenverband. Deutscher Jugendverband. Alldeutscher Verband. Allgemeiner deutscher Schriftverein. Abgeordneter Stücklein schimpft über mich im Reichstag. Aufsätze in der Tagespresse.

Die Neigung zur Kriegswissenschaft beherrschte mich dauernd. Ich könnte jetzt in dieser Beziehung eine Art 50jähriges Jubiläum begehen.<sup>\*)</sup> Den ersten literarischen Versuch machte ich im Jahre 1872, als ich im „Militärwochenblatt“ eine kriegsgeschichtliche Abhandlung des französischen Capitäns Costa de Serda über die Teilnahme des hessischen Regiments „Groß- und Erbprinz“ bei der Verteidigung von Badajoz (1811) richtigestellte. Durch meine Tätigkeit in der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabes sowie als Lehrer an der Kriegsakademie konnte diese Neigung nur verstärkt werden.

Ich hatte 1880 in den „Preussischen Jahrbüchern“ eine Abhandlung veröffentlicht: „Die Übergabe von Mainz an die Franzosen im Jahre 1792“ als Beitrag zu einer Frage, die bis dahin die Geschichtsforscher vielfach beschäftigt hatte. Allerdings erschien es unglaublich, daß eine der stärksten deutschen Festungen sich widerstandslos einem bunt zusammengewürfelten französischen Heerhaufen ergab, der nicht einmal über Belagerungsgeschütze verfügte. Die Grundlagen für diese Studie hatte ich seiner Zeit schon in Mainz gelegt, während ich dort als Adjutant des Regiments 118 in Garnison stand. Ihren Abschluß fand sie in der Feststellung, daß die allgemeine Trostlosigkeit der damaligen militärischen Verhältnisse in den deutschen Kleinstaaten, der Mangel an politischer Tatkraft die schmachvolle Übergabe herbeigeführt haben. Mainz, „das Reichsbollwerk am Rhein,“ konnte erst im folgenden Jahre nach langwieriger Belagerung durch preussische, hessische und sächsische Truppen zurückerobert werden.

<sup>\*)</sup> Diese Niederschrift erfolgte im Jahre 1922.

Die erste größere kriegsgeschichtliche Arbeit, der ich mich widmete, nachdem ich den Abschied genommen, bestand in der Beteiligung an dem von Professor v. Pflugk-Hartung herausgegebenen großzügigen Werke „Napoleon I.“ Ich schrieb dort die Abschnitte „Der General“ und „Der Konsul“, das heißt die ganze militärische, wie politische Entwicklungszeit vom Unterleutnant bis zum Kaiser (1785 – 1804).\*)

Naturgemäß bildete die Darstellung der Feldzüge 1796/97 in Italien, 1799 Agypten, 1800 Marengo das Hauptstück dieser Abhandlungen. Was den „Feldzug von Marengo“ angeht, so konnte ich an der Hand der neuesten – auch archivalischen – Forschungen feststellen, daß die Legende unter persönlicher Nachhilfe von Napoleon hier die Hauptrolle gespielt hat, was den Sieg von Marengo angeht! Lediglich die Kopflosigkeit der Österreicher, die einen vollkommenen Sieg erfochten hatten, wandelte letzteren in eine Niederlage um, an welcher Wendung Napoleon persönlich gar keinen Anteil hatte.

Das hielt aber damals selbst unseren großen Beethoven nicht ab, eine seiner wundervollsten Symphonien als „eroica“ dem Sieger von Marengo zu widmen! Hans v. Bülow schlug dann später vor – nach einem Konzert in der Philharmonie, das er leitete –, sie in „Symphonie Bismarck“ umzutauschen, was jedoch auf Widerstand stieß!

Solches war, wenn man will, eben nur in Deutschland möglich. Ebenso, daß meine streng wissenschaftlich gehaltene Untersuchung über „Marengo“ das Mißfallen eines deutschen Geschichtschreibers erregte, der im Hauptberuf die Verherrlichung Napoleons betrieb unter der Marke „objektiver Geschichtsschreibung“. In seiner Besprechung über meine Darstellung jener Schlacht leistete er sich u. a. den Satz „natürlich wird hier von einem deutschen „General“ der Ruhm Napoleons zu verkleinern gesucht.“ Haben wir es doch damals fertiggebracht, eine deutsche „Napoleon-Gesellschaft“ zu gründen, zu Ehren eines Mannes, der unfähiges Unglück über Deutschland gebracht hat, der einem brutalen Ehrgeiz Hunderttausende seiner Söhne geopfert hat!

In jener Zeit konnte man ja auch das Schauspiel erleben, daß der Goethebund in Berlin öffentlich für den spanischen Kommunisten und

\*) Napoleon I. Revolution und Kaiserreich. Berlin, J. M. Spaeth, Verlag.

Hochverräter Ferrer eingetreten ist, der zum Tode verurteilt war. Ausgerechnet eine Vereinigung, die den Namen Goethe trug, der ein geradezu fanatischer Gegner allen Umsturzes war — er würde jedenfalls heutzutage als „Reaktionär“ bekämpft werden. Um die Blamage zu vervollständigen, stellte sich bald heraus, daß dieser Schübling des Goethebundes auch als ein moralisch verkommener Mensch angesprochen werden mußte! Ich konnte es doch nicht unterlassen, diese „Komödie der Irrungen“ seitens des Goethebundes im „Tag“ zu beleuchten.

Im Jahre 1902 übernahm ich die Herausgabe der „Jahrbücher für Armee und Marine“, die sich wegen ihrer vollkommenen Unabhängigkeit von amtlichen oder sonstigen Einflüssen im In- und Auslande großen Ansehens erfreuten.

Im folgenden Jahre konnte die Geschichte des Infanterie-Leibregiments Großherzogin (3. Großherzoglich Hessisches) Nr. 117 erscheinen, deren Abfassung ich auf Wunsch des Großherzogs Ernst Ludwig übernommen hatte, dessen Mutter Inhaberin des Regiments gewesen war. Auch Familienerinnerungen sprachen insofern mit, als ein Keim Kommandeur dieses altberühmten Regiments gewesen, — daß mein Großvater mütterlicher Seite an seiner Spitze gestanden, habe ich bereits im ersten Abschnitt erwähnt — und der spätere Generalleutnant Keim, dessen Nekrolog ich 1887 im Militärwochenblatt geschrieben, 1848 und 1849 als Hauptmann im Regiment sich ganz besonders ausgezeichnet hatte. Die Geschichte dieses Regiments zu schreiben, war keine leichte Aufgabe, wie aus einer Besprechung im „Militärwochenblatt“ seitens des späteren Chefs der kriegsgeschichtlichen Abteilung im Großen Generalstabe, General Friedrich, hervorgehen dürfte. Sie lautet: „Die Hauptschwierigkeit, die der Verfasser zu überwinden hatte, bestand im Mangel an Akten. Die Regimentsakten von 1697 bis 1815 sind wahrscheinlich bei dem Brande des Zeughauses in Gießen im Jahre 1832 zugrunde gegangen, und das älteste Aktenstück, über welches das Regiment selbst verfügt, ist ein Ordrebuch der Kompagnie Keim aus dem Jahre 1816. So mußte denn eine begreiflicherweise mit unsäglichen Schwierigkeiten verbundene Durchforschung der Archive in Darmstadt, Marburg, Wien und anderen Orten vorgenommen werden. Trotz der Mangelhaftigkeit des Materials ist es aber dem Verfasser doch gelungen, ein zu-

jammenhängendes und abgeschlossens Bild der großen Vergangenheit des Regiments zu schaffen, was von vornherein als eine aner kennenswerte Leistung gerühmt werden muß. Die nachfolgende, auf der Grundlage des Buches entworfene flüchtige Skizze desselben hat nur den Zweck, auf die Reichhaltigkeit des Inhaltes, aber auch auf die zu überwindenden großen Schwierigkeiten aufmerksam zu machen und zum Lesen des Buches anzuregen. Auch der Nicht-Hesse wird in ihm eine Fülle des Interessanten und Lehrreichen vorfinden."

Bald darauf wurde ich aufgefordert, Beiträge zu liefern zu dem großangelegten Prachtwerk „Deutsche Gedenkhalle“. Dieses reichhaltige, mit Bildern wundervoll ausgestattete, umfangreiche Werk — es zählt 417 Seiten Großfolio — ist leider zu wenig bekannt geworden wegen seines hohen Preises.\*) Es enthält nicht nur rein geschichtliche Abhandlungen — hier sind die besten Namen, wie Erich Marks, Lamprecht, die beiden Dncken, Dietrich Schaefer, vertreten —, sondern auch Kunst, Wissenschaft, Literatur, Wirtschaftsleben, die ganze geistige Entwicklung unseres Volkes finden hervorragende Darsteller, so in den Aufsätzen: Immanuel Kant von Houston Chamberlain, Goethe und Schiller von Otto Harnack, Richard Wagner von Schemann.

Ich übernahm die Abschnitte „Aspern und Wagram“ sowie „Der deutsch-dänische Krieg 1864“. Die Schriftleitung lag in den Händen des Geh. Archivrates v. Pflug-Hartung.

Der Kaiser hatte das Protektorat des Werkes übernommen, und es ist ihm auch gewidmet. Er leitete es ein mit dem Sinnspruch Goethes:

„Was ist das Schwerste von allem?  
Was dir am leichtesten dünket,  
Mit den Augen zu sehen,  
Was vor den Augen dir liegt!“

Der hohe Herr, dessen unbestreitbare Verdienste auf dem Gebiete der Kunst, der Förderung von Handel und Industrie, der Schaffung einer Flotte, die Wilhelm Dncken in einem Schlusaufsatz ohne Byzantinismus gerechterweise hervorhebt, ebenso wie sein gutes Wollen als Herrscher, hat leider in

\*) Deutsche Gedenkhalle. Bilder aus der vaterländischen Geschichte. Veranstalet von Mar Herzog.

Deutschlands Schicksalsjahren das nicht gesehen, was schon lange „vor den Augen Einsichtiger lag“. Nämlich das nicht das Wollen genügt, um seinem Volke zu dienen und zu nützen, sondern daß auch ein fester Wille vorhanden sein muß, drohenden Gefahren rechtzeitig zu begegnen. Diese ungeheurere Gefahr bestand in dem drohenden Weltkriege seitens rachsüchtiger, neidischer, erobrungsgieriger Feinde. Dieser Gefahr war nur zu begegnen durch eine feste, geraden Kurs haltende Politik, durch eine starke Rüstung zu Wasser und zu Lande. Nach beiden Richtungen ist schwer gefehlt worden, und wenn der Kaiser in jenem Sinnspruch das Schwere des Erkennens betont, so ist er oft genug gewarnt und gemahnt worden, auch öffentlich vor aller Welt, „das zu sehen,“ was vor den Augen von weitblickenden, selbstlosen, unabhängigen, nur des Vaterlandes Wohl im Auge haltenden Männern „schon lange lag!“

Daß ich im Flottenverein nach dieser Richtung meine selbstverständliche Schuldigkeit getan hatte, ist wohl nicht abzuleugnen, und wie wir noch sehen werden, habe ich diese Pflicht auch weiterhin im Deutschen Jugendverband und im Deutschen Wehrverein getan. Die Zeit zwischen der nun abgeschlossenen Tätigkeit im Deutschen Flottenverein und der beginnenden in den beiden Neuschöpfungen ließ ich ebenfalls nicht ungenützt im Dienste der vaterländischen Sache! Ehe ich jedoch hierauf eingehe, möchte ich den Abschnitt „Kriegswissenschaftliche Betätigung“ hier einigermaßen abschließen, obgleich sie chronologisch bis zur neuesten Zeit reicht.

Ich wurde 1908 aufgefordert, mich an den Arbeiten der „Cambridge History“, einer Gesellschaft namhafter englischer Gelehrter, die fortlaufende geschichtliche Werke herausgab, zu beteiligen. Ich tat es auch und muß feststellen, daß ich im Verkehr mit den Mitgliedern jener Vereinigung — an ihrer Spitze stand Sir Holland Rose, dem die Geschichtschreibung hervorragende Leistungen verdankt — stets volles Verständnis für die hohen Aufgaben unbefangener Forschung und liebenswürdiges persönliches Entgegenkommen gefunden habe. Ich übernahm in dem umfangreichen Werk die Darstellung des Krieges 1809. Als der Weltkrieg ausbrach und sich England auf die Seite unserer Feinde stellte, brach ich sofort die Beziehungen mit Cambridge ab. Die „Wissenschaftler“ Englands haben sich während des Krieges politisch wie literarisch auf die Seite ihres Landes

gestellt. Das war ihre nationale Pflicht. Daß sie sich aber — abgesehen von verschwindenden Ausnahmen — an dem systematischen Verleumdungs- und Lügenfeldzug gegen die „Hunnen“ beteiligten, gereicht ihnen nicht zur Ehre, denn sie wußten sowohl aus der deutschen Geschichte, als auch aus ihren persönlichen Beziehungen mit Deutschland, daß unser Volk seiner ganzen Veranlagung, Erziehung und Weltanschauung nach ein friedfertiges, gutmütiges Volk ist. Das hatte schon der größte aller englischen Geschichtsschreiber, Thomas Carlyle, laut verkündet. Aber auch, daß der neue englische Bufenfreund, Frankreich, von jeher in der Geschichte einen bössartigen, raublustigen, grausamen Charakter betätigt hat. Da brauchte man nur sein Werk „Die Französische Revolution“ zu lesen.

Die englische theologische Gelehrtenwelt, soweit sie in den großen Universitäten verkörpert ist, hat es sogar nach dem Kriege für gut befunden, einen versöhnlichen Brief des ehrwürdigen Dr. v. Dryander ablehnend zu beantworten. Die Knoch-out-Politik des Herrn Lloyd George soll augenblicklich auch auf geistigem Gebiete fortgesetzt werden. Wer in der Geschichte der englischen Politik Bescheid weiß, aber auch die „Mentalität“ des englischen Volkes in seiner Gesamtheit — vom König bis zum letzten Arbeitsmann — kennt, der wird über solche Erscheinungen nicht erstaunt sein. Nur Herr v. Bethmann samt der Wilhelmstraße hielten hartnäckig an ihren „Illusionen und Utopien“ — um mit dem klugen Grafen Schlieffen zu sprechen — über England fest, zum Verderben Deutschlands! Ich habe mir schon öfter die Frage vorgelegt, ob denn alle diese akademisch gebildeten Deutschen vollkommen verständnislos englische und französische Geschichte gelesen hatten. Ich lege sie mir auch jetzt noch vor, wenn ich die Taten und Reden unserer „Staatsmänner“, von denen einer wenigstens „Oberlehrer“ gewesen ist, neu vor Augen führe! Von den „pazifistischen“ deutschen Professoren ganz zu schweigen. Man kann es wirklich einem aufrechten Deutschen, der sein Vaterland liebt, nicht verdenken, wenn er mißtrauisch wird gegen die Art deutscher Wissenschaft, die „deutsch“ ganz klein schreibt, aber dafür alles Internationale, alles Undeutsche ganz groß! Diese Art Wissenschaft ist eben nichts Anderes als eine feile Dirne im Dienste engherzigster Parteipolitik. Als Thomas Carlyle seiner Zeit das deutsche Gelehrtentum in persönlicher Verehrung (er hatte auf

deutschen Hochschulen studiert) als das höchststehende der Welt pries — unsere Zopfgelehrten nannte er ironisch „Dryasdufte“ —, stand allerdings solche deutsche Afterwissenschaft noch nicht in Blüte!

Mit dem Aufgeben meiner Wirksamkeit im Deutschen Flottenverein hatte ich auf eine solche im öffentlichen politischen Leben nicht verzichtet. Im Gegenteil, ich hielt es gerade jetzt für meine Pflicht, mit meiner Person einzutreten, seitdem mir das Sprachrohr des Flottenvereins versagt blieb.

So war ich aus nationalen Kreisen aufgefordert worden, zur Feier von Bismarck's Geburtstag in Stuttgart zu sprechen. Das geschah auch am 29. März 1908 in der Liederhalle vor einer tausendköpfigen Zuhörerschaft. Ich möchte hier nur einen der letzten Sätze wiedergeben (nach dem Stenogramm), weil er in einem gewissen Zusammenhange mit meiner späteren Tätigkeit steht, soweit sie sich der nationalen Jugenderziehung zuwandte:

„Das deutsche Haus hat die Pflicht, die Jugend zu erziehen im Bismarckischen Geist, und der Bismarckische Geist besteht darin, daß der Deutsche leben soll und, wenn es nötig ist, auch sterben soll wie unsere lieben Toten aus den Jahren 1870/71 für Deutschlands Macht und Deutschlands Ehre. Dann wird das deutsche Volk in allen seinen Gliedern national gesinnt sein, und wenn dieses Ziel erreicht ist, dann wird Deutschland unbesiegbar sein!“ (Lebhafter Beifall.)

Solange Deutschland während des Weltkrieges national gesinnt und gestimmt war, solange hat es einer Welt von Feinden standgehalten, und als es anfang, sich seiner nationalen Kraft durch gewissenlose Hezer und Verführer berauben zu lassen — dazuging es seinem Verderben entgegen!

Besondere Freude empfand ich, als die Ortsgruppe Kaiserslautern des Deutschen Flottenvereins den alten Führer um sein Auftreten bat, und dort sprach ich am 11. Mai 1908 über „nationale Fragen.“

Wiederum zu Bismarck's Ehren sprach ich am 30. Juli desselben Jahres zu meinen Landsleuten in Darmstadt im Zusammenhang mit „nationalen Pflichten.“ Am Tage der Reichsgründung, am 18. Januar

1909, redete ich in Plauen im Vogtlande, ferner am 4. März in Weissenfels, am 25. März in Braunschweig über „nationale Sorgen“, am 3. April in Duisburg bei der Bismarckfeier der nationalliberalen Jugend.

Schon längere Zeit beschäftigte mich der Plan, die Jugendbewegung in nationale Bahnen zu lenken, und ich gründete zu diesem Zwecke den Deutschen Jugendverband, der am 4. Dezember 1908 in Berlin seinen ersten Verbandstag abhielt. Zum 1. Vorsitzenden des Verbandes gewählt, eröffnete ich die Tagung mit einer Rede „Zweck und Ziel des Deutschen Jugendverbandes“. Ich führte u. a. aus (Stenogramm): „Ich bin der Ansicht, daß die Jugend weder religiös noch politisch eine abgeschlossene Weltanschauung haben kann, eine solche bildet sich erst später, und ich für meine Person lehne es ab, daß man religiöse Dinge dazu benutzt, um die Jugend in ihrem Nationalgefühl irgendwie zu schädigen. Es gibt für mich nur eine Weltanschauung, und das ist die deutsche Weltanschauung! (Großer, lang anhaltender Beifall.) Und ich möchte zum Schluß noch aussprechen, daß es die Hohenzollernfürsten gewesen sind, die in trüber Zeit daran gedacht haben, vom deutschen Volke mehr Nationalgefühl zu verlangen. Ich erinnere daran, daß es der Große Kurfürst war, der die Worte geprägt hat: „Gedenke, daß Du ein Deutscher bist!“ Und es ist der Kaiser gewesen, der gesagt hat: „Wir wollen keine Griechen und Römer erziehen, sondern Deutsche!“

Leider hat die dann einsetzende Schulreform nur Stückwerk geleistet, da nicht das Deutsche in den Vordergrund gestellt wurde in Geschichte und Sprachunterricht, sondern die Fremdsprachen, der „philologische“ Geist, — einerlei ob es sich um alte oder neue Sprachen handelte — nach wie vor die Herrschaft führten. Diese Sünden unserer Schulmethoden reichen zurück bis zu dem vielgepriesenen „Humanismus“, der sich nicht genug tun konnte in Verherrlichung der griechischen und römischen Literatur, vor allem ihrer sprachlichen Formvollendung wegen. Das Lateinische wurde die Sprache der „Gelehrten“, wie bald darauf das Französische die Sprache der deutschen Höfe und der „Gebildeten“. Solchen Unfug hat sich kein anderes Volk in diesem Umfange geleistet — auch die fremden Höfe nicht — wie das deutsche Volk und die deutschen Fürsten. Kein Geringerer als

Luther hat jedoch die Leuchte des Humanismus, Erasmus von Rotterdam, rücksichtslos bloßgestellt in seinen „Reden“, weil er als echter kerndeutscher Mann herausfühlte, daß Erasmus undeutsch fühlte und dachte. Er nennt ihn einen „listigen, tüchtigen Mann, einen Wortmacher“ und seine Bücher „giftig“. Feige war er auch, denn auf sein Betreiben verschloß Basel dem flüchtigen Ulrich von Hutten seine Tore. Schaden hat echtem deutschen Geiste auch der *Klassifizismus* zugefügt mit seiner „Weltschwärmerei“, dichtete doch Schiller „Seid umschlungen Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt!“ Die Französische Republik ernannte ihn sogar zum Ehrenbürger. Das sind Anklänge an ein „Weltgewissen“ mit pazifistischem Jrrwahn. Goethe schrieb: „Ich fühle mich in Rom an der Tiber wohler als am Rhein.“ Allerdings war er doch zu scharfsichtig, um nicht die Einseitigkeit der deutschen Gelehrtenschulen zu erkennen, und so geißelt er in recht scharfen Worten die deutschen Gymnasien, die diesen Namen, gemessen an den griechischen Vorbildern, zu Unrecht führten, denn sie bildeten bei Lichte besehen in der Hauptsache eine Fortsetzung der mittelalterlichen Klosterschulen. Seine Französelei und Napoleonvergötterung ging aber doch so weit, daß er 1815 als die Kanonen bei Waterloo donnerten, im Kurssaale zu Wiesbaden mit dem Stern der Ehrenlegion erschien, so daß der Leutnant Graf Tauenzien auf ihn zutrat und das Ablegen des Ordens verlangte!

Eine wirklich *deutsche* Schule haben wir eigentlich nie gehabt, und ich schreibe es mit diesem Mangel zu, daß wir auch niemals ein allgemeines, großes, heißes Nationalgefühl besaßen, wie das bei allen anderen Völkern — selbst den kleinsten — selbstverständlich ist. Gewiß flammte es wiederholt auf — 1813/15, 1870/71, 1914 —, aber ein unzerstörbares, dauerndes Erbstück des deutschen Volkes ist es nicht geworden! Wäre das der Fall gewesen, so hätte es auch während des Weltkrieges unseren äußeren Feinden und inneren Verderbern nicht gelingen können, das deutsche Volk schließlich sich selbst untreu zu machen.

Aus dieser Erkenntnis heraus enthielten auch die Satzungen des Deutschen Jugendverbandes folgende Sätze: „Der Deutsche Jugendverband will die bestehenden Jugendorganisationen und -vereine, die sich eine Förderung der deutschen Jugend zum Ziele setzen, in Hinlenkung auf ein großes gemeinsames *nationale*s Ziel zu einheitlicher Arbeit zusammenführen.

Dieses Ziel erblickt der Verband in der Heranbildung unserer Jugend zu gesunden, charaktervollen deutschen Persönlichkeiten voll Liebe zu Heimat und Volk, zu Kaiser und Reich.“

Ferner: „Ein ausgeprägtes Deutschbewußtsein und das lebhafteste Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit ist in der gesamten deutschen Jugend zu erwecken und zu pflegen:

1. durch Ausbau unseres gesamten Schulwesens, vor allem nach vaterländischen Gesichtspunkten,
2. durch staatlichen oder anderweitigen Zusammenschluß der schulentlassenen Jugend zu einer großen Körperschaft,
3. durch Herausgabe einer Jugendzeitung,
4. durch Verbreitung guter Bücher mit Hilfe des Vaterländischen Schriftenverbandes und ähnlicher Verbände,
5. durch gemeinsame Feiern großer vaterländischer Gedenktage sowie Veranstaltung nationaler Vorträge und Vorführungen aller Art.“

Dann wurde betont, daß die Ausbildung und Pflege des Körpers auf jede Art und weit mehr als bisher zu fördern sei unter Hinweisen auf praktische Maßnahmen.

Auf der ersten Tagung des Verbandes sprachen noch Geheimer Regierungsrat und Gymnasialdirektor Dr. H e y e r (Wiesbaden) und Lehrer L a n g e r m a n n (Kemscheid) über: „Entspricht unsere Schülererziehung den Zielen des Deutschen Jugendverbandes?“ und mußten diese Frage teilweise mit „Nein“ beantworten. Ferner Oberbürgermeister M a ß (Görlitz) sowie Richard Nordhausen (Berlin) zu „Wie kann unsere Jugend national erzogen werden?“

Wertvolle Unterstützung fand ich bei den Bestrebungen des Verbandes durch Herrn Lehrer H o l z (Charlottenburg). Aber auch Feindschaften blieben nicht aus. Das Preussische Kultusministerium hatte in einem Erlaß die religiöse Seite der Jugenderziehung in den Vordergrund gestellt, während der Verband die Ansicht vertrat, daß die religiösen Jugendvereine nicht in der Lage seien, den Großteil der deutschen Jugend in nationalem Sinne unter ihre Banner zu scharen. Ich hatte das ja auch in meiner Ansprache auf der ersten Tagung zum Ausdruck gebracht. Das paßte aber den

Klerikalen beider Konfessionen nicht, und so veröffentlichte Herr Direktor *Stuhrmann* im „Leuchtturm“ heftige Angriffe gegen mich; hauptsächlich weil ich jenen Erlaß des Preussischen Kultusministeriums nicht für „genügend“ erachtet hatte.

Dem Vertreter eines Berliner Blattes, der mich in dieser Angelegenheit „befragte“, erklärte ich: „Wir wollen unsere Jugend zu deutsch denkenden und deutsch fühlenden Männern erziehen. Das ist aber nur möglich, wenn die nationalen Gesichtspunkte bei der Jugenderziehung den Ausschlag geben. Wirklich deutsche Männer stehen auch sittlich hoch, und darum braucht der Religion nicht die vorherrschende Berücksichtigung zugewendet zu werden, die der Erlaß des Kultusministeriums anscheinend ihr zuwenden will.“

Die höchste irdische Religion ist und bleibt für mich eben die Vaterlandsliebe. Wenn man die Kundgebungen der französischen und englischen Bischöfe während des Weltkrieges liest, so atmen sie denselben Geist — das Vaterland über alles! Daß dabei schändliche Verleumdungen der Deutschen eingeflochten sind, ist eine Sache für sich. Jedenfalls beweisen aber jene Auslassungen, daß der französische und englische Geistliche zuerst Franzose oder Engländer ist und dann erst Christ! Denselben Eindruck erhält man aber nicht, wenn man zum Beispiel die milden Erklärungen deutscher Bischöfe gegenüber den Verleumdungen des hohen französischen Klerus liest.

Der Deutsche Jugendverband machte trotz der vielen entgegenstehenden Schwierigkeiten, und da jede amtliche Unterstützung ausblieb — eher trat das Gegenteil ein — Fortschritte, als die Gründung des „Jungdeutschland-Bundes“, dem sofort große Mittel zuflossen, und der sich besonders behördlicher Gunst erfreute, sein Weiterbestehen bedrohte.

Der Gründer und Leiter des Jungdeutschlandbundes, Feldmarschall Freiherr v. d. Goltz, hatte mich als 1. Vorsitzenden des deutschen Jugendverbandes zur Teilnahme an der ersten Versammlung aufgefordert, in welcher die Satzungen des Bundes aufgestellt werden sollten. Da die Satzungen nichts von ausgesprochenen nationalen Zielen des Bundes enthielten, stellte ich den Antrag, sie entsprechend zu ergänzen. Anscheinend aus Rück-

sicht auf gewisse politische Strömungen wurde dieser Antrag bekämpft. Ich fand jedoch sehr kräftige Unterstützung meiner Auffassung seitens des Generals Freiherrn v. Bissing (dem späteren Generalgouverneur von Belgien) und forderte Abstimmung über meinen Antrag, die dann auch eine ansehnliche Mehrheit für diesen ergab.

Der Deutsche Jugendverband trat dann dem Jungdeutschlandbunde korporativ bei, und damit hörte seine Sondertätigkeit auf. Ich hielt aber nach wie vor die Ausgestaltung der Jugendbewegung in festen, nationalgerichteten staatlichen Formen für so notwendig, daß ich sie auch im Deutschen Wehrverein forderte, worauf ich später zurückkommen werde.

Oben ist der „Vaterländische Schriftenverband“ erwähnt worden, den ich ins Leben gerufen hatte, um in kurz gefaßten Abhandlungen wichtige Fragen des öffentlichen Lebens unter besonderer Betonung vaterländischer Gesichtspunkte allgemeine Aufklärung in den weitesten Volkskreisen zu erleichtern. Der Preis dieser Schriften schwankte zwischen 25 und 60 Pfennigen, und ich hatte die Genugtuung, ihnen mit der Zeit wachsende Verbreitung zu verschaffen. Die meisten derselben dürften dauernden Wert beanspruchen und seien deshalb hier angeführt, zumal die Verfasser Namen von gutem Klang aufweisen: Nationale Kunst für Deutschland von Moeller v. dem Bruck. Hurratriotismus und Begeisterung von Eberhard Koenig. Deutsches Wort — Deutscher Hort von Dr. Günter-Saalfeld. Die Frauenfrage von Käthe v. Rosen. Die Bedeutung des Vaterländischen in Haus, Schule und der Öffentlichkeit von Dr. L. Sevin. Sommerspiele auf vaterländischer Grundlage von Dr. Wahler. Das deutsche Volk und die Ausländer von Dr. Hentig. Moderner Bildungsschwindel als Hemmnis eines gesunden Nationalbewußtseins von Prof. Dr. Wolf. Wird Deutschland durch seine Rüstungen wirtschaftlich geschädigt? Hemmen sie seine kulturelle Entwicklung? von Dr. Sevin. Deutsches Recht von Ottomar Beda. Erziehung zur Nation von Moeller v. dem Bruck. Die Mischeiden der Deutschen von Dr. Albrecht Wirth. Euro-

päische Völkertunde und Herkunft der Deutschen von Dr. Wilser. Germanisierung der Religion von Hans v. Wolzogen. Deutsches Volkstum und Vaterland von D. v. Pfister. Vaterland und Politik von General Keim. Deutsche Kulturliebe von Heinrich Drismans. Der Krieg und die Friedensbewegung von Ph. Stauff.

Nachdem der Deutsche Wehrverein ins Leben trat, übernahm dieser den Vertrieb der Schriften des Verbandes.

In jenen Jahren hatten die Bestrebungen, die deutsche Schrift zu verdrängen, es erreicht, daß der Reichstag einen Beschluß faßte, zufolge dessen die deutsche Schrift aus den Schulen verdrängt werden und dafür die lateinische Schrift zur Geltung kommen sollte. Da ich 1. Vorsitzender des „Allgemeinen deutschen Schriftvereins“ war, so erwuchs mir die Pflicht, die ganze Kraft des Vereins einzusetzen, um jenen schädlichen Beschluß des Reichstages zu Fall zu bringen, der uns eines unserer wertvollsten Volksgüter — und das ist die deutsche Schrift — zu berauben drohte. Daß Bismarck ein Todfeind der lateinischen Schrift war, ist ja bekannt, und als ihm eines Tages ein mit lateinischen Lettern gedrucktes Buch zugesandt wurde, lehnte er es mit scharfen Worten ab.

Die Arbeit zur Rettung der deutschen Schrift war nicht leicht angesichts jenes Beschlusses. Daß sie gelang, ist mit das Verdienst des Herrn Adolf Reinecke (Zehlendorf), des Herausgebers des Organs des Schriftvereins und des Heimdall, des unermüdlchen Vorkämpfers für unser Schrifttum. Ferner erwarb sich ein großes Verdienst in diesem Kampfe Herr Dr. Pfeiffer, Reichstagsabgeordneter und Zentrumsmitglied. So gelang es denn, in verhältnismäßig kurzer Zeit 600 000 Unterschriften zu sammeln für eine Eingabe an den Reichstag, um seinen obenerwähnten Beschluß rückgängig zu machen. Das geschah auch, nachdem sich in der öffentlichen Reichstagsitzung eine Mehrheit dafür gefunden hatte! Ich glaube, daß sich die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes auf unserer Seite befand, denn die deutschen Schriftzüge sind ihm sozusagen ans Herz gewachsen! Der „Allgemeine Deutsche Schriftverein“ besteht noch, und ich glaube, sein Bestehen ist in diesen international gerichteten Zeiten dringend nötig. Ich habe es

deshalb auch als eine Genugtuung empfunden, als der Verein mich 1921 zu seinem Ehrenvorsitzenden wählte.

Den Bestrebungen des Alldeutschen Verbandes hatte ich schon stets reges Interesse entgegengebracht, weil er unermüdet für vaterländische Belange im Inlande wie im Auslande eintrat. Nach dem Tode seines Begründers, Prof. Hasse, trat mein engerer Landsmann Claß an seine Spitze und hat trotz aller Stürme bis auf den heutigen Tag das Steuer des Verbandes tapfer gelenkt. Daß er und der Verband für ihr völkisches Streben verfolgt und geschmäht wurden, ist auch kein Ruhmesblatt in der Entwicklungsgeschichte des deutschen Volkes. Wohl aber das Gegenteil, denn in jedem anderen Lande ist das völkische Streben, wie es der Verband vertritt, selbstverständlich für Regierung und Volksgenossen.

Am 6. Dezember 1910 wurde ich nach längerer Zugehörigkeit zum Vorstände seitens des Gesamtvorstandes zum Mitgliede des „Geschäftsführenden Ausschusses“ gewählt, dem ich bis zum Frühjahr 1919 angehört habe.

Auch die Mahnungen wie Warnungen des Alldeutschen Verbandes wurden in den Wind geschlagen, und er kann den Ruhm beanspruchen, selbst während des Krieges sich des besonderen Hasses des Herrn v. Bethmann erfreut zu haben.

Zur Feier der Reichsgründung hatte ich am 18. Januar 1910 in Jena gesprochen und dabei hervorgehoben, daß wir schon seit geraumer Zeit nicht mehr das „Volk in Waffen“ seien, sondern die Franzosen, und daß es hohe Zeit sei, das in militärischer Beziehung nachzuholen im Interesse des Friedens. Auch erwähnte ich den Ausspruch Bismarcks: „Wenn sie uns unterkriegen, dann treiben sie es bis zum Weißbluten.“ Der sozialdemokratische Abgeordnete Stücklen bezeichnete mich daraufhin im Reichstage als „Kriegsbeher“ und verlangte das Einschreiten des Kriegsministers gegen mich, der sich damit entschuldigte, er habe über mich als General a. D. keine Machtbefugnisse!

Daß der Sozialdemokrat Millerand als französischer Kriegsminister außerordentlich viel tat, um das französische Heer in jeder Beziehung zu stärken — dagegen erhoben die deutschen Sozialdemokraten keinen

Einspruch, trotz des angeblichen „internationalen“ Abscheues gegen den Militarismus. Und was das We i ß b l u t e n angeht, so hat das der Schandvertrag von Versailles in Henkermanier durchgesetzt. Siehe die Blutherrschaft am Rhein und im Ruhrgebiet. Die „Entente“ verlangt bis auf den heutigen Tag seine „Erfüllung“, allerdings unter damaliger Zustimmung des Reichskanzlers Dr. Wirth! Diesem Schandvertrage von Versailles haben aber die französischen Sozialdemokraten zugestimmt, ebenso die englische Arbeiterpartei!

Zur Ehrung Bismarcks fand am 5. April 1910 in Hamburg eine große öffentliche Kundgebung auf Anregung des Alldeutschen Verbandes statt, bei der ich ebenfalls sprach, auch im Sinne der Jenaer Rede, was die drohende Kriegsmöglichkeit betraf. Daraufhin erhob sich ein großes Geschrei in der chauvinistischen französischen Presse, weil diese ein schlechtes Gewissen hatte. Unsere demokratische und sozialdemokratische Presse verzeichnete aber „wohlgefällig“ diese Entrüstung des „friedfertigen“ Frankreichs, das sich damals schon auf den Nachkrieg vorbereitete im stillen Einverständnis mit England und Rußland. Da braucht man — abgesehen von anderen Beweisstücken — nur die belgischen Gesandtschaftsberichte aus jener Zeit nachzulesen!

Am 17. Mai 1910 fand in E l b e r f e l d eine Jubelfeier der Evangelischen Arbeitervereine statt, und ich war vom Veranstalter ersucht worden, hierbei zu sprechen. Das geschah zweimal an einem Tage, zuerst nachmittags unter freiem Himmel zu den nach vielen Tausenden zählenden Arbeitern, und abends bei einem von der Stadt Elberfeld gegebenen Festbankett. Diese Anstrengungen waren doch etwas zuviel für einen alten Herrn, und so erkrankte ich noch in der Nacht an Herzstörungen, die es mir eine Zeitlang unmöglich machten, öffentlich zu sprechen. Im November 1911 war ich jedoch wieder hierzu imstande und folgte einer Einladung nach Wien, dort im Deutschen Klub über „Wehrmachtspolitik“ zu sprechen. Am 22. November fand sich dort eine große, glänzende Zuhörerschaft ein, indem zahlreiche Generale und höhere Offiziere sowie sämtliche deutsche Abgeordnete erschienen waren, ebenso die Vertreter der großen Zeitungen. Als ich u. a. sagte: „Frau Italia scheint in den letzten Jahren

an einer Art Arterienverkalkung zu leiden, was die Beziehungen zu Deutschland und Österreich-Ungarn betrifft," so ging hierbei eine lebhafte Bewegung durch die Versammlung. Das Jahr 1916 hat ja dann die Bestätigung dieser Auffassung über die wahre Gesinnung Italiens gebracht, der übrigens schon 1908 Graf Schlieffen öffentlich Ausdruck verliehen hatte in seinem Aufsatz „Der Krieg der Zukunft“. Fürst Bülow sprach aber trotzdem nur von „Extratouren“, und Herr v. Bethmann ließ 1912 in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mit erhobenem Zeigefinger gegen die Schwarzseher erklären, „das Bündnis mit Italien beruhe auf der Herzensmeinung beider Völker.“

Meine Reise nach Wien war in erster Linie auf Wunsch des später ermordeten Erzherzogs Ferdinand erfolgt, der als weitblickender Mann die Gefahren erkannte, die der Doppelmonarchie von Rußland, Serbien und Italien drohten und deshalb eine Verstärkung der Wehrmacht für unbedingt notwendig hielt. Als ich bemerkte, das sei doch Sache eines kaiserlich-königlichen Generals, aber nicht eines preussischen, so wurde mir der Bescheid: „Ja, einem preussischen General glauben's halt eher, wie einem der unsrigen.“

Kurz vorher hatte der gemeinsame Kriegsminister im Reichstage erklärt: „Die Armee ist im Verdorren begriffen.“ Meine Ausführungen, die diesen bedenklichen Sachverhalt nicht verschwiegen, und eine Heeresverstärkung sowohl für Österreich-Ungarn wie für Deutschland aus politischen Gründen für dringend nötig erklärten, fanden lebhaften Beifall, auch in der Presse. Die k. k. Regierung brachte eine Wehrvorlage ein, die aber sehr bescheiden ausfiel und ihre Wirkung erst mit 1922 (!) abschloß. Ich verhandelte damals auch mit dem Kriegsminister, Freiherrn v. Aussenberg, und dem Chef des Generalstabes, Conrad v. Hötzendorff, wobei mir, offen gestanden, der erstere einen großzügigeren Eindruck machte als der letztere, was die politischen Auffassungen anging! Aber in einem Punkte stimmte ich v. Hötzendorff vollkommen bei, daß nämlich Italien nicht zu unseren Freunden zähle.

Am 19. Januar 1911 sprach ich in Erfurt zur vierzigjährigen Gedenkfeier der Reichsgründung vor einer großen Versammlung nationaler

Bereine und führte dort u. a. aus, daß wir jetzt nicht mehr wie 1870/71 das „Volk in Waffen“ seien und hierin eine große politische Gefahr liege, weil der Bismarcksche Ausspruch, wie über die Geschichte der Völker letzten Endes Blut und Eisen entschieden, stets Geltung behielte.

Die Wetterzeichen eines kommenden großen Krieges waren damals für besorgte Vaterlandsfreunde schon sichtbar, und deshalb hatte ich es in den letzten Jahren für meine Pflicht gehalten, dieser Auffassung in der Tagespresse Ausdruck zu geben. Hauptsächlich in der „Täglichen Rundschau“ und im roten „Tag“. Wenn ich heute diese Artikel durchsehe, so darf ich wirklich das Recht in Anspruch nehmen, damals als „Mahner und Warner“ aufgetreten zu sein. Das bezieht sich besonders auf die Artikel: „Die Außenseiter und die Politik“ („Tag“ vom 9. April 1909), „Deutschland und des Siegers Nachfolge“ — hier ist unter „Sieger“ Eduard VII. von England gemeint — („Tag“ vom 11. Mai 1910), „Das versöhnte Frankreich“ („Tägliche Rundschau“ vom 19. Juli 1912), „Die Revolution im Innern“ („Tag“ vom 28. Juli 1912), „Eine Mahnung“ („Tägliche Rundschau“ vom 4. Oktober 1912), „Im Zeichen des Krieges“ („Tag“ vom 5. Oktober 1912).

In dem letztgenannten Artikel stehen die Sätze: „Denn darüber wollen wir uns und Andere nicht täuschen, daß, wenn der Krieg — was die Vorsehung verhüten wolle — über Europa dahinstrift, Deutschland vor allem den großen Gewalthaufen stellen muß, von dessen Siegen oder Niederlagen das Geschick Mitteleuropas abhängt.“

Unter dem Titel „Ein Mahner und Warner“ erschien später — aber noch vor dem Weltkrieg — eine von namhaften Politikern veranlaßte Zusammenstellung jener Artikel, die für die Richtigkeit meiner Auffassung Zeugnis ablegen dürften.

Der hochverdiente, langjährige Chef des Generalstabes, Feldmarschall Graf Schlieffen, vertrat ebenfalls die Ansicht, daß ein Weltkrieg mit der Spitze gegen Deutschland drohe. Er hatte in den „Süddeutschen Monatsheften“ einen schon erwähnten, Aufsehen erregenden Aufsatz „Der

nächste Krieg" veröffentlicht. Er war unwillig über diese „Politik der Utopien und Illusionen“, als welche er unsere Politik kennzeichnete. Der Schwiegersohn des Grafen Schlieffen, General v. Hahnke, schrieb mir dann im Jahre 1921, daß der Feldmarschall wiederholt nach dem Lesen meiner Artikel im „Tag“ ausgerufen hätte: „Der Mann hat Recht!“ Dieses Urteil ist mir noch nachträglich besonders wertvoll gewesen als aus dem Munde eines so hervorragend klugen und weitblickenden Mannes! Aber leider hat er als Chef des Generalstabes nichts getan, um die Folgerungen seiner politischen Einsicht zu ziehen, die doch wirksam nur in einer Stärkung des deutschen Heeres bestehen konnten.

## 8. A b s c h n i t t.

Gründung des Deutschen Wehrvereins. Seine Ziele und Aufgaben. Rasches Wachsen desselben. Angriffe seitens der „Reichsfeinde“. Zunehmende politische Bedeutung des Vereins. Die Heeresvorlage von 1913. Voraussage eines baldigen Krieges und das „Mißfallen“ des Grafen Hertling. Niederlegen des Vorsitzes bei meiner Einberufung nach Belgien im September 1914.

Wie der vorhergehende Abschnitt ergibt, hatte ich wiederholt darauf hingewiesen, daß es hohe Zeit sei, unsere Wehrmacht zu verstärken. Es waren zwar 1910 und 1911 Heeresverstärkungen eingetreten, aber in so kleinen Ausmaßen, daß sie ohne Übertreibung als Flickwerk bezeichnet werden mußten. Seit der Heeresvorlage von 1892 hatte kein deutscher Staatsmann und kein Kriegsminister — abgesehen von den organisatorischen Verbesserungen unter General v. Bronsart — dem Heere, dieser Grundlage a l l e n staatlichen Gedeihens, unter großen Gesichtspunkten ernsthafteste Aufmerksamkeit geschenkt. Fürst Bülow hat zwar später in seinen „Denkwürdigkeiten“ den sogenannten „Militarismus“ verteidigt, aber g e t a n hat er für den Ausbau des Heeres nichts. Auch die Krone versagte, was mit daran gelegen haben mag, daß sie ihr Hauptinteresse der Flotte zuwandte.

Es ist möglich, daß Fürst Bülow, der immerhin Verständnis besaß für die sich immer drohender gestaltende Weltlage — was seinem Nachfolger bei der fixen Idee von der Friedfertigkeit Englands vollkommen abging —, erst die von ihm in Angriff genommene Finanzreform durchführen wollte, ehe er an eine Heeresverstärkung heranging. Da aber die Finanzreform und er mit ihr scheiterte, so blieb seine Kanzlerschaft auf militärischem Gebiete eine unfruchtbare. Außerdem hatte der unter ihm als Ausdruck besonderer poli-

tischer Weisheit aufgekommene Grundsatz „Keine Ausgabe ohne Deckung“ der üblichen Opposition eine brauchbare Waffe geliefert, um den Knopf auf dem Reichsfädel zu halten.

Daß die Zeiger der Weltuhr nicht nach Gelüsten und Programmen deutscher Parteipolitiker oder Messortgewaltiger sich regeln ließen, verschlug diesen weiter nichts — der Gang der Weltgeschichte hatte sich eben nach ihnen zu richten, und wer das bezweifelte, war ein — „Kriegsheker“!

Auch der Generalstab hielt es Ende 1912 — also n a c h der Gründung und Agitation des Deutschen Wehrvereins — für nötig, angesichts der Tatlosigkeit von Krone, Reichskanzler und Kriegsminister eine großzügige Heeresreform zu verlangen. Es geschah das in einer ausführlichen Denkschrift vom Dezember 1912, die sich in den Hauptpunkten beinahe wörtlich mit den Ausführungen und Forderungen des Wehrvereins deckte — sowohl politisch wie militärisch. Ich hebe das besonders hervor, weil die Gegner des Wehrvereins behaupteten, er wäre eigentlich eine „Schöpfung“ amtlicher Stellen. Demgegenüber stelle ich hiermit ausdrücklich fest, daß ich s o w o h l v o r der Gründung des Deutschen Wehrvereins als nach derselben j e d e amtliche Beziehung vermieden habe.

Am 15. Dezember 1911 veröffentlichte ich in der „Täglichen Rundschau“ einen Aufsatz mit der Überschrift „Ein Wehrverein“, der seinen Weg durch einen großen Teil der Presse nahm.

Da in demselben bereits die grundlegenden Gedanken für die Notwendigkeit eines Wehrvereins enthalten sind, aber auch Voraussagen über den unvermeidlichen Weltkrieg sowie über die unausbleiblichen, furchtbaren Folgen eines v e r l o r n e n K r i e g e s für Deutschland — Voraussagen, die sich leider im vollsten Maße bestätigt haben — so folgt hier dieser Aufsatz unverkürzt.

## Ein Wehrverein.

Die Ereignisse der letzten Monate haben in weiten Kreisen des deutschen Volkes den Ruf nach einer neuen Verstärkung unserer Flotte ausgelöst. Ich bin gewiß der letzte, der gegen diese Bestrebungen etwas einzuwenden hätte, nachdem ich Jahre hindurch im Flottenverein für sie gekämpft habe,

weil ich überzeugt war, daß eine starke Flotte eine nationale Lebensfrage sei. Jetzt aber muß sich dem Vaterlandsfreund, der die politische Weltlage unbefangenen prüft, die Überzeugung aufdrängen, daß die Verstärkung unserer Rüstung zu Lande mindestens ebenso dringend nötig ist, als der Flottenausbau. Diese Sorge darf sogar den Vorrang beanspruchen, da sich im nächsten Kriege das Schicksal Deutschlands in erster Linie zu Lande entscheidet. Unterliegt es hier, so sind die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen unübersehbar. Sie sind ohne Übertreibung einfach gar nicht auszudenken. Es darf deshalb schon im Frieden nichts versäumt, kein Opfer gescheut werden, um uns im Kriege die militärische Überlegenheit zu Lande zu sichern, wie das auch bis vor wenigen Jahren in der Welt als feststehend galt. In dieser Schätzung ist aber eine Änderung zu unsern Ungunsten eingetreten. In dieser Beziehung Vogel-Strauß-Politik treiben, würde eine Versündigung an der Nation bedeuten. Eine ähnliche Politik ist aber z. B. kürzlich getrieben worden, was die sogenannte „schwarze Gefahr“ in Nordafrika betrifft. Man hat sie zu leugnen versucht, um dem deutschen Volke das Marokko-Abkommen weniger bedenklich erscheinen zu lassen. Der Versuch ist allerdings mißlungen, aber er beweist, daß unter Umständen auch amtliche Aufmachungen einer sachlichen Nachprüfung bedürfen. Genau so verhält es sich mit Heeresangelegenheiten im Rahmen der Parteipolitik. Sehr im Gegensatz zu andern Ländern, in denen Wehrfragen grundsätzlich außerhalb des Parteigetriebes stehen.

Es kommt hinzu, daß gerade in Deutschland, selbst in Kreisen, wo man das für unmöglich halten sollte, eine erstaunliche Unkenntnis über eigene sowie fremde Wehrangelegenheiten besteht, die Parlamentskreise nicht ausgenommen. Schon aus diesen Gründen erscheint es notwendig, das deutsche Volk über und in Wehrfragen aufzuklären, wie das der Flottenverein auf dem Gebiete des Marinewesens mit Erfolg getan hat. Es sind fernerhin bei uns Kräfte an der Arbeit, die kriegerische Tüchtigkeit des deutschen Volkes zu untergraben, es einer materialistischen Weltanschauung auszuliefern, National-

stolz und Vaterlandsliebe als überwundene Begriffe hinzustellen. Alles dem Traume des Weltfriedens und internationaler Verbrüderung zuliebe. Ein Professor in Freiburg hat kürzlich die Führer dieser Bewegung „Einfaltspinsel“ genannt; aber sie sind noch viel schlimmer, sie sind bewußt oder unbewußt Volksverderber, denn ihre Bestrebungen müssen logischerweise dazu führen, unser Volk zu verweichlichen, körperlich wie ethisch, und es eines Tages unfähig zu machen, seine höchsten Güter mit den Waffen in der Hand erfolgreich zu schützen. Dagegen gilt es sich zu wehren und den betreffenden, auch mit amerikanischen Millionen gefütterten Organisationen ein Gegengewicht zu bieten. Aber das würde immerhin nur eine Abwehrtätigkeit bedeuten. Es gilt jedoch auch einen Verband zu schaffen, der wehrpolitisch wirkt, der das deutsche Volk über die zwingende Notwendigkeit aufklärt, den Ausbau unseres Heeres nach verschiedenen Richtungen hin zu beschleunigen, dessen innere Tüchtigkeit zu heben und seine Kriegsbrauchbarkeit auf einen möglichst hohen Stand zu bringen. Es scheint das um so notwendiger, als leider die letzte Militärvorlage nur Mindestleistungen aufwies, was am meisten im Heere selbst bedauert wurde, das natürlich und durchaus richtig sich nach außen hin nicht äußern darf. Diese Versäumnisse waren einigermaßen nur dann zu erklären, wenn man sich auf den Standpunkt stellte, daß parlamentarische wie finanzielle Erwägungen durchschlagender seien, wie militärische und vor allem politische Erwägungen, daß außerdem der Friede auf Jahre hinaus so gut wie gesichert sei und es einer späteren Zeit vorbehalten bleiben müsse, offenbare militärische Lücken und Unstimmigkeiten zu beseitigen. An Mahnungen und Warnungen unabhängiger Politiker, wie unabhängiger Militärs hat es damals nicht gefehlt, selbst führende Reichstagsabgeordnete wiesen auf „das zu wenig“ hin. Es blieb aber alles ohne Erfolg und so wurde das deutsche Reichsheer organisatorisch für fünf Jahre hinaus festgelegt, ohne daß dringende Erfordernisse Berücksichtigung fanden, was z. B. Frankreich gegenüber insofern einen großen Nachteil bedeutet, als man dort in jedem Jahre, ohne finanzielle oder parlamentarische Rücksichten zu nehmen, an der Heeresverstärkung gesetzgeberisch arbeitet. So ist jetzt u. a. ein Kadre-Gesetz in Vorbereitung, das für die französische Armee eine wesentliche Kräftigung der Kriegsbrauchbarkeit bedeutet. Ich will im übrigen hier nicht näher auf das französische

Heer eingehen; aber es muß doch festgestellt werden, daß das republikanische Frankreich, für das der Revanchegedanke nach wie vor im Mittelpunkt seiner Militärpolitik steht, für die Wehrmacht viel größere finanzielle Opfer bringt, wie Deutschland. Hier stehen im Frieden nur 0,94 vom Hundert unter den Waffen — früher waren es gesetzlich 1 vom Hundert — in Frankreich dagegen 1,40. Bei uns genießt nur die Hälfte der Dienstauglichen eine militärische Ausbildung, in Frankreich nahezu die gesamte Zahl aller Dienstauglichen. Bei uns haben in den letzten beiden Jahren jedesmal rund 355000 Mann des Wehrdienstes geübt, in Frankreich dagegen 615000 bzw. 660000 Mann. Das sind doch gewaltige Unterschiede. Rechnet man hinzu, daß Frankreich — trotzdem es 25 Millionen Einwohner weniger zählt wie Deutschland — doch mehr ausgebildete Soldaten aufweist, so können wir den Ruhm, vorbildlich das Volk in Waffen zu sein, nicht mehr beanspruchen. Auch in finanziellen Aufwendungen für die Wehrmacht stehen wir hinter Frankreich sowie hinter England zurück, indem bei uns 19,5 Mark auf den Kopf der Bevölkerung entfallen, in Frankreich 24 Mark, in England gar 29 Mark. Dabei ist das deutsche Nationalvermögen erheblich größer wie dasjenige Frankreichs, und in den deutschen Sparkassen lagen Ende 1910 über 16 Milliarden Mark. In Preußen ist das Gesamteinkommen seit 1892 von 5,7 auf 13,7 Milliarden Mark gestiegen, d. h. um 144 vom Hundert. Wie man da noch behaupten kann, das deutsche Volk vermöge für Rüstungszwecke keine weiteren Opfer mehr zu bringen, ist wirklich ein starkes Stück. Auch muß daran erinnert werden, daß Deutschland ein unglücklicher Krieg, abgesehen von unübersehbarem sonstigen Elend, mindestens 25 Milliarden kosten würde, deren Zinsen allein nahezu soviel betragen, als wir jetzt jährlich für unsere gesamte Wehrmacht aufwenden.

Also die Menschen haben wir, das Geld haben wir, es fehlt nur an der Entschlossenheit, beides militärisch mehr in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, als dies seither geschehen ist. Was nun die politische Seite der Frage angeht, so kann heutzutage kein Zweifel mehr darüber sein, daß wir im nächsten Kriege

sicher nach mehreren Fronten zu kämpfen haben. Und wenn wir auch der Bundesgenossenschaft Oesterreich-Ungarns sicher sein können, so darf doch nicht übersehen werden, daß vor einiger Zeit der österreichische Kriegsminister offen aussprach, die österreichische Armee sei im Verdorren begriffen, wenn nicht bald eine Heeres-Reform eintrete. Eine solche ist aber bis jetzt nicht erfolgt. Daß Italiens Haltung in einem Kriegsfalle durchaus zweifelhaft erscheint, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Aus alledem folgt, daß das deutsche Heer gegebenenfalls die kriegerische Hauptlast zu tragen hat. Um das zu können, sind wir bei der Mobilmachung vielfach auf Improvisationen angewiesen, weil uns Friedenskadres fehlen. Alle Improvisationen sind jedoch im Kriege minderwertig. Die gesetzlich bestehende Verpflichtung, Ersatz-Reservisten auszubilden, wird bei uns schon seit Jahrzehnten nicht mehr geübt, und so kommt es, daß im Kriegsfalle ältere Jahrgänge in die Feldarmee eingestellt werden müssen, während Hunderttausende von jüngeren Leuten zurückbleiben. Andere Mängel organisatorischer Art sollen hier nicht erörtert werden, aber eins muß besonders hervorgehoben werden, und das ist die Überalterung unseres Offizierkorps, vor allem in Preußen. Diese Überalterung hat bereits eine so bedenkliche Höhe erreicht, daß es geradezu unbegreiflich erscheint, wie hier nicht schon längst Abhilfe geschaffen worden ist, denn von der Leistungsfähigkeit der Offiziere hängen in erster Linie die Ausbildung des Heeres im Frieden und seine Erfolge im Kriege ab. Für solche Uebelstände, wie sie jetzt bei uns nach dieser Richtung bestehen, kann niemand die Verantwortung übernehmen, heiße er wie er wolle, und zu ihrer Beseitigung muß Geld vorhanden sein. Wenn man hört, daß z. B. für die Nutzbarmachung des höchst zweifelhaften Kongogebietes Geld angefordert werden soll, so liegt der Gedanke nahe, dieses Geld unendlich viel nutzbringender zur Aufbesserung des Pensionsfonds zu verwenden.

Man kann sich aber auch dem Eindruck nicht verschließen, daß in unserem Offizierkorps der alte Geist der Einfachheit und Selbstverleugnung nicht mehr überall in dem vollen Maße herrscht, wie das früher der Fall war, und da alle Verfügungen und Verordnungen nach dieser Richtung nicht zu

helfen scheinen, so ist es Pflicht der Öffentlichkeit, gegebenen Falles ein offenes Wort zu sprechen, damit das innere Gefüge des Offizierkorps und damit des Heeres nicht Schaden leidet.

Das sind im großen und ganzen die springenden Punkte, welche es im Interesse des Heeres und damit des Vaterlandes als notwendig erscheinen lassen, einen „Wehrverein“ ins Leben zu rufen. Derselbe müßte bedingungslos unabhängig sein nach jeder Richtung. Er müßte alle Kreise und alle Schichten unseres Volkes ohne Unterschied der Partei und der Konfession umfassen und dürfte kein einseitiges militärisches Gepräge aufweisen. Er müßte durch Wort und Schrift zu wirken imstande sein. Er müßte fest im Auge behalten, daß das deutsche Schwert unbedingt schon im Frieden so scharf gemacht werden muß, daß es im Ernstfalle auch unter den schwierigsten Verhältnissen den Sieg an die deutschen Fahnen zu fesseln imstande ist.

Die Zeiten sind jedenfalls trotz augenblicklichen Friedensgesäusels ernst genug, um unverzüglich an die Lösung einer solchen Aufgabe heranzutreten, die ich geradezu als vaterländische Pflicht bezeichnen möchte. Trifft die Regierung bald Maßregeln, um eine ausreichende Stärkung des Heeres herbeizuführen, so wird der Wehrverein mit allen Kräften dafür in der Öffentlichkeit eintreten. Sollte die Regierung jedoch versagen, dann wird der Wehrverein ebenfalls mit allen Kräften den nationalen Willen zu organisieren versuchen, um eine Stärkung des Heeres zu erreichen.

Alle, die mit vorstehendem Gedankengang einverstanden sind, möchte ich deshalb ersuchen, ihren Namen und Anschrift der Geschäftsstelle des Vaterländischen Schriftenverbandes, Berlin W 62, Kleiststraße 3, mitzuteilen. Es gilt dies auch für Vereine und Verbände. Schließlich wäre noch zu bemerken, daß jetzt schon von geeigneten Persönlichkeiten die Vorbereitung für Schaffung von Ortsgruppen, Provinz- und Landes-Verbänden ins Auge zu fassen wäre, damit auf einer im Januar einzuberufenden Versammlung der Deutsche Wehrverein sofort ins Leben treten könnte.

Berlin, den 15. Dezember 1911.

Reim.

Die in dem Schlusssatz erwähnte einzuberufende Versammlung konnte am 28. Januar 1912 in Berlin tagen. Diese Tagung war ungemein stark besucht aus allen deutschen Gauen. Sie war der Geburtstag des Deutschen Wehrvereins, und ihre Beschlüsse gibt in der Hauptsache der Aufruf wieder, den im Februar 1912 der Ausschuß erließ. Die Wiedergabe dieses Aufrufs erscheint mir auch deshalb am Platze, weil er unterzeichnet ist von denjenigen Männern und Frauen, die von da ab in selbstloser, treuer, unermüdblicher, vaterländischer Arbeit den Verein zur Blüte gebracht und schließlich zu einer gewichtigen Macht in unserem öffentlichen Leben gemacht haben!

## Aufruf!

Am 28. Januar d. Js. ist in Berlin der „Deutsche Wehrverein“ gegründet worden. Daß er in weiten Kreisen des deutschen Volkes als nationale Notwendigkeit empfunden wurde, beweist die Tatsache, daß sich bereits über 7000 Einzelmitglieder zum Beitritt angemeldet haben und 500 Ortsgruppen im Entstehen begriffen sind. Hierbei hat ohne Zweifel die wachsende Überzeugung mitgewirkt, daß bei der Weltlage die Verstärkung unserer Wehrmacht, besonders des Heeres, dringend nötig sei, da sich das Schicksal Deutschlands im nächsten Kriege in erster Linie zu Lande entscheiden wird. Die Folgen eines unglücklichen Krieges sind aber in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Bedeutung unübersehbar. Man hatte bisher solchen Möglichkeiten gar keinen Raum gegeben, weil die Nation immer noch die Erfolge des Krieges 1870/71 vor Augen hatte, wobei übersehen wurde, daß sich die weltpolitischen und militärischen Verhältnisse im Laufe der Jahre verschoben haben, und zwar nicht zugunsten Deutschlands. Es darf im Interesse der Nation selbst aber nicht geduldet werden, daß sie der Neigung nachgibt, sich über die eigenen Angelegenheiten zu täuschen, was Fichte vor 100 Jahren in seinen Reden an die deutsche Nation „ein feiges Entfliehen vor den eigenen Gedanken“ nannte. Diese Gedanken umfassen bei besorgten Vaterlandsfreunden auch das innere Leben und Wesen unseres Volkes. Hier sind Kräfte an der Arbeit, um das völkische Gefüge zu lockern, die kriegerische Tüchtigkeit zu untergraben, uns einer materialistischen Weltanschauung

auszuliefern, Nationalstolz und Vaterlandsliebe als überwundene Begriffe hinzustellen — alles dem Traum des Weltfriedens und der internationalen Verbrüderung zuliebe. Dagegen gilt es, sich zu wehren. Deshalb besagen die Satzungen des „Deutschen Wehrvereins: Er erstrebt die Stärkung des vaterländischen Bewußtseins, sowie die Erhaltung eines mannhaften Geistes im deutschen Volke.“ Diesem Satze schließt sich der weitere an: „Besonders tritt er dafür ein, die deutsche Wehrmacht innerlich wie zahlenmäßig so stark zu machen, daß sie unbedingt imstande ist, den Schutz des Reiches und dessen Machtstellung in der Welt zu verbürgen.“

Diese unbedingte Sicherheit ist aber nicht mehr vorhanden, wenn man in Rechnung stellt, daß im nächsten Kriege Deutschland von mehreren Seiten bedroht sein kann, was bei seiner ungünstigen geographisch-strategischen Lage dann ein Kämpfen unter außerordentlichen Schwierigkeiten bedeutet. Das Gefühl des Vertrauens, wie es noch vor einigen Jahren bestand, muß wieder hergestellt werden, auch als wirksame Stütze unserer auswärtigen Politik. Es kann aber nur wieder hergestellt werden, ebenso wie der Glaube an unsere Überlegenheit beim Auslande, wenn wir schon im Frieden keine Opfer scheuten, keine Anstrengung, um unsere militärische Rüstung zu verstärken. Hierbei ist keine Zeit mehr zu verlieren, zumal in Frankreich demnächst ein Kadergesetz zur Einführung kommt, das wiederum eine Verstärkung seines Heeres bedeutet. Frankreich verfügt aber jetzt schon im Kriegsfalle über mehr ausgebildete Soldaten als Deutschland, trotzdem es 26 Millionen Einwohner weniger zählt.

Wir können schon lange nicht mehr den Ruhm beanspruchen, das „Volk in Waffen“ zu sein, weil wir nur 0,94 Prozent der Bevölkerung unter Waffen halten, Frankreich dagegen 1,40 Prozent, und die persönliche Anspannung im Kriegsfalle dort beinahe doppelt so groß ist wie in Deutschland, gemessen an der Bevölkerungsziffer, abgesehen davon, daß jenseits der Vogesen bei den Hauptwaffengattungen teilweise organisatorische Überlegenheit besteht. Über diese Verhältnisse und so manches andere herrscht im deutschen Volke große Unkenntnis, selbst in Kreisen, deren Pflicht es wäre, sich um solche Dinge ernstlich zu kümmern. Und wenn dann auf den Drei-

bund hingewiesen wurde, so sei bemerkt, daß allein schon die Friedensstärke Deutschlands und Osterreich-Ungarns von derjenigen Russlands und Frankreichs um ungefähr 700 000 Mann überboten wird, im Kriegsfall sogar um 2 Millionen ausgebildeter Soldaten. Unser Verbündeter Osterreich-Ungarn hat in den letzten 30 Jahren sein Heer kaum nennenswert verstärkt.

Solchen Tatsachen gegenüber Vogel-Strauß-Politik zu treiben, würde eine Versündigung an der Nation bedeuten. Es ist Pflicht, das deutsche Volk hierüber aufzuklären, wie es der Flottenverein seiner Zeit in bezug auf die Marine erfolgreich getan hat. Dieser Aufgabe will der „Deutsche Wehrverein“ sich mit unterziehen.

Er hat auch die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Nation zur Verstärkung ihres Heeres Opfer bringen muß, um es schon im Frieden zahlenmäßig, organisatorisch, taktisch auf der vollen Höhe zu erhalten. Er wird hierbei darauf aufmerksam machen, daß Deutschland finanziell bei der Erhaltung seiner Wehrmacht weniger belastet ist, wie andere Großstaaten, und daß die auch parteipolitisch beeinflussten Klagen über drückende Steuerlasten angesichts unserer wachsenden Wohlhabenheit nicht am Platze sind. Das deutsche Nationaleinkommen übertrifft schon heute dasjenige Frankreichs und ist in rascherem Wachstum begriffen als das französische. Ein unglücklicher Krieg aber würde, abgesehen von unsäglichem Jammer und Elend, Summen kosten, deren Zinsen allein schon so viel betragen, als wir jetzt jährlich für unsere gesamte Wehrmacht aufwenden.

Der „Deutsche Wehrverein“ betrachtet es zuzeiten als seine erste Aufgabe, die Regierung zu unterstützen, um die öffentliche Meinung im Zusammenhange mit der kommenden Wehrevorlage über deren dringende Notwendigkeit aufzuklären.

Er will ferner der Überzeugung Raum schaffen, daß Wehrfragen mit Parteipolitik nichts zu tun haben, wie das in anderen Ländern als selbstverständlich gilt. Dieses Bestreben ist auch bei Zusammensetzung des Ausschusses des „Deutschen Wehrvereins“ zum Ausdruck gelangt.

Das sind im großen und ganzen die springenden Punkte, die im Interesse des Heeres und des Vaterlandes es als notwendig erscheinen lassen, einen „Deutschen Wehrverein“ zu gründen, der völlig un-

abhängig sein und bleiben soll nach jeder Richtung. Er will alle Kreise und Schichten unseres Volkes ohne Unterschied der Partei und der Konfession umfassen.

Der „Deutsche Wehrverein“ kann aber seine großen Aufgaben nur erfüllen, seine Ziele nur erreichen, wenn seine Mitglieder sich mit dem Schwunge, dem Eifer und der Selbstverleugnung erfüllen, die notwendig sind, um die Volksgenossen aufzurütteln, zu mahnen, zu warnen, und so dem „Deutschen Wehrverein“ eine machtvolle, öffentliche Wirkung zu sichern, dem Vaterlande zum Schutz und den Feinden zum Trutz!

Berlin, im Februar 1912.

#### Der Ausschuss:

Generalmajor a. D. Keim, 1. Vorsitzender, Berlin. Geheimrat Professor Dr. Paasche, M. d. R., 1. stellvertretender Vorsitzender, Schlachtensee. Landrat a. D. von Dewik, M. d. A., 2. stellvertretender Vorsitzender, Berlin. Geh. Kommerzienrat Bürenstein, Schatzmeister, Berlin. Richard Nordhausen, Schriftführer, Berlin. Frau Marie von Alten, Berlin. Generalmajor z. D. von Gersdorff, Charlottenburg. Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Haller, Stuttgart. Prof. Dr. Freiherr v. Lichtenberg, Südde. Generalleutnant z. D. Liskmann, Neuglobsow. Professor Dr. Hans Meyer, Leipzig. Kreis Schulinspektor Otto, Pinne. Senator Posschl, Lübeck. Heinrich Rippler, Berlin. Prof. Dr. Dietrich Schäfer, Steglitz. Legationsrat z. D. A. v. Schwerin, Berlin.

Vorstehendem Aufruf schließen sich an:

Oberstleutnant z. D. Abbes, Königsberg. Graf Arnim-Muskau, Berlin. Hofbesitzer Ruhage, Wilster i. Holstein. Kommerzienrat Bellardi, Eresfeld. Generalleutnant z. D. Bendemann, Heidelberg. Freiherr v. Berenberg-Göfller, Hamburg. Cornelius v. Berenberg-Göfller, Hamburg. Fris Mley, Berlin. Viktor Blüthgen, Berlin. Maximilian Böttcher, Berlin. Wirkl. Rat Dr. Brunner, M. d. H., Berlin. Prof. Dr. Brunner, Charlottenburg. Prof. Dr. Bloch-Keincke, Rostock. Präsident Carthaus, Posen. Heinrich Elaf, Mainz. General der Artillerie z. D. v. Deines, Berlin. General z. D. v. Dithfurth, M. d. A., Berlin. Heinrich Driesmanns, Berlin. Oberstudienrat Dr. Egelhaaf, Stuttgart. Oberpostinspektor im

Reichspostamt Ehrhard, Berlin. Besitzer und Leiter des „Swäbischen Merkur“ Dr. Carl Elben, Stuttgart. Prof. Dr. Paul Förster, Friedenau. Geh. Bergrat Prof. Franke, Berlin. Freifrau Erna v. Galliera-Swiderfska, Friedenau. Wirklicher Staatsrat Freiherr v. Gemmingen, Stuttgart. Wirklicher Geheimer Rat Giesecke, Berlin. Chefredakteur der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ Dr. J. Grautoff, Leipzig. Pfarrer Dr. Greesen, Serbensbach. General der Infanterie z. D. v. Habering, Blankenburg a. H. Landgerichts-Direktor Dr. Hahn, Kiel. Ottilie v. Hansemann, Berlin. Agnes Harder, Wilmersdorf. Rat Dr. Wartmann, Hamburg. Dr. Hartmeyer, Hamburg. Fabrikbesitzer Dr. jur. Joh. Heckmann, Breslau. Ministerial-Direktor a. D., Chefdirektor der „Kreuzzeitung“ Dr. J. Hermes, Berlin. Kub. Herzog, Obere Burg z. Rheinbreitbach. Rudolf Herzog, Berlin. Prof. Dr. Hoefer, Göttingen. Dr. Hopf, Dresden. Prof. Dr. Höniger, Berlin. Lehrer E. Holz, Charlottenburg. Kreis Schulinspektor Hüttemann, Jaroschin. Prof. Dr. Jaensch, Berlin. Superintendent Klingemann, Essen. Oberregierungsrat Rittergutsbesitzer Dr. v. Körber, Schlachtensee. Landgerichtsrat Krause, Altenburg. General d. Kavallerie z. B. v. Langenbeck, Wiesbaden. Prof. Paul Langhaus, Gotha. Generalleutnant z. D. v. Lessel, Coburg. Geh. Regierungsrat Landrat Dr. Limbourg, Krefeld. Generalmajor z. D. v. Löbell, Berlin. Justizrat Dr. W. Löwenfeld, Berlin. Prof. Dr. Friedrich Meinecke, Freiburg i. Br. Kommerzienrat Merck, Altona. Generalleutnant z. D. Moos, Darmstadt. Staatsrat v. Mosthaaf, Stuttgart. Dr. jur. Freiherr Börries v. Münchhausen, Sahlis bei Köhren. Geheimer Regierungsrat Mertens, Bromberg. Senator Dr. Neumann, Lübeck. Oberkonsistorialrat Dr. Nieders, Königsberg i. Pr. P. Nouvel, Bernburg. Landgerichtsrat Otto v. Pfister, Darmstadt. Klempnermeister H. Plate, M. d. H., Hannover. Herausgeber der „Post“ Dr. Pohl, Berlin. Prof. Dr. Georg Friedrich Preuß, Breslau. Kaiserl. Gesandter a. D. Raschdau, Berlin. Prof. Dr. Ernst Regel, Halle. Geheimer Oberfinanzrat Dr. Rohde, Darmstadt. Otto Fürst zu Salm, Schloß Varlar. Prof. Heinrich Sohnrei, Berlin. Syndikus Scheda, Berlin. Generalleutnant z. D. v. Schmidt, Hannover. Generalleutnant z. D. v. Schmitt, Stuttgart. Dr. Otto Schmidt-Sibichensfels, Friedenau. Senatspräsident Schmölder, Hamm. Frau Gottfried Schwab,

Darmstadt. Generalleutnant z. D. Siemens, Berlin. Prof. Dr. H. Speemann, Rostock. Prof. Dr. Staude, Rostock. Dr. ing. B. Zepelmann, Braunschweig. Admiral à la suite des Seeoffizierkorps Thomsen, Kiel. Oberpräsidialrat Geheimrat Thon, Posen. Geheimrat Vorster, M. d. A., Köln. Wirkl. Geh. Rat Prof. Dr. Ad. Wagner, Berlin. Prof. Dr. Walter, Gießen. Verlagsbuchhändler Theodor Weicher, Leipzig. Rittergutsbesitzer Wundorff-Naulin, Pyritz. Oberbürgermeister Dr. jur. Wilms, Posen. Prof. Dr. Ludwig Wilser, Heidelberg. Prof. Dr. Roman Wörner, München. Prof. Dr. Heinrich Ernst Ziegler, Stuttgart.

Es begann sofort eine rege Aufklärungstätigkeit durch die Presseabteilung und zahlreiche öffentliche Vorträge. Namentlich mußte immer wieder dem törichtem Gerede vom deutschen Militarismus, welches inhaltlose Schlagwort zuerst in Deutschland aufgekommen war für parteipolitische Zwecke, entgegengetreten werden mit dem Nachweis, daß vor allem in Frankreich, gemessen an seiner Einwohnerzahl, ein viel ausgeprägter Militarismus herrsche als in Deutschland. Ferner, daß die Ausgaben für Wehrzwecke auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1911 in Frankreich 52 Mark, in England 69 Mark, in Deutschland dagegen nur 42 Mark betragen.

Diese Aufklärungsarbeit war um so nötiger, als die Linksparteien ebenso wie das Zentrum in ihrer Presse fortgesetzt die öffentliche Meinung irreführten mit falschen Angaben über die angeblich drückende finanzielle Belastung Deutschlands durch seine Wehrausgaben. Es war das ein sehr wunder Punkt in unserem öffentlichen Leben, daß man der Nation aus engherziger Parteipolitik, d. h. um dem Steuerzahler zu schmeicheln, mit der Fürsorge für seinen Geldbeutel die Wahrheit vorenthielt über den wahren Stand der Dinge sowohl nach der militärischen wie nach der finanziellen und volkswirtschaftlichen Seite hin! Jetzt nach dem durch Verfehlung eines Teiles des Heeres und Verhehung der Heimat — beides wiederum aus Geschäftsinteresse der Parteien — verloren gegangenen Kriege tritt der geradezu verbrecherische Widerstand gegen eine rechtzeitige Verstärkung des deutschen Heeres grell in die Erscheinung! Hierbei muß bemerkt werden, daß der Deutsche Wehrverein bei diesem Kampf um die Wirklichkeit der Dinge, d. h. um der drohenden Gefahr zu begegnen, im

Kriegsfall gegen eine ungeheure Übermacht kämpfen zu müssen, auf sich selbst angewiesen war. Während in anderen Ländern die Volksvertretung — ohne Unterschied der Partei — willig Heeresforderungen bewilligten, ja selbst wiederholt aus eigenem Antrieb erhöhten, galt es in Deutschland für eine politische Tat, bei Wehrausgaben zu knausern und abzumachen.

Während in anderen Ländern die Regierungen dankbar waren für Anregungen und Unterstützungen durch patriotische Vereine und Verbände, stellte sich in Deutschland die verantwortliche Regierung auf den Standpunkt amtlicher Unfehlbarkeit und im Zusammenhange damit anfänglich auf geradezu abwehrendes Verhalten gegenüber dem Deutschen Wehrverein. Das ist auch so geblieben bis zur großen Wehrvorlage 1913, deren Einbringen ohne Zweifel mit auf die agitatorische Tätigkeit des Wehrvereins zurückzuführen ist. Es ging doch schließlich nicht an, unanfechtbaren Tatsachen gegenüber weiter Vogel-Strauß-Politik zu spielen. Auf diese Zusammenhänge wird noch später zurückzukommen sein.

Aber auch die Parteien, die auf nationalem Boden standen, verhielten sich recht lau dem Verein gegenüber. Die Nationalliberalen bekämpften ihn wenigstens nicht öffentlich, sie zeigten selbst Verständnis für die Ziele des Vereins, während die Konservativen — auch in ihrer Presse — ihm anfänglich wenig wohlwollend begegneten. So griffen u. a. die Herren v. Oldenburg und v. Graefe mich öffentlich mit der Begründung an, die „Verantwortlichen“ müßten doch alles besser wissen als der Wehrverein.

Trotzdem machte dieser rasche Fortschritte, nachdem einmal Landes- und Provinzialverbände gegründet waren — als erste Landesverbände hatten sich Württemberg und Hamburg gebildet —, so daß bereits auf der ersten Hauptversammlung in Berlin am 12. Mai 1912, nach einer Sitzung des Gesamtvorstandes am Tage vorher, die Zahl der Einzelmitglieder auf 33 000 angegeben werden konnte. Es wurde eine Entscheidung gefaßt, die folgendes zum Ausdruck brachte: „Der Deutsche Wehrverein vertritt nach wie vor die Ansicht, daß im Hinblick auf die militärpolitische Lage Deutschlands die letzte Militärvorlage zu wenig gefordert hat und deshalb der Verein unermüßlich auf folgende Ziele hinarbeiten muß: 1. Tatsächliche Durchführung der all-

gemeinen Wehrpflicht (sie stand nur auf dem Papier, denn ein Viertel der Dienstauglichen wurde nicht eingezogen). 2. Erhöhung des Friedensstandes. 3. Abgekürzte militärische Ausbildung der Ersatzreserve (unter diesem Mißstande hat die rechtzeitige Ergänzung der Fronttruppen im Weltkriege schwer gelitten). Schaffung von starken Reservekadres an Offizieren und älteren Unteroffizieren für die Reserveformationen."

Der erste Vorsitzende führte in einem Vortrage „Die Ziele und Entwicklung des Deutschen Wehrvereins“ u. a. aus: Es ist im Reichstage mit Bezug auf den DWW. gesagt worden — der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg war es — „die Mehrforderer der Heeresvorlage wären Leute von überschäumendem Patriotismus.“

Diesen Ausdruck muß ich in dieser Form zurückweisen, denn, wie die Dinge in Deutschland liegen, kann man gar nicht genug überschäumenden Patriotismus haben, denn das ist es ja gerade, was uns fehlt. Außerdem sind wir erwachsene Menschen und lassen uns von niemand in der Welt, heiße er wie er wolle, das Maß an Patriotismus vorschreiben."

Ich erwähne das, weil es bezeichnend ist für die „Mentalität“ des Herrn von Bethmann, der auch im Kriege alles tat, um den „überschäumenden Patriotismus“ zu dämpfen, den Siegeswillen zu untergraben und so den Grundstein gelegt hat zu Deutschlands Verderben!

Es scheint mir ferner nicht ohne Interesse, was ich damals über die allgemeine politische Lage sagte, gemessen an den Tatsachen, wie sie sich 1914 enthüllten: „Der springende Punkt ist die russisch-französische Allianz und das Einvernehmen beider mit England. Es ist unmöglich, an der gegenwärtigen politischen Lage etwas zu wenden. Daran können alle Reden und Reisen, auch die Mission des Herrn von Marshall nach London nichts ändern. Die politische Lage ergibt sich nicht aus Zufälligkeiten, sondern aus Naturnotwendigkeiten. Die eine Naturnot-

wendigkeit sind die wirtschaftlichen Lebensfragen für England angesichts des stets wachsenden deutschen Handels, die zur Feindschaft mit Deutschland führen muß.

Die zweite ist der nationale Haß und die Rache-  
gier der Franzosen; sie gipfelt in dem Worte „Re-  
vanche“. Darum dreht sich alles, und wer von Ver-  
söhnung mit Frankreich spricht, ist entweder ein  
Dummkopf oder ein Mann, der nicht hören und sehen  
will. Die dritte ist der Massenhaß und die Ländergier  
Rußlands.

Ich bin der festen Überzeugung, daß aus diesem  
historischen Naturgesetze heraus eines Tages der  
Krieg nicht zu vermeiden sein wird, und wir müssen  
den Mut haben, auf diese Schicksalsfrage hinzu-  
weisen.“

Damals wurden wir wegen solcher, gleichsam prophetischer Worte  
„Kriegsheher“ genannt, und es geschieht heute noch von den Revo-  
lutionsmachern samt ihren Mitläufern.

Erwähnt sei noch, daß auf der Gesamtvorstandssitzung Senator Posselt  
(Lübeck) einen vertraulichen Vortrag hielt: „Wehrmacht und Er-  
werbsleben“, in welchem er schon im Frieden die Schaffung eines  
wirtschaftlichen Generalstabes verlangte. Diese Forderung,  
deren Nichterfüllung uns im Kriege unendlichen Schaden zufügte,  
weil wir wirtschaftlich nicht für den Krieg vorbereitet waren, hat der Aus-  
schuß des Wehrvereins auch zu dem seinen gemacht. Nach unendlichen Ein-  
gaben und Verhandlungen wurde endlich durch das Reichsamt des Innern  
eine Konferenz anberaumt, um dem Reichstag eine entsprechende Vorlage zu  
machen. Der Konferenztag war der erste Mobilmachungstag!

An Schriften erschienen während des Jahres 1912:

Schrift 1: Warum muß Deutschland seine Wehr-  
macht verstärken?

Schrift 2: Reden, gehalten auf der Gründungsversammlung des Deutschen Wehrvereins am 28. Januar 1912.

Schrift 3: Heeresvorlage und allgemeine Wehrpflicht.

Schrift 4: Das Unzureichende in der Heeresvorlage.

Schrift 5: Die Heeresvorlage im Reichstag.

Am 5. November 1912 fand im Kriegsministerium eine Besprechung mit dem Direktor des Zentraldepartements, General Wachs, statt, aus der hervorging, daß das Kriegsministerium bestritt, die verabschiedete Heeresvorlage sei ungenügend und „daß das deutsche Heer gar keine bedenklichen organisatorischen Lücken aufweise. Es wurde sogar behauptet, die französische Feldartillerie sei der unsrigen nicht überlegen.“ Das widersprach durchaus der Wirklichkeit, und wir haben das im Weltkrieg 1914 und 1915 bitter empfunden.

Diese Stellungnahme des Kriegsministeriums veranlaßte mich, Ende Dezember 1912 eine Unterredung mit dem Kriegsminister herbeizuführen. Ich entnahm derselben zu meinem Bedauern, daß der Kriegsminister die politische wie militärische Lage falsch einschätzte, eine neue Wehrvorlage nicht in Aussicht stellte und für die Tätigkeit des Deutschen Wehrvereins, wie man zu sagen pflegt, nicht viel übrig hatte. Am 3. Januar 1913 erhielt ich unter Bezugnahme auf die erwähnte Unterredung ein Schreiben des Kriegsministers, in welchem dem Wunsche Ausdruck gegeben wurde, der Wehrverein möge seine aufklärende Tätigkeit einstellen, bis die in London tagende Balkan-Konferenz ihren Abschluß gefunden habe.

Als ich dieses Schreiben im Ausschuß vorlas, rief es durchaus berechtigtes Erstaunen hervor. Natürlich wurde dem merkwürdigen Ansinnen nicht Folge gegeben.

Ich möchte hier auf die Schrift 5 „Die Heeresvorlage im Reichstag“ besonders hinweisen, aus der hervorgeht, wie oberflächlich

diese Lebensfrage einer ausreichenden militärischen Rüstung damals öffentlich behandelt worden ist. Amtlich geschah es mit sachlich sich widersprechenden Redewendungen. Seitens der Mehrheitsparteien — es sind dieselben, die während des Krieges den Siegeswillen zu Fall brachten — geschah es mit Schlagworten und Äußerungen unter voller Verleugnung der tatsächlichen Verhältnisse. Auch der Wehrverein wurde angegriffen. Der Sozialdemokrat Haase sprach von „Gruselig machen mit Arabern und Negern“. Er trat hierbei übrigens nur in amtliche Fußstapfen, denn seiner Zeit hatte der Staatssekretär v. Kiderlen im Reichstage behauptet, in einem künftigen Kriege würden nicht mehr Afrikaner zur Stelle sein wie 1870/71, also ungefähr 17 000! Auch in einer Ausschusssitzung des Reichstages erklärte der Vertreter des Kriegsministers die schwarze Gefahr als keine besonders zu beachtende. Wie recht der Wehrverein auch nach dieser Richtung hatte, beweist die Tatsache, daß nach amtlicher französischer Erklärung am Weltkriege 630 000 schwarze, braune und gelbe französische Soldaten teilgenommen haben.

Herr Erzberger schimpfte damals über die Offiziere z. D., die im Wehrverein tätig waren, und erklärt Offiziere a. D. überhaupt für ungeeignet, in militärischen Dingen maßgebend zu sein, weil sie wegen Unfähigkeit entlassen worden seien. Siehe v. Hindenburg und die vielen Tausende Offiziere a. D. und z. D., die im Weltkriege ihre Schuldigkeit getan haben! Für den Wehrverein und dessen Bestrebungen traten im Reichstage nur ein der zweite Vorsitzende desselben, Abgeordneter Paasche (national-liberal) und Generalleutnant v. Liebert (freikonservativ).

Pflichtmäßig setzte der Wehrverein trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten seine Agitation auch nach Annahme der bei der Weltlage immer noch ungenügenden Wehrevorlage in verstärktem Maße fort, denn er konnte dieselbe nur als Abschlagszahlung ansehen angesichts der sich immer gefahrdrohender gestaltenden auswärtigen Lage und angesichts der verstärkten russischen und französischen Rüstungen. Frankreich führte die dreijährige Dienstzeit ein. Nicht wie die deutschen Antimilitaristen und nicht, wie das Ausland behauptete, infolge der deutschen Rüstungen, sondern weil Rußland das gefordert

hatte, um seinen Verbündeten militärisch möglichst stark zu sehen. Das ist später aktenmäßig festgestellt worden. Auch die Schlussfolgerung des Wehrvereins, daß es Frankreich unmöglich sei, diese ungeheure militärische Belastung längere Zeit zu tragen, und deshalb die Kriegsgefahr näher gerückt sei, hat sich (siehe u. a. die in Brüssel aufgefundenen Berichte des belgischen Gesandten in Paris) vollkommen bestätigt.

Auf der am 18. Mai 1913 in Leipzig stattfindenden zweiten Hauptversammlung konnte der erste Vorsitzende mitteilen, daß der Verein binnen Jahresfrist um 50 000 Einzelmitglieder und 200 000 korporative Mitglieder gewachsen sei. Er konnte auch mit Recht betonen, daß die im Frühjahr desselben Jahres eingebrachte neue Wehrevorlage nichts anderes sei als die endlich in die Tat umgesetzte alte Weisheit des Deutschen Wehrvereins, die man jetzt als neue Weisheit vortrage. Wenn man aber geglaubt hätte, die amtlichen Stellen würden jetzt die unleugbar großen Verdienste des Wehrvereins um die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit der neuen Vorlage anerkennen, so war das irrig. Man konnte es wohl nicht verschmerzen, daß der Verein früher aufgestanden war, als die berufenen Stellen in der Wilhelmstraße und Leipziger Straße. Von den Reichstagsboten der Farbe Erzberger, Payer, Haase ganz abgesehen — aber auch in nationalen Kreisen empfand man es teilweise unangenehm, daß dieser so ganz und gar weder amtlich noch parteipolitisch abgestempelte junge Verein es fertig gebracht hatte, selbständig und aus eigener Kraft seine nur dem Wohle des Vaterlandes geltenden Pläne zum großen Teil verwirklicht zu sehen.

Auf dieser Tagung entwickelte der zweite Vorsitzende, Generalleutnant Lohmann — auch einer der „verbrauchten Soldaten“, der aber dann im Weltkrieg sich als Führer ruhmreich hervortat, ebenso wie der um den Verein besonders verdiente General Freiherr von Soden (Stuttgart) an der Spitze württembergischer und preussischer Truppen — in wichtiger Ausführung die Notwendigkeit der Neuaufstellung von mindestens zwei neuen Armeekorps. Dieser Punkt muß festgehalten werden, denn die Unterlassung dieser Neuaufstellung hat die schwierige Lage an der Marne 1914

herbeiführen helfen. Das steht fest — es wurde selbst von dem General Moltke später zugegeben — und da es ferner feststeht, daß unser Zurückweichen an der Marne mit die Schuld trägt an der für die deutschen Waffen ungünstigen Kriegswendung überhaupt, so mag ein ernsthafter Geschichtsschreiber sich selbst die Schlußfolgerungen ziehen.

Die Hauptversammlung faßte eine Entschliebung, die feststellte, „daß der Deutsche Wehrverein die neue Wehrevorlage mit Genugtuung begrüße, weil sie die von der ersten Hauptversammlung ausgesprochenen Wünsche zum großen Teile der Erfüllung nahe bringt.“ Weiterhin wurden jedoch die volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht erneut gefordert, außerdem Einziehung der jüngeren Jahrgänge der Ersatzreserve zu mehrwöchigen Waffenübungen und Aufstellung zweier neuer Armeekorps, bessere Vorbereitung der Offiziere des Beurlaubtenstandes auf ihre Führertätigkeit im Ernstfalle und endlich Erziehung unseres Volkes zum vaterländischen Pflichtbewußtsein. Ohne Zweifel zeigte unser ganzes Schulwesen nach dieser Richtung Mängel. Es wurde zu viel Gewicht auf totes Wissen und zu wenig auf Belebung und Stärkung des vaterländischen Geistes gelegt. Als geeignetes Mittel hierzu erschien dem Verein auch die militärische Jugenderziehung, die er immer wieder forderte, und deren Durchführung in Frankreich jedenfalls ausgezeichnete Früchte trug, weil sie vor allem eine rasche Ausbildung des Ersatzes begünstigte. Unter diesem Mangel haben wir aber im Weltkrieg empfindlich gelitten.

Auf der am 27. September 1913 in Berlin tagenden 5. Gesamtvorstandssitzung — solche fanden halbjährlich statt — wurde neben Beschlüssen über festere innere Organisation, vertieften Vorschlägen in Sachen der Jugenderziehung, über die schon seit Bestehen des Vereins geforderte Verjüngung unseres Offizierkorps gesprochen. Senator Posschl (Lübeck) schilderte in weiterer Ausführung des bereits erwähnten Vorschlages zur Schaffung eines wirtschaftlichen Generalstabes nochmals die Wichtigkeit desselben im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage im Kriege. Der Weltkrieg hat diesen Vorschlag restlos bestätigt.

Daß er nicht zur Ausführung kam, war jedenfalls nicht Schuld des Deutschen Wehrvereins, wie schon früher angedeutet worden ist.

Das Jahr 1913 hatte auch eine rege und umfangreiche schriftstellerische Tätigkeit des Vereins aufzuweisen. Die seit dem Entstehen desselben erscheinende Monatszeitschrift „Die Wehr“ nahm einen außerordentlich raschen Aufschwung, da sie Ende des Jahres bereits eine Auflage von 96 000 Stück aufwies.

Um den dauernden zielgebenden Zusammenhang zwischen der Leitung, den Landesverbänden, Provinzverbänden, sowie den Ortsgruppen aufrecht zu erhalten, wurden nach Bedarf „Nachrichten des Deutschen Wehrvereins“ von der Hauptgeschäftsstelle ausgegeben. Sie dienten auch zur Versorgung der Tagespresse mit zuverlässigen Angaben über militärische Dinge und fanden in der gutgesinnten Presse willige Aufnahme. Sie bildeten auf die Weise ein äußerst wirksames Werbemittel zur Aufklärung der Öffentlichkeit, was natürlich den Zorn der schwarz-roten Kreise erregte, die noch immer mit Verleumdungen, Entstellungen, selbst groben Unwahrheiten gegen den DWW. arbeiteten, ein Beweis, daß er eine Macht geworden war trotz seines kurzen Bestehens. Er hätte aber diese Macht nicht werden können, wenn nicht seine Sache eine so gute gewesen wäre im Sinne selbstloser Vaterlandsliebe. Auch verschiedene Flugschriften des DWW. waren erschienen, von denen hier Schrift 9 „Wehrfragen und Wehrfürsorge“ erwähnt sei. In den Jahren 1912 und 1913 häuften sich die Angriffe gegen den Wehrverein in der Presse der „Reichsfeinde“ — um mit Bismarck zu sprechen —, im Reichstage und seitens der „Friedensfreunde“. Dieses Treiben geißelte treffend Generalleutnant Litzmann in nachstehendem Artikel der „Täglichen Rundschau“ vom 16. Dezember 1913.

## Die „Freibereien“ des Deutschen Wehrvereins.

Am Mittwoch zog im Reichstage ein Redner der Fortschrittlichen Volkspartei gegen den Wehrverein vom Leder. Er machte die Regierung nachdrücklich aufmerksam gegen die Freibereien dieses Vereins, die sich „zu einer Gefahr auswachsen können,“ und begründete das durch Ausführungen aus einer von General Keim kürzlich in Liegnitz gehaltenen Rede.

Die Herren vom Freisinn lieben es nicht, wenn inaktive Generale sich um vaterländische Dinge kümmern und öffentlich ihre Meinung darüber äußern. Sind diese alten Offiziere während ihrer langen aktiven Dienstzeit dem politischen Getriebe ferngeblieben, so mögen sie auch für den Rest ihres Lebens den Mund halten oder sich wenigstens auf harmlose Gespräche am runden Stammtisch beschränken. Am besten ist es, sie beschäftigen sich mit dem Wetter oder allenfalls mit dem letzten „Militär-Wochenblatt“. Bei inaktiven Stabsoffizieren der Armee und Marine, die ihre Federn in den Dienst der demokratischen Presse stellen, ist's natürlich etwas anderes, da sie imstande sind, den Kriegsminister und den Staatssekretär des Reichs-Marineamts zu belehren. Vor andern Inaktiven, besonders wenn sie Generale sind, ist aber unbedingt zu warnen. Sobald sie nämlich anfangen, ihre sogenannten Kenntnisse und Erfahrungen „in den Dienst des Vaterlandes“ zu stellen, werden sie zu jenen „politisierenden Generalen“, von denen schon ein freisinniger Berliner Professor des Strafrechts öffentlich in Greifswald ausgesprochen hat, daß ihr Treiben an Hochverrat grenze!

Diese Meinung des berühmten Kriminalisten hat der Redner vom Mittwoch sich offenbar zu eigen gemacht, da er auf die „nicht zu unterschätzende Gefahr“ hinwies, die vom Wehrverein heraufbeschworen wird. Er sprach auch von gewissen Erscheinungen in der deutschen Jugendbewegung. „Wir haben nichts dagegen,“ so erklärte er großmütigerweise, „wenn im Jungdeutschland-Bund die körperliche Ausbildung gefördert wird; aber wir müssen uns wehren gegen den Versuch, solche alldeutschen, chauvinistischen Tendenzen in unsere Jugend hineinzutragen, wie sie in manchen Jugendvereinen, die unter dem Protektorat hoher Militärs stehen, gepflegt werden. Solche Dinge (?) führen zu einer Überschätzung von Außerlichkeiten, zu ruhmrediger Überschneidigkeit und Kraftmeierei, zur Unterschätzung der geistigen Werte der Nation, des Kulturfortschritts und der großen Güter unseres deutschen Volkes.“ — „Lebhafter Beifall links“ belohnte den freisinnigen Redner, woraus hervorgeht, daß seine Worte auf den Bänken der Parteigenossen „voll und ganz“ verstanden sein müssen. Ich gestehe, daß ich sie nicht verstanden habe. Aber darauf kann es natürlich nicht ankommen. Der an der Spitze

des Jungdeutschland-Bundes stehende Generalfeldmarschall und ihm behilfliche andere „hohe Militärs“ sind jedenfalls in demselben Grade vernichtet, wie es der Kriegsminister und der Reichskanzler ist.

Wenn so die höchsten Reichsbeamten und Generale der deutschen Armee durch demokratische Redner spielend abgetan werden, dann kann es nicht wundernehmen, wenn auch des Generals Keim letztes Stündlein geschlagen hat. Was hat der Mann auch alles in Liegnitz zusammengeredet! Er hat gesagt, der Wehrverein sei „jetzt notwendiger als vorher“! — Es ist ja richtig, die Franzosen haben jüngst in ihrem unbegreiflichen Patriotismus die allgemeine dreijährige Dienstzeit eingeführt. Sie sind dadurch zur Zeit in der Lage, rund 100 000 Soldaten mehr unter den Fahnen zu haben als wir Deutschen — trotz unserer um 26 Millionen höheren Einwohnerzahl im Lande. Sie können sich, da die gesamte Intelligenz drei volle Jahre dient, ein vorzüglich geschultes Reserveoffizierkorps heranbilden. Aber was tut die gründlichere Ausbildung von Führern und Truppe, was tut die höhere Kriegsbereitschaft, wenn der Freisinn beschließt, diese Vortheile lächerlich zu finden? „Heiterkeit links“ ist die Quittung für den mahnenden Hinweis des Wehrvereins-Generals. — Es ist ja wohl auch richtig, daß der deutsche Michel, sobald er ein gutes Stück Arbeit getan zu haben glaubt, es liebt, sich ein schattiges Plätzchen zu suchen, einen tüchtigen Trunk zu tun und sich danach die Zipfelmütze über die Ohren zu ziehen. Aber warum ihn stören, da er doch eben erst die neue Wehrvorlage unter Dach gebracht hat! Mag er doch eine Weile schlummern, während die Nachbarn in Ost und West sich weiter mit Rüstungen abmühen! Der Freisinn gönnt ihm die „wohlverdiente Ruhe“, findet dabei auch Beifall in anderen Lagern, z. B. die Zustimmung eines süddeutschen Staatsmannes.

Der General Keim hat auch gemeint, die Parteilpolitik müsse heraus, wenn es sich um Wehrfragen handle! Soll denn wirklich „das Vaterland über der Partei“ stehen? Wenn dieser Gedanke die Volksvertretung durchdränge, würde es ja mit all den „Debatten zum Militäretat“ zu Ende gehen! Mögen doch andere Parlamente darauf verzichten, nur nicht das deutsche!

Der General hat sogar seinem „Groll über den Sentimentalitätsdusel“ Ausdruck gegeben! Dabei hat ein bekannter Berliner Geist-

licher erst kürzlich in der Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft erneut nachgewiesen, daß der Krieg abgesehafft werden kann. Und die begeisterte Versammlung hat daraufhin einmütig beschlossen, daß „die Vorgänge in Elsaß-Lothringen“ den „ergreifenden Beweis“ liefern, „wie sehr die ungesunde Steigerung nationaler und militärischer Erregung die Geltung von Gesetz und Recht, überhaupt alle vernünftige Gesittung, auch innerhalb des Gemeinschaftslebens gefährdet.“ Auf das Verhalten der Sozialdemokraten im Reichstage bei der Zabern-Debatte sind die Worte „vernünftige Gesittung“ nicht etwa gemünzt gewesen! O nein, sie bezogen sich lediglich auf die Armee, deren ganzes Wesen und Sein ausgerechnet in Zabern erkannt wurde, und zumal auf den kleinen Leutnant, der vor einem Jahre noch als Fähnrich in der Kriegsschule saß und heute durch demokratische Fürsorge zur weltbewegenden Persönlichkeit geworden ist. Die unter militärischer Knechtschaft seufzenden Elsässer — nur die Polen haben nach Versicherung eines ihrer Vertreter im Reichstage noch mehr Ursache zum Seufzen als sie — sollen geschützt, die Zivilverwaltung im Reichsland soll gestützt werden gegen den Moloch „Militarismus“. Dieser aber muß sterben. Und der Krieg wird abgesehafft; denn so will es die Deutsche Friedensgesellschaft.

Will es nicht auch unser Schiller? Hat er nicht gesungen: „Seid umschlungen, Millionen, dieser Kuß der ganzen Welt“? Keim hat es fertiggebracht, den Liegnikern zu sagen, daß „die Folgen solcher Volksküßerei unsere Niederlagen gewesen sind!“ Vermutlich hat er dabei an 1806 gedacht. Wie häßlich, im Jubeljahr 1913 an das Unglücksjahr Preußens zu erinnern! Wir haben ja doch die Volkserhebung von 1813, den Ausbruch des Befreiungskampfes, den Sieg von Leipzig gebührend gefeiert! Mögen auch Leute, die immer wieder vergleichen müssen, auf den Volksg Geist von damals mahnend hingewiesen haben: den Geist kerniger, nicht sentimentaler Frömmigkeit, den Geist schlichter, nicht posierender Männlichkeit, den Geist glühender Vaterlandsliebe, der alle Kreise unseres Volkes gleichmäßig erfüllte, und den Geist unbedingter, nicht mit dem Begehr nach Gegenleistung verquickter Opferwilligkeit, — wir haben es ja doch nun mit unserer Friedenskultur so herrlich weit gebracht, daß man diese Dinge nachgerade auf sich beruhen lassen kann.

„Herr Keim will also wohl den Schiller ganz aus der Volksschule verbannen und vielleicht in den Pandurenkeller sperren,“ bemerkte der freisinnige Volksvertreter. Der „höchst aktuelle“ Pandurenkeller erzeugte den Jubel seiner Gesinnungsgenossen. Hat unser Schiller nicht etwa auch anderes gedichtet, was der alte General recht oft den Jungen der deutschen Volksschule vorgehalten haben möchte? So z. B.: „Aber der Krieg auch hat seine Ehre, der Beweger des Menschengeschicks“, oder „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre“? Na ja, Schiller ist sich eben seiner Pflichten gegen die „Deutsche Friedensgesellschaft“ und gegen die „Fortschrittliche Volkspartei“ nicht immer klar bewusst gewesen. Hat auch die gefährlichen Treibereien des Deutschen Wehrvereins nicht begriffen! L i s m a n n.

Es kam 1914, das Schicksalsjahr für das deutsche Volk. Daß es ein Schicksalsjahr werden mußte im Kriegsfall, hatte der D.W.V. oft genug eindringlich hervorgehoben. Man nannte seine Mitglieder dafür Chauvinisten und Kriegstreiber. Allerdings war so etwas nur in Deutschland möglich. In anderen Ländern schützte und ehrte man die Männer, die ihr Vaterland militärisch stark sehen wollten.

Im Februar 1914 hatte ich in einer großen öffentlichen Versammlung des D.W.V. in Essen u. a. gesagt: „Man nannte die Befreiungskriege den heiligen Krieg und nannte 1870/71 so. Aber der wahre heilige Krieg wird uns nicht erspart bleiben, in dem über Deutschlands Schicksal entschieden wird. Er ist wohl näher, als viele glauben. Er kann vielleicht schon in diesem Jahre zum Ausbruch kommen. Verlieren wir ihn, so bedeutet das unser Elend, es bedeutet den Verlust von Provinzen im Westen und Osten. Es bedeutet das Opfer von vielen Milliarden. Deshalb müssen wir alles daran setzen, um den Krieg, wenn er unvermeidlich geworden ist, zu gewinnen.“ Diese Ausführungen nahm der damalige bayerische Ministerpräsident Graf Hertling übel, namentlich, weil ich die Aufbringung von ungefähr  $\frac{1}{2}$  Milliarde Mark gefordert hatte, um die immer noch vorhandenen Lücken unserer militärischen Rüstungen zu schließen. Er ließ in dem bayerischen Amtsblatt erklären, „General Keim sei ein

grotesker Politiker, denn er fordere eine halbe Milliarde für militärische Zwecke, und das deutsche Volk sei nicht in der Lage, auch nur einen Pfennig mehr für Rüstungen auszugeben als seither geschehen!"

Dieser Mann wurde später Reichskanzler! Was aber die  $\frac{1}{2}$  Milliarde angeht, die das deutsche Volk damals nicht aufbringen konnte — siehe die Gegenwart!

Die Beziehungen des Wehrvereins zum Kriegsministerium hatten sich inzwischen etwas erfreulicher gestaltet. Man begriff dort, daß mit dem DWB. gerechnet werden mußte angesichts seiner wachsenden Mitgliederzahl, seiner straffen Gliederung und seiner ausgedehnten schriftstellerischen Tätigkeit. Auch vom Chef des Generalstabes erging an den ersten Vorsitzenden ein anerkennendes Schreiben.

So fand unter dem Gefühl des Aufstieges des DWB. und dem Gefühl, daß er sich trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse durchgesetzt habe zum Wohle des Vaterlandes, am 10. Mai 1894 die dritte Hauptversammlung in Posen statt. Diese Stadt war gewählt worden, um den Volksgenossen im Osten zu zeigen, daß die Bestrebungen des Vereins auch unserer Ostmark zugute kommen sollten. Es war gleichsam eine Vorahnung von dem kommenden Verhängnis, das nur zu vermeiden war durch ein bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit zu gehen gewilltes Deutschland.

Die zahlreich besuchte Tagung verlief erhebend in dem einmütigen Bewußtsein, seine Schuldigkeit getan zu haben für das bedrohte Vaterland.

Die Mitgliederzahl hatte 100 000 überschritten. Die Landes- und Provinzialverbände hatten sehr erfolgreich gearbeitet und überall schlossen sich Männer und Frauen aus allen Ständen dem Verein an, dessen lautere Absichten sie erkannt hatten. Aber einen erbitterten Feind besaß der DWB. — abgesehen von seinen politischen Gegnern — und das war der Pazifismus. Ihm galt eine Schrift des DWB. (Schrift 10) mit dem Titel „Die Friedensbewegung und ihre Gefahr für das deutsche Volk“, in welcher ich sowie Generalleutnant Litzmann und Dr. Rogge diese Irrlehre bekämpften.

Da aber diese Irrlehrer fortführen, den DWW. zu verdächtigen, so hielt ich es am Platze, in Posen folgendes zu erklären: „Tene Herren behaupten, der Deutsche Wehrverein treibe Kriegsheze. Die Kriegsgefahr liegt aber doch offenkundig nicht in Berlin, sondern in Paris, London, St. Petersburg! Dorthin sollten die Friedensschwärmer ihre Apostel und ihr Geld schicken. Sie machen es aber umgekehrt, und dann haben sie noch den traurigen Mut, die Leiter des DWW. als Kriegshezer zu bezeichnen und alten Soldaten, die die Schrecken des Krieges aus eigener Erfahrung kennen (ich selbst stellte drei Söhne ins Feld), zuzutrauen, sie wollten ihr Volk in einen Krieg hezen. Das ist eine Infamie, ja wohl Infamie, einerlei ob sie von Gesalbten oder Ungesalbten in Wort und Schrift ausgeht.“

Wie recht auch in dieser Beziehung der DWW. hatte, lehrt ebenfalls der Krieg, denn mit durch die Arbeit der Pazifisten ist der Siegeswille des deutschen Volkes im Kriege erschüttert worden!

Die Hauptversammlung nahm folgende Entschliesung an:

1. Tatsächliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, da trotz der Wehrvorlage im abgelaufenen Jahre immer noch 38 000 Waffentüchtige überzählig bleiben.
2. Vorbereitung der männlichen Jugend für den Heeresdienst unter staatlicher Aufsicht.
3. Umgestaltung des Einjährig-Freiwilligen-Systems.

Da — mitten in die rastlose Arbeit des DWW. der Ruf: „Das Volk zu den Waffen.“ Der erste Vorsitzende meldete sich sofort zum freiwilligen Eintritt und hatte das Glück, am 13. September 1914, trotzdem er im 70. Lebensjahr stand, zur Verwendung in Belgien einberufen zu werden. Er legte zugleich den Vorsitz des DWW. nieder.

Ich möchte aber auch hier zum Schluß die Worte anführen, die ich in Posen gesagt habe, weil ich der Ansicht bin, daß der Deutsche Wehrverein jetzt erst recht nötig ist, um einen wehrhaften Geist im Volk zu wecken und zu erhalten.

Jene Worte lauten:

„Wir heißen nicht umsonst Wehrverein, und wir werden das Fähnlein, das wir an die Stange gebunden haben, von niemandem herunterholen lassen, als wenn wir es selbst tun. Wir werden es aber erst dann tun, wenn der Wehrverein seinen Zweck erfüllt und sein Ziel erreicht hat, das heißt, wir dienen dem Wohle, der Sicherheit und der Macht unseres geliebten Vaterlandes.“

Mit der Macht ist es vorbei — nicht zum wenigsten, weil die Mahnungen des Deutschen Wehrvereins überhört worden sind! Aber dem Wohle des Vaterlandes kann und soll der Wehrverein noch weiter dienen. Sein Zweck ist noch nicht erfüllt!

In nachfolgenden Sätzen hat später Herr Generalleutnant Schwarte, der jetzige Vorsitzende des Deutschen Wehrvereins, die Zusammenhänge zwischen den nicht erreichten Zielen des DWW. und unserem Mißgeschick im Weltkrieg treffend geschildert:

„Der Deutsche Wehrverein hatte in der kurzen Zeit von seiner Entstehung bis zum Beginn des Weltkrieges Großes erreicht, aber zum Gewinnen seiner letzten Ziele hatte die kurze Zeitspanne nicht genügt. Deutschland zog in den Kampf um seine Existenz — voll Begeisterung und voll Vertrauen auf sich und seine Führer, nicht aber in der Rüstung, die ihm für diesen Krieg nötig gewesen wäre. Unvollkommen war das Aufgebot seiner wehrfähigen Männer, unvollkommen war seine technische Ausrüstung, ganz unvorbereitet seine wirtschaftliche Mobilmachung geblieben. Ob in jenen entscheidungsvollen Stunden sich wohl die ganze Schwere der Verantwortlichkeit auf die Seele derer legte, die — aus welchen Gründen auch immer — sich geweigert hatten, das Heer so stark zu machen, daß — wie es der Wehrverein gefordert hatte —, es im Ernstfalle auch unter den schwierigsten Verhältnissen den Sieg an die deutschen Fahnen zu fesseln imstande sei?

In den ersten Tagen machte sich dieses Versäumnis allerdings nicht allgemein fühlbar. Das ganze Volk strömte zu den Kasernen — auch die —, die im Frieden nicht die Waffen getragen hatten; die Mobilmachung

verlief glänzend; ungestört vollzog sich der Aufmarsch und mit ganz gewaltigen Schlägen bahnte sich das Heer den Weg nach Frankreich. Sieg folgte auf Sieg im Westen, und nach schweren banger Wochen des Russeneinfalls brachten Tannenberg und die Schlacht an den Masurischen Seen Siegesgewißheit auch im Osten.

Fast erschien es, als ob die bange Sorge des Wehrvereins zu groß gewesen, als ob seine Anträge über das Maß des Notwendigen hinausgegangen seien. Aber die Schlacht an der Marne und der — unter dem Eindruck unserer nicht ausreichenden Kräfte gefasste — verhängnisvolle Entschluß zum Rückzug brachten eine furchtbare Erkenntnis. Wir wissen heute aus eigenen und feindlichen Zeugnissen, daß trotz unserer Unterlegenheit ein starker Wille doch den Sieg an der Marne errungen hätte; wir wissen aber auch, daß der Verzicht auf den Sieg selbst bei den zur Entscheidung berufenen, weniger starken Gemütern gar nicht erwogen worden wäre, wenn nur einige wenige Divisionen mehr zur Verfügung gestanden hätten. Wenige Divisionen — von ihnen hat unser Schicksal abgehangen! Wenige Divisionen, die, wie vom Generalstab, so auch unablässig und dringlich vom Wehrverein gefordert, von Regierung und Volksvertretung aus mangelnder Erkenntnis, törichten Illusionen und egoistischer Parteidoktrin abgelehnt worden waren!

Wie erschütternd sich dieser Mangel an politischer Erkenntnis rächen sollte, das zeigt uns im vollen Umfange erst die nahezu hoffnungslose Gegenwart.

Schon die nächsten Kriegswochen lehrten, wie unerseßlich die Versäumnisse waren, die Deutschland begangen hatte. Hunderttausende, ja fast eine Million wehrfähiger Männer standen zur Verfügung und forderten Einstellung ins Heer — aber sie waren unausgebildet; selbst die vorbereitende Ersatzreserve-Ausbildung hatte ein armseliger Reichstag aus falscher Sparsamkeit verhindert. — Es fehlten die Kadets, die Offiziere und Unteroffiziere zur Ausbildung der Kriegsfreiwilligen. — Es fehlten Bekleidung, Ausrüstung und Waffen nicht nur für diese neuen kampffrohen Männer, sie fehlten sogar für die ausgebildeten Reservisten und Landwehrlente zur schnellen Aufstellung der Reservedivisionen. Alles mußte neu geschaffen, neu aufgebaut werden. Der erst seit kurzem im Amt befindliche

Kriegsminister, Generalleutnant von Falkenhayn, erkannte die Not. Auch die Notwendigkeit, die fehlende wirtschaftliche Mobilmachung nachzuholen, erkannte er sofort, als er von Männern des praktischen Erwerbslebens darauf hingewiesen wurde. Und mit aner kennenswerter Energie und raschem Entschluß ging er ans Werk. Aber was Jahre und Jahrzehnte hindurch versäumt war, ließ sich nicht in Tagen und Wochen nachholen.

In der damaligen Erkenntnis, daß ein Erstarren der Entschlüsse im Stellungskrieg für Deutschland verderblich sein würde, versuchte der — auch zum Chef des Generalstabes des Feldheeres ernannte — General von Falkenhayn, die zuerst verwendbar scheinenden Kriegsfreiwilligen-Verbände an der Yser einzusetzen, um die Westfront wieder in Bewegung zu bringen. Trotz des über alles Lob erhabenen Opfermuts und trotz glänzender Tapferkeit konnten die unvollkommen ausgebildeten, von opferwilligen, aber teilweise überalterten Offizieren geführten jungen Männer diese schwere Aufgabe nicht lösen. Ihr Sterben blieb vergeblich: auch ihr Tod kommt auf die Seele derer, die sich einer vollen Anspannung der Volkskraft widersetzen.

Der Wehrverein sah alles das, was er im Frieden befürchtet hatte, durch die Gewalt der Tatsachen in furchtbarer Weise bestätigt. Diese Erkenntnis konnte nur eine tief schmerzliche Befriedigung auslösen, denn auch er vermochte die von ihm vorausgesehenen Folgen nicht zu ändern.“

Einer großen öffentlichen Versammlung des Wehrvereins in Danzig am 5. März 1914 wohnte auch der General v. Prittwitz bei, der im Kriegsfall zum Oberkommandierenden der Armee gegen Rußland bestimmt war. Nach meiner Rede gab der General mir gegenüber der Meinung Ausdruck, daß die Russengefahr überschätzt werde, da erfahrungsgemäß die russische Mobilmachung langsam vor sich gehe und die im Osten verfügbaren deutschen Streitkräfte vollkommen genügen, um einen russischen Einfall abzuwehren. Ich war etwas erstaunt über diese Auffassung, da zuverlässige Nachrichten vorlagen, daß in Rußland unter der Maske der Probemobilmachung usw. bereits Truppenverschiebungen nach dem Westen stattfanden. Das bezog sich namentlich auf die sibirischen Armeekorps, die sich tatsächlich bereits im Februar 1914 in Bewegung setzten. Diese „Bewegungen“ wurden fortgesetzt, und verschiedene deutsche Offiziere sowie Kauf-

leute, die in Rußland reisten, hielten es für ihre Pflicht, den deutschen Konsulaten, auch der Botschaft in St. Petersburg, von ihren Wahrnehmungen Mitteilung zu machen, fanden aber nirgends Glauben!

So kam es denn, daß bei Kriegsausbruch die Russen mit überlegenen Kräften in Ostpreußen einfielen und General v. Prittwitz, der meine Befürchtungen für „übertrieben“ hielt, in die Verteidigung zurückwarf. Erst als General v. Hindenburg ihn ersetzte und die Schlacht von Tannenberg schlug, gestaltete sich die Lage im Osten für uns günstig.

Als ich diesen Abschnitt abschloß, erschien ein Buch des Generals der Infanterie Freiherr v. Freytag-Loringhoven, „Menschen und Dinge“, das — treffende Urteile über unsere mangelhaften Kriegsvorbereitungen enthält (S. 151—162). Auch was er dort über die mangelnde Einsicht des Kriegsministeriums schreibt, stimmt. Wenn der General jedoch meint, der Generalstab sei allein in der Lage gewesen, über die Größe der uns drohenden Gefahr sich ein treffendes Urteil zu bilden, so trifft das nicht zu. Geheimnisse nach dieser Richtung gab es nicht, wie der „Deutsche Wehrverein“ wiederholt nachweisen konnte. Das ebenfalls kurz vor dem Abschluß dieses Buches der Öffentlichkeit übergebene Werk von Dr. Herzfeld, „Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege“, bestätigt ferner durchaus die Auffassung des Deutschen Wehrvereins über die Unterlassungen unserer Rüstungspolitik. Die Schlusssätze lauten: „Durch Schwäche und Hilflosigkeit innerpolitisch eingestellter leitender Persönlichkeiten ist Deutschland ungenügend gerüstet in den Schicksalskampf getreten, den das gleiche System der Unzulänglichkeit hat verlieren lassen. Das deutsche Volk hat es furchtbar büßen müssen, daß es aus Gleichgültigkeit, Vertrauenseligkeit und politischer Unfertigkeit nicht verstanden hat, seine Lage rechtzeitig zu durchschauen.“ So war es. An Warner und Mahner hat es jedoch nicht gefehlt, wie dieser Abschnitt einwandfrei ergibt.



## 9. Abschnitt.

Einberufung nach Belgien. Eindrücke in Brüssel. Generalgouverneur Frhr. v. d. Goltz. Landsturm-Inspekteur in Lüttich. Die Landsturmitruppen. Sicherung der Eisenbahnlinien Aachen-Lüttich-Brüssel und Lüttich-Namur. Begegnung mit Generaloberst v. Moltke. Am 1. November 1914 zum Militärgouverneur der Provinz Limburg ernannt. Meine Aufgaben und Befugnisse. Verwaltungsmaßregeln. Ablösung des Feldmarschalls Freiherrn v. d. Goltz durch General Frhr. v. Bissing als Generalgouverneur. Die belgische Frage. Die Bevölkerung. Spionageprozesse. Verdächtigungen meiner Person in der Entente-Prese. Tod des Generalobersten Frhr. v. Bissing. Generaloberst Frhr. v. Falkenhäusen Generalgouverneur. Geordnete Verhältnisse in der Provinz. Die „Mission“ von Walter Bloem. Abberufung aus Belgien. Dankschreiben des Bischofs von Lüttich und des Bürgermeisters von Hasselt.

Mein zweiter Sohn, Kompagniechef im Leibgarderegiment Nr. 115, war in der Schlacht von Voigny am 28. August 1914 durch Brustschuß verwundet und nach Darmstadt verbracht worden. Ich besuchte ihn dort am 12. September und erhielt bei meiner Ankunft ein von Berlin nachgeschicktes Telegramm aus dem Großen Hauptquartier folgenden Inhalts: „Als Garnison-Kommandos-Inspekteur beim Generalgouvernement in Brüssel bestimmt. Stelle sofort antreten.“

Am nächsten Morgen fuhr ich nach Berlin zurück, um die nötige Ausrüstung zu beschaffen, und am 16. September trat ich die Fahrt nach Belgien über Köln an. Hier wurde mir mitgeteilt, daß eine zuverlässige Eisenbahnverbindung mit Brüssel noch nicht hergestellt und zur Weiterreise ein Auto zu benutzen sei. Am 17. abends erreichte ich Namur und übernachtete dort im Gouvernementsgebäude. Um Mitternacht erschienen plötzlich Ge-

stalten im Saale, der mir als Schlafstätte diente. Es waren Geiseln, die jede Nacht dort zubrachten, um für die ruhige Haltung der Bürgerschaft einzustehen. Vorgreifend möchte ich noch bemerken, daß unter jenen Geiseln sich auch der Bürgermeister von Namur befand, der es mit der Zeit fertigbrachte, das Vertrauen des Gouverneurs zu gewinnen, bis sich eines Tages herausstellte, daß jener Herr Spionage im großen betrieb. Vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt, gelang es klerikalen Einflüssen — der Mann war als belgischer Senator Führer der katholischen Partei — über Rom-Berlin eine Umwandlung der Todesstrafe in Freiheitsstrafe zu erwirken.

Am 18. September mittags — ich hatte einen Umweg einschlagen müssen, da der kürzeste Weg durch Franktireurs unsicher erschien — meldete ich mich in Brüssel beim Generalgouverneur Generaloberst Freiherr v. d. Goltz. Da wir zusammen in der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabes tätig gewesen waren, und ich außerdem an seinem 50jährigen Militärdienstjubiläum als Vertreter der „militärischen Wissenschaft“ teilgenommen hatte, so bestanden bereits persönliche Beziehungen.

Was die Lage in Brüssel anging, so las mir der General aus seinem Tagebuch folgendes vor: „Daß die Brüsseler bei der Schwäche der Garnison (es standen, glaube ich, dort nur 4 Bataillone zur Verfügung) mich und das ganze Generalgouvernement nicht schon längst unschädlich gemacht haben, rührt wohl von dem Schrecken her, den Löwen ihnen eingejagt hat.“

Als ich meinem Erstaunen Ausdruck gab, daß die Stadt auf Grund irgendeiner örtlichen Veranstaltung reich geslaggt sei — auch in den Farben unserer Feinde —, meinte v. d. Goltz, „dieses harmlose Vergnügen solle man den Leuten gönnen.“ Eine derartig harmlose Auffassung teilte ich jedoch nicht. Ebenfowenig konnte ich mich der Meinung v. d. Goltz anschließen, daß es nicht angezeigt sei, den Erzbischof von Mecheln, den berühmtesten Kardinal Mercier, und den widerspenstigen Bürgermeister Marx von Brüssel in Deutschland zu internieren. v. d. Goltz war der Ansicht, solches läge auch nicht in den Absichten der Reichsregierung. Wie schädlich solche durchaus unangebrachte Milde den deutschen Belangen sein sollte, stellte sich später heraus, und wenigstens der Bürgermeister wurde dann nach Deutschland verbracht. Von Herrn Mercier wird noch die Rede sein. Einen weiteren Beweis von der Vertrauensseligkeit des Generalgouverneurs erhielt

ich am Nachmittag bei einer Autofahrt an die Front südlich Gent. Man sah dort die belgischen Vorposten, und ich traute meinen Augen nicht, als v. d. Goltz den Pfarrer eines von uns besetzten Dorfes in liebenswürdigster Weise ansprach und sich sogar mit ihm über die beiderseitigen Stellungen unterhielt. Auf Drängen eines der Adjutanten machte ich der Unterhaltung ein Ende, und als ich die Ansicht aussprach, daß dieser Pfarrer doch ohne Zweifel mit seinen belgischen Landsleuten in der Front Beziehungen unterhalte, sowie ihnen Auskunft über unsere Stellungen gebe, meinte v. d. Goltz, der Pfarrer sei ein „braver“ Mann, den er kenne, und der solches Mißtrauen nicht verdiene. Als ich mich am Abend von dem Generalgouverneur verabschiedete, teilte er mir mit, in meinem Gasthof sei eine Wache untergebracht, um die dort wohnenden Offiziere bei einem Aufstande zu schützen. Ein solcher schien ihm auch um deswillen nicht ausgeschlossen, weil inzwischen der Rückschlag an der Marne bekanntgeworden war und bei den Belgiern neue Hoffnungen erweckt hatte. Die Nacht verlief jedoch ohne Störungen, und am nächsten Morgen erfuhr ich, daß eine Neueinteilung Belgiens in militärischer wie in Verwaltungsbeziehung eingetreten sei. Sie bestand in der Errichtung von „Landsturm-Inspektionen“ und „Bezirks-Inspektionen“. Ersteren lag vor allem der militärische Schutz der Eisenbahnen sowie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande ob, letzteren die Ausübung von Verwaltungs- wie wirtschaftlicher Tätigkeit. Ich war zum Landsturm-Inspekteur Lüttich bestimmt und begab mich sofort dorthin, um die Stellung anzutreten, die mir vom Generalgouverneur als besonders wichtig bezeichnet wurde, da es sich hier in erster Linie um den Schutz der großen Eisenbahnlinien handelte, die von Aachen aus über Lüttich und Namur nach der Front im Westen führten.

In Lüttich eingetroffen, mußte ich mir meine Truppen erst förmlich zusammensuchen, die bis dahin ohne einheitliche Leitung zusammen mit Eisenbahntrouppen rein örtlich ihren Dienst versehen hatten. Es waren im ganzen 13 Landsturmbataillone und 1 Landsturmeskadron. Da diese Truppen unter schwierigen Verhältnissen und mit größter Pflichttreue ihren meist sehr anstrengenden Dienst musterhaft versehen haben und bis jetzt keine Geschichte von der Tätigkeit der Besatzungsarmee in Belgien vorhanden ist, halte ich es auch für geschichtliche Pflicht, jener Landsturmtruppen hier zu gedenken. Es standen zur Verfügung:

- Landsturmbataillon Gelsenkirchen — Hauptmann Frhr. v. Seydlitz — Stabsquartier A ubel.
- Landsturmbataillon Lennep — Oberstleutn. Frhr. v. Eynatten — Stabsquartier Dolhain.
- Landsturmbataillon Schwerin I — Hauptmann Fromm — Stabsquartier Dolhain.
- Landsturmbataillon Weisenfels — Major v. Livonius — Stabsquartier Werviers.
- Landsturmbataillon Soest — Hauptmann Nohl — Stabsquartier Werviers.
- Landsturmbataillon Detmold — Oberst v. Schlabrendorf — Stabsquartier Pepinster.
- Landsturmbataillon Torgau — Oberst Harlfinger — Stabsquartier Messenvael.
- Landsturmbataillon Bamberg — Oberstleutnant Steyrer — Stabsquartier La Rochette.
- Landsturmbataillon Naumburg — Hauptmann Zoelle — Stabsquartier Aman.
- Landsturmbataillon Prenzlau I — Oberstleutnant v. Eschwege — Stabsquartier Selaigne'al.
- Landsturmbataillon Hannover II — Hauptmann Spöhr — Stabsquartier Tongern.
- Landsturmbataillon Minden — Major Eckform — Stabsquartier Hasselt.
- Landsturmbataillon Nürnberg — Hauptmann Wöhrle — Stabsquartier Sint Truiden.
- Landsturmescadron Torgau — Rittmeister Bueh — Stabsquartier Gr. Nechain — 1 Zug in Huy.

Die Bewachungstrecken wurden nun genau verteilt und abgegrenzt, Feldwachen an den gefährdetsten Punkten aufgestellt, Dienstbetrieb und Verpflegung geregelt. Große Schwierigkeiten bot die Bekleidung, da eigentlich nur die bayerischen Bataillone in dieser Beziehung gut ausgestattet waren. So trugen u. a. die Mannschaften des Bataillons Prenzlau teilweise noch Zivilanzüge. Es fehlte vielfach an Mänteln und Stiefeln. Da sich

bald regnerische und kalte Witterung einstellte, mußte hier Abhilfe geschaffen werden. Die Intendantur arbeitete aber erfahrungsgemäß unständig bürokratisch, und ich fuhr deshalb nach Brüssel, um mir persönliche Vollmacht vom Generalgouverneur zu erwirken, daß ich *selbständig* in Aachen die nötigen Mäntel, Beinkleider und Stiefeln beschaffen könnte. Ich erhielt die gewünschte Vollmacht, und da ich in Aachen als Regimentskommandeur gestanden hatte, gelang es mir, dort leistungsfähigen Fabriken entsprechende Aufträge zu geben, die in 14 Tagen ausgeführt waren, so daß die Truppen mit Ruhe dem Winter entgegensehen konnten. Allerdings erregte dieses den Buchstabenvorschriften nicht entsprechende Verfahren meinerseits das Entsetzen der Intendantur, und so wurden denn die Ausgaben später „beanstandet“. Ja, schließlich sollte ich einen Teil derselben aus meiner Tasche bezahlen, da die Lieferungen nicht vorschriftsmäßig ausgeschrieben gewesen seien! Das war mir denn doch zuviel, und ich lehnte das in einem ziemlich deutlichen Telegramm nach Berlin auf das bestimmteste ab. Es half aber nur teilweise, denn eine Restsumme — ich glaube, es waren 56 000 Mark — sollte ich unter allen Umständen zahlen; jedoch war mir anheimgegeben, auf dem Immediatwege bei S. M. die Niederschlagung dieser Summe nachzusuchen. Auch das verweigerte ich, da die von mir getroffenen Maßregeln nur im Interesse des Dienstes getroffen worden seien. Wie die Sache ausgegangen ist, erinnere ich mich nicht mehr genau, glaube jedoch, daß der Generalgouverneur sie aus Mitteln des Dispositionsfonds aus der Welt schaffte.

In der letzten Septemberwoche war ich in Lüttich mit dem mir von früher her bekannten Chef des Generalstabes, Generaloberst von Moltke, zusammengetroffen. Durch v. d. Goltz hatte ich die näheren Umstände erfahren, unter denen v. Moltke im Zusammenhange mit der Marneschlacht in Ungnade gefallen war. So einigermaßen vorbereitet, erschrak ich doch bei dem verstörten Aussehen v. Moltkes. Er war vollkommen apathisch und machte den Eindruck eines gebrochenen Mannes. Moltke war ein vornehmer Charakter, ein guter Soldat, aber für seinen verantwortlichen Posten fehlte ihm neben der wissenschaftlichen Durchbildung — er hatte seine Dienstzeit meistens bei der Truppe verbracht — der sichere Blick für große und namentlich für schwierige Verhältnisse. Eine weiche Natur und außerdem von schwankender Gesundheit. Er hatte in richtiger Einschätzung der Welt-

lage die bereits erwähnte Denkschrift des Generalstabes vom Dezember 1912 u n t e r s c h r i e b e n — trotzdem aber den Verfasser derselben, den damaligen Obersten L u d e n d o r f f, dem Reichskanzler sowie dem Kriegsminister geopfert, weil jene Denkschrift diesen wegen der darin enthaltenen Forderungen unbequem erschien. Dazu durfte sich v. Moltke nicht hergeben, oder er mußte die Folgerungen durch den eigenen Rücktritt ziehen. Außerdem hatte er den genialen Kriegsplan des Grafen Schlieffen geändert, welche Änderung ohne Zweifel dazu beitrug, daß die Marneschlacht kein deutscher Sieg wurde. Trotzdem hätte diese Schlacht aber nicht zu einem deutschen Rückzuge zu werden brauchen, wenn Moltke nicht den Oberstleutnant Hentsch mit m ü n d l i c h e n Anweisungen an die Front geschickt hätte, anstatt sich selbst dorthin zu begeben oder mindestens den Generalquartiermeister zu entsenden.

Es ist hier nicht der Ort, um sich über das Marne-Drama — die Franzosen nannten es das „Marne-Wunder“ — näher auszulassen, als es bereits geschehen ist. Jedenfalls lasteten jene Vorgänge augenscheinlich schwer auf dem Generalobersten v. Moltke, und ich brachte sie deshalb bei der Begegnung aus naheliegenden Gründen nicht zur Sprache.

Die Sicherheitsverhältnisse in der Landsturminspektion Lüttich gestalteten sich bis Mitte Oktober namentlich südlich der Linie Maestricht — Hasselt — Diest schwierig, und hier trug das Landsturmataillon Minden die Hauptlast. Die Ursache lag darin, daß das nur 12 Kilometer nördlich gelegene Lager von Beverloo nicht von uns in Besitz genommen worden war. Ich hatte mich dem Generalgouverneur gegenüber erboten, diese „Expedition“ auszuführen, wenn mir 2 Bataillone und 1 Batterie zur Verfügung gestellt würden, was er jedoch abschlug, da er meinte, das Lager sei stark besetzt. Tatsächlich befanden sich dort nur einige hundert Mann, meistens belgische Gendarmen.

Das Landsturmataillon Minden hatte am 18. September zusammen mit dem Landsturmataillon Nürnberg Sint Truiden und Umgegend besetzt. Fast täglich fanden auf die Meldungen hin, daß starke feindliche Kräfte von Norden her anrückten, Alarmierungen sowie die Besetzung vorbereiteter Gefechtsstellungen statt. Die Meldungen bestätigten sich zwar nicht, aber vorgeschickte Radfahrerpatrouillen wurden häufig beschossen.

Am 27. September rückte General v. Koge mit einer Landwehr-Brigade von Lüttich aus gegen Aerschot vor. Das Landsturmbataillon Minden besetzte am gleichen Tage Hasselt und trieb in den nächsten Tagen Patrouillen in nördlicher und nordöstlicher Richtung vor, die unter Verlusten auf den Feind stießen. Von einem Inbetriebsetzen der Bahnlinie Bilsen — Hasselt — Diest konnte unter diesen Umständen keine Rede sein.

Am 2. Oktober wurde Beverloo besetzt, aber in der Richtung auf Maastricht blieb die Gegend unsicher, und dieser Zustand dauerte bis nach dem Fall von Antwerpen. So wurde noch kurz vorher östlich Hasselt eine Husarenpatrouille der Landsturmescadron Düsseldorf abgeschossen, die im Walde übernachtet hatte und am Morgen in einem nahen Gehöft beim Tränken überfallen worden war. Zwei Husaren wurden getötet, der dritte konnte sich noch retten. Ich war auf die Nachricht hin an Ort und Stelle gefahren und ließ das Gehöft — dessen Bewohner geflohen waren — niederbrennen. Ich erwähne das nur als Beweis für die Kampfweise der „unschuldigen“ Belgier, und wenn dann nach Kriegsgebrauch — wie hier geschehen — Vergeltung geübt wurde, so ertönte in der ganzen Welt unter Vorantritt der Ententepresse das Geschrei über die Grausamkeiten der „Hunnen“.

Einige Tage vor der Kapitulation von Antwerpen (9. Oktober) — die Wirkung der 42-Zentimeter-Mörser hatte ich schon früher an Ort und Stelle beobachten können — war ich im Auto durch das brennende Mecheln gefahren und begegnete dort an der Südfront der Belagerungsarmee der Marine-Division, die in östlicher Richtung — also nach der holländischen Grenze zu — marschierte. Das erschien mir auffallend. Bei der Kriegslage mußte doch vor allem ein Durchbruch verhindert, also nach Westen an der Schelde die Lücke geschlossen werden, die es der Besatzung von Antwerpen ermöglichen konnte, dort durchzustossen, um sich über Ostende mit den Entente-truppen zu vereinigen. Je mehr Belgier nach Osten, also Holland, entwichen, desto günstiger war das für uns, und ein Absperren nach Osten war deshalb gar nicht angebracht. Der Generalfeldmarschall, dem ich begegnete, stimmte mir zu. Er bemerkte jedoch dabei, die Belagerungstruppen unterstützen ihm nicht, was ja auch der Fall war.

Nun ist es schließlich dem größten Teil der sehr starken Besatzung von Antwerpen — darunter 2 englischen Brigaden —, die aber schließlich vollkommen demoralisiert waren, gelungen, nach Westen abzumarschieren und die Ententearmee unangefochten zu erreichen. Sie führte dieser eine Verstärkung von über 70 000 Mann zu, bildete deren linken Flügel und hat in den bald darauf stattfindenden Kämpfen an der Yser eine bedeutende Rolle gespielt.

So gab 'es auch weiterhin eine „Belgische Armee“, die es nicht mehr gegeben hätte, wenn die Besatzung von Antwerpen entweder in deutsche Gefangenschaft geraten oder nach Holland übergetreten wäre. Letzteres geschah nur von 28 000 Mann.

Es ist versucht worden, auch amtlich, diesen in hohem Grade bedauerlichen Vorgang mit dem Mangel an den nötigen Truppen zu rechtfertigen. Wo aber soviel auf dem Spiele stand für den weiteren Kriegsverlauf, mußte doch wohl wenigstens der ernsthafte Versuch gemacht werden, den Belgiern, die gänzlich unangefochten Antwerpen verließen, den Abzug zu verwehren. Daß ein solcher Versuch Erfolg versprochen hätte, ist im übrigen von Oberst K l e h m e t überzeugend in einem Aufsätze: „Kritische Beiträge zum Weltkrieg: Antwerpen“, nachgewiesen worden.

Meine Tätigkeit als Landsturm-Inspekteur näher zu schildern, entbehrt des allgemeinen Interesses. Jedenfalls hat sie aber dazu beigetragen, Land und Leute in Belgien näher kennenzulernen. Ich hatte es hier mit „Wallonen“ zu tun, später in der Provinz Limburg mit „Flamen“, so daß ich in der Lage bin, ein sicheres Urteil über die belgische Bevölkerung zu gewinnen, was noch zu berühren sein wird.

Auch festigte diese Tätigkeit die Überzeugung, daß ich körperlich noch imstande sei, dem Vaterlande gute Dienste zu leisten. Ich war jeden Tag bei meinen Landsturmbataillonen und fand sie stets „auf dem Posten“ in des Wortes weitester, bester Bedeutung. Die zu sichernden Bahnstrecken wiesen allein 77 Kunstbauten — meistens Tunnels — auf, und als ich von den braven Landstürmern Abschied nahm, konnte ich ihnen mit Recht zurufen:

Lüttich, den 1. November 1914.

Durch Allerhöchsten Befehl zum Militärgouverneur der Provinz Limburg ernannt, scheidet ich mit dem heutigen Tage von den Landsturmbataillonen Schwerin, Lennep, Soest, Weisensfels, Detmold, Bromberg, Naumburg, Prenzlau und Gelsenkirchen.

Es war mir eine aufrichtige Freude, fünf Wochen lang diese Bataillone unter meinem Befehl gehabt zu haben. Es sind das gerade die Wochen gewesen, während derer der Neuaufmarsch der Armee im Westen vielfach über unsere Bahnlinien ging. Es ist während dieser Zeit keine Schiene gelockert, kein Stein aus den vielen Kunstbauten entfernt worden: ein Ergebnis, auf das die feitherige Landsturminspektion Lüttich stolz sein kann!

Dieses Ergebnis war nur zu erreichen durch unermüdlige Pflichttreue, durch stramme Manneszucht und vor allem durch den ausgezeichneten Geist, von dem Offiziere, Beamte, Unteroffiziere und Mannschaften ohne Ausnahme stets befeelt waren!

Ich rufe ihnen allen hiermit ein herzliches, kameradschaftliches Lebewohl zu mit den besten Wünschen für die Zukunft!

gez. Keim."

Die Neuregelung der Verwaltung in Belgien war durch eine Verfügung des Generalgouverneurs vom 23. Oktober bekanntgegeben worden, die u. a. folgendes bestimmte:

1. An die Spitze jeder der bisherigen 9 Provinzen wird ein Generalleutnant oder Generalmajor gestellt als Militärgouverneur. Ihm untersteht ein Militär- und Zivilstab.

2. An die Spitze des Zivilstabes tritt ein höherer Verwaltungsbeamter als Präsident der Zivilverwaltung mit der erforderlichen Zahl von deutschen Beamten.

Die Verwaltungsgeschäfte sind im übrigen durch weitgehende Heranziehung der belgischen Behörden und von Mitgliedern der Selbstverwaltungskörper der Provinz zu führen.

3. Den Militärgouverneuren der Provinzen sind militärische Kreishefs unterstellt.

4. Dem Militärgouverneur untersteht die Verwaltung seiner Provinz nach den von mir gegebenen Grundzügen und Verfügungen in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

5. Die allgemeinen Anweisungen über die bürgerliche Verwaltung des Landes gehen in der Regel vom Chef der Zivilverwaltung aus. Über die Art ihrer Ausführung jedoch hat der Präsident der Zivilverwaltung bei wichtigen Angelegenheiten die Entscheidung des Militärgouverneurs einzuholen. Die Präsidenten der Zivilverwaltung sind sowohl ihrem Militärgouverneur als auch dem Verwaltungschef in Brüssel unterstellt.

Was die oben erwähnten „Grundzüge“ betrifft, so stellten sie fest: „Die Militärgouverneure der Provinzen sind nur Seiner Majestät und mir unterstellt und mir verantwortlich. Die Militärgouverneure haben den unterstellten Truppen gegenüber gerichtsherrliche disziplinare und Urlaubsbefugnisse des Gouverneurs einer im Kriegszustande befindlichen, jedoch nicht eingeschlossenen Festung.“

Als Pflichten und Aufgaben der Militärgouverneure werden bezeichnet: Durchführung der deutschen Herrschaft und Verwaltung. Militärische und polizeiliche Sicherung der Provinz. Sorge für Disziplin, Ausbildung, Dienstbetrieb, Unterkunft, Verpflegung der Truppen. Ausnutzung des Landes für Heeresverpflegung und Heeresbedürfnisse aller Art. Sicherstellung und Regelung der Ernährung der Bevölkerung. Sanitäre und veterinäre Sorge für Truppe und Land. Überwachung der nach belgischem Recht urteilenden belgischen Gerichte in bezug auf die Wahrung deutscher Interessen. Überwachung sowie Beeinflussung der Presse und Stimmung der Bevölkerung. Überwachung des Verkehrs der Bevölkerung.

Man sieht, den Militärgouverneuren war ein großer, selbständiger und verantwortungsvoller Wirkungskreis zugewiesen.

Am 10. November 1914 fand in Brüssel eine Besprechung der Militärgouverneure unter Vorsitz des Generalgouverneurs statt, bei der Klarheit über verschiedene wichtige Fragen gewonnen werden sollte. Der Generalgouverneur betonte hierbei nochmals die „weitgehendste Selbständigkeit der

Militärgouverneure“ und wies auf die Möglichkeit von Reibungen zwischen den Militärbehörden und Zivilbehörden hin. Ich will hier gleich bemerken, daß solche während meiner Amtsdauer niemals vorgekommen sind. Der Präsident der Zivilverwaltung der Provinz, Herr Bazille, bis dahin Oberamtmann in Stuttgart, hat sich stets durch große Umsicht, vollendeten Takt, geschickte und doch tatkräftige Führung der Geschäfte ausgezeichnet, und wenn später öfters behauptet wurde, daß die Provinz Limburg die am besten verwaltete in Belgien sei, so gebührt dabei jedenfalls dem Chef der Zivilverwaltung ein großer Teil des Verdienstes.

Ich trat meine Stellung am 1. November 1914 mit folgender Bekanntmachung in deutscher, flämischer und französischer Sprache an:

„Durch Kaiserlichen Erlaß zum Militärgouverneur der Provinz Limburg ernannt, trete ich dieses verantwortungsvolle Amt unter den Gesichtspunkten an, die der Herr Generalgouverneur Feldmarschall Frhr. v. d. Goltz schon wiederholt dem Lande bekanntgegeben hat. Dementsprechend werde ich im Verein mit dem Herrn Präsidenten Bazille bestrebt sein, das Wohlergehen der Provinz zu fördern, Handel und Gewerbe sowie das ganze Wirtschaftsleben in ruhige Bahnen zu lenken.

Da die Provinz vorwiegend landwirtschaftliche Interessen hat, so wird es meine besondere Sorge sein, das Gedeihen von Ackerbau und Viehzucht und vor allem die Winterfaat sicherzustellen.

Die Betriebseröffnung der Kanäle und Kleinbahnen wird demnächst erfolgen.

Die Bewohner der Provinz sollen es noch einmal erfahren, daß Schutz der Person und des Eigentums unter der deutschen Verwaltung vollkommen gesichert sind.

Die Ausstreung, daß die Jungmannschaft zum Dienste im deutschen Heere herangezogen werden solle, ist ebenso unwahr wie die verleumderischen Gerüchte über die Haltung der deutschen Truppen, die überall bei vorbildlicher Manneszucht bestrebt sind, mit den Landeseinwohnern auf gutem Fuß zu leben. Da allerdings, wo man den deutschen Truppen oder der deutschen Verwaltung bösen Willen zeigt oder gar sich zu meuchlerischen Angriffen verleiten läßt, wird und muß mit der vollen Strenge der Kriegsgesetze vorgegangen werden. Ich aber habe zu dem loyalen Sinne der Provinzbewohner das Vertrauen, daß solche Maßregeln nicht nötig sein werden.

Zu meinem Bedauern bleiben immer noch zahlreiche Personen namentlich der wohlhabenderen Klassen der Heimat fern. Dieses Verhalten ist umsomehr zu mißbilligen, als dadurch persönliche Kräfte und finanzielle Mittel der Provinz entzogen werden. Der wahre Patriotismus besteht aber darin, Freud und Leid mit seinen Mitbürgern zu teilen.

Ich hoffe, daß alle Beamte, vor allem die Herren Bürgermeister, bestrebt sein werden, im Sinne der vorstehenden Bekanntmachung ihrer Ämter zu walten zum Besten der Provinz und ihrer Bewohner.

H a s s e l t, den 1. November 1914.

K e i m

Generalmajor und Militär-Gouverneur.

Wie ein Blick auf die Karte lehrt, war Limburg Grenzprovinz nach Holland zu. Hier lief die Grenze 140 Kilometer lang, und wenn auch die Maas auf eine große Strecke hin sie bildete, so lagen die Überwachungsverhältnisse besonders ungünstig in dem ausspringenden holländischen Winkel gegenüber Maastricht. Erstens weil das Gelände hier unübersichtlich war, und zweitens, weil der vor Maastricht liegende St. Petersberg weitverzweigte unterirdische Gänge aufwies, die nach Osten auf holländisches, im Westen auf belgisches Gebiet ausmündeten. Dieser unterwühlte Berg bot naturgemäß nicht nur Schmugglern, sondern auch Spionen bequeme Gelegenheiten, die Grenzen zu überschreiten. Aber auch jungen Belgiern wurde der Übertritt nach Holland und von da über England nach der belgischen Armee erleichtert. Ich ließ deshalb sämtliche Zugänge zum St. Petersberg — dessen unterirdische Gänge bis auf die Römerzeiten zurückgeführt wurden — auf belgischer Seite zumauern und den erwähnten ausspringenden Winkel stark besetzen. Um dem Unwesen der Flucht militärpflichtiger Belgier zu steuern, sah ich mich am 6. November 1914 zu folgendem Erlaß genötigt: „Bedauerlicherweise haben die belgischen Minister von Le Havre aus neuerdings durch ein Dekret die Belgier im Alter von 18—30 Jahren aufgefordert, sich über neutrale Staaten — es kommt hierbei vor allem Holland in Betracht — nach England und von da nach Frankreich zu begeben. Verschiedene in französischer Sprache gedruckte, in Holland erscheinende Zeitungen haben diesen Erlaß gebracht und ihn über die Grenze in die Provinz zu schmuggeln

versucht. Ein großer Teil dieser Zeitungen ist der Polizei in die Hände gefallen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß jeder Belgier der Provinz im Alter von 18–30 Jahren, der obigem Erlaß der belgischen Minister Folge leistet, sich in hohem Grade strafbar macht. Ich bin deshalb gezwungen, in solchen Fällen rücksichtslos einzuschreiten und habe am heutigen Tage befohlen, daß Belgier im Alter von 18–30 Jahren bis auf weiteres die Grenze nach Holland nicht mehr überschreiten dürfen, es sei denn, daß sie einen vom Herrn Präsidenten der Zivilverwaltung oder mir ausgestellten Paß vorweisen können.“

Andererseits war ich bemüht, unnötige Härten zu beseitigen. So verfügte ich am 4. November, daß die Geiseln, die noch innerhalb der Provinz festgehalten seien, in ihrer Heimat entlassen werden sollten. Auch gestattete ich wieder das Läuten der Kirchenglocken, das bis dahin verboten war, weil vermutet wurde, daß es zu Signalen mißbraucht worden sei.

Die Provinz zerfiel in drei Kreise: Hasselt, Maaßeyck, Tongern, und diese wieder nach französischem Muster in Arrondissements. Die Bürgermeister übten eine ziemlich selbständige Verwaltungstätigkeit aus. Außerdem bestand ein Provinziallandtag, der aber einstweilen nicht in Tätigkeit trat. Die Geistlichkeit spielte eine große Rolle bei der streng katholischen Bevölkerung — es gab in der ganzen Provinz nicht eine einzige protestantische Kirche — und in der Provinz befanden sich außerordentlich zahlreiche Klöster, meistens Frauenklöster, in welchen seiner Zeit bei Erlaß der scharfen Kirchengesetze aus Frankreich ausgewanderte Klosterfrauen Aufnahme gefunden hatten.

Als Kirchensprengel gehörte die Provinz zum Bistum Lüttich, dem der aus der Provinz stammende Bischof Rutten vorstand. Er war seinen flämischen Landsleuten besonders wohlgesinnt, unterhielt nähere Beziehungen zu dem Erzbischof von Köln, und ich habe ihn auch im persönlichen Verkehr als loyalen Mann schätzen gelernt. Im Gegensatz zu dem Primus von Belgien, Cardinal Mercier in Mecheln, der seinem Deutschenhaß offen die Zügel schießen ließ, was noch zu erwähnen sein wird.

*hinmal*

Die belgischen Beamten zeigten sich unbeschadet ihres Patriotismus, der nur zu achten blieb, willfährig, und ich habe nach dieser Richtung während

meiner ganzen Amtstätigkeit niemals Schwierigkeiten gehabt. Naturgemäß hätten sich solche am ehesten beim Gerichtswesen und in der Rechtsprechung ergeben können. Aber auch hierbei sind Reibungen nicht vorgekommen. Im Gegenteil erklärte der Staatsprokurator später dem Präsidenten der Zivilverwaltung, er müsse als gerechter Mann zugestehen, daß die deutsche Verwaltung die öffentliche Sicherheit durch die Einrichtung der „Feldgendarmarie“ außerordentlich gefördert habe, denn die Zahl der Verbrechen und Vergehen in der Provinz habe sich seitdem um 50% vermindert!

Die Bevölkerung selbst neigte ihrem flämischen Wesen entsprechend, das ruhig, nahezu indolent ist, nicht zu Widersehllichkeiten und benahm sich bei dem gerechten Vorgehen der deutschen Verwaltung fügsam.

Auf dem Lande wurde nur flämisch gesprochen, in den Städten vereinzelt französisch. Im ganzen gehörten der Provinz sieben Gemeinden im Kreise Tongern an, die von Wallonen bewohnt waren. Ich hielt es unter diesen Sprachverhältnissen für richtig, die französisch lautenden Straßennamen und Wegbezeichnungen in dieser beinahe rein flämischen Provinz auch flämisch wiederzugeben, zumal die Mehrheit der Provinzbewohner gar kein Französisch verstand. Dieses Verfahren fand nicht nur vollkommene Billigung bei der großen Mehrzahl der Bevölkerung in Limburg, sondern wurde in den übrigen flämischen Provinzen als nachahmenswert bezeichnet, wie aus verschiedenen Äußerungen in Gent, Antwerpen usw. erscheinender flämischer Blätter hervorging. Leider war das Vorgehen der deutschen Verwaltung in dieser Richtung nicht einheitlich, und wie unsicher, schwankend und deshalb schädlich solches wirken mußte, mag sich daraus ergeben, daß mein Nachfolger die französischen Straßens- und Wegbezeichnungen wieder einführte.

Es lag nahe, daß der einheimischen Presse von unserer Seite besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden war, schon allein, um den lügnerischen Behauptungen der Feinde entgegenzutreten, aber auch zur Belehrung über die Vorgänge in der Welt, vor allem aber in der engeren Heimat. Die in der Provinz erscheinenden wenigen Zeitungen waren eingegangen, aber schließlich gelang es doch, ein durchaus unabhängiges Organ in „De Vode van Limburg“ zu schaffen, der, von Einheimischen geleitet, nur verpflichtet wurde, amtliche deutsche Bekanntmachungen aufzunehmen, ferner Berichtigungen falscher feindlicher Ausstreuungen über Belgien oder das deutsche Heer.

Es gelang denn auch, dem „Bode van Limburg“ eine wachsende Verbreitung zu verschaffen, so daß er bei meinem Weggange über 12 000 Abnehmer zählte, was jedenfalls als erfreuliches Ergebnis gelten durfte. Ein großes Verdienst hierbei gebührte Herrn Dr. Krause, der zuerst dem Gouvernement Limburg zugeteilt, später als Presseschef in Lüttich erfolgreich tätig war.

Eine der ersten Maßregeln meiner Amtstätigkeit bestand darin, daß der Präsident der Zivilverwaltung ein „Verwaltungsblatt für die Provinz Limburg“, in deutscher, flämischer und französischer Sprache verfaßt, erscheinen ließ, das neben wichtigen Bekanntmachungen der deutschen Behörden auch alle Anweisungen und Verordnungen des Militärgouverneurs sowie des Präsidenten der Zivilverwaltung der Provinz enthielt.

Das Blatt ging sämtlichen Provinzbehörden, Magistraten, Bürgermeistern unentgeltlich zu und erschien je nach Bedarf. Die erste Nummer konnte schon am 21. November 1914 ausgegeben werden. Bis zum Frühjahr 1918 waren vier stattliche Bände dieses „Verwaltungsblattes“ vorhanden, und da bis jetzt eine zuverlässige Geschichte der deutschen Verwaltung in Belgien fehlt, so würden jedenfalls jene Bände hierfür wertvolle Unterlagen bilden, auch nach der Richtung, mit welcher Sorgfalt und Gerechtigkeit die deutschen Behörden bestrebt waren, die Belange der Bevölkerung zu wahren und zu schützen! Ich glaube, sie bieten geradezu geschichtliches Quellenmaterial, auch um die Verleumdungen und Unwahrheiten unserer Feinde über die „Belgische Okkupation“ wirksam zu entkräften.

Übrigens blieb Limburg geraume Zeit die einzige Provinz, die ein solches „Verwaltungsblatt“ herausgab. Erst später fand diese Einrichtung auch in anderen Provinzen Nachahmung.

Anfang Dezember 1914 trat Feldmarschall Frhr. v. d. Goltz von seiner Stellung als Generalgouverneur zurück, um im türkischen Heeresdienst der gemeinschaftlichen Sache zu dienen. Er errang auch in Kleinasien bedeutende kriegerische Erfolge, bis ihn eine Seuche hinraffte. Jedenfalls bedeutete sein Tod einen schweren Verlust für die Kriegsführung in Asien, denn der Feldmarschall genoß in der Türkei großes, wohlverdientes Ansehen infolge seiner langjährigen dortigen Tätigkeit als Leiter der obersten Kriegsschule und Organisator des Heeres. Auch die deutsche militärische Wissen-

schaft verlor in ihm einen ihrer hervorragendsten Vertreter. Frhr. v. d. Goltz war nicht nur eine selten kenntnisreiche, geistreiche Persönlichkeit und ein lebenswürdiger Mensch, sondern auch passionierter Soldat. Er begab sich eigentlich öfters, als das mit seinem Dienste in Brüssel zu vereinbaren war, in die Front, und wurde bei dem Angriff einer zu den Besatzungstruppen Belgiens gehörenden Brigade, an deren Spitze er sich gestellt hatte, im Gesicht verwundet.

Als Generalgouverneur trat — wie schon erwähnt — die Milde seines Charakters wohl zuviel in die Erscheinung und hinderte ihn an durchgreifenden, wenn nötig auch harten Maßregeln. Außerdem lag ihm hohe Politik nicht. Sein Nachfolger, Generaloberst Frhr. v. Bissing, dagegen war ein hervorragender politischer Kopf, eine schon damals seltene Erscheinung. Er verband außerdem mit reicher militärischer Erfahrung große Tatkraft und hat seinen schwierigen verantwortungsvollen Posten bis zu seinem Tode vorbildlich versehen. Daß er in entscheidenden politischen Fragen, selbst Verwaltungsfragen, vom Reichskanzler abhängig blieb, war jedenfalls zu bedauern, denn Herr v. Bethmann blieb trotz seiner feierlichen Erklärung, „wir müßten jetzt die Sentimentalität verlieren,“ dem Grunde seines Wesens nach selbst „sentimental“, und vermochte sich u. a. niemals von der geradezu fixen Idee loszumachen, daß ein Ausgleich mit England möglich sei.

Daß Frhr. v. Bissing als ehemaliger Flügeladjutant des Kaisers diesem besondere Anhänglichkeit bewahrte, machte ihm persönlich Ehre, hinderte aber doch die klare Erkenntnis, daß die schwankende Politik des Herrn v. Bethmann seitens der Krone Unterstützung fand.

Bei der Neueinteilung Belgiens in militärischer Hinsicht waren der Provinz zugeteilt worden die Landsturmataillone *M i n d e n*, *N ü r n - b e r g*, *H a n n o v e r II*, *H a g e n*, die Landsturmeskadrons *T o r g a u* und *D ü s s e l d o r f*. Die Bataillone *Minden* und *Nürnberg* sowie die Eskadron *Torgau* hatten mir schon vorher unterstanden. Das Bataillon *Hagen* bekam jedoch schon am 1. November eine andere Verwendung, und dafür trafen 2 Landsturm-Jäger-Kompagnien VII. A.-K. ein.

Die Truppen fanden hauptsächlich an der Ostgrenze Verwendung — wo, wie bereits erwähnt, die größten Schwierigkeiten zu überwinden waren, was den Grenzschutz anging —, aber auch zur Sicherung der großen Bahnlinien. In *Hasselt*, *Tongern*, *Masseick*, *Sint Truiden* wurden geschlossene

Kompagnien bzw. Eskadrons bereitgehalten für den Fall von Unruhen. Da die Besatzungstruppen der Provinz dauernd wechselten, so sollen sie zwar hier erwähnt werden, aber ihre Tätigkeit eingehender zu schildern, kann nicht im Rahmen dieser Darstellung liegen. Sie haben jedenfalls ausnahmslos ihre volle Schuldigkeit getan unter — besonders an der Ostgrenze — oft recht schwierigen Verhältnissen, da sie auf Feldwachen, die nach und nach mit Blockhäusern ausgestattet wurden, gleichsam Vorpostendienst verrichteten und öftere Ablösungen bei der geringen zur Verfügung stehenden Truppenzahl nicht stattfinden konnten.

So verging das Jahr 1915 im streng geregelten Dienstbetrieb — sowohl, was die militärischen Sicherheitsmaßnahmen wie die Verwaltungstätigkeit anging —. Es herrschte überall in der Provinz Ordnung, Sicherheit, Ruhe und, soweit das möglich war, hatte sich das wirtschaftliche Leben gehoben, wozu die Wiedereröffnung der sehr zahlreichen Kleinbahnen, die auch Güter beförderten, viel beitrug. Was das Kleinbahnwesen überhaupt betraf, so stand es ohne Zweifel bei seiner Ausdehnung auf einer höheren Stufe allgemeiner Nuzbarmachung als in Deutschland.

Ich möchte hier ein *neutrales* Urteil wiedergeben, das sich in einer *holländischen* Zeitung über die Verhältnisse in der Provinz Limburg findet: Es ist wiedergegeben in der Zeitung „Die Post“ vom 17. August 1915 und enthält folgendes: „Das Verhältnis zwischen *Deutschen* und *Belgier* in Belgisch-Limburg beurteilt der Schriftleiter des „Limburger Koerir“ (Maastricht) nach eigener Anschauung sehr günstig. Gegen den früheren Zustand spürt man dort auch nicht den geringsten Unterschied, außer daß man statt belgische jetzt deutsche Uniformen sieht, doch sind auch diese auf dem Lande sehr selten. Dort sind die Leute bei der Feldarbeit, volle Ruhe beherrscht die Gemüter. Das gegenseitige Verhältnis ist geradezu *treuherzig*. Natürlich hält die Bevölkerung den jetzigen Zustand nicht für ideal und möchte den früheren lieber wiederkehren sehen. Das bezweifeln die Deutschen selbst nicht. Aber daß im Volke kein Abscheu oder Haß gegen seine Beherrscher besteht, beweist genugsam, daß die Eroberer ihm kein „germanisches Joch“ im Sinne der belgischen Presse auferlegt haben. Mit der deutschen Besatzung kommt die Bevölkerung bis auf kleine Ausnahmen gut aus. Diese verleugnet auch ihre „Gemütlichkeit“ nicht. Die Landsturmlaute sind sehr kinderlieb.“ Nachdem der „Koerir“

dem Militärgouverneur General *Reim* und dem Präsidenten der Zivilverwaltung *Bazille* reiches Lob gespendet, sagt er zum Schluß: „Fragt man einen Belgisch-Limburger, wie es ihm unter deutscher Herrschaft gefällt, so antwortet er freilich nicht, daß er sie der Selbstverwaltung vorziehe. Eins aber hätten die Deutschen voraus, sie kennen keine Parteilpolitik. Noch zu Beginn der Besetzung wußten liberale Bürgermeister ihre Parteigenossen von Einquartierung usw. freizuhalten, während katholische mit Vorliebe Lasten den liberalen Gemeindegliedern aufbürdeten. Jetzt genügt eine Beschwerde, um eine Untersuchung zu veranlassen. Ist sie begründet, so bereiten *Reim* und *Bazille* dem kleinlichen Tun ein sanftes Ende. Das sichert ihnen wo nicht die Anhänglichkeit, so doch die Achtung vieler Limburger.“

Was das Verhältnis zwischen den LandsturMLEuten und den Landleuten betrifft, so möchte ich noch erwähnen, daß sich letztere mit den Mannschaften der niedersächsischen Bataillone (Celle, Nienburg, Münster V, Hamburg usw.) in ihrem Platt ohne jede Schwierigkeit unterhielten, wie ich öfters beobachten konnte. Ein Beweis für die „gemeinsame“ deutsche Abstammung. Die flämischen Geschichtsschreiber stellen ja auch fest, daß die Blamen zum großen Teil aus einer Verbindung zwischen harrtischen (hessischen) Männern und friesischen Frauen während der Völkerwanderung hervorgegangen seien. Und da gibt es noch „Intellektuells“ in Holland, die von einer selbständigen holländischen Nation und einer holländischen „Ursprache“ faszeln!

Daß die Entente-Prese unter der Oberleitung des Lord Northcliffe in der niederträchtigsten Weise log, auch was die deutsche Verwaltung in Belgien anging, hatte ich schon öfters aus französischen und englischen Blättern ersehen. Eine deutsche kräftige Gegenwirkung blieb aus; das lag eben nicht in der „Mentalität“ des Herrn v. Bethmann, der auch da die Feinde nicht „reizen“ wollte. Man braucht nur die „Erinnerungen“ Erzbergers zu lesen — des deutschen Propagandaleiters —, um die ganze Kümmerlichkeit der deutschen Propagandatätigkeit zu erkennen. Sie stützte sich vorwiegend auf „katholische“ Kanäle, und was Belgien anging, so lesen wir dort u. a., daß Rom auf feindliche Berichte hingewiesen habe, nach welchen die deutschen Truppen in den Frauenklöstern die Nonnen planmäßig zu hunderten vergewaltigt hätten. Anstatt daß Herr Erzberger, der genau wußte, daß bei der Mannszucht der deutschen Truppen und ihrer ganzen Erziehung nach solche

Schandtaten ausgeschlossen seien, diese Nachrichten in Rom als erfunden bezeichnete, meldete er, er würde entsprechende Klarstellung herbeiführen!

Also, wie gesagt, ich war etwas abgebrüht gegen solche Entente-Enten, aber in einem Falle hielt ich es doch für geboten, vorzugehen. Der „Matin“ hätte nämlich am 15. Juni einen Artikel veröffentlicht mit der Überschrift: „S. Exc. von Keim amateur d'art General cambrioleur,“ in dem ich des Diebstahles, des Raubes, wilder Orgien usw. beschuldigt wurde. Der Artikel lief natürlich durch die feindliche Presse und teilweise auch durch diejenige der neutralen Staaten.

Da die Besitzerin des Schlosses, in dem ich diese Schandtaten begangen haben sollte, eine Gräfin du Theur, unter Umständen hinter diesem Artikel stehen konnte, erhob ich Anklage gegen sie beim Gouvernementsgericht in Brüssel, wo sich die Gräfin aufhielt. Das Gericht schickte mir unter dem 6. August 1915 folgenden Entscheid zu: „In der in Paris erscheinenden Zeitung „Le Matin“ ist in der Nummer vom 15. Juni 1915 ein Aufsatz erschienen, in dem behauptet wird, der Militärgouverneur der Provinz Limburg, General Keim, habe sich in dem Schloß Meylandt in Abwesenheit des Eigentümers einquartiert, habe mit seinen Offizieren den Weinkeller ausgetrunken, wüßte Orgien gefeiert und eine Anzahl von Kunstgegenständen aus dem Schlosse entfernt und nach Deutschland bringen lassen. Die Gräfin du Theur sei hinzugekommen und habe den General Keim zur Rede gestellt.

Die Ermittlungen haben ergeben, daß diese Behauptungen sämtlich erlogen sind. Aus dem Briefwechsel des Generals Keim mit der Gräfin geht hervor, daß er das Schloß erst bezogen hat, nachdem sie sich im Namen des Grafen du Theur ausdrücklich damit einverstanden erklärt hat.

Die Gräfin hat bei ihren Vernehmungen bekundet, alles, was in dem Artikel über den General Keim und seine Offiziere in bezug auf sie und das Schloß Meylandt gesagt sei, sei vollständig erlogen. Sie sei, nachdem der General auf dem Schlosse wohne, nur einmal dort gewesen und habe sich davon überzeugt, daß das Schloß in Ordnung gehalten werde. Es sei weder etwas fortgeschafft noch beschädigt worden. Die Behauptung, daß während der Anwesenheit des Generals Keim das Schloß der Schauplatz von Orgien gewesen sei, sei erlogen. Erlogen sei es noch, daß sie die Bewohner des Schlosses dabei überrascht habe, wie sie nach Leerung des Wein-

fellers damit beschäftigt gewesen seien, Kunstgegenstände wegzuschaffen. Endlich sei es erlogen, daß sie den General zur Rede gestellt habe. Sie habe ihn überhaupt niemals gesprochen oder gesehen."

Das war allerdings vernichtend für die Wahrheitsliebe des „Matin“ und hätte als Schulbeispiel durch die deutsche Propagandaleitung oder das Kriegspresseamt im In- und Auslande entsprechend ausgenutzt werden müssen. Nichts von dem geschah, aber dafür wurde ich im Jahre 1919 von dem Auswärtigen Amt der Neudeutschen Republik aufgefordert, mich zu dieser Sache zu äußern! Die Antwort, die ich erteilte, kann man sich wohl denken!

In der ersten Dezemberwoche des Jahres rief mich eine Depesche an das Krankenlager meiner Frau. Trotz aufopfernder Pflege meiner Tochter, die seit dem Beginn des Krieges, der meinen Schwiegersohn Major Dorndorf bald an die Spitze eines Regiments im Osten gestellt hatte, im elterlichen Hause weilte, verschied sie in meinen Armen am 16. Dezember.

Mit ihr verlor ich eine treue Lebensgefährtin von seltener Herzensgüte und Pflichttreue, meine Kinder die beste Mutter. Es war der schwerste Schlag, der mich treffen konnte, und ich habe ihn niemals überwunden. Ich verlor in der Entschlafenen auch einen guten Kameraden und eine unermüdete Helferin bei meinen vaterländischen Bestrebungen. Sie war eine kerndeutsche Frau, und ich habe erst später erfahren, daß sie öfters in ihrer ruhigen vornehmen Art persönliche Mißverständnisse ausgeglichen hat — ohne mein Vorwissen —, wenn sie glaubte, daß meine impulsive Art jemand habe verletzen können.

Die drei Söhne waren aus der Front herbeigeeilt, um der teuren Toten das letzte Geleit zu geben. Die Provinzbehörden hatten Deputationen entsendet. Sie ruht auf dem Dreifaltigkeitskirchhof in Berlin gegenüber ihren Eltern und einem Bruder, der in der Schlacht von Wörth gefallen war. —

Am Weihnachtstage, der sich für mich und die Meinen nun so traurig gestalten sollte, erhielt ich die telegraphische Mitteilung, daß mir das Eiserne Kreuz 1. Klasse verliehen worden sei, mit dem die drei Söhne schon geraume Zeit vorher geschmückt waren. Ich hatte im Herbst 1915 die Genehmigung gehabt, bei Besuchen meiner Söhne an der Westfront wiederholt in feindliches Feuer geraten zu sein.

Nach Hasselt zurückgekehrt, „ging des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr“ ihren Gang und wurde auch nicht unterbrochen, als eine mehrwöchige Krankheit mich ans Zimmer fesselte. Zur Feier des Geburtstages des Königs von Württemberg, dessen Dragoner-Regiment Nr. 26 — der König war Chef desselben — mir damals unterstand, und das sich in musterhafter Weise beim Grenzschutz wie im inneren Dienste betätigte, fuhr ich nach Bree, dem Standorte des Regiments. Noch nicht ganz genesen, brachte diese Fahrt im offenen Auto — ich bin während meines ganzen Aufenthaltes in Belgien auch im Winter stets im offenen Auto neben dem Fahrer sitzend gefahren, weil man so freien Blick auf die Gegend, die Ortschaften, die Wachen usw. hatte — führte einen Rückfall herbei, den ich aber überwand, auch diesmal, ohne die Zügel aus der Hand zu geben. Hier möchte ich noch einflechten, daß mir Herr Leutnant G r o s s e r, der Jahre hindurch an der Spitze des Autowesens in der Provinz stand, mich stets selbst fuhr und in hervorragender Weise seine vielseitigen Dienstobliegenheiten versah, zu denen auch die Regelung der Materialablieferungen gehörte, bei meinem späteren Scheiden eine Aufmachung übergab, aus der hervorging, daß ich vom 1. Januar 1915 bis 1. Februar 1918 im Auto 33.000 Kilometer abgefahren hatte. Es mag das als Beweis dafür gelten, welche körperlichen Anforderungen allein der Außendienst an die Provinzgouverneure stellte. Sowohl in der Front wie in der Heimat dachte man sich aber diese Stellen als eine Art „Ruheposten“.

Sehr umfangreich und arbeitsreich gestaltete sich das deutsche G e r i c h t s w e s e n. Es standen hierfür zwei Kriegsgerichtsräte zu meiner Verfügung, die täglich zum Vortrag kamen. Unter ihnen zeichneten sich durch unermüdblichen Dienstefier sowie große Sachkenntnis besonders Kriegsgerichtsrat Dr. N o t h und Kriegsgerichtsrat Dr. W u n d e r l i c h aus. Beide führten u. a. große Spionageprozesse wiederholt durch — bei einem solchen waren nicht weniger als 68 Angeklagte abzuurteilen —, da die Provinz bei ihrer Lage dem feindlichen Spionagedienst besonders förderlich erscheinen mußte. Die Zentrale hierfür blieb Maastricht, in dem sich dauernd Duzende von sogenannten „Agenten“ der Feindmächte aufhielten, die aber auch längs der Grenze ihre Zweigstellen hatten. Im Innern Belgiens blieben Brüssel und Lüttich die Brennpunkte des Spionagewesens, von wo aus sich die Fäden über das ganze Land erstreckten. Nach den Kriegsgeschehen

musste bei überführtem Verrat die Todesstrafe eintreten. Solche war in einem besonders schweren Fall auch über einen geborenen Deutschen (!) ausgesprochen worden, einem in Belgien ansässigen Braunschweiger, dessen Großvater Hofprediger gewesen, und der so ehrlos war, sich zum Verrat an seinen Landsleuten herzugeben. Am Tage vor der Vollstreckung der Todesstrafe lief ein Telegramm des Herzogs von Braunschweig bei mir ein, das Aufschub der Exekution forderte. Ich antwortete telegraphisch, daß ich nur von S. M. und dem Generalgouverneur Weisungen anzunehmen in der Lage wäre — fand es allerdings höchst merkwürdig, daß ein deutscher Fürst es für angebracht hielt, sich für einen ehrlosen Verräter zu verwenden. Noch in der nächsten Nacht traf eine eilige Depesche aus dem Gr. Hauptquartier ein, die Aufschub der Strafvollstreckung und Einsendung der Akten anordnete. Den Akten legte ich jedoch einen Bericht bei, der deutlich zum Ausdruck brachte, daß gerade in diesem Falle wohl jede Milde auszuschließen wäre. Nach vier Wochen kam dann der Bescheid — jedenfalls eine qualvolle Zeit für den Verurteilten —, es solle nach dem Gesetz verfahren werden.

Um zuverlässige Anhaltspunkte hinsichtlich der Organisation des deutschen Gerichtswesens in Belgien zu geben — dieses nahm von Februar 1918 ab einen außerordentlich großen Umfang an, da die belgischen Richter und Staatsanwälte in einen allgemeinen Ausstand traten —, gebe ich in Anlage — eine kurze Darstellung „Das deutsche Gerichtswesen im besetzten Belgien“. Sie besitzt auch insofern Wert, als sie die Ausstreuungen des Feindbundes, als ob in Belgien die reine Willkürherrschaft geübt worden sei, Lügen strafe, ebenso die damit vielfach zusammenhängenden verleumdnerischen Anklagen gegen sogenannte „Kriegsverbrecher“. Ich genieße ja auch die Ehre, auf der betreffenden belgischen Liste zu stehen wegen „Deportationen“, die natürlich stets auf der Grundlage der Kriegsgesetze von mir verfügt worden sind.

Wie nötig es war, dem, wie schon erwähnt, ausgezeichnet eingerichteten Spionagedienst und dem damit zusammenhängenden Kriegsverrat mit allen Mitteln entgegenzutreten, möge u. a. daraus erhellen, daß allein für den englischen Spionagedienst in Belgien in einem Prozeß, der auch die Provinz berührte, in nicht weniger als 23 Orten „Agenturen“ festgestellt

wurden, von denen allein Lüttich mit 17 Personen arbeitete. Auch hier spielte Maastricht und die Ostgrenze Limburgs eine große Rolle.

Bei den Einmarschkämpfen im August 1914 fand bei Halen — in der Nähe von Hasselt — ein für die Deutschen sehr verlustreiches Gefecht statt, bei welchem namentlich die 18. Kavalleriebrigade, unvorsichtig geführt, in vernichtendes Feuer geriet. Die Gefallenen ließ ich im Winter 1914/15 in verschiedenen Ruhestätten längs der Straße Halen—Diest würdig beisetzen. In den nahen Wäldern fanden sich sogar nach dem Verlaufe von 6 Monaten noch ungeborgene Leichen. Im Sommer 1915 fand in Halen feierlicher Feldgottesdienst zum Andenken an die in dem Gefecht Gefallenen statt, dem Angehörige derselben, meistens aus Mecklenburg, beiwohnten. Der Generalgouverneur und ich hielten Ansprachen. Im Anschluß hieran erfolgte eine Besichtigung der Grabstätten, wobei auch die Grabstätten gefallener Belgier von uns geschmückt wurden. Das waren die „Hunnen“ — die Franzosen und Belgier dagegen haben die deutschen Gräber vielfach zerstört!

Auch auf dem Truppenübungsplatz Beverloo, in dem ständig Truppen für die Front ausgebildet wurden, war ein deutscher Ehrenfriedhof eingerichtet worden.

In dem nordöstlichsten Teile der Provinz erstreckte sich ein großes Kohlenlager als Ausläufer des Aachen—Maastrichter Kohlenbeckens, dessen Erschließung schon vor dem Kriege begonnen hatte, teils durch Privatgesellschaften, teils durch den Staat, aber in so geringem Umfange, daß von einer Nutzbarmachung dieser Kohlenschätze keine Rede sein konnte. Wie Sachverständige begutachtet hatten, durfte nach einer allgemeinen Erschließung mit einer jährlichen Kohlenförderung von 6—8 Millionen Tonnen gerechnet werden. Diese Kohlenfelder der Provinz führten den Namen „Campine“, und auf der Zeche „Winterslag“ nordöstlich Hasselt gediehen unter deutscher Verwaltung die Bohrarbeiten, bei denen das Gefrierverfahren mit deutschen Maschinen zur Anwendung kam, bis Ende 1917 soweit, daß mit der Kohlenförderung begonnen werden konnte.

Im Spätsommer 1917 nahm der damalige Reichskanzler Michaelis „Winterslag“ in Augenschein, wobei ich ihm einen Vortrag über die große Zukunft der Campine halten ließ. Zu meiner — und der Sachverständigen — Überraschung erklärte er, man habe ihm in Berlin berichtet, daß erst nach

vielen Jahren die Campine große Erträge zu liefern imstande sei! Allerdings eine merkwürdige Berichterstattung! Überhaupt fand ich den Reichskanzler ebenso wie seine Begleiter über die Verhältnisse in Belgien äußerst mangelhaft unterrichtet.

Ein weiteres Unternehmen, das mit Bergbau in Beziehung stand, befand sich in Neerpelt, wo ein Zinzhüttenbetrieb eingerichtet war, an dessen Spitze Herr Wilhelm Schulte stand. Er war ein kerndeutscher Mann und tat auch viel für das Wohl der Besatzungstruppen.

Schwierig gestaltete sich namentlich im Winter die seelsorgerische Tätigkeit bei den oft weit auseinanderliegenden Feldwachen an der Ostgrenze der Provinz. Dem Gouvernement waren zwei Feldgeistliche zugewiesen, Herr Pfarrer Praetorius für die evangelische, der Franziskaner-Pater Herr v. d. Heyden für die katholische Seelsorge bei den Besatzungstruppen. Beide haben in vortrefflicher Weise ihre Amtspflichten erfüllt. Ersterer hielt u. a. alle vierzehn Tage Gottesdienst mit Predigt in Hasselt ab. Letzterer scheute kein Wetter und keinen Weg, um die Feldwachen zu besuchen, wobei die Konfession keine Rolle spielte.

Die Ernährungsverhältnisse innerhalb der Provinz gestalteten sich bei der vorwiegend ländlichen Bevölkerung nicht so schwierig, wie in Provinzen mit großen Geld- und Lebensmitteln durch die Commission for Relief, die hauptsächlich von Nordamerika aus finanziert wurde. Es wurden z. B. durch das „Hilfscomité der Provinz Limburg“ von Juli 1915 bis Juli 1916 durchschnittlich im Monat 10 000 Arbeitslose, 5000 Frauen und 15 000 Kinder unterstützt, von einer Not konnte also keine Rede sein. Das hielt aber die Feinde nicht ab, in der Welt die Lügen von den entsetzlichen Leiden der von den Deutschen mißhandelten Belgier zu verbreiten. Selbst in dem neutralen Holland gebrauchte das „Comité für Belgien“ in seinem Aufruf die Wendung von hungernden, der Kleidung entblößten belgischen Frauen und Kindern, so daß ich mich veranlaßt sah, dem Präsidenten jenes Comité u. a. zu schreiben: „Hier in der Provinz Limburg hungert kein Mensch, und es gibt hier auch keine Leute ohne Kleider. In den anderen Provinzen dürfte es wohl auch so sein.“ Die Neutralität Hollands war im übrigen eine sehr einseitige und stand zeitweise auf so schwachen Füßen, daß selbst Krieg mit ihm drohte.

Die Verpflegung der Besatzungstruppen war streng geregelt nach Einrichtung eines Hauptmagazins in Hasselt, dem Proviandmeister *Werner* — er hatte sich schon im südwestafrikanischen Feldzuge hervorragend betätigt — mit großer Umsicht vorstand. Seiner Initiative entsprang auch der Plan, große Weidestrecken zu pachten und dort aus Deutschland eingeführtes Jungvieh großzuziehen. Herr *Werner* hat dann, als die Revolution ausbrach, und sich die militärische Ordnung in Belgien lockerte, bis zuletzt in Hasselt ausgehalten — als andere Behörden es bereits verlassen hatten — und mit dem Revolver in der Hand sein Magazin gegen plünderungslustige Meuterer erfolgreich verteidigt. Ein Beweis dafür, daß selbst in den schwierigsten Lagen rücksichtsloseste Entschlossenheit zum Ziele führt.

Ich hatte diese Erfahrung persönlich auch einmal gemacht. Durch die Unachtsamkeit eines Kraftwagenfahrers war in der Nähe von Diest ein Knabe überfahren worden. Ich begab mich zu den Eltern, um ihnen mein Beileid auszusprechen und händigte dem Ortsgeistlichen eine größere Summe für Beerdigungskosten und als Beihilfe für die in ärmlischen Verhältnissen lebenden Eltern ein.

Bei der Rückfahrt nach Hasselt kam uns ein Zug von 50 bis 60 jungen Belgiern — sie kehrten vom Melbeamt zurück — mit einer belgischen Fahne entgegen. Ich ließ das Auto halten, der mich begleitende 2. Adjutant, Hauptmann *Moll*, stieg aus, nahm dem Fahnenträger die Fahne ab, zerbrach sie, warf die Stücke in den Straßengraben und notierte die Namen sowohl des Fahnenträgers wie einiger Leute, die sich mit den ebenfalls verbotenen Bildern der Königsfamilie geschmückt hatten. Der ganze Vorgang spielte sich ohne jeden Versuch von Widersekllichkeit ab, obgleich wir ohne Waffen waren und sich weit und breit keine deutsche Wache befand. In der nächsten Nacht wurden die Notierten durch Feldgendarmen verhaftet und nach Deutschland verbracht. Seitdem unterblieben solche Demonstrationen.

Wenn ich eben die *Meldeämter* erwähnt habe, so möchte ich dazu bemerken, daß diese Einrichtung getroffen worden war, um die Belgier vom 20. bis zum 40. Lebensjahre — die von der Regierung in *Le Havre* als heerespflichtig erklärt worden waren — unter Kontrolle zu haben, der sie alle 14 Tage unterworfen wurden. Solche Meldeämter befanden sich in verschiedenen Städten, und in Hasselt war das größte Meldeamt. Diesem stand Major *Noehle* — er hatte vorher in der Westfront ein Land-

wehrebataillon mit Auszeichnung geführt — vor, der seine Stelle vortrefflich ausfüllte, hierbei wirksam unterstützt von Hauptmann *W i l k e*, dessen ich hier besonders gedenke, da er trotz schwerster Verwundungen — er hatte einen Arm und ein Bein verloren — unermüdllich seinen Dienst tat.

Die Eisenbahnverkehrsverhältnisse fanden nach Vollendung der durch Eisenbahntruppen hergestellten, vollkommen neuen Bahnstrecke *Aachen — Tongern*, wodurch die kürzeste Verbindung mit *Brüssel* und *Antwerpen* gewonnen wurde, im Sommer 1917 ihren Abschluß. Auch diese unter großen Kosten und Mühen bewirkte Arbeitsleistung — ich konnte das beurteilen, denn ein Teil der neuen Bahn führte durch die Provinz — ist durch den unglücklichen Abschluß des Krieges unseren Feinden zugute gekommen.

Der *P o s t b e t r i e b* lag noch Anfang November 1914 darnieder, und es mußte hier die Feldpost aushelfen. Mit Neuregelung der Verwaltung trafen auch deutsche Posteinrichtungen in Kraft. In der Provinz organisierte dieselben Herr *Dr. J a n k e r*, bis dahin im bayerischen Postdienst tätig, und zwar mit solchem Erfolge, daß schon nach Jahresfrist 57 Postämter — meistens mit belgischen Beamten besetzt — in vollem Betriebe standen.

Die großen Waffensfabriken *Cockerill* in *Lüttich-Seraing* hatten im Nordwesten der Provinz einen sehr ausgedehnten Schießplatz eingerichtet, der nun deutscherseits ausgenutzt wurde. Hier fanden auch 1915 unter Leitung des Geheimrats *Professor H a b e r* die ersten großen Versuche mit Gas zu Kampfzwecken statt. Zur Vorführung der praktischen Wirkung der Gase unter kriegsmäßigen Verhältnissen erschienen an einem Tage nicht weniger als 60 Zuschauer aus der ganzen Westfront. Bei der Hauptprobe ereignete sich ein Zwischenfall, der leicht einen tragischen Ausgang hätte nehmen können. Als die Gaswolken die aufgeworfenen Schützengräben — es waren in ihnen 50 Hunde angekoppelt, die aber sämtlich unversehrt blieben, da sie die Köpfe bei der Annäherung der Gaswolken in die Erde steckten — überschritten hatten, setzten sich *Geheimrat Haber* und der von der *D. H. L.* entsandte *Oberstleutnant Bauer* zu Pferde, um an Ort und Stelle nachzusehen. Man bemerkte aber durch das Fernglas, daß beide Reiter ansingen, im Sattel zu schwanken. Der *Chef der Landsturmeskadron Torgau*, *Mittmeister B u e b*, hatte die Geistesgegenwart, das Signal „Appell“ blasen zu lassen, worauf die Pferde, an dieses Signal gewöhnt, *Keht* machten und im *Galopp*

zurückkamen. Glücklicherweise besaßen die beiden Reiter noch soviel Kraft, um sich auf beiden Pferden zu halten, bis Hilfe kam. Beide erlangten erst nach längerer ärztlicher Behandlung — Oberstleutnant Bauer mußte 14 Tage in Hasselt krank liegen — die volle Gesundheit wieder.

Auf dem Schießplatz Cockerill fanden im Laufe der Jahre dauernd Artillerie-Schießübungen statt, und ich wohnte den Besichtigungen bei, auch einer solchen, bei der die Bekämpfung der Tanks vorgeführt wurde, deren Kampfkraft man bei uns doch nicht früh genug erkannt hatte.

Bei der Eignung weiter Bruchstrecken für militärische Zwecke wurden ferner in der Provinz eingerichtet: Die Minenwerferschule 4 in Aisch, eine Fliegerschule ebendasselbst, beide mit Nebenstellen; schließlich in Tongern und Umgegend eine Maschinengewehrscharfschützen-Schule, die zeitweise 15—16 000 Köpfe zählte.

Kavallerie-Divisionen oder einzelne Kavallerie-Brigaden lagen ständig in der Provinz, ebenso zeitweise größere abgekämpfte Truppenverbände zu ihrer Erholung. So herrschte stets reges militärisches Leben, und es gereichte mir zur besonderen Freude, in den vornehm ausgestatteten Räumen des Gouvernements den fremden Kameraden Gastfreundschaft gewähren zu können.

An Zivilbesuchern fehlte es ebenfalls nicht, die sich Belgien näher ansehen wollten. Es erschienen hohe Beamte — außer dem Reichskanzler Michaelis auch der Staatssekretär des Reichsamtes des Innern v. Delbrück —, Parlamentarier, Journalisten, Gelehrte, Schriftsteller, Künstler, Industrielle, und so entwickelte sich oft an der Mittags- oder Abendtafel angeregte Unterhaltung. Ich will jedoch nicht verschweigen, daß ich „nach Tisch“ kein Hehl aus meinen schweren Bedenken machte — auch Herrn v. Delbrück gegenüber nicht —, daß unsere Politik eine schwächliche sei und deshalb große Gefahren in sich schließe, sowohl was die inneren Verhältnisse anging als ihre unheilvolle Rückwirkung auf die Kriegsführung.

Auch dem General Ludendorff gegenüber hielt ich es für meine Pflicht, schon 1916 auf diese Gefahren einer kraftlosen, ziellosen Kriegspolitik hinzuweisen. Ich wiederholte diese Vorstellungen nochmals 1917 — in beiden Fällen als Privatdeutscher —, aber leider ließ sich die D. H. L. zu lange vom Vertrauen zur Regierung leiten. Aus den Schriften des Ge-

nerals Ludendorff ist jetzt allerdings erkennbar, daß die Einsicht von den Unzulänglichkeiten unserer „Staatsmänner“ — die im großen Sinne dieses Wortes gar keine solche waren — zu spät kam. Man ließ sich durch das Schlagwort, „die Militärs gingen die Politik nichts an“, irreführen.

Mit politischen Persönlichkeiten, Vorsitzenden großer Verbände, Zeitungsleitern usw. unterhielt ich — wiederum als Privatdeutscher — einen ausgedehnten Briefwechsel. Da der amtliche Schriftverkehr einen großen Umfang angenommen hatte, so ergab sich aus alledem ein sehr umfangreicher Briefwechsel, vielfach vertraulicher Natur. Daß ich ihn pünktlich bewältigen konnte, verdanke ich vor allem der unermüdligen Arbeitskraft, unbedingten Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit meiner Sekretärin, Fräulein Else Sch ul z e, aus Berlin, die von Ende Dezember 1914 bis zu meinem Rücktritt als Militärgouverneur nicht nur den dienstlichen, sondern auch den privatpolitischen Briefverkehr mustergültig erledigte. Es mußten oft an einem Tage über 20 Briefe erledigt werden.

Die B l a m e n b e w e g u n g machte mit der Zeit erfreuliche Fortschritte. Am 1. November 1916 wurde in Gegenwart des Generalgouverneurs, der Militärgouverneure der flämischen Provinzen und zahlreicher Professoren die Universität G e n t feierlichst eröffnet. Es war die erste flämische Hochschule in einem Lande, das zu drei Fünfteln von Flamen und nur zu zwei Fünfteln von Wallonen bewohnt war. Natürlich bestand eine der ersten „Taten“, nachdem die Deutschen Belgien geräumt hatten, darin, die flämische Hochschule wieder aufzulösen. Die Flamenbewegung hatte politisch zur Schaffung des „Kates von Flandern“ geführt, der auch dem staatlich überwiegenden französischen Einfluß entgegentrat. Einige dieser hochachtbaren Männer, die für die natürlichen Rechte ihres Volksstammes eintraten, sind nachher von belgischen Gerichten zum Tode verurteilt worden! Eine größere Anzahl zu lebenslänglichem Zuchthaus!

Es war selbstverständlich, daß die deutschen Behörden die Flamenbewegung unterstützten, und ich habe schon die Umänderung der Straßennamen in der Provinz erwähnt. Am 5. April 1916 erließ ich eine Verordnung, in der ich allen Gemeindebehörden die Anwendung der „Muttersprache“ im Verkehr mit der Bevölkerung zur Pflicht machte, „schon aus Liebe zu ihrem Volkstum“, und ferner den Staatsbehörden aufgab, im Ver-

kehr mit den Gemeinden (abgesehen von den 7 französisch sprechenden Gemeinden) nur das Flämische anzuwenden. Die flämische Presse begrüßte diese Verordnung mit großer Genugtuung, während die Entente- und belgische Presse, die in Le Havre und Holland ihren Sitz hatte, über diese neue „Vergewaltigung“ der Provinz durch den „brutalen“ Gouverneur loszogen. Dabei wurde nur von 1% der Provinzbewohner französisch gesprochen, und selbst in Ostflandern (Gent) nur von 4%.

Die Landwirtschaft der Provinz gedieh unter deutscher Verwaltung, und man braucht nur das „Verwaltungsblatt“ durchzulesen, um die Fürsorge zu erkennen, die diesem wichtigsten Zweige des provinziellen Wirtschaftslebens amtlich unablässig zugewendet wurde. Die ackerbautreibende Bevölkerung erzielte schon 1916 solche Überschüsse, daß sie vielfach ihre Hypothekenschulden abstossen konnte. Der Viehbestand überstieg 1917 denjenigen der Vorkriegszeit mit Ausnahme der Pferde. Da der Bedarf an Zugpferden beim deutschen Heere ständig zunahm, so mußte hier das pferdereiche Belgien besonders in Anspruch genommen werden. Das geschah durch freihändigen Ankauf gegen Barzahlung, wie denn überhaupt seit dem Herbst 1914 keinerlei Requisitionen mehr in Belgien stattfanden. Auch bezogen deutsche Landwirte durch Vermittlung der Provinzbehörden vielfach die sehr begehrten sogenannten schweren „Brabanter“.

Der Veterinärdienst lag in den Händen des Stabsveterinärs Dr. Z i n k e, eines Fachmannes von Ruf, der auch bei Musterungen und Ankäufen unermüdet tätig war.

Das Wohltätigkeitswesen in Belgien fand seinen Mittelpunkt im „Belgischen Roten Kreuz“, einer Schöpfung des Generals v. Bissing, die bestrebt war, praktische soziale Wohlfahrtspflege bei der Bevölkerung zur Geltung zu bringen. Hierüber finden sich wertvolle Angaben in dem Buche „Das Gouvernement Belgien. Zwei Jahre deutscher Arbeit“, von Ludwig Volkmann, das auch sonst mancherlei Bemerkenswertes bietet.

Leider raffte am 21. April 1917 der Tod den Generaloberst Frhr. v. Bissing dahin. Es war nicht zuviel gesagt über seine Tätigkeit als Generalgouverneur in den Sähen, die General der Inf. v. Z w e h l, Gouverneur von Antwerpen, dem Dahingeshiedenen widmete: „Wie in allem Tun seiner langen Dienstzeit hat er als Generalgouverneur eroberter feindlicher

Gebiete mit nie ermüdender Tatkraft und Schaffensfreudigkeit, mit sicherem militärischem wie politischem Scharfblick die wichtigsten Dienste geleistet. Auch Belgien wird und muß erkennen, daß ein redlicher Wille, ein warmes Herz jetzt stille steht, allezeit bereit, die Interessen des ihm anvertrauten Landes mit der unerbittlichen Notwendigkeit eines harten Kampfes in Einklang zu bringen."

Noch in der Todesstunde hatte er — nach dem Zeugnis seiner Gattin — „mit Worten wärmsten Dankes aller seiner treuen Mitarbeiter gedacht, die ihm geholfen haben, die von S. M. ihm anvertraute verantwortungsvolle Aufgabe zu erfüllen."

Ich persönlich verlor in dem Dahingeshiedenen einen Vorgesetzten, der trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten stets volles Verständnis zeigte für eine großzügige Auffassung, was die Verwaltung Belgiens anging. Er beklagte sich einmal bei mir über das allgemeine geringe politische Verständnis höherer Offiziere und gab mir Recht, als ich bemerkte, daß hieran mit einer einseitigen Erziehung schuld sei, die nicht genug Wert auf das Betonen nationaler Gesichtspunkte unter Ausschaltung von Parteipolitik bei den Beamten und Offizieren gelegt habe.

Generaloberst Frhr. v. Bissing hatte mir seiner Zeit ein tief durchdachtes Memorandum über die belgische Frage zugesandt. Nach seinem Tode übergab ich es Herrn Dr. B a c m e i s t e r, der es dann in der Wochenschrift „Das Größere Deutschland“ veröffentlichte. Der dort entwickelte Gedankengang ist auch heute noch der meinige.

Sein Nachfolger wurde Generaloberst Frhr. v. F a l k e n h a u s e n. Dieser hatte sich einen Namen als Militärschriftsteller gemacht, und sein letztes Werk über den „Großen Krieg“ zeugte ohne Zweifel von nicht gewöhnlicher Begabung und scharfem Verstande. Im Weltkrieg zuerst Führer der Armeedivision A im Elsaß, wo er die ihm zugefallenen Aufgaben mit Geschick löste, übernahm er später eine Armeedivision in Flandern, die jedoch in den Frühjahrskämpfen 1917 Mißerfolge zu verzeichnen hatte.

Zum Generalgouverneur von Belgien fehlten ihm politische wie organisatorische Begabung. Er machte auch gar kein Hehl daraus, daß ihn die Stellung als Generalgouverneur durchaus nicht befriedige, da sie seinen Neigungen nicht entspreche. Der Fehler lag also nicht an ihm, sondern an der

Stelle, die ihn nach Brüssel berief, gleichsam als Lückenbüßer. Es kommt hier wohl in erster Linie die Praxis des Militärkabinetts in Betracht, die im Weltkrieg — wie schon Oberst Bauer in seinem Buche „Aus Feld und Heimat“ treffend nachweist — in keiner Weise hohen Anforderungen entsprach, sondern wie im Frieden nach Schema F bürokratisch verfuhr. Ohne Zweifel sind in dieser Richtung große Fehler zu verzeichnen, denn die Personenfrage ist gerade im Kriege die wichtigste. Unsere Feinde verfuhr in dieser Beziehung viel zweckentsprechender, ohne Rücksicht auf „Gewohnheiten“ und Dienstalter. Bei ihnen wurde rücksichtslos verabschiedet, und man konnte dort gegen Ende des Krieges kommandierende Generale feststellen, die noch als Regimentskommandeur ausmarschiert waren. Im übrigen tat Generaloberst Frhr. v. Falkenhausen mit Pflichttreue seinen Dienst, lenkte aber gern das Gespräch auf militärwissenschaftliche Fragen. Jedenfalls habe ich in ihm stets einen wohlwollenden Vorgesetzten gefunden und einen vornehmen Charakter schätzen gelernt, aber das politische Verständnis, die Initiative, den Schaffensdrang des Frhr. v. Bissing besaß er nicht.

Anfangs 1917 war nach mühseliger Arbeit der elektrische Drahtzaun fertiggestellt, der längs der belgisch-holländischen Grenze herlief und diese abschloß. Er erschwerte nicht nur den Übertritt der Belgier nach Holland, um von dort aus das belgische Heer zu erreichen, sondern auch den Schmuggel. Andererseits erforderte er große Aufmerksamkeit in der technischen Bedienung, und eine größere Anzahl von LandsturMLEuten, die unvorsichtig hantierten, fielen leider dem elektrischen Strom zum Opfer. Auch Belgier, die mit allen Mitteln versuchten, die Leitung unwirksam zu machen. So ereignete es sich, daß eine Feldwache nachts jämmerliches Hilfesgeschrei hörte. Die ausgeschiedte Patrouille fand eine große Tonne mitten im Drahtzaun stecken, die einen toten Belgier aufwies, der mit einer Hand den Strom berührt hatte, und einen zweiten, der nicht mehr ein und aus wußte.

Natürlich mußten Durchlassstellen bestehen für den Verkehr mit Holland, aus dem wertvolle Nahrungsmittel für die Besatzungstruppen, ferner Handelsartikel, namentlich Gummi, bezogen wurden. Auch der Verkehr durch den bereits erwähnten St. Petersberg bei Maastricht war streng geregelt, aber außerordentlich mühsam. Dort mußten die vermauerten Zugänge nachts soweit geöffnet werden, um die Waren abnehmen zu können.

Ofters standen hier die deutschen Kontrolleure bis an die Knie im Wasser, und hat namentlich auf dem Posten von Eafter Leutnant K n a u d t vom Landsturnbataillon Minden aufopfernde persönliche Dienste geleistet.

Nach Inbetriebsetzung der Kanäle wurde in Loozen ein Hafenanmt eingerichtet, dem Major d. L. S e e l i g e r (bis dahin Zollbeamter in Hamburg) mit großem Geschick vorstand.

Ich möchte noch einen Fall erwähnen als bezeichnend für die auch in den höchsten Kreisen herrschende „Ausländerei“ und die „Mentalität“ deutscher Juristen.

Eines Abends meldete sich bei mir der Major d. L. Walter Bloem, der bekannte Schriftsteller, der beim deutschen Einmarsch schwer verwundet worden und als Jurist später dem Generalgouvernement in Brüssel zugeteilt war. Er hatte den Auftrag, „eingehende“ Untersuchung durchzuführen in Sachen des „Prince de Bourbon“, vielmehr der „Princesse de Bourbon“, die Klage erhoben hatte gegen den Militärgouverneur der Provinz Limburg und Offiziere der 22. Kavalleriebrigade wegen Raub, Diebstahl, Erpressung und Bedrohung. Der Major hatte als Reserveoffizier im Regiment Hohenzollern geübt, als ich an dessen Spitze stand, und war mir deshalb bekannt. Er konnte aber doch ein gewisses Erstaunen nicht verbergen, als ich erklärte, diese Sache sei nicht einmal eine Bagatelle-Sache im juristischen Sinne, interessiere mich in keiner Weise, ich würde ihm aber für den folgenden Tag ein Auto und einen meiner Kriegsgerichtsräte zur Verfügung stellen, um ihm bei Ausführung seines hochnotpeinlichen Auftrages behilflich zu sein. So geschah es denn auch. Der Major kam am nächsten Abend von Aachen zurück, ganz empört über die bodenlose Frechheit dieses angeblichen „prinzlichen Ehepaares“, aber auch erstaunt über die Leichtgläubigkeit am Kaiserlichen Hofe.

Diese „Princesse de Bourbon“ hatte nämlich einen Brief an die Kaiserin gerichtet, in welchem sie den „brutalen“ Militärgouverneur bzw. Offiziere der 22. Kavalleriebrigade der obenerwähnten Schandtaten beschuldigte und eine Entschädigung von 600 000 Francs als Schadenersatz forderte.

Unbegreiflicherweise fiel man in Berlin auf diesen aufgelegten Schwindel hinein, heischte vom Generalgouverneur „Remedur“, o h n e sich

vorher an zuständiger Stelle über diese „Bourbons“ und ihr Treiben zu erkundigen. Es bewohnte nämlich ein Holländer namens Westenberg das Schloß Hennegau bei Hasselt in Miete. Die Frau war eine ehemalige Kellnerin, und die Familie genoss das Gegenteil von Ansehen. Herr Westenberg, dessen Vorfahren in irgendeiner Weise von Bourbonen abstammen sollten, hatte das Recht, sich in Holland „Monsieur de Bourbon“ zu nennen. Das waren also die „prinzlichen“ Herrschaften, deren Klage diese „Mission“ veranlaßt hatte. Schon im Herbst 1914 war mir beim Vorbeifahren am Schloß Hennegau eine große Flagge mit dem Genfer roten Kreuz aufgefallen, als Zeichen, daß dort Verwundete oder Kranke untergebracht seien. Ich schickte einen Oberstabsarzt hin, der feststellte, daß das Schloß weder Verwundete noch Kranke beherberge. Es lag also hier ein offener Mißbrauch des roten Kreuzes vor, und es wurde der Stab der 22. Kavalleriebrigade dort einquartiert, der selbstverständlich das Schloß in gutem Zustande erhielt. Nur ein Bettlaken war von einer Ordnungszerschnitten und der hierdurch angerichtete Schaden auf 1 Fr. 50 Cts. abgeschätzt worden.

Das war alles. Als Major Bloem in Hennegau eintraf, hatten sich „le prince et la princesse“ nach Aachen begeben. Der ihn begleitende Kriegsgerichtsrat erklärte nun, er habe von mir den Befehl, das Ehepaar zur Verantwortung zu ziehen wegen Beleidigung und Verleumdung deutscher Offiziere. Die Herren fuhren hierauf nach Aachen, der Major „verhörte“ das saubere Ehepaar, der Kriegsgerichtsrat begab sich zum Staatsanwalt, der aber zuerst Schwierigkeiten machte wegen eines Haftbefehles, und als er ausgeführt werden sollte, waren mittlerweile die Herrschaften nach Holland verschwunden.

Die Sache mußte natürlich auch in Brüssel unangenehm berühren wegen der gezeigten Eilfertigkeit, aber man wollte doch etwas tun angesichts des Kabinettschreibens aus Berlin; und so wurde mir nahegelegt, ich möchte doch eine größere Summe als Entschädigung bewilligen, worauf ich erklärte, es bleibe bei den 1 Fr. 50 Cts. und kein Centime mehr.

Man sollte glauben, daß damit diese Geschichte, die einen etwas operettenhaften Beigeschmack hat, erledigt sei. Ich erhielt aber noch im Jahre 1921 eine Zustellung des Oberreichsanwaltes in Leipzig, ich sollte mich vor Gericht wegen Anklage auf Raub, Diebstahl, Be-

drohung mit dem Tode (!) verantworten, die Herr Westenbergh (alias M. de Bourbon) gegen mich und den General v. Wurmb durch das Auswärtige Amt in Berlin erhoben habe!

Daß ich über diese Vorladung etwas erstaunt war, kann man sich wohl denken. Ich erklärte vor Gericht, daß ich in dieser Sache jede Auskunft verweigere, erstens weil die Anklage gar nicht mit Beweisstücken begründet sei, und zweitens weil sich über die Sache Akten beim ehemaligen Gouvernementsgericht Brüssel vorfinden müßten.

Nach einiger Zeit schrieb mir dann der Herr Oberreichsanwalt, daß das Verfahren, wegen mangelnder Begründung seitens der Ankläger, eingestellt worden sei! Ich kann aber doch die Auffassung nicht unterdrücken, daß ein deutsches Gericht sich wohl nicht zu einer solchen offenkundigen Tendenz-„Komödie“ hätte hergeben dürfen!

Die Kreischefs wechselten öfters, was dem Dienste nicht frommte, da hier örtliche wie Personenkenntnis von Wert war. Am längsten war in seiner Stellung als Kreischef von Tongern Generalmajor v. K e n z e l l tätig, eine in jeder Beziehung ausgezeichnete Kraft. Seine Enthebung geschah durchaus überraschend für die in Betracht kommenden Vorgesetzten und mag als weiterer Beweis dafür gelten, daß das Militärkabinett sachliche Belange nicht hoch einschätze. Sein Nachfolger wurde Generalmajor Graf V i s t h u m. In Hasselt war zuerst Oberst v. F r i s s c h e, dann Oberst v. M a d a i, in Maesent Oberst v. R o s e n, später Generalmajor v. B r a u c h i t s c h tätig.

Von Landsturmruppen hatte ich als Militärgouverneur von Limburg im Laufe der Jahre unter meinem Befehl: die Bataillone Minden — Major E c k s t o r m —, Hannover II, Naumburg — Major F o e l l e —, Nürnberg — Oberstleutnant A d e —, Saarbrücken — Oberstleutnant v. B e s s e r —, Weimar — Oberst v. R o h r —, Elberfeld — Major v. M e n g e d e n —, Schwerin — Hauptmann S c h m i d t —, Mühlheim/Ruhr — Major S c h ü l e r —, Barmen — Oberst B e z —, Nienburg — Oberst M e l m s —, Celle — Major K e d l i c h —, Hamburg I — Hauptmann M a n n e s h a r d t —, Gera — Generalmajor B a n n i c h —, Gera — Oberstleutnant v. Z w e h l —, Saarlouis — Major A d o l p h —, Münster V — Hauptmann S c h m e l z e r.

An Landsturmeskadrons: Torgau, — zuerst Rittmeister Bueb, dann Rittmeister Frhr. v. Strombeck —, Düsseldorf — Rittmeister Deubel —, Chemnitz — Major v. Herder —, dann Rittmeister Engel.

An Landsturm-Jäger-Kompagnien VII. A.-K.: die 1. — Hauptmann Heckmann —, die 2. — Hauptmann Kieferling.

Alle diese Truppen haben ihre volle Schuldigkeit getan; ganz besonders bewährt haben sich nach Manneszucht, Ausbildung und Dienstfeier die Bataillone Nürnberg, Weimar, Minden, Naumburg, Mühlheim/Ruhr dank der hervorragenden Tüchtigkeit ihrer Kommandeure. Ich hatte im Jahre 1915 und 1916 noch regelmäßig Besichtigungen abgehalten — auch im Gelände —, die stets zur Zufriedenheit ausfielen. Einer solchen wohnte auch einmal der Kommandeur des 2. Garde-Mann-Regiments bei und sagte nach der Vorstellung der Eskadron Torgau unter Rittmeister Bueb: „Eine Linien-Eskadron kann es auch nicht besser machen.“

Allerdings nahm der militärische Wert der Landsturmtruppen später stetig ab, da sie „ausgekämmt“ wurden, um die jüngeren Mannschaften anderen Formationen zuzuführen.

Im Herbst 1917 trat eine Maasüberschwemmung ein, und zwar stieg das Wasser so rasch, daß die Blockhäuser, in denen die Feldwachen untergebracht waren, teilweise unter Wasser gerieten. Die Besatzungen konnten aber noch rechtzeitig ans Land kommen mit Ausnahme derjenigen eines sehr tiefliegenden Blockhauses, die sich schließlich auf das Dach retten mußte. Ein Pionierkommando war zwar zur Stelle, vermochte aber nicht Hilfe zu bringen. Da erboten sich belgische Schiffer — es war Nacht geworden und Sturm herrschte —, es zu versuchen, was ihnen auch endlich gelang. Sie brachten nach zweimaliger Fahrt die Mannschaften glücklich ans Land. Ich fuhr auf die Nachricht von der Wassergefahr im Kraftwagen nach den bedrohten Stellen — teilweise ging das Wasser über die Räder des Autos — und begrüßte die Geretteten, die sich übrigens musterhaft benommen hatten, auch angesichts der schier verzweifelten Lage. Es waren Mannschaften des Bataillons Celle, und es befanden sich unter ihnen auch Leute, die seiner Zeit in dem von mir kommandierten Bataillon 77 gestanden hatten und nun ihren alten „Major“ wiedersehen. Den wackeren belgischen Schiffern ließ ich je 1000 Franken aushändigen, und es konnte ihre Be-

reitwilligkeit zu dem nicht ungefährlichen Rettungswerk als ein Zeichen dafür gelten, daß zwischen der belgischen Bevölkerung und den deutschen Besatzungstruppen ein gutes Verhältnis bestand. Daß bei der Bewältigung eines großen Brandes in Hasselt herbeigeeilte LandsturMLEUTE die Hauptarbeit leisteten, wurde zwar in den flämischen und holländischen Zeitungen rühmend hervorgehoben, aber die belgische wie die Entente-PreSSE schwiegen natürlich solches Tun der „Hunnen“ tot.

Ich hatte zur Ausspannung Ende Januar 1918 einen vierzehntägigen Urlaub nach Berlin angetreten, als mir ein vom 9. Februar datiertes Schreiben des Generalgouverneurs aus Brüssel zuging.

„Euer Erzellenz werden es mir nachfühlen, wie schmerzlich es mir sein muß, Ihnen die beiliegende Allerhöchste Willensmeinung zur Kenntnis zu bringen.

Sie wissen, wie sehr ich bei hoher persönlicher Wertschätzung Ihre kraftvolle einsichtige Tätigkeit als Militärgouverneur von Limburg stets dankbar anerkannt habe.

Ich bedauere aufrichtig, Sie aus dieser so lange schwere Kriegsjahre hindurch vortrefflich ausgefüllten Stellung scheiden zu sehen, und bitte Sie, mir auch ferner ein gutes Andenken zu bewahren.

In besonderer Verehrung und in kameradschaftlicher Gesinnung verbleibe ich

Euer Erzellenz aufrichtig ergebener  
gez. Fehr. v. FalkenhauseN  
Generaloberst.“

Die erwähnte Allerhöchste Kabinettsorder entband mich meiner Stellung als Militärgouverneur der Provinz Limburg und sprach zugleich den Kaiserlichen Dank aus für die hervorragenden Verdienste, die ich mir in meiner bisherigen Stellung erworben habe.

Ich stand damals im 74. Lebensjahre, war überhaupt der älteste feldgraue General in Front und Heimat, so daß dieser Abschluß meiner Tätigkeit mich persönlich nicht überraschen konnte. Aber ich gestehe doch, daß ich die Kraft fühlte, meine verantwortliche Stellung noch weiterhin im Dienste des Vaterlandes ausfüllen zu können, und deshalb schied ich mit schmerzlichem Bedauern aus der bisherigen liebgewordenen Tätigkeit.

Trotz der beschwerlichen Reise hielt ich es für angemessen, mich persönlich von den treuen Mitarbeitern in Hasselt zu verabschieden, und ich kehrte deshalb noch einmal dahin zurück.

Hier erhielt ich überaus zahlreiche persönliche wie schriftliche Beweise von Anerkennung und Bedauern über mein Scheiden. Ich will nur folgende Schriftstücke wiedergeben als Belege für die Gesinnung innerhalb der Verwaltungskreise, für die Haltung des Bischofs von Lüttich und des Bürgermeister von Hasselt.

Das erste lautet:

Brüssel, 27. 2. 1918.

Euer Erzellenz drängt es mich, meinem aufrichtigen Bedauern Ausdruck zu geben, Sie aus dem Generalgouvernement Belgien scheiden zu sehen. Die Eindrücke, die ich in der Provinz Limburg von Ihrer straffen und gerechten Amtsführung stets erhalten habe, waren so stark, daß mir die Erinnerung daran stets unvergesslich sein wird. Ich wünschte, Euer Erzellenz könnten mit anhören, wie allgemein und groß die Trauer über Ihr Scheiden aus dem General-Gouvernement ist, vom General-Gouverneur bis zum Feldwebel ist nur eine Stimme des Bedauerns. Möchten Euer Erzellenz als Lohn und Dank für Ihre rastlose Tätigkeit einen kraftvollen Frieden erleben, der uns in Belgien bringt, was wir alle erhoffen.

In steter treuer Verehrung habe ich die Ehre zu sein

Euer Erzellenz sehr ergebener  
gez. Frhr. v. Wilnowski.

Ich hatte mich von dem Bischof Rutten von Lüttich brieflich verabschiedet und ihm meine Befriedigung darüber ausgesprochen, daß während meiner Amtsdauer stets ein loyales Einvernehmen zwischen den deutschen Behörden und dem bischöflichen Ordinariat bestanden habe. Hierauf erhielt ich nachstehendes Schreiben:

„Lüttich, 27. 2. 1918.

Euer Erzellenz bittet der gehorsamst Unterzeichnete, für das gütige Schreiben vom 22. 2. seinen aufrichtigsten und ehrerbietigsten Dank entgegennehmen zu wollen. Der Herr Bischof von Lüttich zeigte sich über

den Inhalt des Schreibens sehr erfreut und behält sich vor, auf das Schreiben von Euer Erzellenz noch persönlich zu antworten.

Die Nachricht von dem Scheiden Euer Erzellenz aus unserer Mitte traf mich überraschend. Soweit mich die Kriegsergebnisse in Beziehungen zu Euer Erzellenz gebracht haben, gewann ich den bestimmten Eindruck, der mich das Ausscheiden einer so hervorragenden, jugendlich frischen Kraft im Dienste der deutschen Interessen auf belgischem Boden lebhaft bedauern läßt. Möge diese Kraft zukünftig und noch viele Jahre der deutschen Heimat sich segensreich bewähren können! Dort wie in Belgien fordert der schwere Kampf um die Zukunft des heißgeliebten Vaterlandes jetzt ganze Männer.

Euer Erzellenz ehrerbietigst ergbener  
gez. Prof. Dr. Koch  
Domcapitular.

Bischof Rutten schrieb slawisch:

Lüttich, den 27. 2. 1918.

Euer Erzellenz!

Ich habe den Brief erhalten, worin Euer Erzellenz mir Ihre bevorstehende Abreise mitteilen, und ich bin sehr gerührt durch die Erklärung, daß Euer Erzellenz mein Benehmen immer loyal gefunden haben gegenüber der besetzenden Macht. Es ist mein fester Entschluß, soviel wie möglich die Kriegsqualen zu lindern und keine unnötigen Schwierigkeiten zu erwecken, und es wird mir immer sehr angenehm sein, dieselben Gefühle bei der besetzenden Macht anzutreffen.

Ich danke Euer Erzellenz auch für das, was Sie zu Gunsten von E. H. van Swygenhoven getan haben. Ich übernehme gern die Verantwortung für diesen Pfarrer.

Ich wünsche Euer Erzellenz die beste Gesundheit und die himmlischen Gnaden und verbleibe mit ehrerbietiger Hochachtung

Ihr Diener  
gez. M. H. Rutten  
B. v. L.

Der Bürgermeister von Hasselt schrieb vlamisch:

„Hasselt, 22. 2. 1918.

Euer Erzellenz!

Ich habe soeben das Schreiben erhalten, in dem Euer Erzellenz die Güte hatten, mich von Ihrem Weggange zu benachrichtigen. Ich kann nicht umhin, Euer Erzellenz den Ausdruck meines innigen und aufrichtigen Bedauerns auszusprechen. Seit Ihrer Ankunft in Hasselt am 1. November 1914 haben Euer Erzellenz mich stets, obwohl ich meine Vaterlandsliebe nie verleugnet, mit aufrichtiger Achtung behandelt und mir gegenüber Güte zu zeigen beliebt. Meine Frau, die von Ihrer Güte besonders erfüllt war, bittet Euer Erzellenz ihre aufrichtigen Wünsche für Ihr weiteres Wohlergehen entgegenzunehmen zu wollen.

Gestatten Sie mir zugleich, sehr verehrter Herr Gouverneur, in meiner Eigenschaft als Bürgermeister Euer Erzellenz für das Entgegenkommen, mit der Euer Erzellenz die Stadt Hasselt in diesen schweren Zeiten zu behandeln beliebt haben, so daß jede Schwierigkeit vermieden worden ist, meinen Dank auszusprechen.

gez. Ferd. Portmans.  
Bürgermeister.“

Jedenfalls war ich sowohl als Landsturm-Inspekteur in Lüttich wie als Militärgouverneur der Provinz Limburg stets gewissenhaft bestrebt, bei meiner Pflichterfüllung alle unnötigen Härten gegenüber der belgischen Bevölkerung zu meiden, Gerechtigkeit und Billigkeit walten zu lassen, soweit das die deutschen Belange zuließen. So dürften diese Niederschriften auch einen Beitrag liefern zur Geschichte der „deutschen Verwaltung in Belgien“, die jedes unbefangene Urteil verträgt und die Entstellungen wie Verleumdungen entkräftet, die unsere Feinde seither in blindem Hasse auch in dieser Beziehung gegen uns Deutsche verbreitet haben!

Ich bin im übrigen der Ansicht, daß ein Vergleich zwischen der maßvollen Ausübung deutscher Herrschaft in einem im Kriege eroberten und im Kriege zu behauptenden Lande wie Belgien, und der brutalen Gewalt Herrschaft namentlich der Franzosen in den unter friedlichen Verhältnissen

von ihnen besetzten deutschen Gebieten die tiefflaffende Kluft aller Welt offenbaren müßte, die zwischen deutscher Wesensart und derjenigen unserer Feinde von jeher bestanden hat, noch besteht und stets bestehen wird. Es handelt sich hierbei um völkische Naturgesetze, die alles leere Gerede von „Internationalität“, „Weltgewissen“ und „Weltgerechtigkeit“ nicht beseitigen wird. Wenn die pazifistischen Apostel das Gegenteil verkünden, so ver-sündigen sie sich am deutschen Volke, dem die gefährdetste Lage inmitten Europas beschieden ist. Von ihm gilt erst recht das Wort Goethes: „Es ist Pflicht, sich die barbarischen Vorzüge zu erhalten, die uns groß-gemacht haben.“ Hier ist der Ausdruck „barbarisch“ falsch gewählt, es müßte heißen: die „kriegerischen“ Vorzüge; denn diese haben in erster Linie ein deutsches Volk, ein deutsches Reich zu schaffen vermocht, seitdem sie „verschüttet“ sind, ist auch Deutschland „verschüttet“.



## Zehnter Abschnitt.

Prozeß Wetterlé. Wiederaufnahme der schriftstellerischen Tätigkeit. Herr Bernstein als Denunziant. Die Revolution. Meine Schrift „Die Schuld am Weltkriege“. Aufsätze „Die Ursachen unserer Niederlage“ und „Belgisches“. „Monatshefte für Politik und Wehrmacht“. „Graf Schlieffen, eine Studie im Zusammenhang mit dem Weltkrieg“. Auf der Liste der Kriegsverbrecher. Meine Abhandlung „Prinz Max von Baden und das Kriegskabinett“. Rückblick und Ausklang.

Einer der ersten Schritte, die ich nach der Rückkehr aus Belgien unternahm, war die Wiederaufnahme einer Berufung im Prozesse Wetterlé. Diese ganze Angelegenheit ist — abgesehen von der persönlichen Seite — geradezu ein Schulbeispiel für die formale Belastung unserer Gerichte mit der Heiligkeit des Paragraphentums, selbst wenn es sich um die Wahrung hoher vaterländischer Belange handelt.

Herr Wetterlé, dieser ausgesprochen deutschfeindliche, im französischen Solde stehende Elsäßer, Demagoge schlimmster Art, dabei aber Mitglied des Deutschen Reichstages und zuerst vom Zentrum „bemuttert“, hatte sein an Landesverrat grenzendes Treiben so schamlos fortgesetzt, daß ich mich veranlaßt sah, im „Tag“ hierüber einiges zu bemerken. Wobei ich den Ausdruck „Bastard-Deutsche“ gebrauchte und von der hinter jenem mittelbaren Landesverräter stehenden „Schandpresse“ sprach.

Herr Wetterlé und sein Parteigenosse Seidel hatten hierauf die Frechheit — anders kann man es angesichts des offenkundigen Treibens dieser Subjekte gar nicht nennen —, mich wegen Beleidigung zu verklagen!

Natürlich glaubte jeder anständige Deutsche, daß das Gericht die Gelegenheit benützen würde, um die schamlose Hez- und Wühlarbeit jener Französlinge zu kennzeichnen. Aber das Gegenteil geschah! Das Schöffengericht in Colmar verurteilte mich wegen Beleidigung zu 200 Mark Geldstrafe, ersatzweise zu 20 Tagen Haft, Tragen der Kosten und Veröffentlichung des Urteils im „Tag“ sowie der „Straßburger Post“.

Natürlich legte ich sofort Berufung ein gegen dieses Urteil, und die Strafkammer in Colmar entschied, „daß eine Strafe von 30 Mark beziehungsweise 3 Tagen Haft als genügend anzusehen sei.“ In der Begründung war ausgeführt: „Beim Strafmaß sei die Persönlichkeit des Klägers (Wetterlé und Genossen) zu berücksichtigen gewesen. Hier stehe fest, daß die ganze Art und Weise ihres Verhaltens wie ihrer Presse, insbesondere das Verhalten Wetterlés nichts weniger als einwandfrei sei. Es verletze die Gefühle jedes anständig und loyal denkenden Altdeutschen und Alt-Essäers, es rufe überall Befremden und Entrüstung hervor und fordere zur scharfen Abwehr geradezu heraus. Deshalb wurden dem Beklagten mildernde Umstände zugebilligt.“ Dieses Urteil bedeutete also eine Art Ehrenerklärung für mich, aber trotzdem blieb ich der Verurteilte „von Rechts wegen“. Da ich diese Art von Rechtsprechung nicht begriff, denn sie widerspricht sich selbst, so legte ich hiergegen Revision ein. Diese wurde jedoch von der betreffenden Instanz „ausgesetzt“, da ich inzwischen zum Heeresdienst einberufen worden sei. Auch das begriff ich nicht, zumal inzwischen Herr Wetterlé wegen „Landes- und Hochverrats“ in contumaciam zum Tode verurteilt worden war. Aus der Wiederaufnahme des Verfahrens gegen diesen „Ehrenmann“ — diesen Beinamen erhielt er bei den Verhandlungen des Colmarer Schöffengerichtes — wurde jedoch nichts. Warum? Weil die Kaiserliche Regierung in Straßburg ein solches ablehnte mit der Begründung, ich sei durch die Amnestie-Verordnung vom Herbst 1914 meiner Bestrafung enthoben und damit die Angelegenheit erledigt. Es bleibt demnach dabei, daß ich ein „Bestrafter“ war und der Ankläger, der Landesverräter Wetterlé, das mit Recht behaupten kann. Für eine solche Art „Justiz“ oder Anwendung von Gesetzen fehlt mir allerdings jedes Verständnis, denn der sittliche Boden der Rechtsbegriffe wird dadurch vollkommen zerstört. Auch behauptete ich, daß solcher juristischer

Unfug — milde ausgedrückt — eben nur in Deutschland möglich ist. Hier gilt wohl das Wort aus Faust: „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage“.

Bei meiner Einberufung hatte ich die Leitung der „Jahrbücher für Armee und Marine“ in andere Hände gelegt, nunmehr übernahm ich sie wieder. Für die „Deutsche Zeitung“ und die „Tägliche Rundschau“ schrieb ich seit dem Frühjahr 1918 öfters Leitartikel, die sich namentlich mit unserer Kriegspolitik beschäftigten. Diese behielt in den schwachen Händen des Reichskanzlers Grafen Hertling, der außerdem, ebenso wie Herr v. Bethmann, sich von Wien ins Schlepptau nehmen ließ, eine verhängnisvolle Richtung bei. Sowohl nach außen wie nach innen. Die Wilhelmstraße „hoffte“ immer noch auf das „Nachlassen“ des feindlichen Vernichtungswillens, steifte sich weiterhin auf die unglückselige „Friedensresolution“ vom Juli 1917, und Herr Erzberger blieb der Hauptdrahtzieher im Reichstage. Bei Lichte besehen war er ein beschränkter Kopf — sonst würde er nicht den unglaublichen Ausspruch getan haben, „er würde in einer halben Stunde mit Lloyd George einen annehmbaren Frieden zustande bringen“ —, unbedenklich in seinen Mitteln und von unbegrenzter Selbstgefälligkeit. Daß ein solcher politischer Dilettant überhaupt eine geradezu führende Rolle spielen konnte, in den denkbar schwersten Zeiten, darf als Beweis gelten von der politischen Dürftigkeit der Regierenden sowohl wie der Reichstagsboten.

Die große Frühjahrsoffensive 1918 hatte trotz bedeutender Anfangserfolge nicht die strategische Wirkung gehabt, die man von ihr erhoffte. Mein ältester Sohn hatte sehr gegen seinen Willen die Stellung als Chef des Generalstabes beim Korps des Grafen Schmettau mit der eines Chefs des Militärstabes beim Ernährungsamt in Berlin vertauschen müssen, da die D.H. großen Wert auf eine großzügige Ernährungspolitik legte. Er blieb aber in dauernder Fühlung mit dem Großen Hauptquartier und sagte mir, als unsere Offensive vor Amiens zum Stehen kam, eine durchschlagende Wirkung sei nicht erzielt worden, weil die Heeresgruppe des rechten Flügels in der Vorwärtsbewegung stecken geblieben sei. So war es auch.

Mein Schwiegersohn, Oberstleutnant Dorndorf, hatte auch diesmal mit seinem Regiment so Hervorragendes geleistet, daß ihm der Orden pour le merite verliehen wurde. Der zweite Sohn war 1917 Adjutant beim

Besoldetenkorps geworden, später beim XIX. Reservekorps. Jedenfalls konnte ich stolz sein auf die drei Söhne, die in den verschiedensten Stellungen und auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen sich ausgezeichnet hatten. Daß ich aber nunmehr „Zuschauer“ geworden war, schmerzte mich. Das alte Soldatenblut machte sich eben trotz der hohen Jahre geltend.

Nach der Frühjahrsoffensive mit ihrem nur halben Erfolge mehrten sich die Anzeichen, daß trotz der beispiellosen Leistungen unserer Truppen nunmehr ein Rückschlag nicht ausgeschlossen sei, zumal es den Zieferblickenden schon lange kein Geheimnis blieb, daß bei dieser Kriegspolitik der Enderfolg ernstlich in Frage gestellt sei. Schon Cicero tat den Ausdruck: „Das Heer kann im Felde nichts Entscheidendes ausrichten, wenn zu Hause schlechter Rat herrscht.“ Solcher schlechter Rat hatte bei uns schon vor dem Kriege geherrscht und herrschte weiter im Kriege. Da es unbedingt richtig ist, „daß Krieg die Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln ist“, so darf dabei nicht übersehen werden, daß wir eine klare, zielsichere, tatkräftige Politik seit Jahren gar nicht kannten — also mußte auch ihre Fortsetzung demgemäß ausfallen. Das heißt, das Heer blieb ohne eigentliches Kriegsziel, in der Heimat wurde der Kriegswille nicht geschürt und gestärkt, sondern im Gegenteil gelähmt. Unsere Feinde dagegen stärkten den Kriegswillen mit allen Mitteln, und wer das nicht mitmachte, wurde einfach an die Wand gestellt!

Unsere schwächliche und deshalb verderbliche Politik fand dagegen dauernd Rückhalt am Reichstage. Es braucht nur an die unselige Friedensresolution vom Sommer 1917 erinnert zu werden, die selbst ein Prinz Max von Baden seinerzeit „ein übles Erzeugnis von Angst und Berliner Hundstagshitze“ genannt hatte. Da trieben doch die „demokratisch orientierten“ Feindstaaten eine ganz andere Politik. Die Clemenceau, Lloyd George, Wilson übten die uneingeschränkte Diktatur aus, während bei uns ein „abgeklärter“ Parlamentarismus die Zügel führte, oder richtiger sie am Boden schleifen ließ.

Nicht umsonst hatte schon im Sommer 1917, als die militärische Lage für die Entente bedenklich aussah, Lord Cecil geäußert: „Im Felde können wir die Deutschen nicht besiegen, aber wir rechnen auf den deutschen Reichstag.“

Dieser Ausspruch des geschichtskundigen englischen Staatsmannes wird stets ein Schmachzeugnis für den deutschen Parlamentarismus während des Weltkrieges bedeuten. Denn der Engländer hat Recht behalten!

Es herrschte bei unseren „Hochmögenden“ dauernd vollkommene Begriffsstutzigkeit über das Wesen dieses Krieges, der über Deutschlands für die Regierenden eigentlich nur eine unbequeme Störung ihrer bürokratisch-pazifistisch gerichteten Weltanschauung — der Kaiser nennt ja auch in seinen „Gestalten“ Herrn v. Bethmann einen Pazifisten, entfernte ihn aber nicht — und unsere Diplomaten betrachteten den Krieg als einen unliebsamen Eingriff in die Wahnvorstellungen ihrer subalternen Kunstfertigkeit. Da braucht man u. a. nur die Bücher des Herrn v. Bethmann, des Freiherrn v. Schoen, sowie des Herrn v. Jagow über jenen Zeitabschnitt zu lesen. Ich glaube sicher, daß Bismarck die Tätigkeit dieser Herren in der Wilhelmstraße und des Herrn v. Schoen in Paris als gefährliche Puschereien bezeichnet haben würde. Leider hatte die D.H. diese Puscherei zu spät erkannt, wie u. a. aus Ludendorffs „Kriegführung und Politik“ hervorgeht.

Ich veröffentlichte im Zusammenhange mit diesen Fragen vom März bis November 1918 mehrere Aufsätze. So u. a. fortlaufende Artikel „Politik und Kriegführung“, wo ich auch die geradezu klägliche Organisation unseres amtlichen Pressewesens darlegte, „Was uns fehlt und wo es fehlt“, ferner „Kriegspolitische Fragen.“ Ich glaube, wer jene Aufsätze jetzt liest, wird zugeben müssen, daß ich damals richtig gesehen, richtig geurteilt und richtig — prophezeit habe. Solches verdroß jedoch in den Kanzleien wie bei den Parteien, auf die sich die Regierung stützte. So ist auch der Schlusssatz des erstgenannten Artikels leider wörtlich eingetroffen: „denn der Himmel ergrimmt über den blöden Unverstand und nimmt die Herrschaft von dem Volke, das sie nicht zu gebrauchen versteht.“ Er stammt von Görres, der in den Jahren 1814/15 seinem patriotischen Grimm Luft machte, als man sich auf dem Wiener Kongress anschickte, Preußen-Deutschland um den Siegespreis der Befreiungskriege zu betrügen. Was auch geschah, da Österreich, Rußland, England und Frankreich einen Geheimbund schlossen, so eine Art „Vorentente“ gegen — Preußen.

In dem Aufsatz „Handeln“ steht: „Unsere Feinde wollen uns Ehre und Brot rauben. Die Herren Wilson, Lloyd George und Clemenceau wollen uns politisch wie wirtschaftlich abschlachten, um dann die Welt nach ihrem Rezept umzugestalten.“ Das nahm namentlich die Demokratie übel, weil ich ihren Schutzheiligen Wilson des „Abschlachtens“ verdächtigte. Er hat nachher gründlich dabei mitgeholfen, in Spaa wie in Versailles.

Als die deutsche Not zusehends wuchs, die Gefahr einer Revolution immer deutlicher in Erscheinung trat, der Kriegsminister v. Stein und General Ludendorff vom Prinzen Max von Baden beseitigt wurden, schrieb ich: „Ist denn kein York da?“ Er war aber nicht da. Es fand sich kein General, der selbst Ungehorsam wagte, der sein Leben einsetzte, um Deutschland vor dem drohenden Zusammenbruch zu bewahren.

Die Sozialdemokraten, die in mir von jeher ihren „Feind“ gesehen hatten, wurden durch meine Warnungen und Mahnungen besonders gereizt; denn daß die Herren Scheidemann und Erzberger im Kriegskabinet das Regierungsschiff steuerten und der Reichskanzler nur den Strohhalm darstellte, war für jeden, der einigermaßen hinter die Kulissen zu sehen verstand, deutlich erkennbar. So erzählte denn Ende Oktober Herr Bernstein im Reichstage, ich sei von der Firma Krupp sozusagen bestochen worden, um den Kriegshetzer zu spielen. Etwas Niederträchtigeres konnte mir gar nicht nachgesagt werden. Denn so wurde meine ganze selbstlose politische Tätigkeit — auch die im Flottenverein und Wehrverein — als Ausfluß einer bezahlten Gesinnung glaubhaft zu machen versucht.

Der größte Lump im ganzen Land,  
Das ist und bleibt der Denunziant

erklärte Freiligrath mit vollem Rechte. Aber es gab da gar nichts zu denunzieren. Denn wenn Herr Bernstein sich die Mühe genommen hätte, seine denunzierenden Hintermänner und Zuträger nach stichhaltigen Beweisen für ihre Behauptungen zu fragen — wie es seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit gewesen wäre —, so würde sich die ganze Unhaltbarkeit und Verlogenheit jener Behauptungen herausgestellt haben, die aus parteipolitischem Hasse stammte.

Diese Denunzianten waren offenbar in den Kreisen des Herrn *Milou* zu suchen, der als einer der Direktoren von Krupp bei Beginn des Weltkrieges eine geradezu landesverräterische Rolle gespielt hatte, um Deutschland, besonders dem Kaiser, die Schuld am Ausbruche des Krieges zuzuschieben. Er trieb dieses üble Handwerk bezeichnenderweise vom Auslande her. Herr *Milou* und ein entlassener Beamter der Firma konstruierten sich nämlich aus angeblichen „geheimnisvollen“ Notizen über Geldsendungen an mich jene Räubergeschichte vom „bestochenen“ General *Keim*.

Ich habe seinerzeit den höchst einfachen Sachverhalt in der Presse aufgeklärt. Er bestand darin, daß Krupp zu den Mitbegründern der 1872 ins Leben gerufenen „Jahrbücher für Armee und Marine“ gehörte. Genau so, wie industrielle Unternehmungen sich finanziell bei Fachzeitschriften beteiligen, so erhielten der Verleger wie der Schriftleiter von der Firma Krupp einen recht bescheidenen jährlichen Zuschuß, da die Zeitschrift einen Gewinn überhaupt nicht einbrachte, weil sie amtlich, wie das sonst üblich zu sein pflegt, weder mittelbar noch unmittelbar, wie z. B. das „Militärwochenblatt“, irgend eine Unterstützung genoss. Gerade wegen dieser vollkommenen Unabhängigkeit in allen militärischen Fragen erfreuten sich die „Jahrbücher“ eines wohlbegründeten Rufes in den militärischen Kreisen des Inlandes wie des Auslandes. So ist an der Hand von Aufsätzen auch leicht unter Beweis zu stellen, daß in den Jahren 1903–14 (während dieser Zeit führte ich die Schriftleitung) die Leistungen der Firma Krupp dort weniger hervorgehoben worden sind als in anderen Fachzeitschriften. Im Gegenteil waren es die „Jahrbücher“, die zu erst von allen deutschen militärischen Zeitschriften für das Rohrrücklaufgeschütz eintraten, das eine Schöpfung der Konkurrenzfirma *Ehrhardt* (Düsseldorf) darstellte. Im Gegensatz zum „Militärwochenblatt“, das in Übereinstimmung mit dem Preussischen Kriegsministerium und der Artillerieprüfungskommission das Rohrrücklaufgeschütz in unbegreiflicher Weise hartnäckig bekämpfte. Ich lehnte sogar einen mir von General *Kehrer* (Artillerieprüfungskommission) zugesandten Aufsatz gegen die Rohrrücklaufgeschütze ab, was mir die amtliche Unnade zuzog.

Wie jämmerlich mußte es um die moralische wie Geistesverfassung jener Denunzianten um Herrn Bernstein herum beschaffen sein, daß es in ihr Gehirn nicht hineinging, wie man aus selbstlosen vaterländischen Gründen für Verstärkung der bedenkliche Lücken aufweisenden deutschen Wehrmacht eintrat, wie ich das unter den Angriffen und Verleumdungen der roten wie schwarzen Reichsfeinde im Flottenverein wie im Wehrverein getan hatte! Um jener erbärmlichen Verleumdung auch noch die Krone des Widerspruches aufzusetzen — Herr Bernstein ließ bezeichnenderweise seine Enthüllungen im „Berliner Tageblatt“ erscheinen —, enthielten sie den Satz, daß Notizen über den Zuschuß an den Verlag vom Jahre 1912 ab allerdings nicht mehr vorhanden seien! Nun war aber doch gerade der deutsche Wehrverein, der angeblich eine Gründung der Firma Krupp sein sollte, von mir anfangs 1912 ins Leben gerufen worden!

Ich habe diesen widerlichen Niederschlag parteipolitischer Gegnerschaft ausführlicher erörtert — er wurde auch von einem Herrn Dr. Wilbrand in der „Freiheit“ (!) gebührend ausgeschlachtet — als Schulbeispiel der vergifteten Kampfweise gegen diejenigen, die für ihres Vaterlandes Sicherheit und Größe einzutreten als ihre Pflicht ansahen. Es scheint mir, als ob solches böswillige Tun doch nur in Deutschland möglich gewesen sei, wo der selbstmörderische Schlagtruf „Gegen den Militarismus“ jede politische Einsicht ebenso wie wahre Vaterlandsliebe aus der Denkweise systematisch verhefter Volkskreise einfach ausgeschaltet hatte. Die furchtbaren Folgen dieser „Arbeit“ sind denn auch später gegen Ende des Weltkrieges nicht ausgeblieben!

Als die entehrende und deutlich den Vernichtungswillen unserer Feinde zum Ausdruck bringende dritte Note des Herrn Wilson bekannt wurde, regte sich in Deutschland so etwas, was nach „heiligem Zorne“ aussah. Selbst die Sozialdemokratie erließ eine Erklärung im „Vorwärts“, die nur in diesem Sinne gedeutet werden konnte, und Herr Rathenau schrieb in der „Vossischen Zeitung“ von einer „levée en masse“ nach dem französischen Muster von 1792. Es war aber alles nur Strohfeuer. Das sogenannte Kriegskabinet hätte eigentlich Pazifisten =

kabinett heißen sollen, denn es fuhr fort, Herrn Wilson, diesem Totengräber Deutschlands, zu vertrauen!

Ich habe im Jahre 1922 über die politischen, militärischen und parlamentarischen Vorgänge aus der Zeit vom 1. Oktober bis 9. November 1918 eine Abhandlung veröffentlicht unter dem Titel „Prinz Max von Baden und das Kriegskabinett“,\*) die einschlägiges, zuverlässiges Material enthält über jene verderblichste Periode der deutschen Geschichte. Deshalb gehe ich auf die Vorgänge aus dieser Zeit hier nicht näher ein. Inzwischen ist auch das Buch des Kaisers „Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1898 bis 1918“, erschienen, das ich jedoch seiner ganzen Richtung nach für eine wenig glückliche Niederschrift halte, und die mich erst recht wegen meiner streng royalistischen Gesinnung zu einer Änderung meines Urteils über die Revolution in Berlin sowie die Tragödie in Spaa in jener Abhandlung nicht veranlassen. Ich halte u. a. den dort geschriebenen Satz aufrecht: „An jenem Tage (9. November in Spaa) mußten die Worte Nichtsnur sein, die Bismarck seinerzeit dem Prinzen Wilhelm geschrieben hatte: Als festeste Stütze der Monarchie sehe ich ein Königtum an, dessen Träger entschlossen ist, in kritischen Zeiten lieber mit dem Degen in der Faust auf den Stufen seines Thrones für sein Recht kämpfend zu fallen als zu weichen.“\*\*\*)

Ich bleibe ferner dabei, daß die Revolution am treffendsten geschildert ist im 2. Band des Buches von Spengler „Der Untergang des Abendlandes“ in nachfolgendem: „Die Revolution war die sinnloseste Tat der deutschen Geschichte. Es wird schwer sein, in der Geschichte anderer Völker ähnliches zu finden. Ein Franzose würde den Vergleich mit 1789 als eine Beleidigung mit Recht ablehnen. Wie flach, wie flau, wie wenig überzeugt war das alles! Wo man Helden vermutete, fand man befreite Sträflinge, Literaten, Deserteure, die brüllend und stehlend, von ihrer Wichtigkeit und Mangel an Gefahr überzeugt, umherzogen, absehten, prügelten, dichteten. Man sagt, diese Gestalten beschmuken jede Revolution. Gewiß, nur daß bei anderen Völkern das gesamte Volk

\*) Verlag von G. Bath, Berlin.

\*\*) Brief vom 6. Januar 1888, Gedanken und Erinnerungen, Bd. 3, S. 16.

mit Urganwalt hervorbrach, daß die Hefe verschwand. Hier handelte die Hefe allein, die ungeheure Masse, die einen Gedanken zur Einheit schmiedet, blieb aus. Die unbeschreibliche Häßlichkeit der Novembertage ist ohne Beispiel!"

Diese „Häßlichkeit“ kann ich aus eigener Anschauung bestätigen, da ich jene Novembertage in Berlin miterlebte. Am Tage vor dem Ausbruche der Revolution hatte ich für die „Tägliche Rundschau“ einen Leitartikel „Götterdämmerung“ geschrieben. An der Hand der Edda, in der ja die altnordische Sage von dem Sturze der Götter und dem Versinken der Welt so ergreifend geschildert wird, übertrug ich den drohenden Untergang der „Deutschen Welt“ in das Politische. Die Vorzeichen der „Götterdämmerung“ waren jedenfalls bereits deutlich erkennbar am Horizont, aber selbst das Wetterleuchten der Meutereien auf der Flotte veranlaßte das Kriegskabinet nicht, sich endlich zu Taten aufzuraffen!

Als ich nach Korrekturlesen am 9. November mittags 1 Uhr aus der Zimmerstraße wegging, hatte mir kurz vorher das Tippfräulein gesagt: „Um 1 Uhr wird die Republik ausgerufen.“ Wo es seine Weisheit herhatte, verriet es nicht, aber recht hat es gehabt. Beim Einbiegen in die Prinz-Albrecht-Straße stieß ich auf eine Maschinengewehr-Abteilung, die dort aufgefahren war, aber nicht in Feuerbereitschaft. Auf meine Anfrage bei dem die Abteilung kommandierenden Hauptmann, was denn eigentlich los sei, antwortete er, das wisse er auch nicht recht, aber das Gerücht gehe um, den Truppen sei das Feuern gegenüber Aufrührern verboten. Leider war das nicht nur ein Gerücht, sondern eine Tatsache. Der Oberkommandierende in den Marken, General von Linsingen, hatte um 1 Uhr 15 Minuten den Befehl erlassen: „Truppen haben von den Waffen nicht Gebrauch zu machen, auch bei Verteidigung von Gebäuden nicht.“

Damit war der Revolution in Berlin freie Bahn geschaffen, so daß Erzellenz Scheidemann — noch wenige Stunden zuvor kaiserlicher Staatssekretär — von der Freitreppe des Reichstagsgebäudes die Republik ausrufen konnte mit den Worten: „Das Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Die Republik bringt Frieden, Freiheit, Brot.“ Wie das „Volk“

aus sah, das die glorreiche Revolution gemacht hat, ist oben von Spengler geschildert worden, und wie es mit Frieden, Freiheit, Brot bestellt ist, das sehen wir jetzt täglich, am Grabe unseres Vaterlandes stehend.

Herr Scheidemann und die Revolutionsmacher waren jedoch von ihren Erfolgen selbst überrascht, denn wir lesen in dessen „Erinnerungen“, daß „ein einziges entschlossenes Offiziersbataillon wohl imstande gewesen sei, die Revolution in Berlin niederzuschlagen.“ Deshalb hat auch Max Treutler recht, wenn er schreibt („Tag“ vom 23. 5. 1922): „Ich bin heute noch nach allem, was ich draußen und daheim am 9. November beobachtet habe, der Überzeugung: Ein einziger entschlossener Wille, der allerdings vor nichts zurückschreckt, hätte den geistig armenfeligsten Anfängen der Revolution und damit dieser überhaupt das Genick abgedreht und eine andere für Volk und Vaterland bessere Wendung herbeigeführt.“ Siehe meinen Ausruf schon acht Wochen früher: „Ist denn kein York da!“

Es folgten nun schwere, niederschmetternde Zeiten. Als die Waffenstillstandsbedingungen bekannt wurden, forderte ich in den mir nahe stehenden Zeitungen glatte Ablehnung, denn es lag auf der Hand, daß ihre Annahme unsere politische wie wirtschaftliche Verflayung bedeuten mußte. Alles, was sich seit ihrer Annahme ereignet hat, ist die unabwendbare logische Folgerung unserer militärischen Wehrlosmachung, die von den Novemberlingen nicht rasch genug betrieben werden konnte! Unter dem Schlagwort: „Nieder mit dem Militarismus!“ Seitdem der sogenannte Militarismus in Deutschland tot ist, ist auch Deutschland tot!

Das ist das erschütternde Ergebnis der hoch- und landesverräterischen Revolution vom 9. November 1918 ihren Auswirkungen nach. Alles andere ist wertloses Geschwätz, Geschreibsel, eingegeben teils vom bösen Gewissen, teils entspringend der wie es scheint unausrottbaren politischen Dummheit der Deutschen. Denn schon vor 2000 Jahren schrieb Tacitus, daß die Germanen im Felde unbesiegbar, aber trotzdem ungefährlich seien wegen „Stultitia et Invidia“. Das erstere bedeutet

Beschränktheit, Verbohrtheit, Begriffsstutzigkeit. Das zweite bedeutet Neid, der bei Lichte besehen die wahre Grundlage des Marxismus bildet, der seit der Revolution in der deutschen Sozialdemokratie verkörpert, den Ton angibt und dem ein ideales Mäntelchen umzuhängen, ein fruchtloses Bemühen ist, das angesichts der nackten Futterkrippenwirtschaft der Sozialdemokraten geradezu Hohn und Spott herausfordert.

Es dauerte auch nicht lange, so erhoben die „Pfleglinge“ der Revolutionsmacher, die Spartakusleute, die auch gleichzeitig Schützlinge der blutbefleckten Moskauer Räteregierung waren, die sie mit Geld und Flugchriften unter den Augen der Berliner Regierung unterstützte, ihr Haupt in Berlin. Die Herren Ebert und Scheidemann mußten in der Wilhelmstraße hinter Drahtzäune flüchten, und nur durch das Eingreifen der in Freikorps organisierten Truppen wurde der wiederholte Ansturm der Spartakisten — Ende 1918 und im Frühjahr 1919 — abgewehrt. Dazu waren die kümmerlichen Reste des Militarismus gut genug! Wer das damals in Berlin miterlebt hat, den mußte später Ekel und Verachtung erfüllen, als die glorreiche Republik den roten Massen zuliebe eine systematische Offizierhexe duldete, das Tragen der Uniform unter Ausnahmegesetz stellte, Regimentsfeiern verbot, selbst Totenfeiern für die Gefallenen! Alles zum „Schutze der Republik“, derselben Republik, die ihre Daseinsmöglichkeit denjenigen militärischen Elementen verdankt, die jetzt für nahezu vogelfrei erklärt wurden!

Mein ältester Sohn war auf Wunsch der D.H. auf seinem Posten geblieben, auch nach der Revolution, nur wurde das Reichsernährungsamt in ein Reichswirtschaftsamt umgewandelt. An seine Spitze trat zunächst der „Unabhängige“ — man nannte die verschiedenen Spielarten der Sozialdemokraten „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“, „Unabhängige Sozialdemokratie“, „Kommunistische Partei“, Sozi, Uzi, Kozi gemäß der im Kriege aufgekommenen Wortzusammenziehung. — Herr W u r m, der auch sogleich seine Gattin mitbrachte, um regieren zu helfen. Die Herrlichkeit dauerte aber nicht lange — die vollkommene Unfähigkeit dieses „Ernährungsministers“ für sein schwieriges Amt kam dabei nicht in Betracht, denn ein „Volksbeauftragter“ kann eben alles —, da die Uzi bald aus der Regierung ausschieden, und an seine Stelle trat der Sozialdemokrat S c h m i d t. Mein Sohn beurteilte diesen Herrn — obgleich er früher

Klavierstimmer gewesen ist und keinerlei Vorkenntnisse für sein Amt mitbrachte, — günstig nach Charakter und gutem Willen. Jedenfalls war er ein dankbarer Mann, denn er schrieb nach dem Tode meines Sohnes, „er verliere in ihm eine unersehbare Stütze und bleibe ihm für immer zu großem Danke verpflichtet.“

Der zweite Sohn war nach Abwicklung der Mobilmachungsgeschäfte in das Freikorps v. Hülsen eingetreten, das in Berlin und Umgebung zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung sorgte. In jene Zeit fällt ein Vorgang, bezeichnend sowohl für die Feigheit republikanischer Volkswehren als für die jämmerliche Haltung der Regierung diesen gegenüber, selbst wenn der Spartakistengeist offen zutage lag.

Die Volksmarinedivision, die schon während und kurz nach der Revolution eine üble Rolle gespielt hatte — die Ausplünderung des Berliner Schlosses und des Marstalles gehörte zu ihren Heldentaten — war in das Barackenlager auf dem Truppenübungsplatz Döberitz eingezogen und demonstrierte gegen die Regierung. Mein Sohn erhielt den Auftrag, mit seinem Bataillon und einer Feldbatterie in Döberitz Ordnung zu schaffen. Bei Annäherung der Truppen erschien eine „Deputation“, die sofortigen Rückmarsch der Truppen verlangte, sonst — usw. Mein Sohn gab gar keine Antwort, wandte sich an den Batteriechef mit den Worten: „Herr Hauptmann, wenn innerhalb einer Stunde das Lager nicht völlig geräumt ist, nehmen Sie es mit Schrapnels und Brandgranaten unter Feuer.“ Die Deputation verschwand hierauf, und nach einer Stunde rückten die Truppen im Lager ein, wo sie außer vielen Tausenden von leeren Weinflaschen und weiblichen Bekleidungsstücken nichts mehr vorfanden.

Nun löste aber die Regierung diese Volksmarinedivision nicht sofort auf, sondern gestattete ihre Übersiedlung nach dem Ausstellungsgebäude in Berlin, wo sie die Kerntruppe der Spartakisten bildete und erheblichen Anflug stiftete. Der Reichswehrminister Noske löste sie dann endlich auf, wie man überhaupt diesem Manne von gerechter Kritik Entschlossenheit und gutes Verständnis für militärische Dinge zubilligen muß. Daß er später als Oberpräsident in Hannover officersfeindlich auftrat, ist eine Sache für sich.

Mein Schwiegersohn hatte im September 1918 mit seinem Regiment eine äußerst gefährdete — weil leicht abzuschnürende — Stellung im

Rahmen der 1. Inf.-Div. besetzt. Die Truppen in dieser Stellung waren schon früher einmal das Opfer eines umfassenden feindlichen Angriffes geworden; deshalb beantragten die meisten Kommandostellen das Aufgeben derselben, doch wurde dem nicht entsprochen. So erlag das Regiment nach sieben-tägiger tapferster Gegenwehr ohne nachhaltige Unterstützung schließlich der großen feindlichen Übermacht und mein Schwiegersohn geriet in französische Gefangenschaft. Für den tapferen, in ungezählten Schlachten und Gefechten erprobten Mann, dessen hervorragende Verdienste an der Spitze seines in der ganzen Armee hochgeschätzten Regiments von allen Vorgesetzten — hierunter auch dem Deutschen Kronprinzen — anerkannt worden waren, bedeutete das ein schweres Schicksal! In einem Offizierslager bei Montauban untergebracht, wo er als Dienstältester für 600 Offiziere eintreten mußte, lernte er bis zum Frühjahr 1920 auch die unvornehme, gehässige, kleinliche Art der angeblich „ritterlichen“ Franzosen den deutschen Gefangenen gegenüber genügend kennen. Aber auch die leichtfertige, pflichtwidrige Art einiger „neutraler“ Kommissionen, die auf die berechtigten deutschen Beschwerden nicht näher eingingen.

Für meine hartgeprüfte Tochter bedeutete jene Zeit trübe Tage. Aber auch ich litt unter diesem neuen schweren Schläge, der uns getroffen, auch als alter Soldat, der die ausgezeichneten militärischen Eigenschaften sowie die kriegerischen Erfolge des Oberstleutnants Dorndorf zu schätzen wußte.

Im Januar 1919 wurde in Versailles die Friedenskonferenz der „37 alliierten und assoziierten Staaten“ eröffnet, die im Weltkriege auf feindlicher Seite gestanden hatten. Herr Poincaré eröffnete sie mit einer Ansprache, die den Satz von einem „Kreuzzuge der Gerechtigkeit“ enthielt, der von diesem Areopag gegen das schuldige Deutschland zu führen sei. Daß dieser „Areopag“ nichts weiter darstellte als französische Kulissschieberei, um Deutschland zu vernichten, konnte bei der „Mentalität“ der Pariser Regierung keinem Zweifel unterliegen. Nur die deutschen „Unentwegten“ hofften auf demokratische Großherzigkeit und Billigkeit, zumal ja der „große Republikaner“ Wilson dem Kongress beiwohnte. Es stellte sich dann später heraus, daß Herr Wilson sich um die ganzen Verhandlungen gar nicht ernsthaft bekümmert hat und das Vernichtungsgeschäft Deutschlands vertrauensvoll seinen Freunden Clemenceau, Foch und Poincaré überließ. Auch die Engländer verfahren nicht viel anders.

Aus der ganzen Haltung des Feindbundes blieb sofort erkennbar, daß er für seinen „Kreuzzug der Gerechtigkeit“ als Unterlage die Verschuldung Deutschlands am Weltkrieg brauchte, wobei der Münchener „Edelkommunist“ Eisner mit gefälschten Papiere Handlangerdienste leistete. Ich hielt es deshalb für dringende Pflicht, nunmehr gerade bei Beginn der Friedensverhandlungen öffentlich gegen die Schuldüge aufzutreten. Es galt, unverzüglich Hand anzulegen bei dem Niederreißen jener Mauern von Verleumdungen und Lügen, die unsere Feinde errichtet hatten, um die Schuld des Weltkrieges, die ganz allein auf ihnen lastete, abzuwälzen und sie Deutschland aufzubürden.

Ich schrieb deshalb eine Abhandlung: „Die Schuld am Weltkriege“, die im Frühjahr 1919 erschien. Schon damals lagen genügend Beweise vor in den bereits erwähnten Berichten der belgischen Gesandten in Berlin, Paris, London, die von dem dortigen Kriegswillen zu berichten wußten. Der Prozeß Suchomlinow hatte die russische Hezarde enthüllt, und die englische Regierung wußte, warum sie das Bekanntwerden dieses Prozesses verboten hatte. Aber abgesehen von diesen Beweisstücken lagen unwiderlegliche Tatsachen vor, aus denen hervorging, daß der Weltkrieg von unseren Feinden schon von langer Hand planmäßig vorbereitet worden war. Die Hauptsache aber bei der Erörterung der Schuldfrage blieb und wird stets bleiben, daß Deutschland nicht den geringsten Grund zur Entfesselung eines Krieges hatte, sondern daß ihm daran liegen mußte, einen Krieg zu vermeiden, weil ein solcher unter allen Umständen seine günstige wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen mußte. Und wenn Herr Rathenau durchaus zutreffend bemerkt hatte: „Der Krieg ist infolge des hochgradigen Imperialismus und des wirtschaftlichen Wettbewerbes unvermeidlich gewesen“, so konnte es nicht schwerfallen, nachzuweisen, daß diese „Unvermeidlichkeit“ unseren Feinden als solche erschien, aber nicht Deutschland!

Imperialismus in praktischer Auslösung der gesamten Politik herrschte unumschränkt in Rußland. England hatte in zahllosen Kriegen ein Fünftel der gesamten Erde erobert. In Frankreich galten der Haupt-

sache nach die imperialistischen Verwaltungseinrichtungen und die Gesetzgebung Napoleon I. In Deutschland regierte ein ausgesprochener Friedenskaiser, den die Franzosen als „Guillaume le timide“ geradezu verspotteten.

Der Militarismus herrschte in Frankreich und nicht in Deutschland, sonst hätte es nach französischem Muster nicht 25 Armeekorps, sondern 34 aufstellen müssen. Frankreichs Friedensheer übertraf das deutsche 1912 um 3000 Offiziere und 30 000 Mann, obwohl es 28 Millionen Einwohner weniger zählte als Deutschland. In England herrschte der ausgesprochenste Marinismus als Gegenstück des sogen. Militarismus. In dem Abschnitt „Der deutsche Wehrverein“ sind diese Dinge schon erörtert worden, es liegt deshalb keine Veranlassung vor, hier noch einmal auf sie zurückzukommen. Aber in „Die Schuld am Weltkrieg“ waren sie samt den wirtschaftlichen und politischen in Betracht kommenden Fragen übersichtlich zusammengestellt. Ich hatte das Büchlein vor allem geschrieben, um rechtzeitig, das heißt vor Abschluß der Versailler Verhandlungen die öffentliche Meinung zu veranlassen, auf die deutsche Regierung zu wirken, daß sie ihre Pflicht und Schuldigkeit tue, um das Lügengewebe von der deutschen Schuld vor aller Welt zu enthüllen.

In bedauerlicher Weise versagte aber, was den Vertrieb der Schrift anging, der Verlag (Deutsche Verlagsgesellschaft, Berlin) ebenso wie die nationale Presse. Augenscheinlich erkannte auch letztere nicht den ungeheuren Wert, der in der zeitigen Aufklärung über unsere Nichtschuld am Kriege lag. So blieb kostbare Zeit ungenutzt. Selbst nach dem Bekanntwerden des Versailler Schmachdiktates ging man der Urlüge unserer Feinde unbegreiflicherweise nicht auf den Leib; verlangte man vor allem nicht von der Regierung — auch nicht im Reichstage —, den Feinden mit offenem Visier entgegenzutreten. Im Gegenteil erhob der deutsche Vertreter in Versailles nur Einspruch gegen die feindliche Behauptung von der „Alleinschuld“ Deutschlands! Damit gab man unseren Feinden eine wirksame Waffe in die Hand, denn da sie behaupten, sie trügen keinerlei Schuld am Weltkrieg, so blieb eben die „Alleinschuld“ auf Deutschland haften.

In den letzten Jahren setzte bei uns eine private Bewegung ein, um die Schuldlüge zu bekämpfen. Ich vertrat von Hause aus die

Ansicht, daß die an sich lobenswerte Bewegung keine praktischen Erfolge erzielen werde, solange die Regierung in ihrer Untätigkeit nach dieser Richtung verharre. Auch sollte man sich keinen Täuschungen hingeben über die Wirkung einiger Auslandsstimmen zu unseren Gunsten. Sie sind, wie vorauszusehen war, „Stimmen in der Wüste“ geblieben.

Herr Wirth berührte einmal ganz schüchtern die Schuldfrage im Zusammenhange mit Enthüllungen des Herrn von Norberg über die französischen Schürereien kurz vor Ausbruch des Krieges im Zusammenarbeiten mit dem russischen Botschafter in Paris und einigen „Korrekturen“ der Wahrheit in den französischen Dokumenten. Als aber Herr Poincaré über dieses „Wagnis“ des deutschen Reichskanzlers die Stirn runzelte, trat die Wilhelmstraße schleunigst den Rückzug an. Auch die sanfte Art des Herrn Cuno, in seiner Antrittsrede diese Frage streifen, konnte bei den „Anderen“ wenig Eindruck machen. Denn das Hoffen auf Durchdringen der Wahrheit mit Hilfe der Wissenschaft bedeutet eine rein akademische Wendung solchen Wahrheitsfälschern gegenüber. Außerdem ist die Wahrheit schon längst offenbar und bedarf keines „Durchdringens“ mehr. Sie steht unangreifbar fest und lautet: Deutschland trägt keinerlei Schuld am Weltkriege. Die gegenteilige Behauptung ist eine wohlüberlegte Lüge, unentbehrlich für die Henker von Versailles, um ihr Vernichtungswerk gegen Deutschland zu beschönigen. Außerdem ist es ein Zeichen schier unbegreiflicher Naivität, zu glauben, daß die wirklich Schuldigen jemals die Hand dazu bieten würden, „der Wahrheit zu ihrem Rechte zu helfen“. Denn daß sich Schuldige selbst denunzieren, kann man billigerweise nicht erwarten!

Wie die Dinge liegen, bleibt aber die Schuldfrage eine Schicksalsfrage für Deutschlands Gegenwart und Zukunft. Das zu verkennen, ist politisch leichtfertig. Und gar die Hoffnung zu hegen, die sogenannte „Weltvernunft“ — die es niemals gegeben hat und niemals geben kann — werde der Wahrheit zu Hilfe kommen, klingt an das an, was Schopenhauer „Die Rudlosigkeit des Optimismus“ nennt, von der sich ein wirklicher Staatsmann freihalten muß, wenn es sich darum handelt, die Dinge so anzusehen, wie sie sind, und nicht wie sie sein könnten!

In einer kurzgefaßten Abhandlung „Die Ursachen unserer Niederlage“ besprach ich die tieferliegenden Gründe unseres schließlichen Zusammen-

bruches, die teilweise bis in die Vorkriegszeit hineinreichen — siehe auch den Abschnitt „Deutscher Wehrverein“ —, aber auch in der militärischen Unzulänglichkeit der O.H.L. sowohl unter Moltke wie unter Falkenhayn zu suchen sind. Wenn ersterer durch das Abweichen von dem ursprünglichen genialen Kriegsplane des Grafen Schlieffen die Hauptschuld trug an dem Marneverhängnis, so schlug letzterer falsche Wege ein mit seiner Ermattungsstrategie, die naturgemäß Feinden gegenüber versagen mußte, denen die Zeit stets neue kriegerische wie materielle Kräfte zuführte, während das für uns ausgeschlossen blieb. Deshalb hatte ich auch nicht verstanden, wie man fortdauernd das deutsche Volk wie sich selbst mit dem Schlagworte betrog „Die Zeit arbeitet für uns“, während doch offenkundig das Gegenteil der Fall war.

Was das Abweichen der O.H.L. vom Kriegsplane des Grafen Schlieffen anging, so veröffentlichte ich im Jahre 1921 eine kleine Schrift „Graf Schlieffen, eine Studie im Zusammenhange mit dem Weltkriege“, die vorher in fortlaufenden Aufsätzen in den „Monatsheften für Politik und Wehrmacht“ erschienen war, und von der u. a. in der „Deutschen Wehr“ (Nr. 21 vom Jahre 1920) gesagt wird: „Trotz ihrer Kürze ist sie das Beste, was bisher über den Grafen Schlieffen in Verbindung mit den Anfangsoperationen im Westen 1914 geschrieben worden ist.“

Ich darf wohl sagen, daß diese „Monatshefte“ dank ihrer vortrefflichen Mitarbeiter — in politischen Fragen wären da in erster Linie Frhr. v. Liebig und Graf Hoensbroech, in militärischen die Generale v. Zewel und Balck zu nennen — sich nicht nur in nationalen, sondern auch in militärischen Kreisen großen Ansehens erfreuten. Es ist mir jedoch trotz aller Anstrengungen und trotz aller Versuche zähen Durchhaltens leider nicht gelungen, diese nunmehr 50 Jahre alte Zeitschrift weiterzuführen. Während ich diese Zeilen schreibe, erschien die letzte Nummer, die an ihrer Spitze einen vortrefflichen Aufsatz von Stauff v. d. Mark „Morbustonicus“ enthält. Diese „deutsche Krankheit“ des Habers, des Neides, der Uneinigkeit, der Kleinlichkeit, der Parteiselbstsucht, des Mangels an Nationalgefühl scheint unüberwindbar. Ihrer Auswirkung ist ja auch der unglückliche Ausgang des Weltkrieges, das Verbrechen der Revolution und das Elend der Gegenwart zuzuschreiben.

Ich werde am Schluß dieses Buches hierauf zurückkommen. Denn es soll vorherrschend ein politisches Buch sein, weil gerade an unserem Volke sich in der Abendzeit meines Lebens so furchtbar tragisch der Ausspruch Napoleons bewahrheitet hat: „Politik ist das Schicksal.“

Anfang 1919 erschien die Liste der Kriegsverbrecher, haßerfüllt und dabei recht lächerlich, ohne sorgfältig geprüfte Unterlagen aufgestellt, von unseren Feinden. Ich stand auf der belgischen Liste und neben meinem Namen nichts als der allgemeine Vermerk „wegen Deportationen“. Nach einiger Zeit erhielt ich von dem Reichsgericht in Leipzig schriftlich wiederholt einige Fragen vorgelegt in dieser Angelegenheit, die ich unbeantwortet ließ. Dann lief auf Veranlassung des Oberreichsanwaltes eine Vorladung nach dem Amtsgericht ein zur Vernehmung. Ich verweigerte dort jede Aussage mit der Begründung, daß ich andernfalls mittelbar den Feinden das Recht zugestehen würde, mich vor ihr Forum zu ziehen, was ich unter allen Umständen abweise. Nach zwei Jahren ging mir dann folgender Beschluß des Reichsgerichts zu: In der Ermittlungssache gegen den Generalleutnant a. D. August Keim wegen der unter Nr. 119 der Belgischen Auslieferungsliste gegen ihn erhobenen Beschuldigung hat das Reichsgericht nach Anhörung des Herrn Oberreichsanwalts beschlossen: Das Verfahren wird nach Artikel I § 1 des Reichsgesetzes vom 24. März 1920 eingestellt. Die Kosten des Verfahrens werden der Reichskasse auferlegt.

Gründe: Auf die ganz allgemein gehaltene Anschuldigung, als Militärgouverneur der Provinz Limburg Deportationen vorgenommen zu haben, hat der Beschuldigte die Aussage zur Sache verweigert. Die Ermittlungen haben nicht das Geringste ergeben, was der Annahme einer von dem Beschuldigten begangenen strafbaren Handlung als Stütze dienen könnte.“

Leipzig, den 7. Juni 1923.

Das Reichsgericht.  
Straßenrat für Erstinstanzliche Sachen.

Allerdings wäre es nach meiner Ansicht würdevoller gewesen, wenn das Reichsgericht sich von Hause aus auf meinen Standpunkt gestellt und jede Mitwirkung bei diesem niederträchtigen Hakt abgelehnt hätte.

Aber die deutsche Regierung fand ja nicht einmal den Mut, eine Gegenrechnung aufzustellen, zu welcher überreiches amtliches Material vorlag. Alle Versuche, sie hierzu zu bewegen, sind erfolglos gewesen, was natürlich von den Feinden so ausgelegt wird, als ob es mit dieser Gegenliste nicht weit her sei. Auch hier sind private Unternehmungen ohne jede Wirkung geblieben. Ich habe seinerzeit diese Liste in der Presse besprochen und dort u. a. folgendes ausgeführt: „Daß Herr von Bethmann auf der Liste von Belgien angefordert wird, ist Ironie des Schicksals, denn er hatte ja doch uns als die Schuldigen erklärt, weil wir die angebliche Neutralität Belgiens nicht beachtet hätten. Auch Herr v. Beseler, der Generalgouverneur von Polen, hatte es wohl nicht erwartet, daß er als Lohn für seine Polenfreundlichkeit von diesem „edlen Volke“ — so nannte es Herr v. Bethmann im Reichstage — als Kriegsverbrecher angefordert werden würde.“

Die deutsche Regierung raffte sich allerdings dazu auf, wegen dieser Liste eine Note an die Feindmächte zu richten, aber eine recht kümmerliche. Hierzu bemerkte ich: „Die Schlusssätze dieser Note sollen und dürfen nicht unwidersprochen bleiben, die lauten, daß wohl nur diejenigen Personen sich freiwillig stellen würden, die sich schuldlos fühlen und deshalb eine Freisprechung zu erwarten hätten.“ Ich teile die Auffassung von einer freiwilligen Gestellung nicht, weil ich sie für einen großen Fehler halte unter politischen wie nationalen Gesichtspunkten, ganz abgesehen von dem Ehrenstandpunkt, der da mißspricht. Noch schlimmer ist der letzte Satz jener Note, der sagt, „daß die wirklich Schuldigen der Bestrafung entgehen würden, weil sich keine Organe fänden für ihre Festnahme und Auslieferung“. Im Zusammenhang mit dem vorhergehenden Satze, der ausspricht, daß sich nur die wirklich Schuldlosen freiwillig stellen würden, ergäbe sich also, daß diejenigen, die sich nicht freiwillig stellen wollten, mehr oder weniger als Schuldige anzusehen seien.

Das war echte Geistesauffassung der Wilhelmstraße!

Was nun die „Deportationen“ angeht, die auf der belgischen „Ehrenliste“ eine so große Rolle spielen und doretwegen auch ich den Kriegsverbrechern zugezählt wurde, so schien es mir angebracht, aus amtlichem Wissen heraus auf diese Angelegenheit näher einzugehen. Sie gehört wirklich zum Verständnis der Zeitgeschichte, zumal von deutscher Seite nichts

geschehen ist, hierüber angesichts der belgischen Lügen amtliche Aufklärung zu geben.

Im Zusammenhange mit der Schuldlüge veröffentlichte 1920 auch Prinz Max von Baden, der letzte kaiserliche Reichskanzler und Vorsitzende des Kriegskabinetts, einen Aufsatz „Die moralische Offensive“, in dem jedoch von Offensive nichts zu spüren ist. Der Kampf gegen die Schuldlüge, den er dabei im Auge hat, soll nicht in flammender Empörung über dieselbe geführt werden, sondern akademisch in kraft- und saftloser Weise. Die ganze verworrene weibische Geistesverfassung des Prinzen, seine Verständnislosigkeit für hohe Politik, vor allem für die wahre Gesinnung unserer Feinde, kommt dabei zum Ausdruck. Und dieser Mann lenkte die Geschicke des deutschen Volkes in seiner schwersten Zeit!

Das gab für mich den Anlaß, eine auf sicheren Unterlagen aufgebaute und nach wissenschaftlicher Art und Weise durchgeführte größere Abhandlung über die Zeit vom 1. Oktober bis zum 9. November 1918 in Angriff zu nehmen. Sie erschien zuerst in den Monatsheften und unter dem Titel „Prinz Max von Baden und das deutsche Kriegskabinet“. Jetzt liegt sie als Buch vor mit der Bezeichnung „Reichsverderber“, zweiter Teil.\*) Reichsverderber erster Teil umfaßt vortreffliche Aufsätze von Frhr. v. Liebig, die sich mit v. Bethmann, Erzberger, Scheidemann und deren unheilvollem politischen Wirken befassen. Sie dürfen als außerordentlich wertvolle Zeitbilder gelten von bleibendem geschichtlichen Werte.

Die Schrift „Prinz Max von Baden“ gliedert sich in die Abschnitte „Einleitendes“, „Der Prinz“, „Vorgeschichte des Kriegskabinetts“, „Das Kriegskabinet“, „Die Waffenstillstandsverhandlungen“, „Wie die Abdankung des Kaisers vorbereitet wurde“, „Die Revolution“, „Spaa“.

Ich glaube, hiermit auch der geschichtlichen Wahrheit als ehrlicher Wahrheitsucher einen Dienst geleistet zu haben, denn dies Wahrheitskünden trachteten die Verantwortlichen aus jener Zeit mit allen Mitteln zu verhindern. Sie tun es noch, indem sie ihr schlechtes Gewissen

\*) Reichsverderber I und II. Verlag G. Bath, Berlin.

antreibt, die Tatsachen nach ihren Bedürfnissen „herzurichten“ oder zu verdunkeln.

Die Geschichte wird trotzdem einmal meine Auffassung bestätigen, daß die Tätigkeit des Kriegskabinetts als die letzte Etappe auf dem Wege des Verfalles des Deutschen Reiches die Erniedrigung des deutschen Volkes darstellt. Wobei jedoch nicht übersehen werden darf, daß Volksvertretung, Krone und deren Berater hierbei schwere Schuld trifft. Auch diejenigen, die in hohen militärischen Stellungen nicht die Entschlossenheit aufbrachten, eher alles zu wagen, selbst Ungehorsam, als sich von Ereignissen meistern zu lassen, die mit Naturnotwendigkeit zum Verderben des Vaterlandes und dem Sturz der Dynastien führen mußten.

Es war eine Pein für mich, jene Abhandlung zu schreiben, die Schritt für Schritt die Unzulänglichkeit der führenden Männer, die parteipolitische Verbohrtheit, aber auch die geradezu feige Gedankenlosigkeit der Mehrzahl der Deutschen vor Augen stellte.

Es scheint, als ob der alte Fluch, der seit Ermordung Hermanns des Befreiers durch die eigenen Volksgenossen auf dem deutschen Volke lastet, sich immer wieder von neuem erfüllen soll, der uralte Fluch, der schon in der Sage von Hödur und Loki zum Ausdruck kommt — daß die Deutschen wiederholt ihre eigenen Verderber gewesen sind!

### Ausklang.

Meine ältesten sicheren Erinnerungen reichen bis zum Jahre 1849 und sind verknüpft mit einer Parade, bei der Orden und Medaillen für die Kriegsjahre 1848/49 zur Verteilung kamen. Sie sind also militärischer Art. Die letzte militärische Erinnerung wird wohl der Abschied von meinen Landsturm-Bataillonen in Belgien im Frühjahr 1918 sein. Dazwischen liegen 74 Jahre, und diese sind, wie schon aus dem ersten Abschnitt hervorgeht, von Anfang an erfüllt mit soldatischen Eindrücken, schon aus dem Familienkreise hervor.

Diese Eindrücke verstärkten sich mit dem Betreten der militärischen Laufbahn, in den Kriegsjahren 1866, 1870/71, in einer langen Dienstzeit, und so war ich „Militarist“ nach Überlieferung, Erziehung und Beruf. Ich

hin aber auch Militarist nach innerster Überzeugung, nachdem ich Verständnis für und Einblick in den untrennbaren Zusammenhang zwischen den Daseinsbedingungen eines großen Volkes und dessen Wehrhaftigkeit, dem Zusammenhang zwischen Krieg und Politik gewonnen hatte. Das Studium der Geschichte fand ihn überall bestätigt. Die alten Germanen waren ihrer Lebensanschauung nach Militaristen. Selbst nach dem Tode schmückten sie ihre Walhalla kriegerisch aus. Die Walküren trugen die Gefallenen im Waffenschmuck dorthin. Nur als Militaristen konnten sie die Römer schlagen, denn Krieg ist Krieg, und im Kriege entscheidet eben die Waffentüchtigkeit. Deshalb wird die ganze Weltgeschichte in ihren entscheidenden Wendepunkten vom „Militarismus“ bestimmt. Nur die Formen haben sich geändert. Die griechische Phalanx, die römischen Legionen, der germanische Heerbann, die Ritter des Mittelalters, die Fähnlein der Landsknechte, die Bataillone Friedrichs des Großen, die Landwehr von 1813, die deutsche Heere, die uns 1870/71 die deutsche Kaiserkrone erstritten, unsere Heldenscharen, die vier Jahre lang das deutsche Vaterland gegen eine Welt von Feinden schützten — das alles war Militarismus in seiner wahren Bedeutung. Deutschland ist erst unterlegen, als es Hochverrat, Volksverrat und vaterlandslosen Verführern gelang, diesen Militarismus zu entwurzeln, nachdem man ihn jahrzehntelang von Parteiwegen zu einer Art Popanz gestempelt hatte unter dem Beifall unserer Feinde!

Nicht umsonst bedeutete bei den Römern „virtus“ gleichzeitig Tugend und kriegerische Tapferkeit. Die höchste Tugend für einen ehrliebenden, geradsinnigen Mann ist aber die Tapferkeit vor dem Feinde, die Vaterland und Heimat schützt.

Friedrich Nietzsche hat Recht in den Worten: „Ihr fragt, was gut ist? Gut sein, ist tapfer sein,“ und damit zum Ausdruck gebracht, wie nur mannhaft Tapferkeit das Gute, das Beste im Menschen verkörpert.

Seitdem der deutsche Militarismus — der nichts anderes war als das „Volk in Waffen“ — tot ist, ist Deutschland tot. Die „Anderen“ aber, die so frech waren, uns eines friedensstörenden Militarismus zu zeihen, hierbei unterstützt durch die deutschen Hödure — Bismarck nannte sie mit Recht „Reichsfeinde“ —, treiben jetzt einen Militarismus, mit dessen Hilfe sie uns in Sklavenketten halten. Ihre mittelbaren Gehilfen jedoch, die

nach der Revolution Deutschland nicht schnell genug entmilitarisieren, d. h. wehrlos machen konnten, herrschen jetzt in Deutschland. Sie tun es auch, selbst wenn sie nicht mehr im Reichsregiment sitzen. Dafür führen sie das Regiment in den Ländern, abgesehen von Bayern, wobei es wenig verschlägt, ob das in Koalitionsform oder in nacktem sozialdemokratischen Terror geschieht.

So liegen die Dinge, und ihnen muß offen ins Auge gesehen werden, wenn von Deutschlands Wiederaufrichtung gesprochen und geschrieben wird. Ebenso muß unzutreffenden Vergleichen wie mit den Zeiten nach dem dreißigjährigen Kriege oder nach 1806 offen ins Auge gesehen werden. Sie verschieben die Wirklichkeit ebenso, wie es der Ruf nach einem Ketter, nach einem neuen Bismarck tut! Sie begünstigen einen ungerechtfertigten und deshalb gefährlichen Optimismus, der die äußerste Anspannung aller vaterländischen Kräfte beeinträchtigt. Was jene so oft angestellten Vergleiche betrifft, so sind sie in jeder Beziehung unzutreffend. Nach dem dreißigjährigen Kriege gab es immerhin noch festgefügte Staatswesen, die über politische wie militärische *M a c h t m i t t e l* verfügten. Preußen unterhielt nach dem Zusammenbruch von 1806 noch ein Friedensheer, das, an seiner damaligen Einwohnerzahl gemessen, eine jetzige Friedensstärke von 600 000 Mann ergeben würde! Und heute?

Bismarck hätte trotz seiner Genialität und Willensstärke das Deutsche Reich nicht aufrichten können, wenn nicht ein charakterfester, entschlossener Herrscher, wenn nicht ein vortreffliches Heer hinter ihm gestanden hätten. Und jetzt? Was steht hinter der neudeutschen Regierung? Nicht einmal eine festgefügte nationale Mehrheit, kein irgendwie ausreichendes Heer! Dafür aber steht da mit der Fronpeitsche in der Hand ein erbarmungsloser Feind, der Frieden nur dem Scheine nach geschlossen hat!

Welchen *T ä u s c h u n g e n* haben sich die Deutschen hingegeben, von dem Heuchler Wilson an bis zu Herrn Mussolini, die politische Kinder unglaublicherweise als eine Art „Helfer“ begrüßten! Herr Mussolini z. B. ist nichts als ein „Agent“ Frankreichs, der mit dem Blutsauger Poincaré Hand in Hand geht, und der die *D e u t s c h e n* in Südtirol ausrotten will, aber die Italiener in Corsica, Nizza usw. den Franzosen überläßt.

Welche Hoffnungen wurden gehegt in der Zeit zwischen dem Betrug Wilsons und der Deutschenfresserei Mussolinis! Da sollten uns der Reiche

nach Japan, Italien, Nordamerika, selbst Lloyd George helfen, weil es angeblich nicht in deren Interesse läge, Deutschland zugrunde gehen zu lassen! Und jetzt?

Welche Erwartungen knüpften sich an die Erfüllungspolitik des Herrn Wirth, die uns „ins Freie“ führen sollte, aber tatsächlich in einen Kerker geführt hat, dessen Türen die Hüter angeblicher Weltvernunft jeden Tag fester verrammeln.

Nein! Mit solchen Einbildungen und Unmöglichkeiten ist das deutsche Volk nicht wieder hochzubringen. Es ist nur hochzubringen, wenn es sich auf sich selbst besinnt, wenn es den verlogenen Internationalismus abstreift, der, in Marxismus und pazifistischer Demokratie vertreten, uns das nationale Mark aussaugt, das deutsche Blut vergiftet, wenn Deutschland aufhört, mit diesen inneren Todfeinden deutschen Wesens „Kompromisse“ zu schließen, die es unmöglich machen, eine deutsche Einheitsfront zu bilden, ein Volk von Brüdern zu werden, während jetzt der Klassenkampf als politisches Ziel gepredigt wird unter Duldung von Regierungen, die selbst diesem Klassenkampf ihr Dasein verdanken! Es ist aber nichts davon zu merken, daß diesem selbstmörderischen Klassenkampf schärfste Fehde angesagt wird.

Solange diese Vorbedingungen nicht erfüllt sind, ist es aussichtslos, an das Werk der Neuaufrichtung mit Erfolg heranzugehen. Solange nicht Taten nach dieser Richtung gewagt werden, sondern nur „Worte“, erfüllen wir die heimlichen und offenen Wünsche der Feinde, erscheint eine entschlossene Außenpolitik unmöglich! Unsere militärische Wehrkraft ist gebrochen, aber die geistige wie sittliche Wehrhaftigkeit kann uns niemand verbieten oder rauben, wenn wir als Volk fest entschlossen sind, sie in den Vordergrund, in den Mittelpunkt des gesamten deutschen Lebens, des Denkens und Fühlens zu stellen!

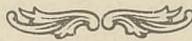
Wenn ich am Schluß dieses Buches noch einmal politische Betrachtungen anstellte, die sich mit Gegenwärtigem beschäftigen, so geschieht es aus demselben Grunde, der mich veranlaßte, solches auch in anderen Abschnitten zu tun. Geschehnisse sowie politisch Erlebtes in ihren praktischen Folgerungen

mit der ungeheueren Noth unseres unglücklichen Volkes zu verbinden, erscheint mir geboten im Sinne lehrhafter Auswirkungen ohne jede Beimischung aufdringlichen Belehrenwollens. Daß solches im Geschichtsunterricht so wenig geschah und jetzt natürlich erst recht nicht geschieht, erachte ich für einen riesengroßen Erziehungsfehler, denn die Geschichte soll vor allem auch in lebendigem nationalen Sinne nutzbar gemacht werden und nicht in mechanischer trockener Aufführung von Geschehnissen bestehen!

„Es irrt der Mensch, so lang er strebt.“ Ich darf wohl mit gutem Gewissen sagen, daß ich zwar öfter in Beurteilung von Personen insofern geirrt habe, als ich den vaterländischen Grundton ihres Tuns überschätzte, aber sowohl Selbstlosigkeit wie heiße Liebe zu meinem Vaterlande ohne Überhebung für mich in Anspruch nehmen kann bei allem von mir militärisch und politisch Erstrebten! Ich darf sogar sagen, wie es mit zum deutschen Verhängnis geworden ist, daß ich als „Mahner und Warner“, vor allem im „Deutschen Wehrverein“, nicht rechtzeitig gehört worden bin in militärisch-politischen Fragen.

Da ich am Lebensende stehe, so werde ich die Fahne schwarz-weiß-rot nicht mehr lange hochhalten können, für die und unter der ich stets gekämpft habe. Ich hege aber die feste Zuversicht, mit der Geißel tröstend seinem Kämpfer Treue zum heiligen Banner anbefiehlt:

„Andere werdens schwingen,  
Wenn man dich begräbt,  
Und das Heil erringen,  
Das dir vorgeschwebt!“



## Rede des geschäftsführenden Vorsitzenden auf der Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins in Kassel im Januar 1908.

### Anlage 1.

General Keim = Berlin: Meine Herren, auf all das Persönliche, das heute über mich gesprochen worden ist, gehe ich nicht ein. Ich kenne den alten General ziemlich genau, und ich kann Sie versichern, daß alles Persönliche ihm weitab liegt. Ich bin stets nur für die Sache eingetreten. (Lebhafte Bravo.) Deshalb ist es mir auch unverständlich, daß gerade von den eigenen Leuten immer wieder auf den General Keim losgegangen wird. (Zuruf: Pfui!) Ich muß Ihnen sagen, ich habe heute aufmerksam zugehört: es ist mir noch nicht ganz klar geworden, was eigentlich die Ursache von diesem ganzen Streit ist. (Sehr richtig!) Ich sage Ihnen offen, die ganze Sache macht auf mich den Eindruck von einem Sturm im Glase Wasser. (Heiterkeit.) Die Franzosen würden sagen: „une querelle allemande“. (Sehr richtig!) Das werde ich Ihnen beweisen. Meine Gegner müssen doch Tatsachen anführen. Sie sind überreich an Behauptungen, an „Sentiments“. Aber sie sind bettelarm an Beweisstücken (Lebhafte Bravo und Händeklatschen bei der Mehrheit; Widerspruch bei der Minderheit), und so wie sie hier gesprochen haben, sind sie in allem ins Unrecht gesetzt worden. Sie sind ausgegangen mit Spießen und mit Stangen, mit starker Wehr und Waffen, und ich muß offen sagen, ich habe hier immer gefessen und gelauert, habe gedacht: „Donnerwetter, jetzt muß doch endlich mal die Bombe plagen, die dich in die Luft sprengen soll!“ (Große Heiterkeit.) Und alles, was hier vorgebracht worden ist von meinen Gegnern, das sind Worte, nichts als leere Worte, Lappalien, Klatsch, Tratsch! (Donnerndes Bravo und Händeklatschen.)

Die Herren von Bayern haben unter dem Beifall ihrer Kollegen — und das sind auch unsere Kollegen —, gesagt, ich hätte den Flottenverein geschädigt. Ich habe die Ehre, seit vier Jahren die Agitation des Deutschen Flottenvereins zu leiten. In den Jahren vorher hatte der Flottenverein abgenommen. Im Jahre 1904 hat er zugenommen um 14 517 Mitglieder, im Jahre 1905 um 28 040, im Jahre 1906 um 39 306 (hört! hört!), im Jahre 1907 um 23 000 Mitglieder; also zusammen in vier Jahren um 104 863 Einzelmitglieder! (Lebhafte Hör, hört! bei der Mehrheit.) Das letzte Jahr ist das Jahr der Wahl gewesen; wo in Bayern ausgesprengt wurde: „der General Keim hat uns geschädigt.“ Angesichts dieser hier angeführten Tatsachen ist das einfach ein Schwindel. (Lebhafte Bravo bei der Mehrheit. Oho! bei der Minderheit.) Und den Herren von Bayern sage ich, daß der Flottenverein in Bayern — ich behaupte nicht, daß ich daran schuld bin, im Gegenteil, das ist das große Verdienst der Herren in Bayern, das ich voll anerkenne; es wurde in keiner Provinz, in keinem Landesverbande eifriger gearbeitet wie in Bayern, das gebe ich gern zu (Bravo!); wenn ich hier aber feststelle, daß in Bayern der Flottenverein im Jahre 1907 — also dem Wahljahre — um 2840 Mitglieder zugenommen hat, dann kann meine Wahlthätigkeit in Bayern keinen Schaden gestiftet haben. (Sehr richtig!)

Dann ist mir ferner unklar, daß Sie sich gestoßen haben an meiner Wahl zum geschäftsführenden Vorsitzenden. Alle Herren, die im Flottenverein im Präsidium Bescheid wissen, wissen genau: der geschäftsführende Vorsitzende ist weiter nichts als der bureaukratische Chef. In den letzten zwölf Monaten sind von dem geschäftsführenden Vorsitzenden erledigt worden im Verkehr mit Bayern im ganzen 48 Stück. Davon beziehen sich 42 auf Sachen rein geschäftlicher Natur: Lichtbilder, Schülerfahrten, Ortsgruppenbildungen, Vorträge usw. Etwas wichtigere Schreiben waren im ganzen 3; eins ist von Herrn Geheimrat Busley unterzeichnet, eins von Erzellenz Pfaff und eins von General Keim. Das Schreiben, das ich unterzeichnet habe, betrifft die Mitteilung an den Bayerischen Landesverband, daß der Herr Präsident die Kompositionen des Herrn Musikdirektors Soundso sowohl für sich selbst als auch für den Deutschen Flottenverein angenommen hat.

(Große Heiterkeit.) Meine Herren, das ist der Verkehr des geschäftsführenden Vorsitzenden mit Bayern im letzten Jahre gewesen. Was das nun für einen Einfluß haben soll auf die Verhältnisse in Bayern, daß ich den Verein in unheilvolle Bahnen lenke dadurch, daß Se. Durchlaucht ein Musikstück angenommen hat, das verstehe ich nicht. (Zustimmung und große Heiterkeit.) Ich würde es verstanden haben, wenn man im vorigen Jahre in Köln gesagt hätte: „der General Keim paßt uns nicht wegen der Agitation.“ Ich habe damals meinen Skalp zur Verfügung gestellt (Heiterkeit); ich habe gesagt: „Meine Herren, machen Sie die Sache kurz!“ (Heiterkeit.) Sie hatten verlangt, „es sollen persönliche und sachliche Garantien geboten werden seitens des Präsidiums.“ Da habe ich weiter gesagt: „Meine Herren, das begreift jeder von uns; die persönlichen Garantien, — das ist der General Keim, ich stelle mich Ihnen zur Verfügung; stellen Sie den Antrag, es ist eine runde nette Sache, General Keim muß weg, lassen Sie abstimmen.“ Die Herren von Bayern haben das nicht getan, weil sie genau wußten, daß eine ungeheure Mehrheit gegen sie war (sehr richtig!) und ich muß es auf das allerbestimmteste zurückweisen, daß der Freiherr v. Würzburg aus der Tatsache des Kölner Friedens — ich habe es zuerst in der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ gelesen, und der Artikel ist wohl von dem Freiherrn v. Würzburg geschrieben — den Schluß gezogen hat: „der Kölner Frieden bedeutet eine großartige Desavouierung des General Keim.“ Da habe ich mich allerdings an meinen alten Schädel gefaßt und habe gesagt: „das verstehe ich nicht; warum haben die Herren das damals nicht ausgesprochen? Warum haben sie denn nicht gesagt, wir schließen keinen Frieden, wenn die Desavouierung Keims nicht klar ausgesprochen ist?“ Davon hat nichts drin gestanden, — nichts — gar nichts! Und das sage ich Ihnen: ich habe als ehrlicher deutscher Mann den Frieden ernst genommen. Ich habe den Herren die Hand gegeben, ich habe noch zu unserem Herrn Präsidenten gesagt: „Durchlaucht, eigentlich müßten die Herren aus Bayern kommen und mit uns anstoßen, wir wollen aber zuerst hingehen, wir wollen mit den Herren aus Bayern anstoßen, wir wollen den Frieden

mit ihnen vor aller Welt besiegeln.“ (Bravo!) Ich habe mit ihnen angestossen, und wir haben uns die Hände gegeben, und das verstehe ich nicht, wie die Herren, die mir die Hände gegeben haben, in mir noch einen Feind erblicken konnten. (Stürmisches Bravo und Händeklatschen bei der Mehrheit.) Das verstehe ich nicht und werde es nie verstehen!

Meine Herren, das ist das Persönliche. Nun komme ich auf das Wichtigste: das ist die Agitation. In bezug auf die Wahlagitation habe ich genau so gehandelt, wie der Freiherr v. Würzburg selbst — in der Kölnischen Zeitung ist es abgedruckt — sich in seinem Rundschreiben vom soundsvieltsten Dezember ausgesprochen hat. Es heißt darin: „Ueber die Ursachen dieser Erscheinungen kann sich jedes Mitglied des Deutschen Flottenvereins eine eigene Meinung bilden, und jeder mag der patriotischen Pflicht, die Wiederkehr solcher Erscheinungen zu verhindern, auf die ihm zweckmäßig erscheinende Art Genüge leisten.“ Meine Herren, ich habe „auf die mir zweckmäßig erscheinende Art“ der Aufgabe Genüge geleistet. (Heiterkeit und Sehr gut!) Ich habe mich in den Dienst der Sache gestellt. Ich habe mit meinen Freunden und Bekannten eine große Arbeit im Flottenverein geleistet, und, meine Herren, auf die Arbeit bin ich stolz. (Lebhafte Bravo!) In dem damaligen Kampfe um die nationale Ehre, da wäre ich mir als ein trauriger Kerl vorgekommen, wenn ich zurückgeblieben wäre. (Lebhafte Bravo!) Und in dem Rundschreiben, das von dem Präsidium damals beschlossen worden ist, ist das auch ausgesprochen. Ich habe das Recht gehabt, in der Beziehung mich nicht zu verkriechen, sondern offen in den Wahlkampf einzutreten, und Fürst Bülow hat mir gedankt vor dem Reichstag. Da verstehe ich nicht, daß der Mann, der nach Uebereinstimmung von allen Sachverständigen doch geholfen hat, dem Deutschen Reichstag eine große Anzahl von sozialdemokratischen Sitzen zu entreißen, daß man das dem nun nachtragen will. Das ist in jedem anderen Lande unmöglich, meine Herren, und mir unverständlich, daß man es überhaupt tut.

Auch deshalb, weil Sie sagen: „Ja, das geht überhaupt gegen die Satzungen.“ In den Satzungen ist Politiktreiben gar nicht verboten. Der ganze § 2 ist nichts weiter als Politik; jedes Wort, das drin steht, ist Politik. Lesen Sie es nach! Und wenn Sie sagen, ich hätte Parteipolitik getrieben, so ist es unwahr — natürlich objektiv gemeint; ich

werfe niemandem eine subjektive Unwahrheit vor —, weil Sie wissen, daß die Parteien mich alle hinterher angegriffen haben: die Nationalliberalen, die Konservativen, die Freikonservativen, die Liberalen, alle haben mich angeklagt — warum? weil ich gesagt habe, wir wollen nationale Wahlen machen und keine parteipolitischen, und ich habe dafür gesorgt mit meinen Freunden, daß da, wo die größere Mehrheit war, die anderen hinzugegangen sind. Also ich habe das Gegenteil von Parteipolitik getrieben — das genaue Gegenteil. (Widerspruch bei der Minderheit; ganz richtig! bei der Mehrheit.) Aber da muß ich noch bemerken: ich halte das für Parteipolitik, wenn ich aus Angst vor einer Partei meine Schuldigkeit nicht tun will! (Stürmisches Bravo!) Und die Herren aus Bayern haben nicht die allermindeste Veranlassung, mir Politik vorzuwerfen. Sie haben in Nürnberg auf ihrer Hauptversammlung dem Staatssekretär des Reichsmarineamts ein Vertrauensvotum gegeben. Das ist Politik! (Sehr richtig! bei der Mehrheit. Oh! bei der Minderheit.) Das ist Politik, daran ist gar kein Zweifel! Also ich meine, da sollten Sie nicht mit mir in diesen Dingen ins Gericht gehen. Das ist mir jedenfalls von großen Gesichtspunkten aus durchaus unverständlich.

Und nun ist auch gesagt worden in der Rede des Herrn Regierungsrat Klewiz: „ich hätte die Regierung angegriffen.“ Das ist mir wiederum unverständlich. Ich habe nur als Agitationsleiter das durchgeführt, was das Präsidium und die Hauptversammlung beschlossen hat. Ich muß auch nochmals die Vorwürfe zurückweisen, die vorhin gemacht worden sind, die Herr v. Braun leider schon voriges Jahr gemacht hat: „das Präsidium läuft hinter einem Phantasten her.“ Das tut man nicht, das wirft man nicht dem Präsidium vor. Das kann ich Ihnen sagen: ich bin 8 Jahre im Präsidium. Die Herren geben sich ein jeder seine ehrliche Mühe, und sie haben auch mit dem General Reim schon manchen Strauß ausgefochten. Sie können sich darauf verlassen: so ist der Alte nicht, daß, wenn einmal etwas anderes gemacht werden sollte, er nicht darauf eingeht. Daß ich als Autokrat in Berlin säße, das ist nicht wahr.

Nehmen Sie ferner einmal gefälligst vor: was ist denn erstrebt worden in der Agitation? In Hamburg ist beschlossen worden, die Lebensdauer der Schiffe möge heruntergeseht werden. Da hieß es amtlich: „das versteht

ihr nicht, seid mal so freundlich und seid still.“ Wie der Abgeordnete Spahn es aber später verlangt hat, da hieß es auf einmal: „das ist eine große Sache.“ Dieselben Leute, die uns im Flottenverein „gemeingefährlich“ genannt, haben dieselben Anträge gebracht, die sie uns vorgeworfen; das ist aber natürlich nicht „gemeingefährlich“! Wir haben gesagt vor Jahren: die Schiffe müssen größer gebaut werden. Da hat es wieder geheissen: das versteht ihr nicht, ihr seid dumme Kerls. Nun, die größeren Displacements sind auch gekommen. Wir haben vor Jahren gesagt: warum haben wir keine Unterseeboote? Ich habe Herrn v. Kardorff veranlaßt, daß er im Reichstage eine Interpellation an den Staatssekretär v. Tirpitz gestellt hat, und da ist erklärt worden: wir wollen der Frage der Unterseeboote näher treten. Heute haben wir zwei (!) Unterseeboote, andere Staaten haben 60, 70, 80. Also der Flottenverein war in all diesen Dingen auf dem richtigen Wege.

Und das verstehe ich auch wieder nicht: es heißt, der Flottenverein soll der Regierung den Weg ebnen. Ja, wenn ich hinter der Reichsmarinedroschke herlaufe, dann kann ich die Wege nicht ebnen, ich muß der Droschke voraufgehen! (Langanhaltender, stürmischer Beifall. Rufe: Ausgezeichnet!) Das verstehe ich unter „Wege ebnen“.

Dann heißt es immer: Interesse wecken! Ja, verzeihen Sie mir: das verstehe ich auch nicht mit meinem einfachen Soldatenverstande. Es kommt mir gerade so vor, als wenn ich sage: „Du brauchst sehr notwendig einen langen, starken Winterüberzieher“, und ich erwecke fortwährend das Interesse für den Winterüberzieher bei mir, ich kaufe ihn mir aber nicht. (Große Heiterkeit). Was heißt das: „Interesse wecken“, wenn ich mir später die Knochen erfriere? Was nun habe ich von dem Interesse für die Flotte, wenn wir am Tage der Entscheidung, wo wir sie brauchen, keine starke Flotte haben? Also das Interesse, das im Verborgenen blüht, das bringt uns nicht vorwärts, die Ziffern aber, die ich vorhin gelesen habe, bezeugen, daß die Agitation, die die Herren mir vorwerfen, uns vorwärts gebracht hat, und das ist doch schließlich die Hauptsache.

Das muß ich mir aber ganz entschieden verbitten, wenn hinsichtlich meiner Agitation gesagt wird, „sie sei lärmend“. Der General Keim ist kein Demagoge. Im letzten Vierteljahr habe ich trotz des Winters und

meines schlechten Gesundheitszustandes in zwölf großen Städten gesprochen. Es ist eine große Anzahl von Herren hier, die zugehört haben. In allen Städten waren die Offizierkorps und die beste Gesellschaft da, überall sind meine Vorträge mit großem Beifall aufgenommen worden. Und da sprechen Sie von lärmender Agitation! Das stimmt wieder einmal nicht. Und wenn gesagt wird, ich hätte die Regierung angegriffen — ich habe stets gesagt, und das kann ich beweisen: Herr v. Tirpitz ist an unseren schlechten Schiffen, an den alten Kästen, nicht schuld; die sind vor seiner Zeit gebaut worden. (Zustimmung.) Ich habe auch gesagt: ja, mit einer papiernen Flotte kommen wir nicht vorwärts. Sie wissen ja, wie die Worte lauten: „dringend not tut uns eine starke Flotte.“ Die Flotte darf nicht nur auf dem Papier stehen, sie muß da sein, und sie muß bald da sein. Das sind im übrigen alles Dinge, die im Rahmen der Beschlüsse der Hauptversammlungen liegen. Denn die Resolution in Köln z. B. lautet: „Durch die Verzögerung der Bauzeit können dem deutschen Vaterlande ernste Gefahren entstehen.“ Ja, wenn ich ernste Gefahren vermeiden will, dann muß ich auch dahinter sein, daß sie vermieden werden. Dann muß ich stoßen, drücken, arbeiten, damit die Sache vorwärts geht. (Bravo! bei der Mehrheit. Widerspruch bei den Bayern!) Und die andere Art Agitation, die Sie treiben wollen: seien Sie mir nicht böse, das wird am letzten Ende hinauslaufen auf die höhere Vereinsmeierei (lebhaftes Sehr richtig! und Heiterkeit bei der Mehrheit), und es wird hinauslaufen auf die Stabilisierung des Grundsatzes von dem beschränkten Untertanenverstande. (Sehr richtig! Bravo!) In denselben Tagen, wo hier die sogenannte Krisis zu Ende geführt werden soll, da hat in England die Flottenliga sich an die öffentliche Meinung gewandt und erklärt: „wir verlangen, daß die öffentliche Meinung uns unterstützt, damit wir eine so große Macht werden wie der Deutsche Flottenverein.“

Ich habe in diesen sechs Wochen viel geduldet, viel ausgestanden. Ich habe oft geglaubt, die Kräfte versagen; denn ich bin nicht mehr jung, und im Flottenverein, das wissen die Herren, da wird gearbeitet, Tag und Nacht. Aber eins hat mich empört, und es empört mich noch, wenn ich daran denke, und wird mich empören, solange ich lebe. Das ist ein Aufsatz gewesen im Berliner Tageblatt — es kann auch der Lokal-

Anzeiger gewesen sein; das weiß ich nicht genau. Da hat ein Aufsatz ge-  
standen: „Reichswohl und Flottenverein“, und da hat man es gewagt, den  
Flottenverein in Gegensatz zu bringen zu dem Reichswohl. Man hat ge-  
sagt: die Hezer im Flottenverein gefährden den Frieden mit England. Meine  
Herren, das ist eine Gemeinheit! (Der Redner klopft auf den Tisch.) Wer  
das geschrieben hat, ist eine gemeiner Kerl (Bravo!), und der daran schuld  
ist, ist auch einer! (Bravo!) Der Flottenverein hat für Deutschland mehr  
getan, als irgend ein anderer Verein in letzter Zeit getan hat. Man  
achtet das im Ausland, man hat Respekt vor uns — zweifellos; die Minister  
sagen dort: „der Flottenverein ist eine große Sache,“ und wir wissen auch,  
daß ein englischer Minister sagte: „Der Deutsche Flottenverein hat keine  
chauvinistischen Pläne.“ Hier in Deutschland aber wirft man uns Flotten-  
chauvinismus und Flottenhezerie vor. Es ist eine Schande für uns, daß  
das in Deutschland überhaupt vorkommen kann! (Bravo! Sehr richtig!)

Wir haben nicht mehr sehr lange Zeit. Ich kann aber  
das sagen: die Agitation, wie sie bis jetzt getrieben wurde, das ist die  
Agitation, die den Flottenverein groß gemacht hat. (Sehr richtig!) Die  
Agitation muß große Ziele haben, und diese großen Ziele kann sie nur mit  
großen Mitteln erreichen. Das ist meine Auffassung, und diese Auffassung  
vertrete ich, solange ich lebe. (Lebhaftes Bravo!)

Meine Herren, Sie haben gehört, daß das Präsidium des Deutschen  
Flottenvereins heute von seinen Ämtern zurücktritt (lebhaftes Rufe: Leider!);  
was ich sage, ist deshalb ein Abschiedswort. (Oho!) Das Präsidium über-  
liefert Ihnen den Deutschen Flottenverein als ein stolzes Schiff, festgefügt  
und mächtig; es überragt alle Flottenvereine der Welt zusammengenommen  
turmhoch. Das Schiff hat eine Besatzung, die ist tadellos; sie enthält  
mit die besten deutschen Männer. (Bravo!) Das Schiff hat Offiziere,  
die können sich sehen lassen, an der Spitze der Kapitän. (Langanhaltender,  
brausender Beifall und Händeklatschen.) Meine Herren, Sie haben mir  
die Ehre angetan, mich öfter Ihren Steuermann zu nennen, und nun hat  
der alte Steuermann zu gehen — er mag seine Fehler haben, aber wetter-  
fest ist er gewesen. In den acht Jahren, wo ich die Ehre habe, Steuer-  
mann zu sein, hat es jedes Jahr entweder ein Stürmchen oder einen großen  
Sturm gegeben (Heiterkeit), und ich kann Ihnen sagen: halten Sie den

alten Kurs fest! Gehen Sie gerade los aufs Ziel, sehen Sie nicht rechts und nicht links, sehen Sie nicht vor den Kiel, sehen Sie nicht nach den Wolken oben, sondern gehen Sie gerade aus! Dann werden auch eines Tages die kaiserlichen Worte von der starken deutschen Flotte wahr gemacht werden. Und, meine Herren, vergessen Sie eines nicht: die Flagge, die über diesem stolzen Schiffe weht, diese Flagge ist nicht blau-weiß, sie ist nicht schwarz-weiß, sie ist nicht grün-weiß, sie ist und sie muß bleiben schwarz-weiß-rot! (Donnerndes, minutenlanges, nicht endenwollendes Händeklatschen.)



## Rede des 1. Vorsitzenden des Deutschen Wehrvereins General Keim auf der 3. Hauptversammlung des Vereins zu Leipzig am 18. Mai 1913.

### U n l a g e 2.

Vorsitzender: General Keim (auf das lebhafteste begrüßt):

Ich danke für den liebenswürdigen Empfang und lege ihn dahin aus, daß Sie damit zu erkennen geben wollen, daß Sie mit den Arbeiten des Ausschusses einverstanden sind. Ich habe Ihnen Erfreuliches zu berichten, was den Deutschen Wehrverein angeht. Seit der letzten Hauptversammlung ist der Deutsche Wehrverein wieder um 255 festgefügte Ortsgruppen gewachsen. Er ist damit um 50 000 Einzelmitglieder und um 190 000 korporative Mitglieder gewachsen. (Hört, hört, bravo!) Das ist ein erfreuliches Ergebnis und es ist auch ein erstaunliches Ergebnis, daß der Deutsche Wehrverein in so kurzer Zeit zu einer solchen Blüte gelangt ist. Daß dies nicht so ganz leicht war, darauf werde ich später noch mit einigen Worten zurückkommen. Ich möchte aber erst einmal feststellen, daß dieses erfreuliche Ergebnis in erster Linie der treuen Mitarbeit, der rastlosen Mitarbeit von Herren und Damen, die hier im Gesamtvorstand und die im Deutschen Wehrverein überhaupt vertreten sind, zu danken ist. Ich möchte aber auch feststellen, daß noch etwas anderes mitgewirkt haben muß, und es ist das Bedeutendste im Deutschen Wehrverein, das vor allem mitgewirkt hat: daß der Deutsche Wehrverein nicht allein eine gute und eine große, sondern auch eine notwendige Sache darstellt, zum Besten des deutschen Vaterlandes. (Bravo!) Dieser vaterländische Geist wird auch weiter mitwirken und uns helfen, den Deutschen Wehrverein im deutschen Volk immer weiter zu verbreiten. Ich habe die Überzeugung, und sie ist auch in dem Aufruf im Herbst zum Ausdruck gekommen, daß von rechts- und von pflichtwegen jeder gute

deutsche Mann und jede gute deutsche Frau Mitglied des Deutschen Wehrvereins sein müßten. (Sehr richtig!) Wir freuen uns über das Gedeihen der anderen nationalen Vereine, aber ich erlaube mir — es mag vielleicht meine persönliche Ansicht sein, ich bin, was den Deutschen Wehrverein anbetrifft, etwas Fanatiker — ich behaupte, daß die Ziele, die der Deutsche Wehrverein anstrebt, die vornehmsten und die nötigsten Ziele sind, die überhaupt ein deutscher Verein anstreben kann (lebhafter Beifall), denn alles, was auch die anderen nationalen Vereine anstreben, das wird nach menschlichem Ermessen am letzten Ende dereinst auf dem Schlachtfelde entschieden. Und wenn auf diesen Schlachtfeldern nicht Deutschland siegreich ist, dann ist auch die Tätigkeit und die Wirksamkeit dieser Vereine umsonst gewesen. Das wollen wir uns doch nicht vorenthalten, und wir wollen das offen überall aussprechen.

Ich habe vorhin gesagt, daß dem Deutschen Wehrverein sein Weg nicht gerade leicht gemacht worden ist. Herr Stadtrat Dr. Hopf hat vorhin ganz richtig bemerkt, daß der Deutsche Wehrverein nicht von Gunst oder Ungunst abhängig ist. Der einzige Richter für den Deutschen Wehrverein ist unser gutes, deutsches, vaterländisches Gewissen. (Großer Beifall.) Und dieses gute Gewissen hat uns auch alle die Kämpfe und Widerstände überwinden lassen, die man dem Deutschen Wehrverein öfters in geradezu unbegreiflicher Weise entgegengesetzt hat. Der Deutsche Wehrverein hat seine Kraft in der Wahrheit und in der Wucht der Tatsachen, und gegen diese beiden Dinge kann auf die Dauer niemand ankommen, wenn er noch so hoch steht und wenn er noch so viel Macht hat. (Sehr richtig!) Wer aber, um einen Spruch meines engeren Landsmannes, des Professors und Philosophen Lichtenberg, anzuführen, „wer die Fackel der Wahrheit durch die Menge trägt, der versengt hierbei manchen Bart.“

Und so hat auch die Fackel des Deutschen Wehrvereins so manchen amtlichen Bart versengt, manchen parteipolitischen Bart, und sie hat auch den großen Bart versengt, den der Philister (Stürmischer Beifall), denen die Ruhe oberste Bürgerpflicht ist und die durch keine Kriegsmöglichkeit in ihrer Sofapolitik gestört sein mögen. (Beifall.) Ich habe vorhin schon erwähnt, daß das Hauptstück der heutigen Tagung der Vortrag von Excellenz Lichtenberg sein wird. Ich gehe deshalb auf die Wehrvorlagen hier nicht näher ein. Ich möchte nur einige politische Gesichtspunkte streifen, und zwar werden Sie

auch hören, warum. Als wir im vorigen Jahr in der Hauptversammlung unsere Wünsche und Forderungen formulierten, da sagte man allgemein: Was wollen denn die Leute eigentlich — damals waren wir noch ein kleines Häufchen —, diese Leute scheinen in den wehrpolitischen Fragen vieles besser wissen zu wollen als die Regierung, es besser wissen zu wollen, als der hohe Reichstag! Diese Leute sind eben Phantasten, die nicht wissen, was sie eigentlich wollen! Das konnte man vielfach hören. Wir haben uns aber nicht irre machen lassen und sind unseren Weg weiter gegangen. Wir haben agitiert und geworben für unsere Forderungen, wir haben immer gesagt: diese zweite Vorlage ist zu wenig, sie entspricht weder den politischen noch den militärischen Forderungen der Zeit; es muß eine neue Vorlage kommen. Man hat uns gescholten, man hat uns beschimpft, man hat unsere Führer Landesverräter genannt (Pfeifer), das haben wir alles erleben müssen. Wir konnten das alles jedoch ertragen, weil wir, wie schon gesagt, ein gutes Gewissen hatten. Da kann man schon dickfällig sein. (Heiterkeit.) Wir haben auch vor einem Jahr in Berlin gesagt: Der Wehrverein erhebt seine Forderungen aus militärischen und politischen Gründen, denn viele Militärfragen sind ja politische Fragen. Das sind keine Finanzfragen, keine Deckungsfragen, keine Bureaufragen, keine parteipolitischen Fragen. Das sind Staatsnotwendigkeiten, das sind Staatsfragen, das sind Zukunftsfragen für das deutsche Volk. Wir haben gesagt, wir dürfen deshalb diese Fragen nicht von kleinem Standpunkt aus betrachten, sondern von großem Gesichtspunkt aus, der auch den Mut hat, in die Zukunft zu sehen, wie zu Bismarcks und Noons Zeiten, zu Caprivis Zeiten. Die Politik muß weitsichtig sein. Denn das ist doch klar, wenn wir erst großzügige Militär-Politik treiben wollen, wenn es in der Welt nach Pulver riecht, dann ist es zu spät. (Beifall.) Wenn unsere Nasen etwas feinsüßlicher wären und schon im Frühjahr Pulver rochen, so ist das ein Verdienst von uns. (Heiterkeit.) Natürlich ist das an manchen Stellen nicht angenehm empfunden worden. Wir haben schon am 5. Oktober vorigen Jahres einen Aufruf erlassen, in dem wir sagten: „Der Ernst der politischen Lage erfordert, das Versäumte sofort nachzuholen.“ Sie

haben aber von dem Reichskanzler gehört, daß in Berlin erst Mitte November diese Ansicht aufkam, also auch hier waren wir hellhöriger als andere. Und als endlich begriffen wurde, daß es aus militärpolitischen Gründen doch höchste Zeit sei, die Forderungen des Deutschen Wehrvereins zu erfüllen, vergingen wiederum acht volle Wochen, bis das Volk von diesen Forderungen Kenntnis erhielt. Nun ist schon wieder ein Vierteljahr ins Land gegangen und die Angelegenheit ist nicht gerade sehr weit vorgeschritten. Sie werden mir zugeben, daß alles Gerede, alles Geschreibsel, möge es in noch so hohen Tönen vorgetragen werden, daß es an dieser einfachen Tatsache nichts ändern kann, daß nämlich der Deutsche Wehrverein früher aufgestanden ist als andere Leute. (Beifall.) Damit haben wir ein gutes Werk getan, und auf dieses gute Werk sind wir stolz, weil wir überzeugt sind, daß es zum Besten des deutschen Volkes ist. Um noch eines anzuführen, denken Sie einmal an die Forderungen des Deutschen Wehrvereins vom vorigen Frühjahr. Wenn sie noch im vorigen Jahr erfüllt und durchgeführt worden wären, glauben Sie nicht, daß die politische Lage eine andere geworden wäre? Ich glaube sogar, daß der Balkankrieg vielleicht gar nicht entstanden wäre. Wenn Sie der Sache nachgehen, werden Sie mir zugeben, daß wir jedenfalls bei der ganzen seitherigen diplomatischen Aktion viel mehr durchgesetzt hätten und die deutsche Regierung ihren Wünschen viel mehr Nachdruck verschafft hätte, wenn die Regierung schon im vorigen Jahre die Wehrvorlage eingebracht, wie es der Deutsche Wehrverein verlangte. Dann hätten das Deutsche Reich und der Dreibund anders dagestanden und ein viel größeres Gewicht in die Waagschale geworfen. Da haben Sie auch den untrennbaren Zusammenhang zwischen Militärpolitik und Politik überhaupt.

Als der Kampf gegen den Wehrverein besonders heftig tobte, habe ich in den Zeitungen lesen müssen, wie selbst Reichstagsabgeordnete Sachen losließen, die ich nur als ein Gemisch von einer glänzenden militärischen Unwissenheit und einer nicht gewöhnlichen Böswilligkeit bezeichnen kann. (Heitere Zustimmung.) Dem Mann, der mich damals einen Landesverräter genannt hat, ist in Greifswald von einem Kollegen, einem Universitätsprofessor, gesagt worden: Wenn Keim ein Landesverräter ist, dann sind doch wohl auch Seine Majestät, der Reichskanzler und der Bundesrat Landesverräter, denn

sie alle wollen jetzt, was auch General Keim schon lange gewollt hat! Eine glänzendere Abfuhr für solche Art Weisheit kann es nicht geben.

Wir aber können jetzt angesichts der neuen Wehrevorlage verlangen, daß unser selbstloses Arbeiten überall anerkannt wird, wenn nationale und militärische Forderungen in Betracht kommen. So ganz dumm können deshalb die militärischen Berater im Wehrverein doch nicht sein, sonst hätte doch die Regierung sich nicht auch unsere Gedanken zu den übrigen gemacht! Bei all diesen ernstern Dingen liegt auch etwas Humor. Dieselben Parteileute und Blätter, die gesagt hatten, dieser Wehrverein wisse nicht, was er wolle, das müsse doch die Regierung am besten wissen, mäkeln jetzt an den Regierungsforderungen herum und wollen manches besser wissen als die Regierung, weil die Wehrevorlage nicht mehr in ihren parteipolitischen Kram paßt. Es ist der Gedankengang derselben Leute — das ist doch zu spaßig —, die gesagt hatten, was die Regierung verlangt, ist unantastbar. Jetzt aber, wo sie mehr verlangt, ist sie nicht unfehlbar, und man hat der Regierung schon drei Kavallerieregimenter gestrichen und wird wahrscheinlich auch weiter nach dieser Richtung noch streichen wollen. Daß das ein Widerspruch in sich ist, brauche ich nicht weiter zu bemerken.

Nun komme ich zu der Hauptsache. Der alte Dessauer hat, wie Sie alle wissen, gesagt: „Der liebe Gott ist stets mit den stärksten Bataillonen!“ Er hat aber unter den stärksten Bataillonen nicht allein die Zahl verstanden, sondern auch den Wert. Und wenn die neue Vorlage, was wir hoffen, durchgeht, so machen es die paar mal hunderttausend Soldaten, die wir dann mehr haben, allein nicht aus. Es kommt nicht darauf an, daß der Mann sein Gewehr oder seine Kanone gut abschießen kann, es kommt auch darauf an, daß der Mann ein tapferes Herz hat. Es kommt darauf an, daß die Leute, die das deutsche Vaterland zu verteidigen haben, einen mannhaften Geist besitzen, einen opfermutigen Geist, wie die Japaner und Bulgaren es uns in der Neuzeit bewiesen haben. Der Krieg der Neuzeit ist ein so mörderischer, die Kampfmittel und die Zerstörungsmittel sind so fürchtbar, daß der sogenannte Drill und die Manneszucht allein nicht genügen, Siege zu erkämpfen. Da muß ein Heer, und zwar Mann für Mann vom obersten Feldherrn bis zum letzten Trainsoldaten, von dem Gedanken erfüllt sein, unter allen Umständen zu siegen

oder zu sterben. (Bravo!) Das ist der Geist, der den Japanern den Sieg verschafft hat, das ist der Geist, der auch den Balkanvölkern den Sieg verschafft hat. Ich möchte auch noch bemerken, daß der Deutsche Wehrverein zuerst auf die mangelhafte Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht aufmerksam gemacht hat, und es ist eine eigentümliche Sache, wenn darauf jetzt auf einmal hingewiesen wird, als ob es etwas Neues wäre. In einem Lande der allgemeinen Wehrpflicht, da färbt der Geist des Volkes, seine Gesinnung und seine Erziehung, alles färbt auf die Armee ab; das ist gar nicht anders denkbar. Es gibt deshalb an sich keinen gesonderten Volksgeist und keinen gesonderten Armeegeist. Sie können den tapferen, todesmutigen Geist einer Armee nicht ankommandieren, das muß aus ihrem Innern, ihrer Erziehung kommen. Es gibt jetzt Leute, die sagen: Nach der Annahme der Vorlage hat der Deutsche Wehrverein keine Daseinsberechtigung mehr. Wer das sagt, hat den Geist des Deutschen Wehrvereins nicht begriffen, und er wird gewiß schweigen, wenn er sieht, daß es da noch ein weites Feld der Tätigkeit für uns gibt. Wir werden leider von vielen, selbst kleinen Völkern übertroffen, was nationalen Stolz betrifft, und dieser Fehler muß raus aus dem deutschen Volke. Ein Volk, das Nationalstolz hat, kann besiegt, aber nie vernichtet werden.

Ein Volk, das keinen Nationalstolz hat, ist für den Feind eine leichte Beute. Wir müssen deshalb darauf hinarbeiten, mehr Nationalstolz zu wecken. Er muß im Hause und in der Schule geweckt werden. Wir wissen leider, daß auch die deutschen Frauen nach dieser Richtung nicht tadellos dastehen. Sie laufen viel zu viel hinter fremden Moden her; sie machen zu viel in Ausländerei. Darüber ist kein Zweifel. Ich hoffe, daß die deutsche Wehrfrau ein gutes Beispiel werden wird für andere Frauen als nationalstolze Frau! (Lebhafter Beifall.) Sie können sich darauf verlassen, wenn die Frauen vorangehen, dann kommen die Männer schon mit. (Heiterkeit.)

Nun zum mannhaften Geist. Der ist auch nicht so, wie er sein sollte. Sie haben ja von dem Unfinn in Bern gelesen. Die ganze Friedensbewegung in Deutschland ist gefährlich. Die Friedensleute haben sich an den Oberkirchenrat und die ganze protestantische Geistlichkeit gewendet um Agitation gegen den Krieg. Es ist ein Flugblatt herausgegeben worden mit

Unterschriften, und unter diesen finden Sie zahlreiche Geistliche — so stand es wenigstens in einer Zeitung —, alles protestantische; katholische sind nicht dabei. (Hört, hört!) Das fordert unsere Aufmerksamkeit heraus. Da wir 1813 feiern, möchte ich feststellen, daß damals gerade aus den Pfarrhäusern heraus das Kriegsfeuer mit geschürt wurde. In der Kirche und von der Kanzel wurden die Leute eingesegnet und für den heiligen Krieg begeistert. Das möchte ich erwähnen, und es würde für die richtige Auffassung der vaterländischen Pflichten eines deutschen Geistlichen schlimm aussehen, wenn das anders werden wollte. Daß auch in Lehrerkreisen vielfach ähnliche pazifische Stimmungen herrschen, daran ist kein Zweifel, und dagegen muß angekämpft werden. Denn ein Volk, das in der Mannhaftigkeit nicht mit die größte Tugend zu sehen gewohnt ist, ein solches Volk ist andern mannhafte Völkern gegenüber nicht gewachsen.

Dafür sind wir aber heutzutage vor allem korrekt! Wenn ich aber in der Weltgeschichte blättere, so finde ich, daß es in der Weltgeschichte im allgemeinen nicht sehr korrekt zugeht. Die Korrekten sind gewöhnlich unterdrückt worden. Und alles, was wir Großes getan haben von der Völkerwanderung bis 1870, und auch 1870/71, war nicht immer ganz korrekt im Sinne der Friedensschwärmer. Es kommt noch etwas hinzu, doch das ist meine persönliche Auffassung. Ich will nicht, daß gesagt wird, der Deutsche Wehrverein hat hierin die Auffassung des Generals Keim zu der seinigen gemacht. Zu der Wehrhaftigkeit gehört auch das Empfinden, einmal ordentlich hassen zu können. Bismarck hat einmal gesagt: „Ich habe die ganze Nacht gehaßt!“ und der Mann hat auch am Tage gehaßt. Ich bin der Meinung, daß man z. B. ein Volk hassen darf, das dem deutschen Volk ans Leben gehen will, da hasse ich wenigstens! (Lebhafter Beifall.) Da ist mir neulich ein französisches Buch in die Finger gekommen, von einem französischen Professor. Ja, wissen Sie, da ist der Haß gegen uns gepredigt, vermischt mit einer Verlogenheit, die Gott sei Dank bei uns nicht möglich ist. Das Buch ist der französischen Jugend gewidmet; sie wird also schon im Haß gegen Deutschland planmäßig erzogen. Ich will Ihnen nicht meine Gefühle des Hasses gegen jeden, den ich als Feind meines Volkes ansehe, einimpfen, aber ich mache Ihnen einen Vorschlag, daß in uns Deutschen wenigstens ein heiliger Zorn entfacht wird, wenn, wie in Frankreich, planmäßig gegen Deutsch-

Land gehezt und gelogen wird. Und dieser Zorn muß auch entwickelt werden, es muß dem deutschen Jungen schon klar gemacht werden, auch dem deutschen Mädel: du hast ein Recht, die Feinde deines Vaterlandes zu hassen! (Bravo!)

Nun möchte ich zum Schluß noch sagen: alles das, was der Deutsche Wehrverein erstrebt, bezüglich der inneren Wehrhaftmachung des deutschen Volkes, und alles, was er in der Wehrhaftmachung des deutschen Volkes nach außen erstrebt, alle diese Dinge möchte ich dahin zusammenfassen, daß der Deutsche Wehrverein, kurz gesagt, doch nur arbeitet und nur schafft für den Schutz der heiligsten Güter des deutschen Volkes. (Stürmischer, sich wiederholender Beifall.)



## Die deutsche Gerichtsbarkeit im besetzten Belgien 1914–1918. \*)

Nach dem Einrücken der deutschen Truppen in Belgien fand zunächst eine Unterstellung der belgischen Bevölkerung unter die deutsche Gerichtsbarkeit statt nach den Bestimmungen der kaiserlichen Verordnung vom 28. 12. 1899 über das außerordentliche kriegsrechtliche Verfahren gegen Ausländer usw. Hiernach wurden von den deutschen Militärgerichten zunächst die Verbrechen des Kriegsverrates sowie die unmittelbar gegen Angehörige der deutschen Truppen begangenen Verbrechen und Vergehen abgeurteilt.

Entsprechend dem raschen Vorrücken der deutschen Truppen ging diese Gerichtsbarkeit nach wenigen Wochen von den durchziehenden Feldtruppenteilen auf die Gouvernements über. Gerichtsherr war der Gouverneur oder Militärgouverneur, dem zum Zweck der Ausübung der Gerichtsbarkeit Kriegsgerichtsräte und Militärgerichtsschreiber beigegeben wurden. Außerdem waren diese Gerichte zuständig für Zuwiderhandlungen der Landeseinwohner gegen die von den deutschen Besatzungsbehörden erlassenen Verordnungen. Da deren Zahl im Laufe der Zeit sehr beträchtlich wurde und immer weitere Gebiete umfaßte, so nahm die Unterstellung der Landeseinwohner unter die deutschen militärischen Gerichte schließlich einen sehr breiten Raum ein, so daß die kleineren Strafsachen von den Kreischefs im Wege der Strafverfügungen erledigt wurden. Die Kreischefs bedienten sich hierzu der ihnen zugeteilten Gerichtsoffiziere, die infolge des großen Umfanges der Strafgerichtsbarkeit und der immer unübersichtlicher werdenden Gesetzgebungen im besetzten Gebiet immer mehr aus den richterlichen Beamten genommen

\*) Verfaßt von den Herren Dr. Roth und Dr. Wunderlich, ehemaligen Kriegsgerichtsräten bei dem Militär-Gouvernement der Provinz Limburg.

wurden, die infolge Felddienstunfähigkeit am Dienst in der Front verhindert waren. Die Zahl der behandelten Straffälle war sehr groß. Gegen Ende des Krieges wurden monatlich im Gebiete des Generalgouvernements ungefähr 15 000 Fälle erledigt, — die meisten im Wege der Strafverfügung. Die Erledigungen durch das mit 5 Offizieren besetzte Feldgericht war durch das Reichsrecht zwingend nur bei Zuwiderhandlungen gegen das Reichsstrafgesetzbuch vorgeschrieben. Unter ihnen nahmen die erste Stelle Kriegsverrats- (Spionage-)Prozesse ein. Trotz der scharfen Abschließung der belgischen Grenze gelang es der Bevölkerung, einen regen Verkehr über militärische Angelegenheiten nach dem Ausland zu unterhalten, namentlich über die Truppenbewegungen auf der Eisenbahn. Für diese Prozesse hatte sich übungs-gemäß ein Verfahren herausgebildet, das dem deutschen öffentlichen Verfahren sich nach Möglichkeit anschloß und durch seine Gründlichkeit eine möglichst objektive Behandlung der Fälle ermöglichte. Grundsätzlich wurde auch den Beschuldigten bei allen Verbrechen ein Verteidiger bestellt. Häufig wurden auch belgische Advokaten, soweit sie der deutschen Sprache nur einigermaßen mächtig waren, als Verteidiger zugelassen, mit Ausnahme der Fälle, in denen durch die Beteiligung von Ausländern am Verfahren eine Gefährdung der Staatsicherheit zu befürchten war. Im allgemeinen muß der deutschen Militärgerichtsbarkeit das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie sich bemüht hat, sachlich zu urteilen und gehässige Härten zu vermeiden. Ihre Urteile reichen, was die Höhe der Strafen angeht, nicht entfernt an diejenigen heran, die jetzt aus dem besetzten Rheinland bekannt werden. Auch bei der Vollstreckung der Strafen wurde die volle Schärfe des Gesetzes keineswegs in allen Fällen angewendet. Besonders in den Fällen, in denen nach den Reichs-gesetzen auf die Todesstrafe erkannt werden mußte, ließ das Generalgouvernement durch Begnadigungen in weitgehendem Maße Milde walten, beson- ders, wenn es sich um weibliche Verurteilte handelte. Die Folge davon war, daß gerade die schweren Fälle des Kriegsverrates nicht abnahmen, und daß die Spionage in ihrer Ausführung immer mehr in die Hände von Frauen gelegt wurde, die von vornherein sicher mit der Begnadigung rechnen konnten.

Nachdem im Februar 1918 die belgischen Richter in den Ausstand ge- treten waren und nachdem sich ihnen wenige Wochen darauf auch die belgischen Staatsanwälte angeschlossen hatten, wurde in Ausführung der Haager Land-

kriegsordnung von 1907 seitens des Generalgouvernements eine deutsche bürgerliche Gerichtsbarkeit für die belgische Bevölkerung in Straf- und Zivilsachen eingerichtet, und zwar entsprechend dem in Anbetracht der Menschenknappheit zur Verfügung stehenden beschränkten Personal nur in beschränktem Umfange. So wurden also in Strafsachen nur diejenigen Fälle abgeurteilt, in denen öffentliches Interesse vorlag. Die deutschen Bezirksgerichte waren ferner in Zivilsachen zuständig nur, wenn Deutsche, Verbündete, Neutrale oder belgische Zwangsverwalter beteiligt waren. Das Verfahren war stark vereinfacht. In Strafsachen schloß es sich dem schöffengerichtlichen Verfahren an. Die Aburteilungen fanden durch Einzelrichter statt, in Besetzung mit drei Richtern nur dann, wenn Freiheitsstrafe über 5 Jahre zu erwarten war. Berufung war in Strafsachen überhaupt nicht, in Zivilsachen nur in ganz beschränktem Umfange zulässig. Auch waren den Staatsanwälten untersuchungsrichterliche Funktionen übertragen, z. B. der Erlass von Haftbefehlen.



# Inhalt:



	Seite
1. Abschnitt . . . . .	5
Familie. Jugend. Soldat. Kleinstaathliches. Der Krieg 1866. Neue politische und militärische Verhältnisse.	
2. Abschnitt . . . . .	19
Im Felde 1870/71. Metz. An der Loire. Adjutantur. Kom- pagniechef.	
3. Abschnitt . . . . .	36
Beim großen Generalstabe. In der Verbannung an der West- grenze. Ihr Ende und Versetzung in das Inf.-Regt. 77.	
4. Abschnitt . . . . .	49
Zum Reichskanzler kommandiert. 1892/93.	
5. Abschnitt . . . . .	78
Schriftstellerische Betätigung. Entlassung des Grafen Caprivi. Kriegsminister Bronsart von Schellendorff. Regimentskomman- deur. Abschied.	
6. Abschnitt . . . . .	97
Im Präsidium des Deutschen Flottenvereins. China-Expedition. Präsidentenwechsel. Mit Vollbampf voraus! Agitation für den rascheren Ausbau der Flotte. Einnischung des Kaisers. Die „erste Krisis“. Herr Müller-Fulda von der Zentrumsparthei entschuldigt. Die Wahlen zum Reichstage. Diebstahl meiner Briefe in der Präsidentialgeschäftsstelle und der Bayerische Kurier. Die Intrigen des Freiherrn von Würzburg (München). Die zweite Krisis und die Tagung in Köln. Auch der Bayerische Kurier entschuldigt sich. Herr Erzberger als Mitwisser des Briefdiebstahls. Geschäfts- führender Vorsitzender. Dritte Krisis und die Hauptversammlung in Cassel. Freiwilliger Rücktritt des Präsidiums. Tagung in Danzig. Mein Verzicht auf Wiederwahl. Ablehnung der Präsi- dentenstelle durch Fürst Salm-Horstmar. Der Flottenverein hört auf, ein unabhängiger nationalpolitischer Verein zu sein.	

7. Abschnitt . . . . .	146
Kriegswissenschaftliche Betätigung. Politische Reden. Deutscher Schriftenverband. Deutscher Jugendverband. Alldeutscher Ver- band. Allgemeiner Deutscher Schriftverein. Abgeordneter Stück- lein schimpft über mich im Reichstage. Aufsätze in der Tagespresse.	
8. Abschnitt . . . . .	164
Gründung des Deutschen Wehrvereins. Seine Ziele und Auf- gaben. Rasches Wachsen. Angriffe seitens der „Reichsfeinde“. Zunehmende politische Bedeutung des Vereins. Die Heeres- vorlage 1913. Voraussage eines baldigen Krieges und das „Mit- fallen“ des Grafen Hertling. Niederlegen des Vorsitzes bei meiner Einberufung nach Belgien im September 1914.	
9. Abschnitt . . . . .	195
Einberufung nach Belgien. Eindruck in Brüssel. Generalgouver- neur Frhr. v. d. Goltz. Landsturminspekteur in Lüttich. Die Land- sturmtuppen. Sicherung der Eisenbahnlinie Aachen—Lüttich— Brüssel und Lüttich-Namur. Generaloberst v. Moltke. Militär- gouverneur von Limburg. Aufgaben und Befugnisse. Verwaltungs- maßregeln. Ablösung des Feldmarschalls Frhr. v. d. Goltz durch General Frhr. v. Bissing. Die belgische Frage. Die Bevölkerung. Spionageprozesse. Verdächtigungen meiner Person in der Entente- presse. Tod des Generalobersten Frhr. v. Bissing. Generaloberst Frhr. v. Falkenhäusen. Geordnete Verhältnisse in der Provinz. Die „Mission“ von Walter Bloem. Abberufung aus Belgien. Dankschreiben des Bischofs von Lüttich und des Bürgermeisters von Hasselt.	
10. Abschnitt . . . . .	235
Prozeß Wetterlé. Wiederaufnahme der schriftstellerischen Tätig- keit. Herr Bernstein als Denunziant. Die Revolution. Meine Schrift „Die Schuld am Weltkriege“. Aufsätze. „Monatshefte für Politik und Wehrmacht.“ „Graf Schlieffen.“ Auf der Liste der Kriegsverbrecher. Abhandlung „Prinz Max von Baden.“ Rückblick und Ausklang.	
Anlagen . . . . .	261

178-79, 224, 238, 242, 244, 245, 249, 252, 257  
145, 152.

28.4.27.  
1522.9 22

W.-

1-659778

Томский госуниверситет 1878



Научная библиотека 00689580